

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
UND THEODOR ESCHENBURG

## AUS DEM INHALT

REINHARD PATEMANN

Episkopat und Wahlrechtsproblem

H. G. GELBER

Der Morgenthau-Plan

RUTH KÖRNER

Der Westneuguinea-Konflikt

MISZELLE

DOKUMENTATION

Soziologische Notizen aus dem Jahre 1934

Das Ende des Stahlhelm

BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Theodor Schieder, Werner Conze,  
Karl Dietrich Erdmann und Paul Kluge

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK  
München 27, Möhlstraße 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>Reinhard Patemann</i> . . .	Der deutsche Episkopat und das preußische Wahlrechtsproblem 1917/18 . . . . .	345
<i>H. G. Gelber</i> . . . . .	Der Morgenthau-Plan . . . . .	372
<i>Ruth Körner</i> . . . . .	Der Westneuguinea-Konflikt . . . . .	405

### MISZELLE

<i>Karl Lange</i> . . . . .	Der Terminus „Lebensraum“ in Hitlers „Mein Kampf“ . . . . .	426
-----------------------------	--	-----

### DOKUMENTATION

Zur Soziologie der nationalsozialistischen Revolution. Notizen aus dem Jahre 1934 ( <i>Rudolf Heberle</i> ) . . . . .	458
Das Ende des „Stahlhelm“ ( <i>Volker R. Berghahn</i> ) . . . . .	446

BIBLIOGRAPHIE . . . . .	49
-------------------------	----

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651.  
Preis des Einzelheftes DM 7.- = sfr. 8.05; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 24.- = sfr. 26.40 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 19.-, Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 38.—; für Studenten DM 33.— (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

*Bitte beachten Sie unseren Hinweis auf der 3. Umschlagseite.*

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

*Diesem Heft liegen ein Prospekt der Johnson Reprint Corporation, New York, ein Prospekt des Muster-schmidt-Verlags, Göttingen, und drei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt Stuttgart bei.*

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

18. Jahrgang 1965

4. Heft/Oktober

REINHARD PATEMANN

DER DEUTSCHE EPISKOPAT

UND DAS PREUSSISCHE WAHLRECHTSPROBLEM 1917/18

Die Stellungnahme des deutschen politischen Katholizismus zur Frage einer Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen mit dem Ziel der Stimmengleichheit ist von Anfang an widersprüchlich gewesen<sup>1</sup>. Der katholischen Welt- und Staatsauffassung war die liberale Forderung nach gleichem Wahlrecht für alle als einem jedem Menschen eingeborenem Naturrecht zutiefst fremd. Wenn die deutsche Zentrumsparlei sich diese Forderung im vielzitierten Antrag Windthorst von 1875 dennoch zu eigen machte, so geschah dies lediglich aus taktischen Gründen, die in der politischen Situation der Kulturkampfzeit ihren Ursprung hatten. In dem Maße, wie diese Gründe schwanden, erlahmte auch der – von seiten der führenden Männer der Partei wie eines großen Teils der Parteigefolgschaft kaum je von echter Überzeugung getragene – Reformeifer. Gleichwohl wurde die Forderung nach gleichem Wahlrecht für Preußen niemals ausdrücklich widerrufen. Als Wahlparole zur Gewinnung von Arbeiterstimmen wie als politische Waffe in Phasen, in denen sie der Partei ins taktische Konzept paßte – wie etwa zur Zeit der Bülow'schen Blockpolitik –, war sie weiter von Nutzen, und man konnte sich ihrer um so unbedenklicher bedienen, als die politische und parlamentarische Konstellation in Preußen vor 1914 eine ernsthafte Aussicht auf Erfüllung sehr unwahrscheinlich machte.

Wie unwillkommen dem Zentrum eine solche Erfüllung tatsächlich gewesen wäre, zeigt besonders kraß sein Verhalten zu den Wahlreformvorschlägen der Regierung 1910, die – obwohl sie vom gleichen Wahlrecht noch weit entfernt waren – nicht ohne Mithilfe der Partei hinter den Kulissen kläglich scheiterten.

Hatte sie vom gleichen Wahlrecht im Gegensatz zu den Konservativen auch ernsthafte Mandatseinbußen nicht zu fürchten, wie die Reichstagswahlen bewiesen, so fürchtete sie desto mehr eine Gefährdung ihrer religiösen und kulturellen Interessen durch eine dann mögliche kirchenfeindliche sozialistisch-liberale Parlamentsmehrheit in Preußen. Mehr noch als etwa durch allgemeine Vorstellungen gesamtchristlicher Solidarität gegen Liberalismus und Atheismus oder „staatserhaltend“-konservativen Gemeinschaftsgefühls gegenüber demokratischen

<sup>1</sup> Die folgenden einführenden Sätze können nur eine Andeutung der Problematik bieten. Eine Spezialuntersuchung der Wahlrechtspolitik des Zentrums in Preußen für die Zeit vor 1914 steht noch aus. Vgl. dazu die in der Untersuchung des Verfassers „Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg“ (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 26), Düsseldorf 1964, angeführte Literatur sowie die einleitenden Sätze ebd., S. 13 ff., 258 ff.

Tendenzen sah sie sich durch diese ganz konkrete Befürchtung zum Zusammengehen mit den Konservativen in der Wahlrechtsfrage gedrängt und nahm dabei auf den Widerspruch solcher Politik zu eigenen programmatischen Forderungen wenig Rücksicht. Die hier in grobem Umriß skizzierte Linie katholischer Wahlrechtspolitik in Preußen seit dem Ende des Kulturkampfes war innerhalb des Zentrums nicht in ernsthaftem, die Einheit gefährdendem Ausmaß umstritten, und es darf als sicher gelten, daß die Partei sich dabei in voller Übereinstimmung mit Kurie und Klerus befand.

Erst der grundlegende Wandel der deutschen innerpolitischen Situation im Gefolge der Kriegseignisse und die aus ihm erwachsende, ihn zugleich beschleunigende Zuspitzung des preußischen Wahlrechtsproblems erzwang auch im Zentrum – freilich erst nach einer Periode äußerster und nur mit stärkstem Widerwillen aufgegebener Zurückhaltung in den ersten drei Kriegsjahren – eine Änderung der Wahlrechtspolitik und entfachte parteiinterne Unruhe und Kritik. Beides gipfelte schließlich in Auseinandersetzungen schärfster Art, die die Partei in zwei nur noch mühsam zusammengehaltene Lager spalteten<sup>2</sup>.

Die ersten Ansätze zu Differenzen innerhalb des preußischen Katholizismus über den Kurs der Wahlrechtspolitik kamen nach der Osterbotschaft 1917 von links, aus den Reihen der katholischen Arbeitervertreter; ihre Kritik galt der Bereitschaft des Zentrums, sich mit den Rechtsparteien des preußischen Abgeordnetenhauses über ein Pluralwahlrecht zu einigen. Ergänzend zu den in der Gesamtdarstellung geschilderten Vorgängen<sup>4</sup> sei noch auf eine Sitzung des Kölner Diözesankomitees der katholischen Arbeitervereine am 22. Mai 1917 verwiesen<sup>5</sup>. Hier setzte sich Dr. Otto Müller energisch für ein volkstümliches Wahlrecht ein und kritisierte die unklare, ja ablehnende Haltung eines Teils der Zentrumspresse (Kölnische Volkszeitung, Essener Volkszeitung). Am Schluß wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet. Dann aber boten die im Gefolge der Juli- und Oktoberkrise 1917 ein-

<sup>2</sup> Die Geschichte des preußischen Wahlrechtsproblems im Ersten Weltkrieg und damit auch der Wahlrechtspolitik des Zentrums und des katholischen Episkopats in Preußen während dieses Zeitraums hat der Verfasser bereits an anderer Stelle behandelt (s. o., Anm. 1). Wenn in der folgenden Abhandlung ein Teilaspekt nochmals aufgegriffen wird, so deshalb, weil die ihr im wesentlichen zugrunde liegenden Akten der Registratur des Erzbischöflichen Generalvikariats in Köln – für die freundliche Benutzungsgenehmigung und bereitwillige Unterstützung sei Herrn Generalvikar Dr. Jansen und dem Leiter der Registratur, Herrn Prälaten Schmelzer, auch an dieser Stelle Dank gesagt – in die Gesamtdarstellung, deren Drucklegung bereits nahezu abgeschlossen war, nicht mehr eingearbeitet werden konnten, ihr Quellenwert für die Hintergründe katholischer Wahlrechtspolitik und für manches aufschlußreiche Detail indes trotz aller Lückenhaftigkeit und Unvollständigkeit (insbesondere für das Jahr 1917; die Bemühungen um Ergänzung blieben ergebnislos, da lt. Auskunft der einschlägigen Diözesanarchive in Paderborn, Münster, Limburg und Mainz sich dort überhaupt keine Akten zur preußischen Wahlrechtsfrage mehr befinden) so erheblich schien, daß er einen Nachtrag rechtfertigt. Diese Akten (gen. 23, 23a [Wahlrecht 1918] u. 23,2 [Arbeitervereine] Bd. V.) sind im folgenden mit GVK zitiert.

<sup>4</sup> A. a. O. (s. Anm. 1), S. 72.

<sup>5</sup> Vervielfältigtes Sitzungsprotokoll GVK 23, 2 Bd. V.

geleitete Bindung des Zentrums an Sozialdemokratie und Linksliberale und seine Verpflichtung auf deren Wahlrechtspolitik den konservativ-katholischen Kräften Anlaß zur Beunruhigung und Opposition. Sie, die in Sozialismus und Liberalismus noch immer die Hauptfeinde der Kirche sahen, fanden für ihre Überzeugung, daß es ungeachtet aller innenpolitischen Wandlungen die Forderungen dieser Feinde unverändert zu bekämpfen gelte, die volle Unterstützung des hohen Klerus.

Eine erste, zwar in den Formulierungen vorsichtige, aber in der Tendenz unzweideutige Manifestation dieser Unterstützung<sup>6</sup> bildete ein Passus des Hirtenbriefes der deutschen Bischöfe zu Allerheiligen 1917<sup>7</sup>. Da hieß es:

„Ebensowenig stimmen wir denen zu, denen das Volk in seiner Gesamtheit als Urheber und Inhaber der staatlichen Gewalt, der Wille des Volkes als letzte Quelle des Rechts und der Macht gilt. Diese erregen und betören dann die Massen mit den Schlagworten von der Gleichberechtigung aller, von der Gleichheit aller Stände, und suchen mit Gewalt eine Volksherrschaft zu gründen, die doch nur zu neuen Formen von Ungleichheit und Unfreiheit . . . führen würde. Solche Anschauungen sind unvereinbar mit der christlichen Auffassung vom Ursprung, Zweck und Wesen der staatlichen Gewalt . . .“

Angesichts der späteren Kontroversen um die Interpretation dieser Sätze ist es bedauerlich, daß Quellen, die uns über ihre Vorgeschichte genauen Aufschluß geben könnten, anscheinend nicht mehr existieren.

Indes dürfte es einem unvoreingenommenen Betrachter auch ohne solche letzte Sicherheit schwerfallen, diese Sätze, feierlich verkündet vier Wochen vor der Einbringung der Wahlreformvorlagen im preußischen Abgeordnetenhaus, anders zu deuten denn als offensichtliche Rückenstärkung der Gegner des gleichen Wahlrechts im Zentrum und als eine deutliche Warnung an seine Befürworter. Während der ersten Plenarlesung der Wahlrechtsvorlagen im Abgeordnetenhaus vom 5. bis 11. Dezember<sup>8</sup> hatte der Vorsitzende der preußischen Zentrumsfraktion, Dr. Porsch, in sehr vorsichtigen Worten die Stellung der Fraktion durchaus nach außen hin offengelassen. Er hatte die Notwendigkeit ausreichender Sicherungen der religiösen und kulturellen katholischen Interessen als wichtige Voraussetzung eines späteren Votums für alle Mitglieder seiner Fraktion stark unterstrichen und lediglich verschleiert angedeutet, daß eine starke Gruppe dem gleichen Wahlrecht freundlich gegenüberstehe. Doch waren die Gegensätze unter den Zentrumsabgeordneten tatsächlich schon weit schärfer, als es hiernach den Anschein hatte. Seine tiefe Besorgnis hierüber äußerte der Kölner Erzbischof Kardinal v. Hartmann, das Haupt der reformfeindlichen Kreise des katholischen Klerus, am 4. Januar 1918, eine Woche vor Beginn der Verhandlungen im Wahlausschuß des Abgeordnetenhauses, in einem Schreiben an den Breslauer Fürstbischof Bertram<sup>9</sup>.

Alarmiert hatte ihn hiernach insbesondere das Ergebnis einer Probeabstimmung

<sup>6</sup> Über andere Anzeichen wahlreformfeindl. kath. Opposition s. a. a. O. (vgl. Anm. 1), S. 122, Anm. 3.

<sup>7</sup> Sonderdruck des Textes in GVK 23, 23a.

<sup>8</sup> Näheres vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 129 ff.

<sup>9</sup> Handschriftliches Konzept GVK.

in der Abgeordnetenfraktion, in der sich 47 Abgeordnete gegen, 37 für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen und letztere betont hätten, „daß sie äußerstenfalls ohne jede Abänderung die Wahlvorlage annehmen würden“. Darüber hinaus drängte sich ihm die Befürchtung auf, „daß noch ein Teil der Gegner der Vorlage während der parlamentarischen Verhandlungen ihre Stellung ändern wird, zumal die drei Fraktionsvorsitzenden Porsch, Trimborn und Herold für die Vorlage stimmten“. Dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen, war Hartmann nicht gewillt. Am 26. Dezember bereits hatte er, wie er Bertram berichtete, in einem Gespräch mit Trimborn eindringlich die Gefahren beschworen, „die der Kirche und der Schule drohten, wenn das gleiche Wahlrecht Gesetz werde“, und vor den Folgen einer Sprengung der Fraktion gewarnt, insbesondere was das Vertrauen der einfachen katholischen Wähler angehe. Sie hätten „bis vor noch nicht langer Zeit geglaubt, nicht in den Himmel kommen zu können, wenn sie nicht für das Zentrum stimmten“. Das sei aber inzwischen ganz anders geworden, und wenn man so weiterwirtschafte, „würde die Fraktion ohne Zweifel auseinanderfallen“. Die Erwiderung Trimborns charakterisierte der Kardinal als schwach, ja resigniert: Er habe die Gefahren des gleichen Wahlrechts durchaus zugegeben, „während er sie früher stets bestritten hatte“, aber das Zentrum habe sich nun einmal auf das gleiche Wahlrecht festgelegt und könne jetzt nicht mehr zurück. Er scheine sogar die Spaltung schon als unabänderlich hinzunehmen, habe dazu lediglich bemerkt: „dann werde er liberal, bleibe aber *bon catholique*“.

Überzeugt von der Schlüsselrolle der Zentrumsfraktion, der Notwendigkeit, ihre Mehrheit im Widerstandswillen zu stärken, und von dem entscheidenden Einfluß Porschs – „ihm wird das Gros der Fraktion voraussichtlich folgen“ – formulierte Hartmann schließlich den Kernpunkt seines Schreibens: Da er Porsch nicht näher kenne, bitte er Bertram,

„mit Geheimrat Porsch gütigst Rücksprache zu nehmen und ihn womöglich dahin zu beeinflussen, daß er gegen das Gesetz stimmt. Die sogenannten Sicherungen, welche angebracht werden sollten, erklärte Trimborn mir als mehr oder weniger belanglos. Das Gespenst, welches man an die Wand zu malen liebt, die Dinge würden noch schlimmer . . . , wenn das Gesetz zu Fall komme, sollte m. E. nicht schrecken. Jetzt heißt es entschieden und furchtlos für das Rechte und Wahre einzutreten . . . das Zentrum wird seinem Berufe untreu, wenn es jetzt versagt.“

Ob und wann die angeregte Einflußnahme auf Dr. Porsch stattgefunden hat, war nicht zu ermitteln. Der erhoffte Sinneswandel Porschs jedenfalls blieb aus, und auch die daraus folgende durchgreifende Rückenstärkung der Wahlrechtsgegner in der Fraktion trat nicht ein. Auch die Antworten Trimborns in der oben charakterisierten Unterredung, so wie sie Hartmann paraphrasiert, erwecken durchaus nicht den Eindruck, als könnten die Ermahnungen des Kardinals ihn veranlassen, sich nun gegen das gleiche Wahlrecht stark zu machen, wobei dahingestellt bleiben muß, inwieweit die bekundete Einsicht in die Gefahren einerseits, die fatalistische Resignation andererseits, echt oder bloße politische Taktik waren.

Auf die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen wurde Kardinal v. Hartmann dann

schon am 1. Februar 1918 von konservativer Seite unverblümt aufmerksam gemacht. Der Abgeordnete v. Gescher, katholisches Mitglied der überwiegend protestantischen konservativen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus, Rittergutsbesitzer aus der Gegend von Münster, übermittelte dem Kardinal<sup>10</sup> seine Befürchtungen angesichts der Entwicklung in der Zentrumsfraktion, in der die Zahl der Gegner des „verhängnisvollen“ Wahlgesetzes immer mehr sich verringere. Nach Geschers Ansicht war daran der neuerdings in den Streit hineingeworfene Gedanke schuld, man müsse und könne Sicherungen gegen die Gefahren für Kirche und Schule schaffen. Das halte er schon an sich für illusorisch, außer man binde auch Verfassungsänderungen an eine qualifizierte Mehrheit. Diese Mehrheit aber werde

„schon deshalb nicht zu erreichen sein, weil die Konservativen sich niemals bereit finden würden, eine solche Rückzugsbrücke zu bauen. Herr v. Heydebrand hat mir gestern sehr bestimmt erklärt, er werde das nie tun. Da nun die Fraktion sicher ihrem Führer folgt, so ist es ausgeschlossen, daß die verfassungsmäßigen Garantien geschaffen werden. Die Herren, die für das gleiche Wahlrecht stimmen, müssen sich also bewußt sein, daß dies Spinnweb, wodurch sie die christliche Schule und die kirchlichen Interessen schützen wollen, eben nur ein Spinnweb ist.“

Das war eine deutliche Warnung, sich nicht etwa doch noch bei dem Gedanken zu beruhigen, daß die „Sicherungen“ das Allerschlimmste verhüten würden.

In der Tat haben die Konservativen diese Taktik, dem rechten Zentrumsflügel eine solche Kompromißmöglichkeit abzuschneiden, bis Juni 1918 nicht ohne zeitweiligen Erfolg durchgeführt, und die Sicherungen immer wieder verhindert. Gescher aber schloß an seinen warnenden Bericht noch die Anregung, durch eine Mahnung von allerhöchster geistlicher Stelle allen Rückzugsgelüsten einen weiteren Riegel vorzuschieben. Nichts weniger als eine Intervention des Papstes sollte das bewirken, etwa des Inhalts, „es sei Pflicht des katholischen Christen, nach Kräften für diejenige Verfassungsform des Staates einzutreten, die am besten den Schutz der Religion und der Erziehung der Jugend in christlichem Geiste gewährleiste“. Wenn das nicht möglich sei, so müsse wenigstens der gesamte preußische Episkopat in diesem Sinne intervenieren.

All dies schien Kardinal v. Hartmann immerhin so erwägenswert, daß er das Schreiben Geschers an Fürstbischof Bertram von Breslau weitergab. – Da der Entwurf zu dem sicher beigelegten Begleitschreiben sich nicht in den Akten befand, ist unsicher, ob er Geschers Anregungen darin befürwortete: es dürfte aber kaum eine Ablehnung enthalten haben. Offensichtlich betrachtete Bertram aber die Sachlage distanzierter und ruhiger als der Kardinal. Er widerriet insbesondere in seiner Antwort<sup>11</sup> entschieden einer Einschaltung des Heiligen Stuhls. Ein derartiger Beeinflussungsversuch, selbst wenn die Kurie sich dazu bereit finde, was er, Bertram, nicht glaube, habe doch sehr viel Bedenkliches und sei zudem im Erfolg zweifelhaft.

<sup>10</sup> Original im GVK; zu den – auch in den Argumenten – parallel laufenden konservativen Einflußversuchen auf den konservativen Flügel des Zentrums in der Presse und im Parlament vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 149 f.; 170 f.

<sup>11</sup> Original des Schreibens vom 5. Februar im GVK.

Das habe etwa die Reaktion des Zentrums auf einen entsprechenden Wink seinerzeit anlässlich der Septennatsvorlage 1887 gezeigt. Ein „direktes Anschreiben des Episkopats an das Zentrum“ hielt allerdings auch er für gerechtfertigt durch „die kirchlichen Rücksichten, die von den Folgen der Wahlvorlage tief getroffen werden“. Doch wollte er ein spektakuläres Schreiben an die Zentrumsleitung aus taktischen Gründen gern vermieden sehen und stellte daher zur Erwägung, ob sich nicht die Bischöfe jeweils vertraulich an „einzelne ihnen nächstliegende Zentrumsabgeordnete“ ihrer Diözesen wenden könnten, die doch eine Zuschrift ihres Ordinarius nicht einfach ignorieren oder gar brüsk abweisen würden.

In diesen Schreiben wollte Bertram – bezeichnend für seine realistischere Einstellung – ganz anders als Hartmann nun nicht etwa die Fraktion auf Ablehnung des gleichen Wahlrechts festlegen. Statt dessen wies er in seinem Formulierungsvorschlag betont auf die von Hartmann und Gescher so abschätzig abgetanen Sicherungen hin und wollte nur festgestellt wissen, daß nicht jede beliebige Sicherung auch schon genügend sei. Die Zentrumsabgeordneten sollten vor ihrer endgültigen Stimmabgabe über die „Zuverlässigkeit und dauernde Festigkeit“ der Sicherungen dem katholischen Volk Rechenschaft geben, und zwar „je nach Gestaltung der Vorlage in der Kommission“.

Diese Vorschläge Bertrams leitete Hartmann – zusammen mit dem Brief Geschers – schon zwei Tage später an den Bischof von Paderborn, Schulte, weiter, der am 10. Februar kritisch dazu Stellung nahm<sup>12</sup>. Er machte kein Hehl daraus, daß er gegen die Idee des Anschreibens einzelner Abgeordneter starke Bedenken hatte. Insbesondere hob er grundsätzlich hervor:

„Was seitens der Bischöfe zur Verhinderung kommenden Unheils den verantwortlichen Stellen gesagt werden konnte, ist in unserem gemeinsamen Hirten Schreiben bereits gesagt, und zwar für jeden, der verstehen will, so deutlich, daß es unmöglich ist, noch deutlicher zu werden. Ist in dem Hirten Schreiben auch die preußische Wahlrechtsvorlage nicht ausdrücklich erwähnt, so hat sich doch kein Zentrumsabgeordneter verhehlen können, daß die Bischöfe an vielen Stellen ihres Hirtenbriefes geradezu auf jene Gefahren hinzielen, die mit dem gleichen Wahlrecht für die Kirche heraufzuziehen drohen.“

An die im Hinblick auf spätere Äußerungen wichtige Interpretation des Hirtenbriefes schloß Bischof Schulte speziellere Bedenken; vor allem befürchtete er, daß es bei einem Schreiben an einzelne Abgeordnete zu unerfreulichen Auseinandersetzungen in der Fraktion kommen werde, da die „übergangenen“ Abgeordneten zweifellos verstimmt sein und aus dieser Verstimmung heraus „noch weniger als sonst sich verpflichtet fühlen“ würden, „die Bedenken und Sorgen der Bischöfe auf sich wirken zu lassen“. Ferner müsse man damit rechnen, daß die geplanten Schreiben nicht geheim bleiben und der kirchenfeindlichen Presse Anlaß bieten würden, „um zwischen den breiten Massen des katholischen Volkes, die nun einmal von der Forderung des gleichen Wahlrechts nicht mehr abzubringen sind, und dem Episkopat, der dem gleichen Wahlrecht Schwierigkeiten entgegengesetzt, Mißtrauen zu säen“.

<sup>12</sup> Original des Schreibens im GVK.

Dies um so mehr, wenn sich etwa zeige, „daß die Bischöfe fast nur an solche Abgeordnete sich gewandt haben, die zu den besitzenden Klassen gehören und jedenfalls den niederen Schichten des katholischen Volks ferner stehen“. Wenn man also schon intervenieren wolle, so empfehle er ein offizielles Schreiben aller Bischöfe an Dr. Porsch mit der Bitte, es der Fraktion mitzuteilen. Dabei beschränke man sich tunlichst auf die von Bertram skizzierten Gedankengänge, die auch schon andere Geistliche verschiedenster Diözesen in privaten Schreiben und Kollektiveingaben an Porsch herangetragen hätten<sup>13</sup>. Schließlich könnten dann die Bischöfe den ihnen nahestehenden Abgeordneten auch noch mündlich klarmachen, „welche Verantwortung für Zeit und Ewigkeit sie bei ihrer Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage zu übernehmen haben“.

Die von Gescher in seinem Schreiben hervorgehobene Unsicherheit aller Sicherungen gab Bischof Schulte zu, betonte aber: „... ebenso unbestreitbar ist, daß, wenn jetzt die Regierungsvorlage für das neue Wahlrecht zu Falle kommt, recht bald eine noch schlimmere Zeit kommen wird, in der die Regierung, dem durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts erst recht stark gewordenen Druck der Demokratie notgedrungen nachgebend, ein womöglich noch radikaleres Wahlrecht in Vorschlag bringen muß“.

Damit wurde Kardinal v. Hartmann noch deutlicher als im Schreiben Bertrams auf die Gefahren hingewiesen, die den katholischen Interessen und der Autorität der Bischöfe durch eine unverblühte und schroffe Intervention des Episkopats gegen das gleiche Wahlrecht in der gegenwärtigen politischen und massenpsychologischen Situation – kaum zwei Wochen nach dem Januarstreik – erwachsen könnten. Er wurde davor gewarnt, sie so leichten Herzens als „Gespenst“ beseite zu schieben wie in seinem Brief vom 4. Januar, und es wurde ihm vor Augen geführt, daß angesichts dieser Lage verfassungsmäßige Garantien, möglichst weitgefaßt, bereits das Maximum des Erreichbaren darstellten. Eine massive Rückenstärkung der konservativen Wahlrechtspolitik, die Gescher<sup>14</sup> offensichtlich auszulösen bestrebt war, wurde jedenfalls sowohl von Schulte wie von Bertram – so sehr auch sie sicherlich prinzipielle Gegner des gleichen Wahlrechts waren – entschieden abgelehnt. Ihren Argumenten scheint sich Kardinal v. Hartmann für den Augenblick nicht ganz haben entziehen zu können. Denn er erbat und erhielt nun das Ein-

<sup>13</sup> Dazu als Beispiel die in den Kölner Akten befindliche gedruckte EntschlieÙung sämtlicher Vereine der Kölner Pfarrei St. Joseph vom 18. Februar sowie vor allem den maschinenschriftlich vervielfältigten Bericht über eine Geistlichenversammlung in Essen am 6. Februar im Nachlaß Wilhelm Marx, Bd. IX (Stadtarchiv Köln); hier wurde beschlossen, mit allen publizistischen Mitteln und bei allen nur möglichen Gelegenheiten zu erweisen, daß in den Sicherungsforderungen „der elementare, bisher nur aus äußeren Gründen zurückhaltende Wille des gesamten gläubigen christlichen Volkes Preußens“ zum Ausdruck komme, und zu diesem Zwecke in jedem Dekanat einen speziellen Aktionsausschuß zu bilden.

<sup>14</sup> Als Antwort auf die Mitteilung, die ihm Hartmann von der Reaktion Bertrams auf seine Vorschläge am 7. 2. gemacht hatte, äußerte Gescher die Hoffnung (in einem Schreiben vom 11. 2., Original im GVK), die geplante Intervention der Bischöfe werde „wenigstens eine erkleckliche Anzahl der ... [Zentrumsabgeordneten] von dem verderblichen Wege zum Reichstagswahlrecht abbringen“.

verständnis der preußischen Bischöfe<sup>15</sup> dazu, daß Fürstbischof Bertram im Namen aller seiner preußischen Amtsbrüder als *ordinarius proprius* des in Breslau ansässigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Porsch diesem schriftlich mitteilen solle, die Wahlvorlage sei nur dann annehmbar, „wenn für die Sicherstellung der vitalen Interessen der Kirche und der konfessionellen Schule genügend Gewähr geboten werde“.

Unterdessen hatte Dr. Porsch aber bereits von sich aus am 20. Februar, dem Tag, an dem die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses das gleiche Wahlrecht erstmals ablehnte, die Zentrumsvertreter jedoch geschlossen dafür stimmten, Fürstbischof Bertram aufgesucht, um sich zu vergewissern, daß die beabsichtigte Formulierung der Sicherungsforderungen nicht auf den Widerstand der Bischöfe stoßen würde. Er hatte dabei ausdrücklich betont, daß eine Kundgebung aller Bischöfe unnötig sei, eine Meinungsäußerung Hartmanns und Bertrams zur Information völlig genüge. Dieser teilte das dem Kardinal in einem Schreiben vom 23. Februar mit<sup>16</sup>, dem er den Entwurf der Sicherungen beifügte. Er selbst äußerte zur Formulierung zwar in einem Punkt Bedenken, fügte aber hinzu, „in einer Zeit, wo es gilt: rettet, was zu retten ist“, werde man derartiges wohl dulden müssen. Wichtiger als die Einzelheiten dieses Entwurfs, der im wesentlichen schon alle Elemente der später gestellten, an anderer Stelle umrissenen<sup>17</sup> Sicherungsanträge enthielt, ist indessen eine vom 8. Februar datierte Äußerung Porschs, die Bertram seinem Brief ebenfalls beilegte.

Wie Trimborn, gab auch Porsch durchaus zu, daß er sich „nichts Gutes für die weitere Gestaltung unseres staatlichen . . . Lebens“ von der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen verspreche. Aber nach der Julibotschaft sei es einfach nicht mehr aufzuhalten: „Man muß mit ihm rechnen, mag man es wollen oder nicht.“ Selbstverständlich sei es notwendig, „alle etwa möglichen Sicherungen“ zu erreichen, darüber sei man sich in der Zentrumsfraktion ganz klar und brauche durchaus keine Rückendeckung in dieser Hinsicht. Die Aussichten dafür seien unter den gegenwärtigen Umständen allerdings nicht gut, „insbesondere hinsichtlich der Schule“; gerade deswegen sei es aber so unklug wie nur möglich, jetzt etwa das gleiche Wahlrecht abzulehnen und zugleich Sicherungen für den Fall seiner Annahme zu verlangen. „Die Linke ist dann noch weniger bereit entgegenzukommen“, und auf sie müsse die Regierung doch in erster Linie Rücksicht nehmen. Die Rechte aber zeige keinerlei Interesse, den Katholiken das gleiche Wahlrecht durch Sicherungen erträglicher zu machen. Diese Taktik sei um so mehr zu bedauern, als es seiner Ansicht nach die einzig vertretbare Lösung gewesen wäre, „wenn . . . Zentrum und Konservative geschlossen sich der Regierung bereit erklärt hätten, das

<sup>15</sup> Entwurf der Schreiben nach Posen, Kulm, Ermland, Fulda und Limburg im GVK (datiert v. 21. Februar), ebd. die Antworten aus Limburg (23. 2. brieflich), Fulda (24. 2.) und Kulm (25. 2. telegrafisch), des Bischofs v. Ermland (25. 2. brieflich) und des Posener Ordinariats (27. 2. telegrafisch) im GVK. Die Bischöfe der Kirchenprovinzen Niederrhein u. Hannover hatten ihr Einverständnis bereits auf einer Besprechung gegeben.

<sup>16</sup> Original im GVK, mit Anlagen.

<sup>17</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 148 ff.

Gesetz zu machen“, unter der Bedingung ausreichender Sicherungen. Doch nicht einmal beim Zentrum habe er für diesen Standpunkt überall Verständnis gefunden. In tiefer Resignation schloß Porsch seine treffende Darstellung des Dilemmas seiner Fraktion und Partei<sup>18</sup> mit der Prognose:

„Der Erfolg wird nun deshalb der sein, daß die an sich schon schwere Schaffung von Sicherungen voraussichtlich im wesentlichen mißlingt und daß das gleiche Wahlrecht doch kommt.“

Kardinal v. Hartmann indes zeigte sich von den aufgezeigten taktisch-politischen Schwierigkeiten wenig beeindruckt, es gab vielmehr nur eine ihm zwingend erscheinende Folgerung aus Porsch's pessimistischer Prognose: „Wenn das richtig ist, dann ist es m. E. für die katholischen Abgeordneten unabweisbare Gewissenspflicht, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen . . . Es kommt hinzu, daß man hinsichtlich der Verlässlichkeit der Kautelen allen Grund hat, mißtrauisch zu sein“, schrieb er am 24. Februar an Bischof Bertram nach Breslau<sup>19</sup>. Im Grunde war also seine Einstellung unverändert, und mit obigen Sätzen gab er Bertram deutlich zu verstehen, was er selbst im Erfolgsfalle von der von diesem angeregten Aktion hielt, zu der er ihn im gleichen Briefe mit der Mitteilung der Zustimmung der preußischen Bischöfe offiziell autorisierte.

Mit Schreiben vom 1. März teilte Bertram Dr. Porsch die Stellungnahme des Episkopats in der beschlossenen Form mit und setzte ihn wunschgemäß in einem weiteren Brief gleichen Datums<sup>20</sup> davon in Kenntnis, daß Kardinal von Hartmann gegen die vorgeschlagene Fassung der Sicherungsforderungen in einem Punkte Bedenken habe. Und zwar lägen diese darin begründet, daß in die geforderte Garantie des bestehenden Verhältnisses von Staat und Kirche in der Verfassung ja auch kirchenfeindliche Gesetze eingeschlossen und dadurch sozusagen anerkannt werden würden. Das könnten die Bischöfe ohne Befragung der Kurie nicht gutheißen. Diese Ansicht, so fügte Bertram hinzu, teile auch er, indessen wolle er persönlich zugeben, daß man darüber streiten könne, was in der Frage „das praktisch Klügere und letzten Endes Heilsamere“ sei. Er meine deshalb, „wenn ohne den Absatz die Sicherungen scheitern, mit ihm aber wirklich feste Sicherungen zu erwarten sind, ist eine Haltung des Zentrums, die in ihrer Form nicht Anerkennung, sondern Duldung bedeutet, nicht zu tadeln, falls nicht andere Stellungnahme durch eventuell zu erwartende Winke des Hl. Stuhles geboten erscheint“.

Diese Ansicht Bertrams hat offensichtlich den geäußerten Einwand in den Augen Porsch's genügend abgeschwächt, und die Zentrumsfraktion hat in der Folgezeit keine Veranlassung gesehen, von der immer wieder geforderten Garantie des bestehenden Zustandes etwa die kirchenfeindlichen Gesetze ausdrücklich auszunehmen. Mit einem solchen Versuch, die Veränderung des Bestehenden nur nach der einen Richtung zu verhindern, sie nach der anderen dagegen sich vorzubehalten,

<sup>18</sup> Für die Analyse seiner späteren ausführlichen Denkschrift gleicher Richtung vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 169 f.

<sup>19</sup> Handschriftlicher Entwurf des Schreibens im GVK.

<sup>20</sup> Durchschlag beider Schreiben im GVK.

wären sicherlich auch die letzten Chancen der Annahme selbst durch die Rechtsliberalen zerstört worden.

In der Abgeordnetenhauskommission scheiterten die Sicherungen, wie Porsch vorausgesehen hatte, bis zum 11. März in zwei Lesungen<sup>21</sup> am vereinten Widerstand von rechts und links. Daß die Konservativen nicht gewillt waren, ihren Widerstand aufzugeben, daß sie unverändert hofften, mit ihm manchem der katholischen Gegner der Vorlage noch „rechtzeitig die Augen (zu) . . . öffnen“, bekräftigte am 14. März der Abgeordnete v. Gescher<sup>22</sup> im Namen des konservativen Fraktionsführers v. Heydebrand. Gleichzeitig regte er eine weitere Aktion der Bischöfe an, und zwar sollten diese sich jetzt geschlossen an den Kaiser wenden und ihm ein „ernstes Wort“ über die Gefahren der Wahlrechtsvorlage für Christentum und Kirche, die besten Stützen des Thrones, sagen. Den „tiefen Eindruck“ eines solchen Schrittes glaubte Gescher garantieren zu können. Eine Resonanz dieses Vorschlages ist aus dem vorliegenden Material nicht ersichtlich.

Objekt der Beeinflussung war natürlich auch Graf Hertling, der katholische Reichskanzler und Ministerpräsident Preußens. Einen Tag vor Gescher berichtete der Zentrums-Reichstagsabgeordnete Friedrich Graf Galen<sup>23</sup> dem Kardinal von mehreren Unterredungen, die er mit dem Kanzler über die Wahlrechtsfrage gehabt habe. Insbesondere bedauerte Galen den einseitig bayerischen Standpunkt, von dem aus Hertling das Problem betrachte: Daß die Dinge in Bayern anders lägen, wolle er nicht einsehen. Erörterungen über die Wahlrechtsfrage schneide er mit dem Bemerken ab, er habe sie nun einmal als Erbschaft übernommen und müsse sie lösen, glaube außerdem immer noch an eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Galen meinte weiter, er habe den Eindruck gehabt, als ob Hertling der Meinung sei, die religiösen Gefahren würden übertrieben, um agrarische Interessen zu kaschieren. Deshalb legte er dem Kardinal nahe, sich doch einmal selbst an Hertling zu wenden, dieser Ansicht entgegenzutreten, ihm die Sorgen der Bischöfe darzulegen und die absolut notwendigen Sicherungen zu bezeichnen. „Da Hertling an allererster Stelle wirklich katholisch ist, wird ein solcher Schritt ihm tiefen Eindruck machen.“ Ob Porsch in der Fraktion und Hertling gegenüber die abgegebene Stellungnahme des Episkopats gebührend erwähnt habe, wisse er nicht. In jedem Fall müsse er, Galen, aber vor einer öffentlichen Intervention des Klerus warnen; sie werde zwar in der Zentrumsparlei „reinigend wirken, aber auch sofort den katholischen Kanzler stürzen und künftig jeden Katholiken für das Amt unmöglich machen“. Wenn, so fuhr er fort, Hartmann sich an Hertling wende, dann solle er das inoffiziell über einen Vertrauensmann tun: „Bei diesem nicht zu offiziellen Schritt sind Ew. Eminenz eher in der Lage, an das katholische Gewissen Hertlings zu appellieren und ihm auch von der Weisung [sic!] an die Fraktion Mitteilung zu machen.“

Es ist nicht zu ersehen, ob und in welcher Form Hartmann diesen Vorschlag aufgegriffen hat. Offenkundig aber ist seine Besorgnis, Porsch suche die geäußerte Stel-

<sup>21</sup> S. dazu a. a. O. (Anm. 1), S. 148 ff.

<sup>22</sup> Original des Schreibens an v. Hartmann im GVK.

<sup>23</sup> Original des Schreibens im GVK.

lungnahme der Bischöfe möglichst geheim zu halten. Denn wenn Galen am 22. März abermals betonte<sup>24</sup>, er wisse nicht, „wie weit Dr. Porschs Mitteilungen an die Fraktion gingen“, er sei aber sicher, daß, „wenn der Einspruch der Hochwürdigsten Herren genügend bekannt wird, die Mehrheit der Fraktion gegen das Gesetz stimmen wird“, so ist dafür sicher eine besorgte Anfrage Hartmanns Anlaß gewesen. Bemerkenswert ist aber auch, daß er die Stellungnahme von 1. März als „Weisung“ und „Einspruch“ bezeichnete und Ablehnung des Wahlgesetzes als ihr Ziel ansah. Das entsprach gewiß den Intentionen Kardinal v. Hartmanns, dem eine solche Interpretation nur recht sein konnte und der ihr mit privaten Äußerungen, auch etwa gegenüber Galen, durchaus Vorschub geleistet haben dürfte. In dem von Bischof Bertram formulierten Text des Schreibens selbst findet sich jedoch nur indirekt und „zwischen den Zeilen“ eine Stütze dieser Interpretation.

Aber natürlich war für einen Effekt des Schreibens überhaupt nötig, daß sein Inhalt in Fraktion und Partei bekannt wurde. Zur Sorge darum schien dem Kardinal um so mehr Anlaß, als ihn Nachrichten von verstärkter Aktivität der wahlrechtsfreundlichen Kreise im Zentrum und selbst im Klerus erreichten.

So beklagte sich am 27. März der Abgeordnete Kaufmann (Aachen)<sup>25</sup> darüber, daß der Klerus selbst in der Wahlrechtsfrage gespalten sei und die christlichen Arbeiter häufig nicht gut berate. Um die Arbeiter nicht zur SPD zu treiben, würden diese in ihren ungestümen Forderungen von ihren geistlichen Beratern, den Arbeitervereins-Präsides, oft nicht gemäßigt, sondern noch angespornt, wie er jüngst selbst auf Versammlungen in Eupen und Aachen habe erfahren müssen. Besonders tue sich das Organ der westdeutschen Arbeitervereine, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Mönchen-Gladbach) hervor. Zu diesem „Druck von unten“, der die Fraktion stark beeinflusse, komme der Druck von oben durch Hertling und Spahn sowie die Agitation Herolds in Westfalen, der schon im Dezember fast alle westfälischen Abgeordneten für das gleiche Wahlrecht notfalls auch ohne Sicherungen gewonnen habe. Was solle werden, wenn die Sicherungen tatsächlich scheiterten? Die Arbeiter und ihre geistliche Führung seien offensichtlich gewillt, auch dann das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Es sei schwer, einer Argumentation, die – ausgehend vom Zentrumsantrag von 1873 – auf das Zusammenwirken der Krone mit Zentrumsministern und auf die Stimmung der Arbeiter und der Volksmehrheit hinweise und sogar den Bestand der Partei als gefährdet ansehe, wenn sie das gleiche Wahlrecht mit ablehnen helfe, etwas gleich Wirkungsvolles und Durchgreifendes entgegenzuhalten.

In der Tat mußte insbesondere die Entwicklung innerhalb der geistlich geleiteten katholischen Arbeitervereine gerade seiner Diözese Kardinal v. Hartmann Grund zur Sorge geben. Seit dem Sommer 1917 spiegeln allein schon die Kölner Akten – und sie tun das gewiß nur lückenhaft und ausschnittsweise – wachsende Spannungen und Querelen wider<sup>26</sup>. Es mischten sich in ihnen persönliche Eifersüchteleien und

<sup>24</sup> Original des Briefes im GVK.

<sup>25</sup> Original im GVK.

<sup>26</sup> GVK. 23,2, Arbeitervereine, Bd. V.

wirtschaftliche Motive mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art über den letzten Zweck und die ihm gemäßige Organisationsform der Arbeitervereine. Und dabei nahm nicht zuletzt der Streit um die Haltung zur Wahlrechtsreform und die damit zusammenhängende Frage, wie man der Agitation der Sozialdemokraten unter den Arbeitern wirksam begegnen könne, eine stets wachsende Bedeutung ein. Herausragende Figuren in diesem Streit waren auf der einen Seite der Kölner Bezirkspräses v. Weschpfennig, der kompromißlos das gleiche Wahlrecht ablehnte und deshalb scharfen Angriffen aus Arbeiterkreisen ausgesetzt war, auf der anderen Seite der westdeutsche Verbandsvorsitzende, Diözesanpräses Dr. Otto Müller, als Protagonist der fortschrittlichen und wahlrechtsfreundlichen Richtung.

Als v. Hartmann angesichts dieser Lage der Plan vorgetragen wurde, zu Pfingsten 1918 in Mainz einen Präsidestag der Süd- und Westdeutschen katholischen Arbeiter- und Knappenvereine abzuhalten, kamen ihm sogleich die schlimmsten Befürchtungen. Am 28. März, sicherlich auch noch unter dem Eindruck der Berichterstattung Kaufmanns, schrieb er deshalb an den Erzbischof von München, Faulhaber<sup>27</sup>, er sei gegen diese Tagung und schlage vor, den Plan erst noch der Fuldaer Bischofskonferenz vorzulegen.

„Denn die Westdeutsche Arbeiterzeitung, das Verbandsorgan der gedachten Vereine in Westdeutschland, ist unter völliger Außerachtlassung des gemeinsamen Hirten Schreibens der deutschen Bischöfe zum Allerheiligentage 1917 mit einer solchen Leidenschaftlichkeit für das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen eingetreten, daß man mit Grund fürchten muß, die geplante Tagung werde dazu benutzt werden, um die geistlichen Präsidies zu einer gemeinsamen Stellungnahme für die Wahlrechtsvorlage zu veranlassen. Das dürfte aber m. E. sehr zu beklagen sein, da wegen der großen Gefahren, welche das allgemeine gleiche Wahlrecht für Kirche und Schule mit sich bringt, in weiten katholischen Kreisen die schwersten Bedenken gegen dasselbe bestehen. Unter diesen Umständen kann es nicht erwünscht sein, daß eine von zahlreichen Geistlichen aus ganz Deutschland besuchte Versammlung zu Gunsten des gleichen Wahlrechts auftritt.“

Deutlicher freilich noch als die preußischen Bischöfe Bertram und Schulte gab Erzbischof Faulhaber dem Kardinal zu verstehen, daß er über die Notwendigkeiten der gegenwärtigen inneren Lage und ihre Konsequenzen für den deutschen Katholizismus anders dachte. In seiner Antwort vom 1. April<sup>28</sup> wies er zunächst auf die sachliche Dringlichkeit der Tagung und darauf hin, daß das preußische Wahlrecht ja gar nicht auf der Tagesordnung stehe. Für die Hälfte der Teilnehmer sei es als Problem nur von geringerem Interesse, und die übrigen seien gewiß in ihrer Meinung bereits festgelegt. Dann aber fuhr er fort, grundsätzlich habe man in Bayern „aus der Ferne den Eindruck“, daß nach der Entscheidung des Königs und der Verpflichtung des Reichskanzlers „ein Gegenstoß von kirchlicher Seite in diesem Augenblick die Arbeiterwelt vollends in das kirchenfeindliche Lager treiben würde, ohne den Gang der Dinge aufzuhalten. Wenn doch unvermeidlich eine Erweiterung der Volksrechte kommen muß, kommt sie m. E. besser auf einem Gebiet, das immerhin

<sup>27</sup> Entwurf des Schreibens im GVK 23,2 Bd. V.

<sup>28</sup> Original im GVK 23,2 Bd. V.

sich moralisch begründen läßt, als auf anderen Gebieten, welche die moralische Grundlage viel stärker erschüttern.“ Nicht zuletzt dieser grundsätzliche Widerstand dürfte Hartmann bewogen haben, auf die Anregung des ebenfalls angeschriebenen Bischofs von Mainz<sup>29</sup> vom 3. April einzugehen, der insbesondere wegen der schon sehr weit gediehenen organisatorischen Vorbereitungen eine Verschiebung der Tagung gleichfalls entschieden widerraten und empfohlen hatte, Hartmann könne ja, wenn er „Entgleisungen“ befürchte, den maßgeblichen Persönlichkeiten einen deutlichen Wink geben, die Wahlrechtsfrage nicht zu erwähnen. Unter der Bedingung, daß die Versammlung nicht öffentlich zugunsten des gleichen Wahlrechts Stellung nehme, gestattete er am 10. April die Tagung zum vorgesehenen Termin<sup>30</sup>.

Aber nicht nur aus Bayern erreichten den Kardinal Bedenken und Zweifel an der Richtigkeit seines starren Standpunktes, und nicht nur die Leitung und das Organ der westdeutschen Arbeitervereine wirkten ihm entgegen. Auch mit „Aufweichungserscheinungen“ als Folge der ebenfalls von Kaufmann warnend berichteten Agitation der Wahlrechtsfreunde in Westfalen sah er sich konfrontiert. Am gleichen 10. April berichtete ihm der Bischof von Münster, Poggenburg, in einem Brief<sup>31</sup> von Gesprächen, die er in den letzten Tagen mit den Abgeordneten Herold, Wildermann und Leppelmann geführt hatte. Sie hatten ihm übereinstimmend erklärt, das gleiche Wahlrecht werde auf jeden Fall kommen. Wenn das Zentrum es ablehne, würden die Arbeiter zur SPD übergehen, und nach einer „furchtbaren Hetze“ werde die Zentrumsparterie „überraumt“ werden. Wenn die Sicherungen weiter am konservativen Widerstand scheiterten, so bleibe wenigstens noch die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung als Sicherheit; nach einer Auflösung des Abgeordnetenhauses aber werde auch sie noch fallen, zum Nutzen der SPD. Zwar seien die Nachteile der Wahlrechtsvorlage unverkennbar, aber sie sei doch das geringere Übel.

Bischof Poggenburg war von diesen Argumenten offensichtlich sehr beeindruckt und meinte zum Schluß, wenn die Dinge so lägen, werde man doch dem gleichen Wahlrecht wohl zustimmen müssen.

Wie stark bereits die schon von den Bischöfen Schulte und Faulhaber umschriebene und von Bischof Poggenburg abermals angedeutete Sorge um einen möglichen Verlust des politischen Rückhalts und der oberhirtlichen Autorität bei den christlichen Arbeitern die Amtsbrüder Hartmanns beschäftigte, wird noch an einem anderen Punkt ganz deutlich. Wenn sie bisher entgegen den Wünschen des Kardinals den Anregungen einer direkten und schroffen Intervention gegen das gleiche Wahlrecht so weit als möglich ausgewichen waren, so suchten sie jetzt bereits von der indirekten wahlrechtsfeindlichen Äußerung, zu der sie sich im vorigen Jahre bereit gefunden hatten, nämlich den zitierten Sätzen des Allerheiligen-Hirtenbriefes, vorsichtig abzurücken. Sie hielten das insbesondere deshalb für geboten, weil vom äußersten rechten Flügel der Zentrumsparterie her versucht wurde, jetzt

<sup>29</sup> Original im GVK 23,2 Bd. V.

<sup>30</sup> Entwurf des Genehmigungsschreibens im GVK 23,2 Bd. V.

<sup>31</sup> Original im GVK 23, 23a.

aus dieser oberhirtlichen Kundgebung in der innerparteilichen Diskussion wie in der Öffentlichkeit politisches Kapital für die eigene intransigente Haltung zu schlagen: Ein solcher Versuch dürfte seinerzeit durchaus mit in der Zielsetzung der Urheber dieser Sätze gelegen haben, wobei allerdings ungeklärt bleiben muß, ob und von wem bereits damals Bedenken geäußert wurden. Jetzt aber empfanden wenigstens einige Bischöfe, aus eigener gewachsener Einsicht wie unter dem Einfluß führender Abgeordneter des wahlrechtsfreundlichen Parteiflügels, der jene Kundgebung so weit als möglich totschwieg<sup>32</sup>, diesen Versuch als peinlich, ja verhängnisvoll.

Besonders hartnäckig in seinem Bestreben, sich des Hirtenbriefes als willkommener Waffe im Wahlrechtsstreit zu bedienen, zeigte sich der Landtagsabgeordnete und Präsident des Rheinischen Bauernverbandes, Clemens Freiherr v. Loë, ein erbitterter Gegner des gleichen Wahlrechts.

Bereits am 5. Februar hatte er in einem Artikel im „Düsseldorfer Tageblatt“<sup>33</sup> mit Vehemenz die Ansicht verfochten, daß das gleiche Wahlrecht niemals eine ehrliche, ernsthafte und unwandelbare Forderung des Zentrums gewesen sei, daß weder Windthorst noch Mallinckrodt es aus Überzeugung bejaht, sondern nur als taktische Waffe im Tageskampf betrachtet hätten, und daß auch später die Stellung der Partei zur Wahlrechtsfrage schwankend gewesen sei.

Solch rein opportunistischer Tradition wollte er als für die gegenwärtige Lage autoritativ bindende Stellungnahme den Allerheiligen-Hirtenbrief und Äußerungen Kardinal v. Hartmanns vor den rheinisch-westfälischen Devotionsrittern der Maltesergenossenschaft vom Oktober 1917 entgegengestellt wissen<sup>34</sup>. Um – neben<sup>35</sup> der strikten Ablehnung des gleichen Wahlrechts – den so „selbstverständlichen“ politischen Schlußfolgerungen auch eine positive Formulierung zu geben, ließ er außerdem vom Rheinischen Bauernverband im Februar ein Pluralwahlrecht ausarbeiten und beschließen<sup>35</sup>, das von den anderen im Verlaufe des Wahlrechtsstreits vorgeschlagenen bzw. beschlossenen Pluralentwürfen lediglich durch die besonders große Zahl von nicht weniger als 25 Zusatzstimmen abstach.

Die angefügte Begründung ging – insbesondere in ihren Argumenten gegen das gleiche Wahlrecht – von ständestaatlichen Vorstellungen aus, die Loë in seinem Artikel als auch schon für Windthorst und Mallinckrodt maßgeblich zu erweisen versucht hatte. Er erklärte das Pluralsystem ausdrücklich als Aushilfe, da ja ein ständisches System bedauerlicherweise im Augenblick keine Chancen habe<sup>36</sup>. Diese Entschließung wurde von Loë – neben sicherlich vielen anderen, politisch wichtig erscheinenden Persönlichkeiten – auch den Bischöfen von Trier und Paderborn mit

<sup>32</sup> So waren sie auch im Juni peinlichst berührt, als eine Veröffentlichung in der Rechtspresse in einer sehr zugespitzten Situation den Hirtenbrief wieder ins Gespräch brachte; s. a. a. O. (Anm. 1), S. 196f.

<sup>33</sup> Nr. 36.

<sup>34</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 196.

<sup>35</sup> Als Manuskript gedrucktes Exemplar im Nachlaß Wilhelm Marx, Bd. IX.

<sup>36</sup> Über die vergeblichen konservativen Versuche, ein ständisches Wahlrecht durchzusetzen, vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 112f.; 125f.; 132, 144.

der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Ihre Reaktion war unterschiedlich. Während der Bischof von Trier am 9. März in einem kurzen Schreiben<sup>37</sup> Loë seines Verständnisses für die Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht und seiner Sympathie für den Pluralvorschlag versicherte und nur hinzufügte, „bei der jetzigen aufgeregten Lage“ halte er es für angemessener, „vom Parteikampfe fern zu bleiben“, enthielt sich Bischof Schulte ganz einer eigenen Stellungnahme und übermittelte Loë statt dessen eine eingehende Kritik des Paderborner Domkapitulars Professor Rosenberg<sup>38</sup>.

Dieser erwies zunächst mit aller Deutlichkeit die politische Unmöglichkeit, innere Fragwürdigkeit und technische Undurchführbarkeit des vorgeschlagenen Vielstimmenrechts. Er erklärte dann prinzipiell zu der von Loë – vermutlich auch in seinem Begleitschreiben an Bischof Schulte noch ausdrücklich – herangezogenen Stelle des Hirtenbriefes, sie richte sich „nicht direkt gegen das gleiche Wahlrecht, sondern . . . gegen zwei philosophische Auffassungen über Ursprung und Umfang der Staatsgewalt. Wohl mag der einzelne Bischof dabei auch an das gleiche Wahlrecht gedacht haben, weil die Forderung des gleichen Wahlrechts von gewisser Seite aus der verurteilten philosophischen Auffassung der Staatsgewalt begründet wird. Immerhin bleibt dabei bestehen, daß nicht das gleiche Wahlrecht selbst abgelehnt wird, sondern nur die unhaltbare Begründung desselben.“ Dieser Interpretation, die sich zwar aus dem reinen Wortlaut des Hirtenbrieftextes in seiner vorsichtig-allgemeinen Formulierung nicht widerlegen ließ, ganz sicher aber im Widerspruch stand zu ihrem Geist und ihrer Zweckbestimmung – wie ja auch zur Auslegung Bischof Schultes selbst, der deshalb sicher nicht ohne Absicht jetzt Rosenberg „vorschickte“ – fügte der Domkapitular noch die Mahnung an:

„Besser ist es, im Kampfe um das gleiche Wahlrecht den Hirtenbrief aus dem Spiel zu lassen, weil in den breiten Volksmassen, die sich nun einmal für das gleiche Wahlrecht einsetzen, die Anhänglichkeit an den Episkopat und damit auch an die Kirche selbst Schaden nehmen könnte.“

Das war eine deutliche Zurechtweisung der Absichten Loës, durch geistlichen Rückhalt seine Position in der innerparteilichen Auseinandersetzung aufzuwerten. Einen Monat später, auf der Sitzung der Abgeordnetenhausfraktion des Zentrums am 10. und 11. April, in der es um die Haltung der Zentrumsvertreter bei der Abstimmung über das Ergebnis der zweiten Lesung des Wahlgesetzes in der Kommission ging<sup>39</sup>, versuchte er abermals in der Diskussion, den Hirtenbrief ins Spiel zu bringen. Hier hielt ihm der Abgeordnete Wildermann entgegen, der Bischof von Münster habe ihm zweifelsfrei versichert, die Bischöfe hätten bei der Abfassung des Hirtenbriefes nicht an das gleiche Wahlrecht gedacht. Nun doch wohl unsicher geworden, wandte sich Loë drei Tage später – die Zentrumsvertreter hatten inzwischen wiederum geschlossen für das gleiche Wahlrecht gestimmt – hilfeheischend

<sup>37</sup> Abschrift im GVK.

<sup>38</sup> Abschrift des Begleitschreibens vom 8. 3. im GVK, das Urteil Rosenbergs, datiert vom 6. 5., gleichfalls in Abschrift ebd.

<sup>39</sup> Vgl. dazu a. a. O. (s. Anm. 1), S. 155ff.

an Kardinal v. Hartmann<sup>40</sup> und fragte, wie es sich denn nun mit dem Hirtenbrief wirklich verhalte. Wenn Hartmann wünsche, daß die Bischöfe ganz aus dem Spiel blieben, so werde er sich dem fügen. Er müsse aber darauf hinweisen, „daß Hirten-schreiben öffentliche Stellungnahmen sind und vom Volke mit in die Diskussion gezogen werden, sowie daß diese Diskussion auch bezüglich der persönlichen Interpretationen der einzelnen Bischöfe im gegenteiligen Sinne, wie vorstehend angeführt, ausgemünzt wird“. Seiner Ansicht nach sei es von größter Wichtigkeit, „wenn in irgendeiner Form der Behauptung entgegengetreten werden könnte, als ob die hochwürdigsten Bischöfe bei Abfassung des Allerheiligen-Hirtenbriefes sich frei gefühlt hätten von der Besorgnis, daß durch die Einführung des völlig gleichen Wahlrechts in Preußen die christliche Schule und Kirche in Gefahr kämen“.

Gewiß traf er mit dieser Forderung ganz die Ansicht Hartmanns. Leider enthalten die Akten aber dessen Antwort nicht, und es ist daher ungewiß, ob er sich zur politischen Absicht des Hirtenbriefes bekannte, oder ob er ausweichend erwidert hat.

In der Zwischenzeit war er selbst aber nicht untätig geblieben. Einen Tag nach seinem Interventionsversuch gegen die Mainzer Präsidestagung, am 29. März, wandte er sich – wohl endgültig von der Erfolglosigkeit der Vermittlerrolle Bischof Bertrams überzeugt – selbst an den Fraktionsvorsitzenden Dr. Porsch<sup>41</sup>. In dringenden, werbenden, ja fast beschwörenden Worten hielt er ihm die Summe seiner Besorgnisse vor und suchte die tödliche Gefahr für den gesamten Kulturbereich von der Volksschule bis zu den theologischen Fakultäten der Hochschulen, für den Besuch des Gottesdienstes, ja für den Empfang der Sakramente möglichst überzeugend zu formulieren. Die aufgestellten Sicherungen nannte er „dankenswert“ und „nicht ganz wertlos“, sah aber ihre entscheidende Schwäche darin, „daß sie nicht im Wahlgesetz selbst liegen und darum nicht geeignet sind, die radikale Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zu verhindern“. Er war also nach wie vor überzeugt, daß es Sicherungen gegen das gleiche Wahlrecht im Grunde nicht gebe, man dieses selbst also bekämpfen müsse. Besonders wandte sich Hartmann gegen „gewisse Kreise“ der Fraktion, die es selbst beim Scheitern der Sicherungen akzeptieren wollten. Ihre Berufung auf die „Tradition“ der Partei nannte er völlig „veraltet“ und erklärte sich ebenso nicht von der Durchschlagskraft des Argumentes überzeugt, das Zentrum werde Hertling stürzen, wenn es das Wahlgesetz ablehne; selbst wenn das aber so wäre, müßten „sachliche Rücksichten . . . immer den persönlichen vorgehen“. Auch die Rücksicht auf das Vertrauen des Volkes hielt er für „in hohem Maße übertrieben“, denn große Teile des Volkes stünden dem gleichen Wahlrecht gleichgültig, ja ablehnend gegenüber, gefordert werde es nur von den „von ihren

<sup>40</sup> Original des Briefes, in welchem er Obiges berichtet, im GVK 23, 23a; Loë nannte hier zunächst irrtümlich den Bischof von Paderborn; in seinem noch zu behandelnden Schreiben vom 28. 5. berichtete er diesen Gedächtnisfehler jedoch.

<sup>41</sup> Entwurf des Schreibens in GVK 23, 23a; es ist handschriftlich mit dem 29. 3. 1917 datiert und so auch in den Aktenband eingeordnet, aber der Irrtum des Schreibers bei der Jahresangabe ist offensichtlich.

Führern, den geistlichen nicht ausgenommen“, übel beratenen Arbeitern. Schließlich dürfe auch die Gefahr einer Fraktionsspaltung nicht schrecken, sie wäre „sehr zu beklagen“, aber „die Einheit ist nicht das höchste Gut. Es gibt höhere Güter.“

Zum Schluß suchte er Porsch auch noch persönlich anzusprechen und mit der Erinnerung an frühere Zeiten an sein katholisches Gewissen zu appellieren. Vor 45 Jahren, auf der Breslauer Katholikenversammlung von 1872 habe er, Hartmann, einen unauslöschlichen Eindruck von der Rede mitgenommen, in der Porsch als junger Student damals „mit unerschrockenem Mut und glühender Begeisterung für die kirchlichen Prinzipien“ eingetreten sei. Er sei schon damals überzeugt gewesen, einen künftigen „wahren defensor fidei, eine treue Stütze unserer heiligen katholischen Kirche“ vor sich zu sehen, und sei in dieser Überzeugung bisher nur bestätigt worden. „Ich bin darum auch fest überzeugt davon, daß ein Mann mit solch ruhmreicher Vergangenheit jetzt nicht die Hand zu einem Gesetz bieten wird, das nach dem einstimmigen Urteil aller preußischen Bischöfe die größten Gefahren für die Kirche mit sich bringt, es sei denn, daß diese Gefahren durch ausreichende Kautelen paralyisiert würden.“

Doch auch dieser direkte Versuch, mit beschwörender Warnung, massiver Argumentation und schmeichelnd-suggestiver Erinnerung Dr. Porsch – und damit, wie er glaubte, auch einen Großteil der wahrrechtsfreundlichen Zentrumsabgeordneten – zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts zu bewegen, schlug fehl. Als Antwort erhielt er nur, mehr als zwei Wochen später, die ausführliche Denkschrift Porsch vom 13. April<sup>42</sup>, in der dieser ausführlicher und eindringlicher noch als am 8. Februar das fast tragische Dilemma der Fraktion und Partei wie auch sein eigenes darstellte. Er suchte verständlich zu machen, warum er trotz aller eigenen Bedenken und aller Kritik von außen es noch immer für das kleinere Übel und die einzige politisch zu verantwortende Lösung hielt, dem gleichen Wahlrecht zuzustimmen, selbst wenn die aufgestellten Sicherungsforderungen scheitern sollten.

Trotz dieser Unvereinbarkeit der Standpunkte, und obwohl auch aus der Haltung der Fraktion kein Zeichen darauf deutete, daß sie von Hartmanns Argumenten beeindruckt war bzw. überhaupt von ihnen erfahren hatte, versuchte Hartmann noch ein weiteres Mal, auf Dr. Porsch und über ihn auf die Fraktion einzuwirken. In Anlehnung an ein ausführliches Exposé seines wahrrechtspolitischen Beraters, des Kölner Pfarrers Dr. E. Kruchen, dem er die Denkschrift mit der Bitte um Äußerung übergeben hatte<sup>43</sup>, unternahm es der Kardinal – jetzt unter Verzicht auf

<sup>42</sup> Maschinenschriftliches Exemplar mit kurzem, sachlich wenig belangvollem Begleitschreiben vom 18. 4. im GVK 23, 23a. Vgl. dazu a. a. O. (s. Anm. 1), S. 169f.

<sup>43</sup> Handschriftliches Original des Exposés mit Begleitschreiben vom 24. 4. im GVK 23, 23a; vgl. a. die gedruckte „Vortragsskizze“ Kruchens vom 21. 4. ebd., die – wie aus dem ebenfalls gedruckten Begleitschreiben hervorgeht – an möglichst viele „confratres“ geschickt wurde mit der Bitte, in diesem Sinne öffentlich zu wirken und in Versammlungen die Annahme einer – gleichfalls schon „vorgedruckten“ – Resolution zu veranlassen. Im Inhalt entsprachen Vortragstext wie Resolution dem üblichen wahrrechtsfeindlichen Klischee und lagen auf der Linie der auf der Essener Klerikerversammlung vom 6. 2. (s. Anm. 13) be-

persönliche Apostrophierungen und im Ton merklich kühler – am 25. April<sup>44</sup>, die politischen Gründe Porschs zu entkräften. Vor allem setzte er sich stark für ein Pluralwahlrecht ein, das er keineswegs, wie Porsch, als eine sachlich doch fast unwirksame, aber politisch verbitternde und die Massenstimmung radikalisierende Zwischenlösung ansah, sondern als jene im Wahlrecht selbst liegende Sicherung, die die übrigen Kautelen überhaupt erst diskutabel mache. Porschs berechtigte Befürchtung, die Partei werde unglaublich, wenn sie Sicherungen gegen die Folgen des gleichen Wahlrechts verlange und dieses selbst ablehne, rührte ihn nicht. Er hoffte im Gegenteil, dadurch die Konservativen den Sicherungen geneigter zu machen, nicht ganz unberechtigterweise, wie sich zeigen sollte. Auch Porschs Prognose, eine Ablehnung des jetzigen Wahlgesetzes werde ein noch radikaleres zeitigen und, wenn das Zentrum dabei geholfen, auch dieses hinwegfegen, suchte er ziemlich leichtherzig zu zerstreuen:

„Geht . . . das Zentrum mit den rechtsstehenden Parteien zusammen, so bilden sie eine überwältigende Majorität, die nicht leicht in eine Minorität verwandelt werden kann. Alle diese Parteien sind so festgefügt, daß sie in jedem Falle über einen starken Teil ihrer Wähler unbedingt verfügen. Kommt eine geschickte Wahlparole hinzu, . . . so sind wesentliche Schwächungen zu vermeiden.“

Fürwahr eine kühne Prophezeiung, aus der eine erschreckende Ahnungslosigkeit sprach, die von dem im Wahlrechtsproblem – und nicht nur in ihm – angesammelten innerpolitischen Zündstoff nicht das Geringste spürte und die radikalisierende Tendenz in der Volksstimmung als Augenblickerscheinung mit der gewiß ehrenwerten, aber im Jahre 1918 doch recht naiven Frage abtun zu können glaubte:

„Sollte uns der Krieg nicht auf die Dauer zur Arbeit, zur Einfachheit, zur Liebe, zur Ordnung, zur Sehnsucht nach einer starken Macht im Lande, . . . auch zur Rückkehr zur Religion und Sittlichkeit erziehen?“

Krasser konnte es nicht ausgedrückt werden, wie sehr Hartmann – im Gegensatz zur realistischen, Nutzen und Schaden klug abwägenden Einstellung seiner Amtsbrüder in Breslau, Paderborn, Münster und München, die sich um Kirche und Schule in Preußen ja gewiß nicht weniger Sorgen machten – in den Propagandavorstellungen und Illusionen der äußersten Rechten befangen war. Und es verwundert nicht, daß er Porsch ferner empfahl, durch eine Rechtsschwenkung auch den Reichstag seines „verhängnisvollen“ Einflusses zu berauben und seine Mehrheit (d. h. Linksmehrheit) zum Verzicht auf ihre „parlamentarischen Machtpläne“ zu nötigen: „Täusche ich mich nicht, so liegt hier der Kern der Sache.“ Man versteht, daß Porsch sich nicht beeilte, derartige Auslassungen, von denen doch immerhin zu befürchten war, daß sie nicht ganz ohne Auswirkungen bleiben würden, der Fraktion bekanntzumachen.

Auch dem Abgeordneten Wildermann, der Hartmann am 16. April auf Anraten des Bischofs von Münster in drängenden, fast flehenden Worten ebenfalls seine und

schlossenen Aktivität – damals hatte ebenfalls Dr. Kruchen die Versammlung geleitet und das Hauptreferat gehalten.

<sup>44</sup> Entwurf des Schreibens im GVK 23, 23a.

eines großen Teils der Fraktion Zwangslage darzutun versuchte<sup>45</sup> und ihn um Verständnis dafür bat, daß er, „wenn es möglich sein sollte, ein Wahlgesetz durchzusetzen, das zwar nicht alle Wünsche bezüglich Kirche und Schule befriedigt, das jedoch als das viel geringere Übel erscheint gegenüber dem später zu erwartenden Wahlrecht“, nicht dagegen stimmen werde – wobei er sogar Zusatzstimmen für Alter und Kinder als nicht unmöglich hinstellte – erwiderte der Kardinal ähnlich<sup>46</sup>. Er würdige, so schrieb er ihm, seine Motive und zweifle nicht an seinen guten Absichten, aber die politischen Folgerungen vermöge er nicht zu teilen. Außerdem sandte er ihm eine Abschrift seines Schreibens an Porsch. Eine Verbreitung dieser Antwort des Kardinals dürfte auch Wildermann sich nicht eben haben angelegen sein lassen. Spätestens aus dem Verlauf der zweiten und dritten Plenarlesung der Wahlvorlagen<sup>47</sup>, in denen beide Male der größte Teil der Abgeordnetenhausfraktion – 77 bzw. 80 Abgeordnete – für das gleiche Wahlrecht stimmte, und zwar trotz abermaligen Scheiterns der Sicherungen, mußte Kardinal v. Hartmann die Bestätigung seines schon im März bekundeten Verdachtes schöpfen, alle seine Beeinflussungsversuche wie auch das Schreiben der Bischöfe vom 1. März seien der Fraktion gar nicht oder doch nur unvollständig zur Kenntnis gelangt<sup>47a</sup>. Am 20. Mai schrieb er grollend an den Bischof von Limburg<sup>48</sup>, ihm vergehe allmählich die Lust, „mit dem Zentrum zu korrespondieren, wenn Briefe, die in kirchlichen und moralischen Angelegenheiten seitens des Episkopats an den Vorsitzenden geschrieben werden, der Fraktion vorenthalten werden, wie es nun schon wiederholt vorgekommen ist“.

Auf die Rückendeckung und aktive Unterstützung durch die Autorität ihres kompromißlosesten Bundesgenossen im deutschen Episkopat wollten indes die Gegner des gleichen Wahlrechts – nicht nur im Zentrum – nicht verzichten; dies um so weniger, als die dritte Lesung mit dem absurden Ergebnis einer Lücke im entscheidenden Paragraphen des Wahlgesetzes keineswegs ein voller Sieg für sie gewesen war, und angesichts der trotz aller politischen Ohnmacht festen Haltung der Regierung Hertling-Friedberg, des schwankenden Kurses der Rechtsnationalliberalen und der zusammenschumpfenden Gruppe der „Unentwegten“ in der Zentrumsfraktion zu befürchten stand, daß der halbe Sieg sich früher oder später in eine Niederlage verwandelte. Dieser Furcht entsprangen die erfolgreichen Verhandlungen des konservativen Fraktionsführers v. Heydebrand<sup>49</sup>, und von ihr dürften auch die Anregungen zweier der enragiertesten Wahlrechtsgegner in der Zentrumsfraktion inspiriert gewesen sein. Am 19. Mai übersandte der Präsident der

<sup>45</sup> Original im GVK 23, 23a.

<sup>46</sup> Entwurf im GVK 23, 23a; der Entwurf ist undatiert, doch ist eine Datierung auf den 25.–27. 4. recht wahrscheinlich.

<sup>47</sup> Vom 30. 4.–7. 5. 1918 bzw. 13./14. 5. 1918, vgl. a. a. O., S. 172ff.; 182ff.

<sup>47a</sup> Vgl. dazu die Kontroverse zwischen der Täglichen Rundschau, die am 12. Mai den in den Briefen vom 29. 3. und 25. 4. geäußerten Standpunkt Hartmanns veröffentlicht hatte, und Dr. Porsch, der zwei Tage später hatte zugeben müssen, der Fraktion den Inhalt dieser Briefe nicht mitgeteilt zu haben; vgl. a. a. O. (Anm. 1), S. 196.

<sup>48</sup> Entwurf im GVK 23, 23a.

<sup>49</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 186ff.

westfälischen katholischen Bauernvereine, Frhr. v. Kerckerling, seinen Wohnsitzklausel-Vorschlag auch an Kardinal v. Hartmann<sup>60</sup>. Bemerkenswerter ist aber sein aus Avesnes, dem Sitz der OHL, datiertes Begleitschreiben<sup>61</sup>. In ihm nämlich sprach er von der Absicht Hindenburgs, Hartmann nach Avesnes einzuladen, und davon, daß bei den dann mit Ludendorff möglichen Gesprächen das Wahlrechtsproblem eine große Rolle spielen werde. In Ludendorff werde der Kardinal einen Gleichgesinnten treffen: er sei „ein streng christlicher konservativer Charakter von großem politischen Scharfblick und einer für unsere Zeit ungewöhnlichen Energie“ und stehe in der Wahlrechtsfrage „ganz auf dem Standpunkt, den auch Eure Eminenz vertreten“.

Ging es hier um das Anknüpfen von Fäden zwischen den geistlichen und militärischen Gegnern des gleichen Wahlrechts, so setzte der schlesische Zentrumrsabgeordnete Graf Strachwitz<sup>62</sup> in einem Schreiben vom 21. Mai<sup>63</sup> seine Hoffnungen auf eine Intervention des Episkopats beim Kaiser „in letzter Stunde“, wie sie bereits der Konservative v. Gescher am 14. März angeregt hatte. Und zwar solle man als Ausweg nicht etwa ein Pluralwahlrecht – selbst das hielt Strachwitz als Sicherung gegen die Sozialdemokratie und ihre kirchen- und staatsfeindlichen Ziele noch für zu „schwächlich“ – sondern ein berufsständisches System vorgeschlagen, für das der Kaiser „zu haben sein werde“<sup>64</sup>. Er berichtet von Auseinandersetzungen in der Fraktion vor der dritten Lesung, als deren Ergebnis er schließlich auf Drängen Porschs und der Fraktionsmehrheit darauf verzichtet habe, seinen Standpunkt vor dem Plenum darzulegen, um den Riß im Zentrum nicht offenbar werden zu lassen. Er sei aber im Grunde der Überzeugung, „daß ein künstliches, gewaltsames Zusammenhalten . . . der Partei und dem Katholizismus mehr schadet als ein Auseinandergehen in der Wahlrechtsfrage“. Er kritisierte die Kurzsichtigkeit und Kleinlichkeit Hertlings scharf und erging sich abschließend in maßlosen Ausfällen gegen die „Freimaurer und insbesondere die Juden, die er als die treibenden Kräfte hinter der Wahlrechtsagitation – selbstverständlich zum Schaden Deutschlands und im Solde seiner Feinde – hinstellte.

Es ist kaum anzunehmen, daß Kardinal v. Hartmann eine Intervention beim Kaiser ernsthaft erwogen hat. Da seine Antworten an Strachwitz und Kerckerling sich nicht in den Akten befinden, ist über seine Reaktion darauf so wenig Sicheres zu sagen wie darüber, ob der Vorschlag einer Reise nach Avesnes und einer Unter-

<sup>60</sup> Masch. Abschrift und handschriftl. Original des Begleitschreibens im GVK 23, 23a; dazu a. a. O. (s. Anm. 1), S. 171; 187, Anm. 1.

<sup>61</sup> Er besaß gute Beziehungen zum Hauptquartier, insbesondere zu Ludendorffs Vertrauten, dem scharfen Wahlrechtsgegner Oberst Bauer, den er über das Schicksal seines Vermittlungsversuches auf dem Laufenden hielt; vgl. die a. a. O. (s. Anm. 1), S. 171, Anm. 5, und 187, Anm. 1, zitierten Briefe aus dem Nachlaß Bauer.

<sup>62</sup> Über seine sonstige wahlrechtspolitische Aktivität vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 122, Anm. 3; 126; 196.

<sup>63</sup> Original im GVK 23, 23a.

<sup>64</sup> Daß diese Vermutung nicht grundlos war, zeigt das Eintreten Wilhelms II. für ein berufsständisches System Ende 1917, vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 123 ff.

redung mit Ludendorff weiter verfolgt wurde. Zu den sachlichen Vorschlägen der beiden Abgeordneten aber dürfte er sich ablehnend geäußert und damit den Argumenten seines Wahlrechtsberaters Kruchen gefolgt sein, der in einer undatierten, aber sicher kurz nach dem 21. Mai angefertigten Aufzeichnung<sup>55</sup> sowohl die Wohnsitzklausel wie das berufsständische Wahlrecht als politisch bedenklich und nicht zu erreichen abgelehnt hatte. Offenbar sah er aber zu einem offenen Engagement für das eine oder andere auch keinen Anlaß mehr. Denn nach der schweren Niederlage der Regierung in den beiden Plenarlesungen waren seiner Ansicht nach Konservative und Rechtsliberale „Herren der Lage“: „Offenbar steht es außerordentlich günstig um die Abschwächung der Wahlreform in dem Sinne, wie wir es wünschen.“ Aus der Diskussion um die politischen Einzelheiten, etwa die Beschaffenheit der Zusatzstimmen, müsse und könne man sich heraushalten. Für einen auch weiterhin den kirchlichen Interessen günstigen Verlauf der Dinge sah Kruchen nur noch zwei Gefahren: einmal in einer Verstärkung und Ausweitung der wahlrechtsfreundlichen Bewegung unter den christlichen Arbeitern, bei denen schon jetzt diejenigen Abgeordneten, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hätten, in wachsendem Maße diskreditiert würden. Um dem entgegenzuwirken, müßten jetzt endlich auch die Fraktionsmitglieder, die trotz religiöser Bedenken – anders als die ländlich-aristokratischen Abgeordneten – und ungeachtet des Scheiterns der Sicherungen aus taktischen Gründen für die Regierungsvorlage gestimmt hätten, diese Haltung aufgeben. Das gelte besonders für die Geistlichen unter ihnen. Sonst könne unter Umständen „jede Opposition gegen die üble Führung“ im Zentrum zusammenbrechen, und es werde nach Mundtotmachung der bisher schon Opponierenden kein Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht auch ohne Sicherungen mehr geleistet werden können. In diesem Zusammenhang ergab sich für ihn auch die zweite Gefahr: eine Einigung der Rechtsparteien ohne das Zentrum mit dem Ergebnis, daß zwar politische, nicht aber religiöse Sicherungen geschaffen würden. Nur eine rechtzeitige und offene Opposition aller Gegner der Regierungsvorlage in der Fraktion könne das verhindern. Denn nur eine starke und entschlossene Unterstützung werde man rechts honorieren.

Es ist sicher kein Zufall, daß die einzige faßbare Aktion Kardinal v. Hartmanns in jenen Tagen auf der Linie der von Kruchen als nötig umrissenen Stärkung und Intensivierung der Rechtsopposition im Zentrum lag. Auf eine Ergebnisadresse des Vereins katholischer Edelleute Deutschlands erwiderte Hartmann in einem Schreiben an den Vorsitzenden Graf Droste zu Vischering, das dieser am 27. Mai bekanntgab<sup>56</sup>. Es hieß darin, die ihm versicherte Ergebnisadresse sei besonders deshalb ein Trost für die deutschen Bischöfe, weil betäublicherweise der Hirtenbrief von 1917 „in manchen einflußreichen katholischen Kreisen“ eine so kühle Aufnahme gefunden habe. Hartmann schloß mit den Worten:

„Mögen die in dem Hirtenschreiben dargelegten katholischen Grundsätze mit

<sup>55</sup> Original im GVK 23, 23a.

<sup>56</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 196f.; Zitate nach einem Ausschnitt aus der Kreuzzeitung im GVK 23, 23a.

Gottes Hilfe sich immer mehr Bahn brechen und die unverrückbaren Richtlinien bilden für das Verhalten aller Katholiken.“

Hier also war das von Loë so sehr ersehnte Bekenntnis zur innenpolitischen Relevanz des Hirten Schreibens, und dieser beeilte sich, schon einen Tag später<sup>57</sup> dem Kardinal seine Genugtuung darüber auszudrücken und hinzuzufügen, daß einer Verbreitung wohl keine Bedenken entgegenständen. Die Publikation erfolgte dann auch noch „rechtzeitig“ zur vierten Plenarlesung. Sie entfesselte eine scharfe Diskussion über den Hirtenbrief in der Öffentlichkeit, was die Zentrumsführung in beträchtliche Verlegenheit versetzte<sup>58</sup> und das Ihre zu der unerwartet großen Unterstützung beigetragen haben dürfte, die der Heydebrandsche Kompromißentwurf auch in der Zentrumsfraktion fand.

Die Genugtuung Loës ist um so verständlicher, als er anhand mehrerer von ihm verfaßter, als Manuskript gedruckter parteiinterner Rundschreiben, die er seinem Schreiben vom 28. Mai beilegte und die er auch den übrigen Bischöfen zur Kenntnis zu bringen bat<sup>59</sup>, dazutun versuchte, wie stark der Druck der Anhänger des gleichen Wahlrechts in der Partei auf die Andersdenkenden schon geworden, wie notwendig daher ein Bekenntnis von autoritativer geistlicher Seite zu Geist und Zweck des Hirtenbriefes gewesen sei. Bezeichnend für die Schärfe der innerparteilichen Auseinandersetzungen ist, wenn Loë etwa am 29. März berichtete, er sei bereits zweimal im Zusammenhang mit seiner Haltung in der Wahlrechtsfrage von Giesberts bzw. Stegerwald – Vertretern des Arbeiterflügels – zum Austritt aus der Partei, ja zum Übertritt zu den Konservativen aufgefordert worden. Eine große Rolle hatte naturgemäß die Auseinandersetzung über den Hirtenbrief gespielt. Gegenüber gewundenen Deutungsversuchen wie etwa dem Trimborns – der Hirtenbrief mache nicht Ablehnung des gleichen Wahlrechts zur Gewissenspflicht, sondern nur Abwägen, ob ein Ja oder Nein schädlicher sei, worin ihm ein „hoher geistlicher Würdenträger“ nicht widersprochen habe – hatte Loë mangels einer klareren Kundgebung vor allem auf den Brief Bertrams an Porsch verwiesen: Das sei eine authentische Interpretation des Hirtenbriefes, die die Regierungsvorlage für unannehmbar erkläre. Dabei dürfte er sich aber nicht verhehlt haben, daß diese seine Deutung des Briefes von dessen Wortlaut her ebenso angreifbar war wie jene Interpretation des Hirtenbriefes. Das Schreiben Kardinal v. Hartmanns an Graf Droste gab ihm endlich einen schlagenderen Beweis an die Hand.

Es ist sicher nicht ganz zufällig, daß die Kölner Akten für die Monate Juni und Juli 1918 keine Korrespondenz enthalten. Mit der Annahme des Heydebrandschen Pluralwahlrechtskompromisses unter Einschluß der Zentrumsicherungen – zu der 33 Zentrumsabgeordnete beigetragen hatten<sup>60</sup> – war ja zunächst einmal alles erreicht, was Hartmann erstrebt und was sein Wahlrechtsberater Kruchen noch kurz

<sup>57</sup> Original des Schreibens in GVK 23, 23a.

<sup>58</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 197. Zur Reaktion der Linken vgl. etwa noch den scharfen Artikel der SPD-Zeitung „Rheinische Post“ Nr. 135 vom 15. 6. 1918.

<sup>59</sup> Rundschreiben v. 28. 2. (an Vorstand und Parteiausschuß der rheinischen Zentrums-  
partei), v. 29. 3. (an Fraktion u. Parteivorstand), v. 20. 4. (desgl.) u. v. 24. 5. (desgl.).

<sup>60</sup> Vgl. dazu a. a. O. (s. Anm. 1), S. 190 ff.

vorher für eine den katholischen Interessen günstige Lösung erklärt hatte<sup>61</sup>. Anlaß zu wahrrechtspolitischer Aktivität bestand daher für den Kardinal und seine Anhänger vorerst nicht mehr. Ein wunder Punkt blieb für sie allerdings noch die – schon von Kruchen mit Sorge notierte, nach der vierten Wahlrechtslesung sich weiter steigernde – Schärfe, mit der der linke Flügel der Partei gerade in Westdeutschland seine Empörung über die Entwicklung des Wahlrechtsproblems und über die seiner Ansicht nach daran mitschuldigen katholischen Politiker und Geistlichen zum Ausdruck brachte<sup>62</sup>. Unmittelbar berührt wurden die letzteren vor allem durch die parallel zur innerparteilichen Spannung sich noch verschärfenden Auseinandersetzungen in den westdeutschen Arbeitervereinen. Federführend in Schärfe und Ausmaß seiner Kritik an den katholischen Gegnern der Regierungsvorlage war das – von diesen ja schon mehrfach bitter getadelte – Verbandsorgan, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ in Mönchengladbach unter der Redaktion von Josef Joos und der verantwortlichen Leitung des Verbandsvorsitzenden Diözesanpräses Dr. Otto Müller<sup>63</sup>. Dessen schon erwähnter Streit mit dem Kölner Bezirkspräses v. Weschpfennig erreichte gerade im Juni einen Höhepunkt mit dem von den Arbeitern im Bezirk Köln-Mülheim unterstützten Ersuchen Müllers, Weschpfennig abzulösen, unter besonderem Hinweis auf seine Haltung im Wahlrechtsstreit<sup>64</sup>. Daß Kardinal v. Hartmann einem so begründeten Antrag nicht stattgab, kann nicht überraschen. Es hätte dazu wohl nicht erst der scharfen Polemik bedurft, mit der der Kölner Präses Houben in einem – Hartmann vorgelegten – Schreiben an den Generalvikar vom 18. Juni<sup>65</sup> die Vorwürfe Müllers zurückwies und gegen die von Müller geförderten Tendenzen zur Verselbständigung der Arbeitersekretäre in ihrem Verhältnis zu den geistlichen Präses zu Felde zog.

Als trotz der abschlägigen Entscheidung des Kardinals die Angriffe auf Weschpfennig sich eher noch verstärkten und die Forderungen nach einer Umgestaltung der Arbeitervereine zu einer katholischen Standesvertretung immer lauter wurden, griff, wie an anderer Stelle näher berichtet<sup>66</sup>, Hartmann aktiv ein und entthob

<sup>61</sup> Vgl. den von Kruchen unterzeichneten Entwurf einer Eingabe (als Manuskript gedruckt) v. 20. 6. 18 an die Landtagsfraktion, der nach beigefügtem Begleitschreiben an Geistliche mit der Bitte um Unterschriftensammlung geschickt wurde (Exemplar im GVK 23, 23a). In dem Entwurf begrüßte Kruchen nachdrücklich das Ergebnis der 4. Lesung, insbesondere die Annahme der Sicherungen, und wandte sich scharf gegen alle Versuche, die Bedeutung der Sicherungen herabzumindern und die Abgeordneten zu diffamieren, die um ihrerwillen dem Pluralwahlrecht zugestimmt hätten.

<sup>62</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 194 ff.

<sup>63</sup> Vgl. dazu etwa die im GVK 23, 23a aufbewahrten Ausschnitte aus der Nr. 25 v. 23. 7. 18 mit Berichten über Arbeitervereinsversammlungen in Hamm, Wattenscheid u. Erkelenz, in denen schärfste Kritik an den Wahlrechtsgegnern im Zentrum geübt wurde.

<sup>64</sup> Vgl. die Eingabe der Kölner Arbeiter v. 9. 6. u. das Gesuch Dr. Müllers v. 11. 6. in GVK 23,2, Bd. V. Die Bescheide des Generalvikariats sind jeweils in einer Randbemerkung formuliert.

<sup>65</sup> Original im GVK 23,2, Bd. V. Vgl. a. das Verteidigungsschreiben Weschpfennigs v. 20. 6. ebd.

<sup>66</sup> Vgl. a. a. O. (s. Anm. 1), S. 214 f. Im GVK 23,2, Bd. V. befinden sich für beide Streit-

Dr. Müller am 24. August seines Postens. Damit erregte er freilich nicht nur in den Arbeitervereinen, sondern auch in der – als Folge der verschlechterten militärischen Lage und ihrer innerpolitischen Rückwirkungen doppelt empfindlichen – politischen Öffentlichkeit überhaupt beträchtlichen Aufruhr. Wenn er einen Zusammenhang dieses Schrittes mit dem Wahlrechtsproblem zu dementieren versuchte, so glaubte ihm das auch im Zentrum außerhalb des rechten Flügels niemand. Er ließ sogar noch am 21. September gegenüber dem Abgeordneten Giesberts diesen Zusammenhang scharf in Abrede stellen<sup>67</sup> und ihn um Richtigstellung einer gegenteiligen Behauptung ersuchen, da diese, wie er sehr richtig erkannte, geeignet sei, „die Arbeiter, namentlich in der Erzdiözese Köln, aufzuregen und ihnen das Vertrauen zu ihrem Oberhirten zu nehmen“. Zwar erfüllte Giesberts seinen Wunsch<sup>68</sup>, aber die von Hartmann angestrebte Beruhigung über den Fall Müller dürfte unter den Arbeitern – sofern sie dem Dementi überhaupt in der immer explosiver werdenden inneren Situation viel Beachtung schenkten – auch dadurch kaum erzielt worden sein, zumal Giesberts sich im gleichen Artikel noch einmal ausdrücklich mit den Ansichten und Plänen Dr. Müllers solidarisch erklärte. Der von wachsender Kriegsmüdigkeit gekennzeichneten und durch Jahre erbitterten inneren Streites aufgewühlten Massenstimmung war mit haarspalterischen und daher unglaublichen Dementis nicht mehr beizukommen.

Daß Kardinal v. Hartmann freilich selbst jetzt noch die Erkenntnis der wachsenden Gefährlichkeit der inneren Lage abging, zeigt seine Reaktion auf den Gruppenwahlrechtsvorschlag des Herrenhausmitgliedes und früheren preußischen Landwirtschaftsministers v. Schorlemer<sup>69</sup>, den dieser ihm am 18. August übersandte. Das Begleitschreiben<sup>70</sup> enthielt gleichzeitig eine Einladung zu einer für den 1. September im Berliner Hotel Adlon geplanten Besprechung derjenigen Herrenhausmitglieder, die auf dieser Grundlage eine Verständigung mit der Regierung herbeizuführen versuchen wollten. In seiner Antwort vom 28. August<sup>71</sup> nannte der Kardinal den Entwurf „in hohem Grade beachtenswert und auch geeignet, die verhängnisvollen Folgen des gleichen Wahlrechts zu paralisieren . . . Daß die Regierung den Vorschlag ernstlich bekämpfen sollte, dürfte nicht wahrscheinlich sein.“ Darin täuschte er sich freilich gründlich, die Regierung legte das erklügelte System als völlig indiskutabel zu den Akten. Im Vergleich zu seinem unverändert illusionären Optimismus – die Teilnahme an der Adlon-Konferenz lehnte er lediglich aus

punkte bzw. ihre Entwicklung im Juli und August 1918 eine Reihe aufschlußreicher Korrespondenzen u. Aktenstücke, die hier nicht alle einzeln genannt werden können.

<sup>67</sup> Entwurf des Schreibens – in der Handschrift Hartmanns u. als persönliches Anschreiben konzipiert, dann aber dem Generalvikar überlassen u. entsprechend korrigiert – im GVK 23,2, Bd. V.

<sup>68</sup> Vgl. den Ausschnitt aus der „Germania“ v. 8. 10. 18, in der Giesberts Berichtigung in der „Norddeutschen Allgemeinen“ zitiert ist (GVK 23,2 Bd. V).

<sup>69</sup> Vgl. dazu a. a. O. (s. Anm. 1), S. 207 ff.

<sup>70</sup> Original in GVK 23, 23a.

<sup>71</sup> Entwurf auf dem Rand und der Rückseite von Schorlemers Begleitschreiben in GVK 23, 23a.

Gesundheitsgründen ab – ist die fast panische Sorge aufschlußreich, mit der der Zentrumsabgeordnete Dr. Brockmann (Düsseldorf), ebenfalls ein entschiedener Gegner des gleichen Wahlrechts, auf Schorlemers Vorschlag reagierte. Am 22. August schrieb er ihm<sup>72</sup>, er halte den Vorschlag trotz einzelner Bedenken für „bei weitem das beste . . ., um aus der heillos verfahrenen inneren Lage herauszukommen“, stelle sich aber die „große bange Frage“, ob die Regierung diesen Vorschlag ebenfalls annehmen oder bei ihrer Ablehnung jeder Änderung des § 3 des Regierungsentwurfs und damit auch bei der Drohung bleiben werde, das Abgeordnetenhaus aufzulösen, wenn ein anderes als das gleiche Wahlrecht beschlossen würde. Im letzteren Falle könne er es nicht mehr verantworten, für Schorlemers Vorschlag zu stimmen. Denn nach seiner sicheren Überzeugung werde infolge der – durch Regierungserklärungen noch verstärkten – von den Parteien der Reichstagsmehrheit betriebenen Hetze

„eine derartige Erbitterung . . . in breite Massen der Bevölkerung, nicht nur der Arbeiterschaft, hineingetragen, daß ein Wahlkampf unter der Devise ‚für das gleiche Wahlrecht‘ notwendig zu einem Wahlkampf gegen die ‚Volksfeinde, die nicht einmal das dem Volk bewilligen wollen, was Krone und Regierung ihm geben wollen‘, gegen die ‚Alldeutschen‘, gegen die ‚Kriegsgewinnler‘, gegen die ‚Kriegsverlängerer‘ usw. werden wird. Die Verhetzung hat es zuwege gebracht, daß schon jetzt die ‚Wahlrechtsfeinde‘ mit Vorliebe als eine und dieselbe Gruppe mit den Gegnern des Verständigungsfriedens, also als Kriegsverlängerer hingestellt und angesehen werden. Bei der offensichtlichen Kampfstellung der flaumacherischen, für die Wahlreform sich einsetzenden Reichstagsmehrheit gegen die der . . . Wahlreform abgünstige Landtagsmehrheit geht ja auch eine derartige hetzerische Behauptung ohne weiteres und überzeugend in das Gefühl der breiten, sowieso durch die Kriegsnöte stark radikalisierten Massen ein. Der Wahlkampf bei einer Landtagsauflösung würde also, das sehe ich hier in unserer Arbeiterbevölkerung mit klaren Augen vor mir, . . . die Unmöglichkeit zur Folge haben, den Krieg siegreich zu Ende zu führen.“

Hier wurde also der Ernst der inneren Lage als solcher durchaus richtig gesehen. Allerdings konnte sich Brockmann wirklich gefährliche Konsequenzen nur bei einem Wahlkampf vorstellen, während doch gerade das gleichzeitige Hinauszögern der Annahme des gleichen Wahlrechts sowie einer Auflösung und Neuwahl die Erbitterung schürte. Immerhin ist der Gegensatz zu Hartmanns Einschätzung der Lage beachtenswert.

Wenn Brockmann Schorlemer ferner aufforderte, sich vor allem der Unterstützung der OHL im Kampf gegen die Auflösung zu versichern, so rannte er damit offene Türen ein: das hatte dieser als allererstes getan. Schorlemers Versuch aber, die Autorität Kardinal v. Hartmanns zu diesem Zwecke beim Reichskanzler einzusetzen<sup>73</sup>, schlug fehl. Der Kardinal erwiderte ihm am 6. September<sup>74</sup>, er sei zwar hinsichtlich der Gefahren einer Auflösung mit ihm einer Meinung und hätte seine Bedenken auch dem Reichskanzler gern übermittelt. Doch „in den letzten Tagen“

<sup>72</sup> Original im Nachlaß Bauer 17 (BA Koblenz).

<sup>73</sup> Original des Schreibens vom 4. 9. 18 in GVK 23, 23a.

<sup>74</sup> Entwurf ebd.

habe Graf Hertling – offenbar von Stegerwald über die Absetzung Dr. Müllers informiert und zu dem Glauben verleitet, dieser Schritt sei wegen dessen Stellung zur Wahlrechtsreform erfolgt – ihn in einem Telegramm deshalb „so ungnädig angelassen, wie es schwerlich bisher ein Reichskanzler einem Kardinal gegenüber getan hat“. Unter diesen Umständen könne er an eine Intervention beim Kanzler verständlicherweise nicht denken.

Das Scheitern des Schorlemerschen Kompromißversuchs teilte ihm am 10. September der Abgeordnete Graf Galen mit<sup>75</sup>. Der Chef des Zivilkabinetts v. Berg habe ihn als für Krone und Regierung gleich unannehmbar erklärt. Hertling sei eher bereit zu gehen, als vom gleichen Wahlrecht abzuweichen, und die Krone müsse ihr Wort einlösen, „mit oder ohne Hertling. Dies, glaube ich, ist die Situation.“ Nur den Weg eines gleichen Wahlrechts mit Sicherungen hielt Galen jetzt noch für gangbar und zu verantworten: also die Lösung, für welche die Mehrheit der Zentrumsfraktion und die Bischöfe Bertram, Schulte und Schumacher schon seit Monaten eingetreten waren, gegen die aber Hartmann und der rechte Parteiflügel bis zuletzt erbittert gekämpft hatten.

Die katastrophale Verschlechterung der militärischen und innerpolitischen Lage zwangen binnen wenig mehr als vier Wochen nach dieser Prognose Galens die Kommission des Herrenhauses und die gesamte Landtagsfraktion zur Annahme dieser Lösung. Der Bankrott der Wahlrechtspolitik des rechten Zentrumsflügels und damit auch Kardinal v. Hartmanns wurde vollständig, als im Gefolge des Novemberumsturzes auch die Sicherungen noch hinweggefegt wurden. Die beschwörend ausgesprochene, von Hartmann ungerührt vom Tisch gewischte Prognose Dr. Porschs hatte sich restlos erfüllt.

Überblicken wir zusammenfassend die geschilderten Vorgänge, so können wir zunächst konstatieren, daß die Grundlinien des Bildes, – das bisher im wesentlichen nur auf Parlamentsberichte, Presse und Publizistik gestützt war, von den Kölner Akten bestätigt werden. Das neue Material hat jedoch eine Modifikation nötig und Differenzierungen möglich gemacht. Korrigiert wurde die Unterschätzung der wahlrechtspolitischen Bedeutung des Allerheiligen-Hirtenbriefes von 1917. Schon vor der notierten Auseinandersetzung im Juni 1918, als das offene Bekenntnis Kardinal v. Hartmanns zu ihm ihn unübersehbar ins politische Blickfeld rückte, war er Objekt konträrer Interpretationen und Argument im innerparteilichen Zwist. Ähnliches gilt – in geringerem Ausmaß – von der Adresse des preußischen Episkopats und den beiden Briefen Hartmanns an Porsch, die dieser ebenfalls geheimzuhalten trachtete. Wie viele Zentrumsabgeordnete tatsächlich davon wußten, ist im einzelnen nicht zu klären, sicher aber ist, daß das schwankende, nur mit Mühe auf der Linie der Unterstützung der Regierungsvorlage festgehaltene Gros der Fraktion über das Ausmaß der Bedenken und Einwände der Bischöfe und besonders Kardinal v. Hartmanns so lange wie möglich im unklaren gelassen wurde.

Diesem Bestreben kam die Tatsache entgegen, daß die preußischen Bischöfe

<sup>75</sup> Original ebd.; für eine Antwort des Kardinals fand sich kein Anhalt.

selbst keineswegs völlig einer Meinung waren und der starr ablehnenden Haltung Hartmanns durchaus nicht rückhaltlos beipflichteten. Wie gewiß auch die große Mehrheit der Zentrumsmitglieder bis hin zu Porsch selbst, waren auch sie sicher einig mit Hartmann in der Besorgnis um die von den Folgen des gleichen Wahlrechts bedrohten religiösen und kulturellen Interessen des deutschen Katholizismus. Aber anders als er und der extreme rechte Flügel der Partei überzeugten sich besonders die Bischöfe von Breslau, Paderborn und Münster mehr und mehr von dem Dilemma, in einer sich ständig verschlechternden inneren Lage nur noch zwischen zwei Übeln wählen zu können, und von der Pflicht, Nutzen und Schaden ungetrübt von Emotionen und Vorurteilen abzuwägen. Ihnen wie der Parteiführung schien es aber *rebus sic stantibus* das geringere Übel, durch Annahme des gleichen Wahlrechts mit möglichst vielen Sicherungen die Entwicklung noch in ihrem Sinne mitzugestalten, statt durch schroffe Intervention im Gefolge der Konservativen die Massen gegen sich aufzubringen und aller Autorität und allen Einflusses verlustig zu gehen. Deshalb haben sie es vermieden, sich im Wahlrechtsstreit öffentlich zu engagieren, und haben sich dem Drängen des rechten Parteiflügels schließlich energisch widersetzt, wobei sie sogar so weit gingen, sich von früheren Äußerungen vorsichtig zu distanzieren. Die Gefahr, daß angesichts der unveränderten Haltung Kardinal v. Hartmanns im innerparteilichen Zwist ein Bischof gegen den anderen ausgespielt wurde, haben sie dabei auf sich genommen. Auf diese Weise nahmen sie den Beeinflussungsversuchen Hartmanns und der mit ihm sympathisierenden Kölner Geistlichkeit viel von ihrem Gewicht. Die Einbuße geistlicher Autorität unter den Arbeitern aber insbesondere der Kölner Diözese, von der die Auseinandersetzungen in den westdeutschen Arbeitervereinen deutlich Zeugnis ablegen, konnten sie, deren Gegenwirkung ja nur indirekt und hinter den Kulissen erfolgte, nicht verhindern. Immerhin setzten sie der Starrheit Kardinal v. Hartmanns und den breiten Angriffsflächen, die sie antikirchlicher Agitation bot, den Ansatz eines Gegenbildes größerer politischer Einsicht und einer durch die Verhältnisse bewirkten Fortschrittlichkeit entgegen.

H. G. GELBER

DER MORGENTHAU-PLAN

*Vorbemerkung des Herausgebers*

Der hier folgende Beitrag eines australischen Historikers (Monash University, Vic.) berührt sich für die Frühzeit der USA-Planung mit dem in dieser Zeitschrift abgedruckten Aufsatz von G. Moltmann (Jg. 5 [1957], S. 241 ff.) und für die Rolle der drei Ministerien (Auswärtiges, Krieg und Finanzen) bei den Entwürfen für die Behandlung Deutschlands nach Kriegsende mit dem von W. Dorn (Jg. 6 [1958], S. 60 ff.). Er erschließt keine neuen Quellen und wiederholt – unvermeidlicherweise – vieles, was wohlbekannt ist. Gleichwohl stellt der Artikel mit seiner scharfen Zuspitzung auf die Interpretation wie die praktische Bedeutung des „Morgenthau-Planes“ und zugleich mit seiner Distanz zu dem stark vom Emotionalen belasteten Thema einen originellen und sehr erwägenswerten Beitrag dar.

Die Übersetzung stammt von Mrs. Susan Gelber und bedurfte – wie der ganze Artikel – nur leichter Überarbeitung. H. R.

In der alliierten Diplomatie des Zweiten Weltkrieges nimmt der Morgenthau-Plan eine gewisse Sonderstellung ein. Vom amerikanischen Finanzminister, Henry Morgenthau, im September 1944 entworfen, sah er nicht nur vor, daß Deutschland jede zukünftige Wiederaufrüstung verboten werden müsse, sondern daß die deutsche Industrie völlig aufzulösen sei. Obwohl der Präsident diese Pläne für einige Zeit unterstützte, wurden sie von den Außen- und Kriegsministerien in Washington und von der britischen Regierung angefochten. Der Außenminister, Cordell Hull, nannte Morgenthaus Entwurf einen „Plan blinder Rache“<sup>1</sup>, und man hat seither, nicht zuletzt in Deutschland, eine direkte Linie von der bedingungslosen Kapitulationserklärung in Casablanca zum Morgenthau-Plan gesehen, und von da zu den Entschlüssen der Potsdamer Konferenz: ein Schritt führte automatisch zum anderen<sup>2</sup>.

Bekanntlich war die amerikanische Nachkriegsplanung im Sommer 1944 noch nicht weit gediehen. Der Präsident, der sich das Beispiel Woodrow Wilsons immer vor Augen hielt, war sich der absoluten Notwendigkeit bewußt, seine Politik so zu gestalten, daß sie für den amerikanischen Kongreß und für die Öffentlichkeit annehmbar sein würde<sup>3</sup>. Es traf zu, daß die Vorstellungen der amerikanischen Öffent-

<sup>1</sup> Cordell Hull, *Memoirs* (2 Bde.) New York 1948, S. 1606.

<sup>2</sup> Z. B. Wolfgang Wagner, *Die Teilung Europas, Geschichte der sowjetischen Expansion 1918–1945*, Stuttgart 1959, S. 176; Michael Freund, *Der Zweite Weltkrieg, Gütersloh* 1962, S. 145; Helmuth Günther Dahms, *Der Zweite Weltkrieg, Tübingen* 1960, S. 503. Vgl. auch A. Armstrong, *Unconditional Surrender, The Impact of the Casablanca Policy upon World War II*, New Brunswick 1961.

<sup>3</sup> Er hatte nicht nur Wilsons Beispiel vor Augen, sondern seine eigene bittere Erfahrung. Kurz vor Ausbruch des Krieges in Europa, in einer Sitzung im Arbeitszimmer des Präsidenten versuchten Roosevelt und Hull den Vizepräsidenten Garner, Senator William Borah und andere Senatoren davon zu überzeugen, daß der Krieg vielleicht durch eine Änderung

lichkeit über die Nachkriegswelt großzügig (wenn auch manchmal recht unpraktisch) waren. Mit dem Ende des Krieges, so glaubten viele, würde ein neues Zeitalter anbrechen. Ganze Kontinente standen bereit, in neuer und besserer Weise und im Sinn des amerikanischen Ideals umgeformt zu werden. Es war das ein alter, tief verwurzelter Traum in allen Schichten des Volkes, der auch seinen Einfluß auf Roosevelt selbst nicht verfehlte: der Traum von der Rolle der großen Republik als Instrument zur Besserung, sogar zur moralischen Besserung, der ganzen Menschheit.

Praktische Politik dagegen mußte auch amerikanische Schwächen mit berechnen. Im Krieg war die Nation entschlossen gewesen, weit von den Küsten Amerikas entfernte Verpflichtungen zu akzeptieren. Würde aber diese Bereitwilligkeit auch nach dem Krieg vorhanden sein? Der Präsident glaubte, daß ganz im Gegenteil der Isolationismus wiedergeboren werden würde. Noch während des Wahlkampfes im Jahr 1944 meinte er: „Wer denkt, daß der Isolationismus tot ist, ist verrückt. Sobald dieser Krieg vorbei ist, könnte er stärker denn je sein.“<sup>4</sup>

Hier lag vielleicht die wichtigste Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Roosevelt'schen Außenpolitik. Denn die logische Folge dieser Meinung war, daß der Präsident einfach keine Zeit haben würde, detaillierte Nachkriegspläne auf lange Sicht zu verwirklichen. Es würde nur eine kurze Zeitspanne geben, in der die amerikanische Macht ihren Höhepunkt erreicht hätte; in dieser Zeit mußte eine Situation geschaffen werden, in der der Wunsch der Wähler, die amerikanischen Truppen nach Hause zu bringen, erfüllt werden könnte, ohne den neuen status quo der Sicherheit zu gefährden.

Diese Überlegungen hielt sich Roosevelt vor Augen<sup>5</sup>, schon lange ehe er in Yalta ankündigte, daß amerikanische Truppen nicht länger als zwei Jahre nach dem Krieg in Europa stationiert sein würden<sup>6</sup>. Byrnes unterstrich dies: „Am wichtigsten ist, daß die Vereinigten Staaten die Verantwortung für innenpolitische Angelegenheiten Europas nicht übernehmen wollen.“ Admiral Leahy sagte etwa das gleiche<sup>7</sup>. Diese Ansichten waren Amerikas Verbündeten bekannt<sup>8</sup>.

des Neutralitätsgesetzes verhindert werden könnte. Hull unterstrich diesen Punkt mit Tränen in den Augen, aber Borah wies ihn ab. Garner schloß die Sitzung, indem er dem Präsidenten heiter erklärte: „Nun, Chef, die Tatsache ist einfach, daß Sie nicht genug Stimmen haben. Das ist alles.“ Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins, An Intimate History*, New York 1950, S. 133. Roosevelt hat den Vorfall nie vergessen.

<sup>4</sup> Sherwood, a. a. O., S. 827.

<sup>5</sup> Vgl. sein Schreiben vom 21. 2. 1944 (Hull, a. a. O., S. 1612).

<sup>6</sup> *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers; The Conferences at Malta and Yalta 1945*, Washington 1955 (Yalta Papers), S. 628.

<sup>7</sup> E. Stettinius, *Roosevelt and the Russians*, London 1959, S. 88 f.

<sup>8</sup> Am 29. 2. 1944 schrieb der Präsident an Churchill zu diesem Thema. Vgl. M. Matloff, *Strategic Planning for Coalition Warfare 1943–1944*, Washington 1959, S. 491. Am 15. November trug Churchill die Schwierigkeiten der Briten dem Präsidenten mit Nachdruck vor. „Es wird nicht allzu lange dauern, bis die Zeit kommt, daß die amerikanischen Armeen nach Hause ziehen, und daß es England sehr schwer fallen wird, Armeen in Übersee zu unterhalten.“ Winston S. Churchill, *The Second World War*, Bd. 6, London 1954, S. 220.

Logischerweise hätte auf Grund dieser Situation versucht werden müssen, strittige Punkte mit den Russen sofort zu schlichten. Das Außenministerium war auch der Meinung, daß man nur unter dem Druck des Krieges zu wesentlichen Verträgen mit ihnen kommen könnte. Nach dem Kampf würde es zu spät sein. Jedoch der Präsident fürchtete, daß detaillierte Verhandlungen bestimmt zu Reibungen führen würden, die unter Umständen den Sieg über Deutschland selbst gefährden könnten, – den Sieg, von dem alles andere ja abhing. Bis nach der Teheraner Konferenz schien es sogar, daß Stalin, in seinem Mißtrauen dem Westen gegenüber durch das Ausbleiben einer zweiten Front, durch Nachschubschwierigkeiten und durch Rückschläge in Nordafrika und Italien bestärkt, einen separaten Frieden mit Deutschland schließen könnte<sup>9</sup>. Diese Möglichkeit wurde weder von der Regierung noch vom Senat übersehen<sup>10</sup>.

Man versuchte also, der Notwendigkeit, das russische Vertrauen gegenüber den Westmächten herzustellen, durch wohlklingende aber im Detail nicht bindende Erklärungen wie „bedingungslose Kapitulation“ gerecht zu werden. Darüber hinaus machte der Präsident den entschlossenen Versuch, sich persönlich mit Stalin zu verständigen und die Russen zunächst in politisch unwichtigeren Fragen<sup>11</sup> an eine Zusammenarbeit mit dem Westen zu gewöhnen. Heikle Fragen dagegen wurden beiseite geschoben und Diskussionen über Grenzprobleme vertagt<sup>12</sup>. Man

<sup>9</sup> Für eine allgemeine Übersicht des deutsch-russischen Kontaktes vgl. P. Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, Bonn 1950; auch Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1960, S. 299–302. R. J. Guiton, *Paris–Moskau*, Stuttgart 1956, S. 36, glaubt, daß Stalin erst nach den interalliierten Verhandlungen in Moskau und Teheran im Jahre 1943 endgültig beschlossen habe, „den Krieg auf der westlichen Seite zu beenden“.

<sup>10</sup> Senator Arthur Vandenberg schrie im April 1943: „Ich bin nicht gewillt, irgend etwas zu tun, das die Einigkeit für den Krieg durch vorzeitige Friedensverhandlungen gefährden kann . . . Wenn wir uns mit unseren Alliierten zanken müssen, würde ich es lieber nach dem Sieg tun.“ Arthur H. Vandenberg Jr., *The Private Papers of Senator Vandenberg*, Boston 1952, S. 45f. Vandenberg sprach sich auch gegen eine Debatte im Senat über die Nachkriegsplanung aus. Er wollte vermeiden, daß der Senat öffentlich Stellung gegen die sowjetischen Kriegsziele nahm; ebd., S. 40.

<sup>11</sup> Vgl. Roosevelts Brief an Stalin über Zusammenarbeit in der I. L. O. (International Labour Organisation), Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR and the Presidents of the USA and the Prime Ministers of Great Britain during the Great Patriotic War of 1941–1945 (2 Bde.), Moscow 1947, Bd. II, Dokument Nr. 181, S. 135.

<sup>12</sup> Hull, a. a. O., S. 1169; vgl. Roosevelts Schreiben vom 7. 12. 1944 an Stalin, in dem er vorschlägt, die Frage der deutschen Grenzen erst nach dem Krieg zu behandeln; Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR . . . , a. a. O., Bd. 2, Dokument 245, S. 172. Hingegen hatte das bekannte Memorandum des Außenministeriums vom Februar 1942 folgendermaßen Stellung genommen: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die sowjetische Regierung riesige Ambitionen in Europa hat, und daß zu irgendeinem Zeitpunkt sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien gezwungen sein werden, zu erklären, daß sie nicht alle diese Forderungen akzeptieren können, wenigstens nicht im voraus. Es ist wahrscheinlich besser, wenn wir jetzt schon eine feste Stellung in bezug auf diese Frage nehmen . . . und uns weigern, auf irgendwelche Abmachungen über Nachkriegsgrenzen einzugehen.“ *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1942*, Bd. III (Europe), S. 510.

versuchte statt dessen, die Russen davon zu überzeugen, daß die Anglo-Amerikaner sich nicht zum Kampf gegen sowjetische Interessen verbündet hätten.

Was die öffentliche Meinung innerhalb der westlichen alliierten Nationen anging, so hatte sie sich im Laufe des Krieges naturgemäß verhärtet<sup>13</sup>. In England wie in den USA wünschte man die Deutschen dafür zu bestrafen, daß sie die Welt in einen Krieg gestürzt hatten, und eine etwaige Wiederholung deutscher Aggression zu verhindern<sup>14</sup>. Es bestand kein Zweifel, daß der totale militärische Zusammenbruch Deutschlands herbeigeführt, das deutsche Kriegspotential zerstört und das Land von jeder Spur des Nationalsozialismus gereinigt werden mußte. Auch die deutsche wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa müsse gebrochen werden. Es gab zwar mildere Meinungen, aber die überwältigende Mehrheit, der Roosevelt selbst angehörte, war für einen „harten“ Frieden.

Der Präsident mußte also versuchen, all diese verschiedenen in- und auswärtigen Faktoren seiner Politik mehr oder weniger in Einklang zu bringen. Diese delikate Aufgabe mußte er selbst übernehmen. Ohnehin neigte er dazu, Informations- und Entscheidungsmethoden zu wählen, die ihm persönlich zusagten. In Fragen auswärtiger Politik war dem Namen nach Cordell Hull zuständig, aber dieser nahm wenig Anteil an vielen der ausschlaggebenden politischen und militärischen Entscheidungen des Krieges<sup>15</sup>, und sein Verhältnis zum Präsidenten war oft mehr kühl als freundlich. Roosevelt brauchte ihn allerdings wegen der großen Achtung und Anerkennung, die Hull im Kongreß besaß. Wer konnte ihm besser als der angesehenere ehemalige Senator dazu verhelfen, die Unterstützung des Senats zu erhalten<sup>16</sup>?

Im großen und ganzen jedoch hatte der Präsident kein großes Vertrauen zum Außenministerium<sup>17</sup>. Er fand, daß es in vielen Beziehungen altmodisch und kurz-sichtig sei. Wichtige Fragen glaubte er am besten selbst behandeln zu können. „Ich glaube, ich kann persönlich mit Stalin besser umgehen als Ihr Foreign Office oder mein State Department“, schrieb er an Churchill<sup>18</sup>. Noch wesentlicher war die

<sup>13</sup> Eine Analyse der alliierten öffentlichen Meinung gibt die Abhandlung von Professor Walter L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–1945), in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 60–77.

<sup>14</sup> Diese Ansicht ist treffend von Freund dahin zusammengefaßt worden: „Die Deutschen erschienen als des Teufels auserwähltes Volk, aus dem immer wieder Hitlers erwachsen würden. Deutschlands Macht müsse daher gebrochen werden, von dem der Staat Hitlers nur ein Reflex gewesen sei.“ Michael Freund, Der Zweite Weltkrieg, S. 144.

<sup>15</sup> Vgl. auch William M. Franklin, Zonal Boundaries and Access to Berlin, in: World Politics 16 (1963/1964), S. 1 f.

<sup>16</sup> Hopkins glaubte fest, daß dasselbe Motiv auch für die Wahl des Vizepräsidenten Harry S. Truman im Jahre 1944 entscheidend war. Truman war im Senat populär und Roosevelt „brauchte jemanden, der ihm helfen konnte, wenn er zum Senat ging, um für die Ratifikation des Friedensvertrages zu plädieren“, Sherwood, a. a. O., S. 881 f.

<sup>17</sup> George Kennan, The Future of our Professional Diplomacy, in: Foreign Affairs 33 (1954/1955), S. 567.

<sup>18</sup> Telegramm vom 18. 5. 1942. Churchill, The Second World War, Bd. 4, London 1951, S. 177. Ein unbekannter britischer Beamter hat Harry Hopkins treffend als „Roosevelts eigenes persönliches Auswärtiges Amt“ bezeichnet. Sherwood, a. a. O., S. 202.

Tatsache, daß Roosevelt an der Fähigkeit seines Außenministeriums zweifelte, seine Politik mit den Tatsachen der amerikanischen Innenpolitik in Einklang zu bringen. Die Experten des Ministeriums konnten hervorragende Berichte über das Ausland produzieren. Aber waren sie genau so gut über Amerika selbst informiert? Einer der klügsten Mitarbeiter in Roosevelts Außenministerium hat zugegeben, daß solche Zweifel berechtigt waren. George Kennan hat die Ungeduld der Fachleute erwähnt, die wie er selbst an dem Erfolg von Roosevelts Versuch, die russische Freundschaft zu gewinnen, zweifelten. Kennan meint: „Seither hat sich manches ereignet, und ich sehe nun ein, daß unsere Meinungen auch nicht immer richtig waren. Unsere Analyse der sowjetischen Macht war richtig. Aber wir hatten Unrecht mit unserem Urteil über die Fähigkeit der amerikanischen Demokratie, in diesem Stadium ihrer Entwicklung eine Situation voller Unsicherheiten, Unannehmlichkeiten und militärischer Gefahren auf längere Zeit zu ertragen. Vielleicht hatten Harry Hopkins und F. D. R. mehr Grund als wir dachten, zu glauben, daß alles von der Möglichkeit abhing, die Einstellung des Sowjetregimes zu ändern. Aber wenn das stimmt, dann ist dies nur ein Zeichen dafür, daß das Dilemma grausamer war, als wir jemals ahnten.“<sup>19</sup>

Aus dem Mißtrauen des Präsidenten und der Notwendigkeit, Entscheidungen zu verschieben, ergab es sich, daß die Fachleute in den Washingtoner Ministerien, die sich mit der Deutschlandplanung befassen sollten, in einem gewissen Vakuum arbeiteten. Im Außenministerium hatte man schon 1942 angefangen, politische Pläne für das Nachkriegsdeutschland zu schmieden, und ein Jahr später wurden im Kriegsministerium die ersten Pläne für eine militärische Besatzung ausgearbeitet<sup>20</sup>. Hier dachte man an eine kurzfristige Besatzung mit einem Minimum politischer Verantwortung, wobei sich die Militärregierung auf einige wenige, entscheidende Aufgaben beschränken sollte. Eine kurze Bestrafungsperiode würde ein gezähmtes und nicht allzu hart behandeltes Deutschland zurücklassen<sup>21</sup>. Die Ansichten waren innerhalb des Kriegsministeriums jedoch geteilt. Im Gegensatz zu Stimson und seinem Stellvertreter, John McCloy, befürworteten mehrere ihrer Untergebenen eine radikale Linie<sup>22</sup>. Besonders die Civil Affairs Division, die im Frühjahr 1943 eingerichtet wurde, bestand darauf, daß dem Ministerium eine größere Rolle in der Deutschlandplanung eingeräumt werde und daß die Deutschen mit Strenge zu behandeln seien.

Im Gegensatz dazu waren die Ansichten im Außenministerium gemäßigt und

<sup>19</sup> George Kennan, *American Diplomacy 1900–1950*, London 1952, S. 87.

<sup>20</sup> Vgl. für die früheren Stadien dieser Deutschlandplanung: G. Moltmann, *Die frühe amerikanische Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg*, in dieser Zeitschrift 5 (1957), 241–264.

<sup>21</sup> Eine genauere Behandlung der Politik des Kriegsministeriums findet sich bei Dorn, a. a. O.

<sup>22</sup> Vgl. E. F. Penrose, *Economic Planning for the Peace*, Princeton 1953, S. 270–271; Harold Zink, *United States in Germany 1944–1945*, Princeton 1957, S. 5, 18; Philip E. Mosely, *The Occupation of Germany, New Light on how the Zones were drawn*, in: *Foreign Affairs* 28 (1949–1950), 580–604.

weitsichtig. Außer Sumner Welles, der eine radikalere Politik befürwortete und auch Zugang zum Präsidenten hatte, mißtrauten die Diplomaten<sup>23</sup> der harten Linie. Sie glaubten, daß vernünftige langfristige Ziele ausgearbeitet und in interalliierten Verträgen festgelegt werden sollten, die den zonalen Militärkommandanten wenig Bewegungsfreiheit erlauben würden. Als ein praktisches Programm waren ihre Pläne aber nicht durchschlagend genug. Obwohl die Konferenz in Teheran keine festen Entscheidungen getroffen hatte, war in den Diskussionen doch von einer Teilung Deutschlands, einer Ausweisung aller Deutschen aus Ostdeutschland und einer Entfernung jedes preußischen Einflusses aus den Kohlen- und Stahlgebieten Deutschlands gesprochen worden<sup>24</sup>. Hull war nicht in Teheran anwesend. Später äußerte er zu Henry Morgenthau, daß er nicht einmal die Konferenzprotokolle gesehen habe<sup>25</sup>. Als die Diskussionen über Deutschland in der neugegründeten interalliierten European Advisory Commission (EAC) zu Beginn des Jahres 1944 begannen<sup>26</sup>, entdeckte das Außenministerium, daß nicht nur gewisse Meinungsverschiedenheiten mit Amerikas Verbündeten bestanden, sondern daß ihm auch einige außerordentlich wirksame Hindernisse vom Kriegsministerium in den Weg gelegt wurden. Die Civil Affairs Division meinte sogar, daß Probleme wie zum Beispiel die Besatzungszonen in Deutschland überhaupt nicht Gegenstand einer interalliierten politischen Diskussion bilden, sondern als rein militärische Angelegenheit von den jeweiligen Kommandanten an Ort und Stelle entschieden werden sollten<sup>27</sup>.

Die Planungstätigkeit des Außenministeriums wurde im Verlauf des Jahres 1944 intensiver. Ausführliche Vorschläge für Deutschland, sowohl auf kurze als auch auf lange Sicht, wurden ausgearbeitet und in einer 15 Seiten langen Denkschrift zusammengefaßt, die Hull billigte. Die Gründe, die für eine gemäßigte Politik und für eine wirtschaftliche Erholung, aber gegen eine erzwungene Teilung Deutschlands sprachen, wurden dargelegt, so wie das Ministerium es schon vor einem Jahr getan hatte<sup>28</sup>. Man einigte sich auch über ein weiteres Memorandum,

<sup>23</sup> Und ihre Universitätskollegen, wie z. B. Philip Mosely und David Harris, die auf Kriegsdauer zur Hilfe herbeigezogen wurden.

<sup>24</sup> Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences of Cairo and Teheran 1943, Washington 1961 (Teheran Papers), S. 600–603.

<sup>25</sup> John L. Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, New Orleans 1959, S. 52, 72.

<sup>26</sup> Die EAC, die im Oktober 1943 von den drei Außenministern aufgestellt wurde, arbeitete an einem Entwurf für Kapitulationsbedingungen und die Organisation der Besatzung für Deutschland.

<sup>27</sup> Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 537 f.; Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, S. 72. Eine gemäßigte Verteidigung der Politik des Kriegsministeriums befindet sich bei Franklin, a. a. O., S. 15 f.

<sup>28</sup> Diese Ansichten waren schon im August und September 1943 in zwei bemerkenswerten Denkschriften dargelegt worden. Harley Notter (Hrsg.), *Post-War Foreign Policy Preparation 1939–1945*, Washington 1950, S. 554, 558; siehe auch Philip E. Mosely, *Dismemberment of Germany*, *The Allied Negotiations from Yalta to Potsdam*, in: *Foreign Affairs* 28 (1949/1950), S. 487–498.

über eine Wirtschaftsplanung für Deutschland, dies sprach sich, abgesehen von der Notwendigkeit, Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu brechen, für eine kurze Zeit aus, in der Deutschland Reparationen zahlen sollte, und zwar nicht in Kapitallieferungen, sondern in der Form von Erzeugnissen, ferner für begrenzte Wirtschaftskontrollen, für die Notwendigkeit, die deutsche Produktion auf einer Ebene zu halten, die die Erhaltung eines minimalen Lebensstandards erlauben würde, und für die Notwendigkeit, eine demokratische Ordnung herbeizuführen<sup>29</sup>.

Mitte August richtete der amerikanische Vertreter in der EAC in London, John Winant, einen dringenden Appell nach Washington: Falls nicht bald eine Verständigung über Deutschland erzielt würde, so warnte er, würde die interalliierte Verwaltung in Deutschland zusammenbrechen<sup>30</sup>.

Inzwischen war noch ein weiteres Dokument für die Behandlung Deutschlands ausgearbeitet worden, und zwar von den damit befaßten Mitgliedern in Eisenhowers Stab in London. Da sie keine endgültigen Anweisungen erhielt, nahm diese britisch-amerikanische Planungsgruppe an, daß eine gemäßigte Deutschlandpolitik verfolgt werden sollte, und sie verfaßte ihre Vorschläge dementsprechend. Ihr Entwurf für ein „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland“ wurde von Eisenhower im Juni 1944 gebilligt und nach Washington geschickt. Die Verfasser des Dokuments waren bereit, einen Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Regierung und den Deutschen im allgemeinen zu machen, und sie erwähnten sogar einen eventuellen Wiederaufbau Deutschlands. Sie befürworteten die Erhaltung einer zentralen deutschen Verwaltung und schlugen vor, daß Deutschland sich sowohl selbst versorgen, als auch die Wirtschaft ganz Europas unterstützen sollte. Zu dem Zwecke müßte es einen genügend großen Teil seiner Industrie behalten. Das Handbuch verzeichnete auch ein relativ hohes Niveau von Rationen für das besetzte Deutschland<sup>31</sup>. Anfang August hatte man eine dritte Version dieses Handbuches ausgearbeitet.

Jetzt aber begann Henry Morgenthau, einer der einflußreichsten Mitglieder der Regierung<sup>32</sup>, sich für die Deutschlandplanung persönlich zu interessieren<sup>33</sup>. Es war

<sup>29</sup> Dies ist wahrscheinlich das Dokument, das in seiner Originalform von dem ‚Interdivisional Committee on Reparation, Restitution and Property Rights‘ ausgearbeitet worden ist. Siehe Notter, *Post-War Foreign Preparations*, S. 220ff.; Penrose, *Economic Planning for the Peace*, S. 240.

<sup>30</sup> Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 595.

<sup>31</sup> H. Zink, *American Military Government in Germany*, New York 1947, S. 19f., 42f.; H. Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post vom 26. 11. 1947.

<sup>32</sup> Morgenthaus Stellung war schon deshalb stark, weil er ein alter Freund und Nachbar von Roosevelt war. Ihre Freundschaft und ihr gegenseitiges Vertrauen bestanden schon lange, bevor Roosevelt zum erstenmal Präsident wurde.

<sup>33</sup> Die wichtigsten Quellen zu diesem Thema sind enthalten in Henry Morgenthau, *Germany is our Problem*, New York 1945; H. Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post 24.-29. 11. 1947; dazu ferner Hull, *Memoirs*; Henry L. Stimson and Mc George Bundy, *On Active Service in Peace and War*, New York 1948, S. 566–583. Zusammenfassungen sind zu finden in John L. Chase, *The Development of the Morgenthau Plan through the*

nicht das erste Mal, daß Morgenthau sich in Probleme der Außenpolitik einmischte. Im Spätsommer 1940 z. B., als die Frage einer Kontrolle von Öl- und Almetallausfuhr nach Japan aktuell wurde, war es das Finanzministerium, das am meisten auf strenge Maßnahmen drang. Ebenso auch im Hinblick auf Deutschland. „Von allen Ämtern in der amerikanischen Regierung war hier das Gefühl einer Krise am größten; das Gefühl, daß ein Sieg Hitlers nicht erlaubt werden dürfe, am stärksten, der Wille, auf dieses Gefühl hin zu handeln, am energischsten.“<sup>34</sup>

Unter den geschilderten Verhältnissen kam es manchmal vor, daß Morgenthau Funktionen des Kriegs- oder Außenministeriums nicht so sehr an sich riß, als daß er durch Unterlassungssünden dieser Ministerien gezwungen wurde, sie auszuüben<sup>35</sup>. Immerhin richtete sich gegen Morgenthaus Einmischungen eine von Hulls Beschwerden<sup>36</sup>. Im Grunde genommen sah Morgenthau eine Hauptaufgabe darin, zu den verschiedensten Themen Ideen aufzuwerfen, die der Präsident ausprobieren und je nach Wunsch annehmen oder ablehnen konnte. Die Gründe für seine Einmischung auf dem besonderen Gebiet der Deutschlandplanung sind verschieden interpretiert worden. Da sowohl Morgenthau als auch sein Assistent Harry White Juden waren, lag es nahe anzunehmen<sup>37</sup>, daß sie beide die Greuel des Nazismus stärker als andere empfanden. Es ist auch gesagt worden, daß White ein russischer Agent gewesen sei, und der Morgenthau-Plan eine russische Idee, die in die amerikanische Planung sozusagen unbemerkt hineingeschmuggelt wurde<sup>38</sup>. Keine dieser Deutungen kann bewiesen werden, und beide sind auch letzten Endes unwichtig. Denn der Morgenthau-Plan hätte kaum eine solche Rolle spielen können, wenn er nicht, wenigstens für eine gewisse Zeit, die Gedanken des Präsidenten widergespiegelt hätte. Die große Linie der Politik einer Regierung wird selten (außer vielleicht in einer Diktatur) durch völlig neue und fremde Ideen plötzlich abgelenkt.

Quebec Conference, in: *The Journal of Politics* 16 (1954); Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, Kap. 4 u. 5; Günther Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im zweiten Weltkrieg, Kriegs- u. Friedensziele 1941–1946*, Heidelberg 1958, besonders Kap. 9.

<sup>34</sup> H. Feis, *The Road to Pearl Harbor*, New York 1962, S. 73, 90ff., 103.

<sup>35</sup> Sherwood, a. a. O., S. 162.

<sup>36</sup> Hull, a. a. O., S. 207 f.

<sup>37</sup> So von Moltmann, *Amerikas Deutschland-Politik im Zweiten Weltkrieg*, S. 154; es finden sich auch Andeutungen bei Hull, a. a. O., S. 207; Stimson and Bundy, a. a. O., S. 569; Penrose, a. a. O., S. 248; Walter Görnitz, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. 2, Stuttgart 1952, S. 421 f.

<sup>38</sup> W. H. Chamberlin, *America's Second Crusade*, Chicago 1950, S. 252, 305; M. Connors, *Revisionism and Roosevelt's Foreign Policy*, *American Mercury* Bd. LXXXIX, Nr. 451 (Dez. 1959), S. 55: *Interlocking Subversion in Government Departments*; *The Harry Dexter White Papers*, U. S. Senate Committee on the Judiciary, Washington 1956. Dagegen vgl. Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, S. 78, wo sehr stark betont wird, daß Whites Verrat nicht bewiesen ist; Penrose unterstreicht, daß White und Morgenthau nicht nur nicht im sowjetischen Interesse gearbeitet haben, sondern ganz im Gegenteil, daß beide die sowjetischen Vorschläge für Reparationszahlungen aus laufender Produktion wiederholt und entschieden abgewiesen haben; Penrose, a. a. O., S. 291, Anmerkung 53.

Morgenthau berichtete selbst später, daß sein Interesse an der Planung für Deutschland am 5. August 1944 geweckt wurde, als Harry White ihm ein „Memorandum des Außenministeriums“ zu diesem Thema zeigte. Es ist nahezu sicher, daß dies die vorher erwähnte Denkschrift war. Morgenthau, der sich auf dem Wege nach England befand, las das Memorandum während des Fluges, „zuerst mit Interesse, dann zweifelnd, schließlich mit heftigem Widerspruch“<sup>39</sup>. Er wurde auch auf den Entwurf des Handbuchs für die Militärregierung aufmerksam gemacht, diesmal durch einen ehemaligen Beamten des Finanzministeriums, Bernard Bernstein, der jetzt als Oberst in Eisenhowers Hauptquartier diente<sup>40</sup>. Morgenthau fand beide Dokumente völlig unzulänglich.

Am 7. August, zwei Tage nach seiner Ankunft in England, hatte er sein erstes Gespräch mit Eisenhower. Er betonte, daß seiner Meinung nach die vorhandenen Pläne für die Besatzung strenger sein müßten. Am 12. August drückte sich Morgenthau gegenüber John Winant und dessen Mitarbeitern etwas ausführlicher aus<sup>41</sup>. Die einzige Möglichkeit, einen dritten Weltkrieg zu verhüten, so sagte er, wäre, die Kapazität für eine deutsche Kriegsführung überhaupt zu beseitigen, mit anderen Worten, die Vernichtung nicht nur seiner militärischen, sondern auch seiner wirtschaftlichen Rüstungsmacht. Die deutsche Industrie müsse zerstört und das Land in erster Linie auf Landwirtschaft umgestellt werden<sup>42</sup>. Eine solche Politik würde auch trotz eines zukünftigen amerikanischen Rückzuges aus Deutschland wirksam sein und sogar dann noch, wenn Amerika eines Tages nicht mehr gewillt sein sollte, Sanktionen durchzusetzen.

Außerdem würde die Vernichtung der deutschen Industrie Großbritanniens, das sowieso nach dem Kriege in einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage sei, erlauben, die ehemaligen Ausfuhrgebiete Deutschlands zu übernehmen.

Auf britischer Seite führte Morgenthau Gespräche mit Churchill, Eden und dem Finanzminister Sir John Anderson. Churchill sorgte sich offenbar in erster Linie um die Notwendigkeit einer fortlaufenden amerikanischen Hilfe, sowohl für den Krieg als auch für nachher. Man war beunruhigt in Hinblick auf die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die für England bevorstanden; um so mehr galt es, der amerikanischen Regierung das volle Ausmaß dieser Schwierigkeiten klarzumachen<sup>43</sup>. Anderson hingegen machte sich Sorgen über ein etwaiges sowjetisches Übergewicht im Nachkriegseuropa. Er war daher gegen eine Aufteilung Deutschlands, auch sollte eine zivile Produktion nicht unterbrochen werden. Eden scheint sich auf Zuhören beschränkt zu haben<sup>44</sup>.

<sup>39</sup> Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, New York Post vom 24. 11. 1947.

<sup>40</sup> Walter Millis (Hrsg.), *The Forrestal Diaries*, London 1952, S. 29.

<sup>41</sup> Penrose, a. a. O., S. 244–248.

<sup>42</sup> Laut Penrose (a. a. O., S. 248) hat Morgenthau geltend gemacht, dies könnte durch den Abtransport des deutschen Bevölkerungsüberschusses nach Nordafrika erreicht werden.

<sup>43</sup> R. S. Sayers, *Financial Policy 1939–1945 (History of the Second World War; United Kingdom Civil Series)*, London 1956, S. 465–469.

<sup>44</sup> Penrose ist der sicherlich richtigen Meinung, daß sich Eden aus naheliegenden Gründen mit einem Mann, der in diesen Fragen kaum als Sprecher des Präsidenten angesehen

Als Morgenthau Mitte August nach Washington zurückkam, bildete er einen kleinen Ausschuß innerhalb seines Ministeriums, unter Vorsitz von White, um das deutsche Problem ausführlich zu analysieren. Am 18. August traf er den Präsidenten und unterbreitete ihm seine Sorge wegen einer zu milden britischen Haltung den Deutschen gegenüber. Roosevelt teilte offenbar diese Sorge. „Wir müssen mit dem ganzen deutschen Volk hart sein, nicht nur mit den Nazis“, soll er laut Morgenthau gesagt haben<sup>45</sup>. Eine Woche später gab dieser dem Präsidenten eine Kopie des Armeehandbuches, offenbar mit einer kurzen Zusammenfassung von ihm selbst. Ob diese Zusammenfassung Ton und Inhalt des Handbuches richtig wiedergegeben hat, ist fraglich.

Nach den Konsultationen mit Henry Morgenthau – und Stimson – traf der Präsident am 25. August mit seinem Kabinett zusammen. Er erklärte, die bisher für Deutschland vorgeschlagenen Maßnahmen seien viel zu milde<sup>46</sup>. Die Deutschen sollten, falls es notwendig wäre, aus Suppenküchen gepflegt werden, und sie dürften keinen besseren Lebensstandard haben, als den niedrigsten unter den Völkern, die von ihnen erobert worden waren<sup>47</sup>. „Man muß den Deutschen klarmachen“, schrieb der Präsident am nächsten Tag an Stimson, „daß die ganze Nation in gesetzwidriger Verschwörung gegen die Grundlagen moderner Zivilisation verstoßen hat.“<sup>48</sup> Mittlerweile scheint die Neigung des Präsidenten zu einer strengen Politik durch die Überlegung gestärkt worden zu sein, daß einerseits solche Härte Stalin gefallen würde und andererseits die Lösung des Reparationsproblems für Polen oder Rußland, wie auch die Situation der englischen Ausfuhr nach dem Krieg, erleichtern würde. Zugleich würde Deutschland unschädlich gemacht, und zwar auf viel längere Sicht als bloß für die Zeit einer amerikanischen Besatzung. Dazu kam die Tatsache, daß eine Präsidentenwahl in einigen Wochen stattfinden würde. Man konnte nicht die Beschuldigung riskieren, daß der Präsident den Deutschen gegenüber nachsichtig sei<sup>49</sup>.

Inzwischen war Stimson darüber beunruhigt, daß amerikanische Truppen, die schon auf deutschem Boden standen, immer noch ohne offizielle Richtlinien waren, sogar in äußerst wichtigen Fragen. Er schlug deshalb vor, daß ein Kabinettsausschuß über die Arbeit, die schon auf diesem Gebiet geleistet worden war, berichten sollte. So werden konnte, nicht streiten wollte. Für eine Übersicht dieser Gespräche vgl. auch Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, *New York Post* vom 26. 11. 1947; Sayers, *Financial Policy 1939–1945*, S. 468 f. erwähnt kurz die wirtschaftlichen Punkte in Morgenthaus Londoner Gesprächen.

<sup>45</sup> Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, *New York Post* vom 25. u. 26. 11. 1947.

<sup>46</sup> Roosevelt schrieb an Stimson, das Armeehandbuch mache den Eindruck, daß Deutschland wie Belgien und Holland wiederhergestellt werden sollte, und daß die Deutschen so schnell wie möglich wieder zu ihrem Vorkriegsstatus gebracht werden sollten; Carl J. Friedrich and Associates, *American Experiences in Military Government in World War II*, *New York* 1948, S. 220, Anmerkung 4.

<sup>47</sup> Millis, a. a. O., S. 29.

<sup>48</sup> Hull, a. a. O., S. 1603.

<sup>49</sup> Sir Llewellyn Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, *London* 1962, S. LI, Anmerkung 2.

fort ernannte der Präsident neben Hull und Stimson auch Morgenthau und Harry Hopkins zu Mitgliedern dieses Ausschusses.

Am 1. September erläuterte Hopkins einigen der höheren Beamten des Außenministeriums die wichtigsten Gründe für Morgenthaus Widerstand gegen ihre Pläne. Angesichts dieser Argumente wurde im Außenministerium ein neues Memorandum entworfen<sup>50</sup>. Von Hull gutgeheißen, sollte es dem Kabinettsausschuß vorgelegt werden. Diese Denkschrift stellte in Frage, ob ein Plan, Deutschland hauptsächlich zum Agrarstaat zu machen, ohne die Liquidierung oder Ausweisung von x-Millionen Deutschen erfolgreich sein könne. Das Memorandum argumentierte auch stark gegen eine erzwungene Teilung Deutschlands und betonte noch einmal, daß es unmöglich sei, Reparationen zu bekommen, nachdem man die deutsche Industrie vernichtet hätte<sup>51</sup>. Am nächsten Tag, dem 2. September, fand eine vorbereitende Sitzung des Kabinettsausschusses statt, bei der die Stellvertreter der Minister anwesend waren. Hier legte Harry White den ersten Entwurf der Denkschrift vor, die unter dem Namen „Morgenthau-Plan“ bekannt geworden ist<sup>52</sup>.

Der genaue Text dieser Denkschrift ist nicht bekannt, aber H. Morgenthau hat ziemlich vollständig darüber berichtet<sup>53</sup>. Die politischen Maßnahmen sahen die Abtrennung Ostpreußens, Südschlesiens, der Saar und der Gebiete zwischen der Mosel und dem Rhein vor. Der Rest Deutschlands sollte in drei Staaten geteilt werden: Norddeutschland, Süddeutschland und eine internationale Zone, die aus dem Rheinland, Westfalen und dem Küstengebiet bis zur dänischen Grenze, einschließlich des Kieler Kanals zu bestehen hätte. Österreich sollte wieder ein unabhängiger Staat werden. Die drei deutschen Gebiete sollten politisch dezentralisiert sein, weiterhin in Provinzen aufgeteilt und dem Ganzen ein bundesstaatlicher Aufbau gegeben werden. Die militärischen Maßnahmen sahen vor, Deutschland völlig, und zwar so schnell wie möglich zu entwaffnen. Kriegsmaterial sollte vernichtet, militärische Schlüsselindustrien sollten zerstört oder fortgenommen werden. Das Tragen von Uniformen und das Abhalten von militärischen Paraden sollten verboten und Soldatenbünde aufgelöst werden. In bezug auf Wirtschaft und Transport wurde vorgeschlagen, die Industrie aus der internationalen Zone in Westdeutschland zu entfernen, die Bergwerke zu schließen und die Kontrolle durch eine internationale Organisation auszuüben. Die Ruhr und die umliegenden Bezirke sollten nicht nur von den vorhandenen Industrien entblößt, sondern auch so geschwächt und kontrolliert werden, daß sie in absehbarer Zeit nicht wieder ein Industriegebiet wer-

<sup>50</sup> Wahrscheinlich auch beeinflusst durch Winants Bericht über Morgenthaus Äußerungen in London.

<sup>51</sup> Hull, a. a. O., S. 1606f.

<sup>52</sup> Zusammenfassungen der einleitenden Diskussionen finden sich in H. Feis, Churchill, Roosevelt and Stalin, *The War they waged and the Peace they sought*, Princeton 1957, S. 366f., siehe besonders die Fußnoten 39 u. 40. Vgl. ferner Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg*, S. 121–128.

<sup>53</sup> Morgenthau, *Germany is our Problem*, Titelblatt; *A Decade of American Foreign Policy, Basic Documents 1941–1949*, Washington 1950, S. 502; siehe auch Morgenthau, *Our Policy Towards Germany*, a. a. O.

den könnten – alle Fabrikanlagen und Ausstattungen, die nicht im Verlauf des Kampfes zerstört worden waren, sollten entweder völlig abgebaut oder aus dem Gebiet entfernt und vernichtet werden. Alle Einrichtungen sollten von den Bergwerken entfernt und die Bergwerke gründlich zerstört werden<sup>54</sup>. Ferner sollte Deutschland Reparations- und Wiedergutmachungszahlungen leisten, sowohl in Form von Waren und einer Übergabe von Eigentumsrechten an Landbesitz wie auch durch die Bereitstellung von deutschen Zwangsarbeitern für fremde Länder und auf Kosten des deutschen Besitzes im Ausland. Der deutschen Wirtschaft sollte keinerlei Unterstützung oder Hilfe zukommen, außer im Interesse der Militärregierung selbst. Wirtschaftliche Kontrollen sollten für wenigstens 20 Jahre auferlegt werden. Des weiteren sah der Plan vor, den Großgrundbesitz aufzulösen<sup>55</sup> und den Flugverkehr zu verbieten.

Nicht weniger einschneidend waren die Bestimmungen auf kulturellem Gebiet gedacht. Alle Schulen und Universitäten sollten bis zur Ausarbeitung eines Programmes für ihre Neuorganisierung geschlossen werden. Alle deutschen Rundfunkstationen und Zeitungen sollten verboten werden, bis neue Richtlinien ausgearbeitet wären und eine Kontrollorganisation eingerichtet sein würde. Morgenthau schlug ferner vor, amerikanische Truppen so schnell wie möglich aus Europa zurückzuziehen und Deutschlands Nachbarn den Vollzug dieses Programms zu übertragen. Dies mußte bedeuten – worauf man Morgenthau auch hinwies –, daß die Sowjetunion in diesen Fragen eine entscheidende Rolle spielen würde. Es gab noch eine weitere Bestimmung. Morgenthau selbst hat sie später nur angedeutet durch die Bemerkung, der Plan habe ein Programm für die Bestrafung bestimmter Kriegsverbrecher und für die Behandlung nazistischer Organisationen enthalten. An anderer Stelle hat er nur ganz im allgemeinen Differenzen zwischen dem Finanzministerium, das eine summarische Hinrichtung der Kriegsverbrecher vorschlug, und dem Kriegsministerium erwähnt, das ein formelles Gerichtsverfahren wollte. Es besteht aber kein Zweifel, daß diese Bestimmung des Morgenthau-Planes dahin ging, einige der Hauptkriegsverbrecher sofort nach der Gefangennahme und Identifizierung zu erschießen. Stimson hat nach seinem eigenen Bericht in einer Erläuterung vom 9. September dem Präsidenten gegenüber diesen Vorschlag unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit einer vernichtenden Kritik unterzogen<sup>56</sup>.

Einige andere Vorschläge scheinen mehr nebenbei gemacht worden zu sein. Der britische Botschafter, Lord Halifax, berichtete am 2. September nach London, Morgenthau mache auch geltend, daß eine größere Dosis Inflation mit allem darauf folgenden Elend eine gesunde Wirkung auf die Deutschen haben würde<sup>56</sup>.

Es fragt sich nun, was an diesem Plan eigentlich neu war. Sicher nicht, daß

<sup>54</sup> Hull, a. a. O., S. 1605. Dies war eine Maßregel, die nach dem 2. September hinzugefügt wurde.

<sup>55</sup> Stimson and Bundy, a. a. O., S. 584; auch James F. Byrnes, *Speaking Frankly*, New York 1947, S. 182.

<sup>56</sup> Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, S. 471.

Deutschland geteilt und gezwungen werden sollte, Gebiete abzutreten. Dieser Gedanke wurde schon im März 1943 vom Präsidenten und Eden besprochen<sup>57</sup>, sodann vom Präsidenten wieder in seinen Diskussionen mit Hull angeregt, kurz bevor der Minister im Herbst des gleichen Jahres nach Moskau fuhr<sup>58</sup>, und er war schließlich auch von den drei alliierten Regierungschefs auf der Teheraner Konferenz diskutiert worden<sup>59</sup>. Im Spätsommer 1944 legten die Franzosen Eden einen ähnlichen Plan vor, und Eden zeigte sich bereit, ihn zu erwägen<sup>60</sup>.

Auf russischer Seite wurde die Forderung nach der Oder-Neiße als Deutschlands Ostgrenze nach dem Krieg schon vor der Formulierung des Morgenthau-Planes gestellt<sup>61</sup>. Die Idee, daß Deutschland Reparationen zahlen sollte, war schon zu Anfang der alliierten Nachkriegsplanung aufgekommen. Als Averell Harriman und Lord Beaverbrook im Herbst 1941 nach Moskau fuhren, sprach Stalin bereits von deutschen Reparationen<sup>62</sup>. Hull selbst hat darüber weitreichende Vorschläge im Oktober 1943 in Moskau vorgelegt<sup>63</sup>. Die ganze Reparationsfrage war ja im Grunde genommen nur ein Teil des viel größeren Problems der Bestrafung der Deutschen und des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Länder mit Hilfe deutscher Arbeit und deutschen Materials<sup>64</sup>. Eden hatte schon im März 1943 die Frage einer internationalen Kontrolle der deutschen Industrie in einer Denkschrift an das britische Kabinett aufgeworfen<sup>65</sup>. In Teheran verhandelten die drei Mächte über eine Kontrolle der deutschen Rüstungsindustrie<sup>66</sup>, und der Economic and Industrial Planning Staff in London, der Ende August 1944 einen Bericht über die Deutschland aufzuerlegenden

<sup>57</sup> Sherwood, a. a. O., S. 711.

<sup>58</sup> Hull, a. a. O., S. 2265 f.

<sup>59</sup> Teheran Papers, S. 600–603.

<sup>60</sup> Woodward, a. a. O., S. 470. Der französische Plan schlug unter anderem vor, Westdeutschland unter ein „Régime Speciale“ zu stellen. Das Foreign Office erklärte Winants Mitarbeitern, daß dieser Plan wenigstens den Vorteil hätte, die deutsche Industrie nicht völlig zerstören zu wollen, sondern die Produktionskapazität der Ruhr für ganz Europa zu erhalten, deshalb könne dieser Plan als ein Gegengewicht zum Morgenthau-Plan dienen; Penrose, a. a. O., S. 261 f.

<sup>61</sup> Osubka-Morawski, Sprecher der pro-russischen Partei in Polen, forderte die Oder-Neiße-Linie in einem Interview mit dem Manchester Guardian am 30. 8. 1944. Wir wissen genug vom europäischen Kommunismus in der Stalinistischen Periode, um sicher zu sein, daß Osubka-Morawski dies unmöglich gesagt haben würde, wenn er nicht der russischen Reaktion sicher gewesen wäre. Stalin soll die Oder-Neiße-Linie sogar schon am 22. 5. 1944 gebilligt haben. J. Malara und L. Rey, *La Pologne d'une occupation à l'autre 1944–1952*, Paris 1952, S. 25. Vgl. auch Wolfgang Wagner, a. a. O. (Anm. 2), S. 75.

<sup>62</sup> *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1941*, Bd. I (General, The Soviet Union) Washington 1958, S. 192 f.

<sup>63</sup> Hull, a. a. O., S. 1285–1287; Teheran Papers, S. 183–186. Es scheint durchaus möglich zu sein, daß der Präsident Hulls Denkschrift nicht gesehen hat, bevor sie in Moskau vorgelegt wurde; Teheran Papers, S. 183, Anmerkung 1.

<sup>64</sup> Vgl. die Darlegung der sowjetischen Meinung in: I. Deutscher, *Stalin, A Political Biography*, Oxford 1949, S. 538 f.

<sup>65</sup> Woodward, a. a. O., S. 438.

<sup>66</sup> Teheran Papers, S. 879; Churchill, *The Second World War*, Bd. V, S. 317 f.; Woodward, a. a. O., S. 447.

Verpflichtungen erstattete, sprach sowohl von alliierten Restriktionen als auch von der Möglichkeit, Deutschlands Industrie völlig lahmzulegen<sup>67</sup>.

Die Idee, deutsche Zwangsarbeit als Reparationszahlung zu benutzen, war auch schon in Teheran besprochen worden. Stalin erklärte dort, er wolle 4 Millionen Deutsche als Arbeiter in Rußland haben<sup>68</sup>. Schon vorher, im Oktober 1943 in Moskau, hatte Hull über deutsche Reparationen in Form von „Waren und Dienstleistungen“ gesprochen<sup>69</sup>, und Harriman benutzte die gleiche Formel in einem Bericht an den Präsidenten vom 4. November<sup>70</sup>. Churchill hatte auch in Teheran vorgeschlagen, Deutschland keinen Flugverkehr zu erlauben<sup>71</sup>. Der Inhalt der Teheraner Diskussionen war natürlich Morgenthau bekannt. Sogar die Frage der Hinrichtung der Hauptkriegsverbrecher hat Hull schon über ein Jahr vor der Formulierung des Morgenthau-Planes erwähnt<sup>72</sup>. Ähnliche Vorschläge waren auch von den Russen und Engländern gemacht worden. Schon am 21. 10. 1941 schlug das britische Außenministerium sowohl den alliierten Regierungen als auch den damals noch neutralen Vereinigten Staaten vor, eine Erklärung zu veröffentlichen, die u. a. sagte: „Die ganze Welt wird es den Verbrechern nicht erlauben, ihren verdienten Strafen zu entkommen . . . Mit dem Sieg wird Vergeltung kommen.“<sup>73</sup> Der Sinn war eindeutig. Stalin legte schon in Teheran seine Vorschläge für die Massenvernichtung der Mitglieder der deutschen Führungsgruppen vor<sup>74</sup>. Es schien ihm damit ernst zu sein<sup>75</sup>.

Ganz allgemein waren die Entmilitarisierung Deutschlands, seine Entwaffnung und wirtschaftliche Kontrolle nicht nur von den Experten erörtert worden, sondern sie bildeten überhaupt die Basis der Diskussionen über Deutschland, innerhalb und außerhalb der Regierung und auch in interalliierten Gesprächen<sup>76</sup>. Einige dieser Punkte waren sogar schon im Entwurf des Kapitulationsdokuments für Deutsch-

<sup>67</sup> Woodward, a. a. O., S. 467 f.

<sup>68</sup> Churchills Memorandum vom 19. 4. 1944 an Sir A. Cadogan, Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 621.

<sup>69</sup> Hull, a. a. O., S. 130 f.

<sup>70</sup> Teheran Papers, S. 154.

<sup>71</sup> Churchill, a. a. O., Bd. V, S. 518, Teheran Papers, S. 511.

<sup>72</sup> Hull, a. a. O., S. 1289 f.

<sup>73</sup> Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1941, Bd. I, S. 446.

<sup>74</sup> Teheran Papers, S. 553 f.

<sup>75</sup> Selbst Churchill wollte eine Liste mit 50–100 „Verbrechern ersten Grades“ veröffentlichen, „um die, die mit dem Tode bestraft werden, von der Masse des Volkes abzusondern . . .“; vgl. sein Memorandum vom 14. 1. 1944 zum Kabinett, Churchill, a. a. O., Bd. IV, S. 617 f.

<sup>76</sup> Vgl. Hulls Moskauer Vorschläge; Teheran Papers, S. 185–186. Der englische Stellvertretende Premierminister Attlee argumentierte im Sommer 1944, es sei unbedingt notwendig, das Nazi-System und den militärischen Apparat in Deutschland auszurotten. Sie müßten zerstört werden, selbst wenn dieses eine interne Krise in Deutschland hervorrufen und große Not mit sich bringen würde. Sein Memorandum vom 11. 7. 1944 ist zusammengefaßt: Woodward, a. a. O., S. 466. Auch Lord Vansittart hatte sich schon längst für eine lange Besatzungszeit, für massive Kriegsverbrecherprozesse, für Umerziehung der Deutschen und Eliminierung der deutschen industriellen Vorherrschaft in Europa ausgesprochen.

land zu finden, über das sich die drei Alliierten im Juli 1944 geeinigt hatten<sup>77</sup>. Ferner hatten die Russen bereits im Herbst 1943 geäußert, daß ihrer Meinung nach Deutschland nach dem Kriege keinen höheren Lebensstandard haben sollte als sie selbst<sup>78</sup>. Dieser Maßstab war aber keineswegs präzise. Erst nach der Potsdamer Konferenz wurde eine improvisierte Arbeitsgruppe, die „German Standard of Living Board“ eingerichtet, um zu versuchen, Begriffe wie einen Lebensstandard für Deutschland zu definieren und statistisch zu begründen<sup>79</sup>. Aber soweit man im Jahr 1944 über die Zerstörung des europäischen Rußland unterrichtet war – oder es zu sein glaubte –, schien es klar, daß das sowjetische Prinzip dazu führen mußte, Deutschland auf den niedrigsten Lebensstandard in Zentral- oder Westeuropa herabzudrücken. Das Argument ist nicht von der Hand zu weisen, daß Vorschläge für die völlige Entfernung der deutschen Industrie und die Herabsetzung des Landes zu einem landwirtschaftlichen Gebiet nur die logische Folge dieses Prinzips waren<sup>80</sup>.

Abgesehen von diesem letzten, in seiner Zuspitzung aber sehr wichtigen Punkt lag die Bedeutung der Morgenthauschen Vorschläge nicht darin, daß sie neu waren, sondern daß sie die radikalsten Aspekte derjenigen Vorschläge, die schon vorher von Zeit zu Zeit gemacht worden waren, in einem großen Vorschlagskomplex zusammenfaßten. Vom internen Washingtoner Standpunkt gesehen, war die Tatsache, daß viele dieser Vorschläge nicht neu waren, sogar ein wichtiger taktischer Vorteil; Harry Whites Denkschrift vom 2. September enthielt die meisten der Einzelheiten, die von Morgenthau in London erwähnt worden waren<sup>81</sup>, zusammen mit der Forderung einer Zerstückelung Deutschlands (die nach Morgenthaus Meinung lediglich eine Rückkehr zu den Teheraner Grundsätzen bedeutete). Obwohl dieser erste Entwurf den größten Teil der Ruhr-Industrie noch nicht berührte<sup>82</sup>, war Whites Programm doch bereits höchst radikal<sup>83</sup>. Sowohl die Vertreter des Außen-, als auch die des Kriegsministeriums nahmen daher sofort gegen die Vorschläge des

<sup>77</sup> Yalta Papers, S. 110ff., vgl. besonders die Vollmacht der Alliierten in Artikel 12.

<sup>78</sup> Harriman betonte diesen Punkt in seinem Bericht an den Präsidenten in bezug auf Halls Moskauer Besuch im Jahr 1943; Teheran Papers, S. 154. Hull sprach in Moskau von einem „erträglichen Lebensstandard“ für die Deutschen; Teheran Papers, S. 186. Angesichts der damaligen alliierten Stimmung sollte „erträglich“ wahrscheinlich kaum ein besonders hohes Niveau bedeuten.

<sup>79</sup> Scharfe Kritik an der ganzen Idee eines genau definierbaren „Lebensstandards“, besonders angesichts der unzulänglichen vorhandenen Daten, übt Penrose, a. a. O., S. 288f.

<sup>80</sup> Für ein Beispiel der damaligen Argumentation zu diesem Problem vgl. die Statistik der Produktion, des Verbrauches und der Einfuhr von Nahrungsmitteln im Vorkriegsdeutschland, die in Morgenthau, *Germany is our Problem*, Anhang ‚A‘, S. 207–210 angegeben ist. Die Statistik soll beweisen, daß, da der größte Teil des deutschen Verbrauches innerhalb Deutschlands erzeugt wurde, industrielle Kapazität und damit Ausfuhrkapazität ruhig entfernt werden könnten. Eine der Voraussetzungen für dieses Argument war freilich die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, was aber Morgenthau gerade verhindern wollte.

<sup>81</sup> Penrose, a. a. O., S. 251.

<sup>82</sup> Vgl. dazu Dorn, a. a. O., S. 71.

<sup>83</sup> Whites Darstellung seines Dokumentes schien noch radikaler als der Plan selbst zu sein – jedenfalls war das die Meinung des Außenministeriums, Yalta Papers, S. 160.

Finanzministeriums Stellung, und nach einigen Vorbesprechungen wurde, anscheinend auf die Initiative von John McCloy hin, vereinbart, das Außenministerium ein neues Dokument ausarbeiten zu lassen, das dem Präsidenten als gemeinsame Empfehlung des Kabinettsausschusses vorgelegt werden könnte. Inzwischen sahen sich der Präsident und Morgenthau die Pläne noch einmal zusammen an, und mit Rücksicht auf Roosevelts Bemerkungen entschloß sich Morgenthau, einige seiner Punkte noch drastischer zu formulieren<sup>84</sup>.

Andererseits mußte das Außenministerium in der Ausarbeitung seines nächsten Entwurfs vom 4. September nach einem Kompromiß suchen, der, wenn irgend möglich, für alle drei Ämter annehmbar wäre. Hull als Politiker war es klar, daß seine Fachleute, die schon seit Monaten für Mäßigung und gegen eine Teilung Deutschlands plädierten, Gefahr liefen, überstimmt zu werden<sup>85</sup>. Es war ferner offenkundig, daß Morgenthaus Ideen denen des Präsidenten nahe standen. Angesichts der schwachen Position seines Ministeriums in Washington versuchte Hull daher einen offenen Konflikt zu vermeiden<sup>86</sup>.

Der neue Entwurf, den Hull daraufhin am 5. September der ersten Voll-Sitzung des Kabinettsausschusses vorlegte, schlug vor, die Entscheidung über eine Teilung Deutschlands zu verschieben, aber jegliche freiwillige Neigung der Deutschen hinsichtlich einer Teilung zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten sollten nicht versuchen, eine starke deutsche Wirtschaft nach dem Krieg aufzubauen. Im Gegenteil, Deutschlands Wirtschaftsmacht in Europa sollte prinzipiell gebrochen und seine Wirtschaft so arrangiert werden, daß eine zukünftige Waffenproduktion verhindert würde. Der deutsche Lebensstandard sollte auf ein Minimum herabgesetzt werden. Das Land sollte völlig entmilitarisiert, die Nationalsozialistische Partei aufgelöst, Kriegsverbrecher energisch bestraft und eine Kontrolle über das Erziehungswesen, die Presse und Nachrichten eingerichtet werden. Der Großgrundbesitz sollte aufgeteilt und Deutschland gezwungen werden, Reparationen zu zahlen<sup>87</sup>.

Dieser vorsichtige Kompromiß fiel zwischen zwei Stühle. Für Morgenthau bedeutete er eine merkliche Abschwächung seiner eigenen Vorschläge. Da er vom Präsidenten selbst angespornt wurde, sogar noch weiter zu gehen, ist es nicht erstaunlich, daß er sich, wie Hull sagt, als unnachgiebig erwies<sup>88</sup>. Auf der anderen Seite fand Stimson, daß Hulls Vorschläge sich von denen Morgenthaus nicht prin-

<sup>84</sup> Dies scheint der Ursprung der Vorschläge für die völlige Beseitigung der Industrie und die Zerstörung der Ruhrbergwerke zu sein, vgl. auch Hull, *Memoirs*, S. 1605.

<sup>85</sup> Eine solche Diskrepanz zwischen dem Urteil der Fachleute und der politischen Führung war nicht neu. Hull hat schon ein Jahr vorher mit Eden und Molotow darüber gesprochen; Hull, *Memoirs*, S. 1287.

<sup>86</sup> Es ist vielleicht bezeichnend für Hulls schwache Stellung, daß er versuchte, den englischen Einfluß auf den Präsidenten im Sinne der Mäßigung zu benutzen. Halifax berichtete am 2. September nach London, daß Hull hoffe, Churchill würde den Präsidenten gegen Morgenthau beeinflussen: ein hungerndes und bankrotttes Deutschland wäre weder im Interesse Großbritanniens noch Europas; Woodward, a. a. O., S. 471.

<sup>87</sup> Hull, a. a. O., S. 1608 f.; Stimson and Bundy, a. a. O., S. 569–571.

<sup>88</sup> Hull, *ebd.*

zipiell unterschieden, und daß er allein es war, der das wirtschaftliche Programm radikal ablehnte. Er war auch mit Hulls Gedanken an ein minimales Existenzniveau nicht einverstanden. Das würde, meinte er, auf eine Versklavung des ganzen deutschen Volkes hinauslaufen. Die Sitzung endete, ohne daß sich die drei Ministerien einer Einigung genähert hatten; Stimson ließ ein Memorandum zirkulieren, in dem er seine Einwände gegen Morgenthau im einzelnen wiederholte. Dessen Vorschläge würden nicht nur einen neuen Krieg nicht verhüten, so schrieb er, sondern im Gegenteil neue Unruhen hervorrufen. Die Schuld der Nazis würde nur verdunkelt und prodeutsche Sympathien in aller Welt erweckt werden. Die Vernichtung der deutschen Industrie würde die Wirtschaft von ganz Westeuropa, die deutsche Industrieprodukte nach dem Kriege dringend brauche, ernstlich beeinträchtigen. Deutschland habe im Augenblick eine Bevölkerung von 50 Millionen Menschen mehr, als es durch Landwirtschaft allein versorgen könnte. Es wäre einfach nicht möglich, die Ruhr in ein totes Gebiet in der Mitte eines der wichtigsten Industriekontinente der Welt zu verwandeln<sup>89</sup>.

Am nächsten Tag, dem 6. September, versammelte sich der Kabinettsausschuß unter Vorsitz des Präsidenten. Morgenthau bestand auf seinen Ansichten und verlangte anscheinend auf dieser Sitzung zum erstenmal in aller Form die Vernichtung der gesamten Ruhr-Industrie<sup>90</sup>. Roosevelt erwähnte die Notwendigkeit einer Lösung, die Großbritannien in seinen erwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem Krieg half. Die nächste Sitzung fand am 9. September statt. Morgenthau argumentierte in einem neuen Schriftstück, daß, wenn der Präsident Sorgen um Großbritannien habe, seine Vorschläge das beste Hilfsmittel wären. Denn wenn die Ruhr-Industrie einmal zerstört sei, sagte er, könnte Großbritannien die deutschen Ausfuhrmärkte übernehmen. Morgenthau sprach sich auch gegen Stimsons Bemerkung aus, daß die deutsche Industrie für die wirtschaftliche Gesundheit Europas notwendig sei. Auch auf dieser Sitzung kam man zu keiner Einigung, und das einzige Ergebnis war, daß Hopkins die Wichtigkeit einer Dreimächteübereinstimmung in Angelegenheiten dieser Art unterstrich.

Das Resultat der Debatte stand daher noch aus, als Roosevelt zu weiteren Treffen mit Churchill vom 11. bis 16. September nach Quebec abfuhr. Am 12. September berief der Präsident Henry Morgenthau dorthin, und am Abend des 13. unterbreitete der Finanzminister seine Ansichten dem britischen Premierminister. Weder Hull noch Eden waren anwesend; Churchill scheint nach der Meinung des Foreign Office gar nicht gefragt zu haben<sup>91</sup>. Inzwischen hatte das War Cabinet in London entschieden, daß die Idee des Präsidenten, das Chaos in Deutschland regieren zu lassen, als Bestrafung einfach untauglich sei. Die alliierten Handlungen würden nicht als eine gerechte Strafe, sondern als Verhängung zwecklosen und wahllosen Leidens erscheinen. Zudem würden solche Maßnahmen keinen wirtschaftlichen Beitrag Deutschlands zum Wiederaufbau Europas ermöglichen; im Gegenteil, die

<sup>89</sup> Stimson and Bundy, a. a. O., S. 570–573.

<sup>90</sup> Snell, a. a. O., S. 85.

<sup>91</sup> Woodward, a. a. O., S. 472.

Alliierten würden vielleicht gezwungen sein, Deutschland selbst zu versorgen, wenn auch nur deshalb, weil die alliierten Soldaten den Anblick hungernder Kinder nicht ertragen würden<sup>92</sup>. Dieser Entscheid wurde am 14. nach Quebec übermittelt. Der Premierminister hat ihn aber nicht vor den Gesprächen über Deutschland zu sehen bekommen. Auf jeden Fall und trotz des zugkräftigen Arguments, daß die Entfernung der Industrie automatisch die Wiedergeburt einer deutschen Kriegsmacht unmöglich machen würde, war Churchills erste Reaktion auf die Morgenthau-Vorschläge eine scharfe Ablehnung. Morgenthau erzählte später: „Nie in meinem Leben habe ich eine solche mündliche Züchtigung erhalten.“<sup>93</sup> Churchill lehnte es entschieden ab, daß „England an eine Leiche gefesselt“ würde<sup>94</sup>. Aber wie Churchill selbst lakonisch berichtet, „. . . der Präsident zusammen mit Mr. Morgenthau – von dem wir viel zu verlangen hatten – beharrten so sehr darauf, daß wir uns endlich darauf einließen“, die Pläne zu prüfen<sup>95</sup>. Nachdem Churchill verschiedene Versionen abgelehnt hatte, akzeptierte er eine Zusammenfassung, die er und der Präsident dann paraphierten<sup>96</sup>. Sie lautete<sup>97</sup>:

„In einer Konferenz zwischen dem Präsidenten und dem Premierminister über den besten Weg, eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern, war man sich darüber einig, daß ein wesentlicher Aspekt der künftige Zustand des Ruhr- und des Saargebiets sei.

Die Leichtigkeit, mit der die metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien Deutschlands von Friedens- zur Kriegsproduktion umgestellt werden können, wurde uns bereits durch bittere Erfahrung eingepreßt. Auch darf man nicht vergessen, daß die Deutschen einen großen Teil der Industrie Rußlands und anderer alliierter Staaten zerstört haben. Es ist nur gerecht, daß diese Länder, die Schaden erlitten haben, berechtigt sein sollen, die Maschinerie zu entfernen, die sie brauchen, um ihre Verluste wiedergutzumachen. Die schon erwähnten Industrien im Ruhr- und Saargebiet würden also notwendigerweise außer Dienst gestellt und geschlossen werden müssen. Man war der Meinung, daß diese beiden Gebiete einer Körperschaft im Rahmen der Weltorganisation unterstellt werden sollten, die die Demontage dieser Industrien überwachen und gleichzeitig aufpassen würde, daß sie nicht wieder unter irgendeinem Vorwand aufgebaut werden.

Dieses Programm der Beseitigung der Kriegsindustrien im Ruhr- und im Saargebiet faßt die Verwandlung Deutschlands in ein Land ins Auge, das in erster Linie einen landwirtschaftlichen und ländlichen Charakter hat.

<sup>92</sup> Woodward, a. a. O., S. 471.

<sup>93</sup> Morgenthau, Our Policy Towards Germany, New York Post vom 29. 11. 1947.

<sup>94</sup> Yalta Papers, S. 134; Hull, a. a. O., S. 1615.

<sup>95</sup> Churchill, a. a. O., Bd. VI., S. 138.

<sup>96</sup> Wir haben Morgenthaus Wort dafür, daß diese Version Churchills eigene war. Yalta Papers, S. 135; vgl. auch Henry Morgenthau Jr., Postwar Treatment of Germany, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, July 1946, S. 126.

<sup>97</sup> Text in Stimson and Bundy, a. a. O., S. 576f.; Feis, Churchill, Roosevelt and Stalin, S. 369f.; Morgenthau, Postwar Treatment of Germany, ebd.

Der Premierminister und der Präsident haben diesem Programm zugestimmt.

O.K.

FDR

WSC

15. 9.“

Dies war ein Dokument, das sich indessen von Henry Morgenthau Washingtoner Vorschlägen gründlich unterschied. Der Text war nicht nur kürzer und die Ausdrucksweise vorsichtiger, sondern viele der ursprünglichen Vorschläge waren völlig weggefallen. So war z. B. weder die Teilung Deutschlands erwähnt noch die Bestrafung der Kriegsverbrecher. Der ausschlaggebende Punkt über die Verwandlung Deutschlands in ein landwirtschaftliches Gebiet blieb, aber auch hier war die Quebecer Formulierung schwächer als das Original. Morgenthau hatte von der Entfernung der ganzen Industrie der Saar und Ruhr und der Kohlenbergwerke gesprochen. Churchills kürzere Version dagegen bezog sich nur auf „metallurgische, chemische und elektrische Industrien“. Das Ausmaß und die Verteilung von Reparationen wurden auch nicht erwähnt.

Das Quebec-Dokument war auch in keiner Weise ein international gültiger Vertrag. Es war einfach eine Vorsatzerklärung und wurde weder dem britischen Kabinett<sup>98</sup> noch dem amerikanischen Senat zur Annahme vorgelegt. Da keine Konsultationen mit den Russen stattfanden, konnte es auch kaum als eine maßgebende interalliierte Erklärung angesehen werden. Als die Pläne fallengelassen wurden, war ein formeller Akt dafür offenbar weder in Washington noch in London notwendig.

Aber gleichwohl bleibt die Frage: warum hat der Premierminister trotz anfänglicher Ablehnung dann doch diese verkürzte und geschwächte Version paraphiert? Nach Hulls Andeutung<sup>99</sup> war es ein einfacher „Pferdehandel“. Eines der englischen Hauptziele in Quebec bestand darin, amerikanische Munition und Versorgung im Wert von 6,5 Milliarden Dollars für die Zeit nach dem Ende des Kampfes in Europa zu sichern. Die Engländer paraphierten den Morgenthau-Plan, und die Amerikaner versprachen die Kredite<sup>100</sup>. Aber ebenfalls nach Hulls Angabe hat Morgenthau stets bestritten, daß ein solcher Handel getrieben wurde. Und der Verfasser der offiziellen Geschichte der englischen auswärtigen Politik in dieser Periode stellt fest, daß „kein Beweis in den britischen Archiven vorliegt, daß der Premierminister es in diesem Licht gesehen habe“<sup>101</sup>. Morgenthau selbst erklärt, es sei ihm gelungen,

<sup>98</sup> Siehe Churchills Rede vom 21. 7. 1949 im House of Commons, Hansard Bd. 467, Spalte 1605.

<sup>99</sup> Hull, a. a. O., S. 1613 f.

<sup>100</sup> Der Präsident paraphierte ein Memorandum über Munitions-Lieferungen im Wert von etwa \$ 5,5 Milliarden und weiteren \$ 3 Milliarden an Nahrungsmitteln, Rohmaterial, Schiffen und Maschinerie nach Großbritannien während der ersten 12 Monate nach dem Sieg über Deutschland. In späteren Verhandlungen in Washington wurde man sich darüber einig, die Globalsumme auf \$ 5,5 Milliarden zu reduzieren. Die amerikanischen Verpflichtungen sind auseinandergesetzt in: *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945*, Bd. I, Washington 1960, Dokumente 537, 538, S. 806 ff.

<sup>101</sup> Woodward, a. a. O., S. 473, Fußnote 1. Während seines Besuches im August in Lon-

die Unterstützung von Churchills Berater Lord Cherwell zu bekommen, und dieser habe den Premierminister besonders durch das Argument überzeugen können, daß der Morgenthau-Plan Großbritannien vom deutschen Wettbewerb in den Eisen- und Stahlmärkten der Welt befreien würde<sup>102</sup>. Churchills Erklärung im Kriegskabinett stimmt hiermit überein<sup>103</sup>. Er schrieb am 15. September, die Amerikaner sprächen von ihrer Absicht, die britischen Ausfuhren zu vergrößern, um den Verlust des englischen Auslandsvermögens gutzumachen. Würden die Stahlfabriken in Ruhr- und Saargebiet demontiert, so würden die Russen einen großen Teil der Maschinen als Reparationen fordern, und diese Waffenwerke wären außer Betrieb. Die Waren, die diese Produktionszentren vormals im Wert von 300–400 Millionen pro Jahr geliefert hätten, würden dann zum größten Teil von Großbritannien ersetzt. Der Premierminister fügte hinzu, er glaube, das entscheidende Argument wäre das der deutschen Abrüstung. Die Vorteile für Großbritannien folgten von selbst.

Trotzdem schließen diese beiden Versionen einander nicht unbedingt aus. Selbst wenn kein einfacher angloamerikanischer Tauschhandel getrieben wurde und wenn für Churchill das Entwaffnungsargument entscheidend war, so heißt das doch nicht, daß kein Element von *quid pro quo* im Spiele war. Wir haben ja Churchills eigenen Hinweis: „der Präsident mit Mr. Morgenthau – von dem wir viel zu verlangen hatten . . .“. Schon seit Monaten hatte die britische Regierung versucht, die amerikanische Verwaltung von der Wichtigkeit der langfristigen britischen Wirtschaftsprobleme zu überzeugen<sup>104</sup>. Und es gab, vom britischen Standpunkt gesehen, gewisse Vorteile in einer Verhandlung mit Morgenthau. Er war bereit, Großbritannien Kredit ohne viele Bedingungen zu gewähren. Hull dagegen wollte den Kredit von der allmählichen Abschaffung der Empire-Präferenzen abhängig machen<sup>105</sup>. Die Engländer müssen sich der Schwierigkeiten, die ihre Bitte um Kredite besonders im Kongreß hervorrufen würde, klar bewußt gewesen sein, und die Quebec-Verhandlungen sind daher sicherlich äußerst sorgfältig von der Botschaft in Washington vorbereitet worden. Auch die Häufigkeit, mit der die englischen Nachkriegsschwierigkeiten in Washington und Quebec erwähnt wurden, spricht dafür<sup>106</sup>. Es

don sagte Morgenthau nichts, das angedeutet hätte, daß er eine solche Art von Erpressung betrieb; Penrose, a. a. O., S. 256.

<sup>102</sup> Vgl. Morgenthaus Bericht an Hull und Stimson in Washington am 20. September, Yalta Papers, S. 134.

<sup>103</sup> Woodward, a. a. O., S. 472.

<sup>104</sup> Sayers, *Financial Policy 1939–1945*, S. 465–467.

<sup>105</sup> Hull, a. a. O., S. 1614. Vom britischen Standpunkt aus hätte dies bedeutet, daß das, was mit einer Hand gegeben wurde, mit der anderen wieder weggenommen worden wäre. Es paßte einigen Leuten in Whitehall sowieso nicht, daß um Hilfe gebeten werden mußte. Durch seinen Beitrag zum Krieg, glaubten sie, war Großbritannien berechtigt, Unterstützung zu empfangen, und sollte nicht darum als um eine Gunst bitten müssen. Von diesem Standpunkt aus gesehen war es um so ärgerlicher, mit ansehen zu müssen, wie Hull seinen Vorurteilen über Empire-Präferenzen nachging, statt Englands Wirtschaftsschwierigkeiten in weiterer Sicht zu beurteilen.

<sup>106</sup> Dies wurde nicht nur vom Finanzministerium erkannt. Stimsons Memorandum vom 9. September z. B. betonte auch die Notwendigkeit, England zu helfen; Hull, a. a. O., S. 1610.

muß auch völlig klar gewesen sein, obgleich es vielleicht in Quebec unausgesprochen blieb, daß nach einem Ausfall des deutschen Wettbewerbs Großbritannien weniger Wirtschaftshilfe brauchen würde. Die Hilfe wäre dann auch leichter zu haben: Amerika würde lieber eine einzige, endgültige Lösung unterstützen, als ein ewiges Lückenstopfen auf sich nehmen. Darüber hinaus trüge eine schnelle Erholung Englands dazu bei, amerikanische Verpflichtungen in Europa zu begrenzen.

Kaum war jedoch das Quebec-Dokument paraphiert, als die Opposition dagegen wuchs. Eden, der am 15. zur Konferenz kam, lehnte es ab, irgend etwas mit dem Dokument zu tun zu haben. Churchill selbst war offenbar über den wahrscheinlichen Eindruck in London beunruhigt<sup>107</sup>. Mitte November versicherten Churchill und Eden de Gaulle, daß keine Entscheidungen in Quebec getroffen worden seien<sup>108</sup>. Als der Quebec-Text in London ankam und im einzelnen von den Wirtschaftsplanungsstellen geprüft wurde, ergab sich ein vernichtendes Urteil. Der Plan würde 2 Millionen der Vorkriegsbevölkerung von 6½ Millionen in den betroffenen Gebieten arbeitslos machen. Die vorhandene Landwirtschaft könnte nicht so viele zusätzliche Arbeiter aufsaugen, und Arbeit müßte auch für weitere 3–5 Millionen Menschen aus den Ostgebieten, die Deutschland verlieren sollte, gefunden werden. Da das Ruhr- und Saargebiet normalerweise 60% der deutschen Ausfuhr liefere, würde der Morgenthau-Plan keine Reparationen ermöglichen, und Deutschland würde für längere Zeit Einfuhren brauchen, die es dann nicht bezahlen könnte. England hätte dabei wenig Vorteil. Die Vernichtung der deutschen Produktionskapazität müsse auch seine normalen Handelspartner treffen; Großbritannien könnte vielleicht einen größeren Teil der ehemaligen deutschen Ausfuhrmärkte übernehmen, aber der Nettogewinn würde kaum mehr als 30 Millionen betragen, keineswegs die 300–400 Millionen, die der amerikanische Plan vorsehe. Es ließen sich zwar Reparationen durch den Abtransport einiger Fabriken erzielen, dagegen würde jeder Gewinn aus der laufenden Produktion wegfallen<sup>109</sup>. Das Foreign Office fügte hinzu, daß das am schwersten betroffene Gebiet in der britischen Zone liegen, es also hier die größte Arbeitslosigkeit geben würde. Eden meinte, man brauche den ganzen Vorschlag nicht weiter zu verfolgen, es sei denn, der Präsident griffe ihn wieder auf.

Dies schien aber mehr und mehr unwahrscheinlich zu werden, denn in Washington wurde das Quebec-Memorandum genauso angegriffen. Hull und Stimson legten persönlich beim Präsidenten Protest ein. Stimsons Mitarbeiter, John McCloy, wies darauf hin, daß der Inhalt mit der Atlantik-Charta, die unter anderem allen Ländern, einschließlich der besiegten, gleichen Zugang zu Welthandel und Rohmate-

<sup>107</sup> Churchill sagte zu Eden, er dürfe sich nicht gegen die Vorschläge beim Kriegskabinetten wenden, bevor er nicht selbst Gelegenheit gehabt hätte, mit dem Kabinetten darüber zu sprechen; Yalta Papers, S. 135, 137.

<sup>108</sup> Memorandum über die Gespräche vom 11. 11. 1944 zwischen Churchill, Eden und de Gaulle; de Gaulle, *Mémoires de Guerre, Le salut 1944–1946*, Paris 1949, S. 350 ff. Churchill scheint in diesem Punkt sehr entschieden gewesen zu sein, selbst wenn man unterstellt, daß er im Gespräch mit den Franzosen die Quebec-Diskussionen bagatellisieren wollte.

<sup>109</sup> Woodward, a. a. O., S. 473, Fußnote 2.

rial verspreche, völlig unvereinbar sei. Stimson selbst schickte dem Präsidenten ein Memorandum, in dem er behauptete, dieser Plan sei ein Vergehen der gleichen Art wie das der Deutschen selbst: er stehe im Widerspruch zu jeglichen Grundsätzen der Alliierten; er würde Leiden und Tod für Millionen bedeuten; er würde von der Welt als blinde Rache an den Deutschen betrachtet werden; er müsse große Verbitterung unter den Betroffenen hervorrufen. Er sei also „ein offenes Bekenntnis des Bankrotts jeder Hoffnung für eine vernünftige Politik zur Verhütung eines zukünftigen Krieges“<sup>110</sup>.

Am gleichen Tage, dem 21. September, wurde der erste Bericht über die Affäre vom amerikanischen Kolumnisten Drew Pearson veröffentlicht. Die Pressereaktion war in ungewöhnlicher Weise überwältigend anti-Roosevelt. Ein Bericht im Manchester Guardian sagte, die Prüfung von 33 amerikanischen Zeitungen ergebe, daß 25 den Plan ablehnten<sup>111</sup>. Es waren kaum sechs Wochen bis zur Präsidentenwahl, und es begann so auszusehen, als ob die Quebec-Dokumente ein gewichtiges Hindernis im Wahlkampf bilden könnten, um so mehr, als in den öffentlichen Diskussionen kein Unterschied zwischen dem ursprünglichen Morgenthau-Plan und dem viel begrenzteren Quebec-Dokument gemacht wurde. Die deutsche Propaganda stürzte sich auf die Nachricht; es schien, als ob das Resultat eine direkte Verstärkung des deutschen Widerstandes und daher eine Verlängerung des Krieges sein könnte.

Vier Tage später übersandte Hull dem Präsidenten eine Denkschrift, in der er darauf hinwies, man solle eine Einigung mit Russen und Engländern erzielen, ehe man mit den in Quebec entworfenen Plänen fortfahre. Die EAC sei ins Leben gerufen worden, um diese Probleme zu studieren, und jede andere Verfahrensmethode würde die Schwierigkeiten des Militärs und der Kontrollbeamten gewaltig vergrößern. Es bestand kein Anzeichen dafür, daß die britische Regierung mit einer völligen Ausmerzung der industriellen Kapazität der Ruhr und Saar einverstanden sein würde. Niemand wußte genau, was die Russen wirklich dachten<sup>112</sup>. Sollte man nicht versuchen, ihre Meinung zu sondieren, etwa durch die EAC<sup>113</sup>? Hull unter-

<sup>110</sup> Stimson and Bundy, a. a. O., S. 579.

<sup>111</sup> Manchester Guardian 4. 10. 1944, die Kommentare in Großbritannien waren auch nicht freundlicher. Arthur Bryant warnte davor, daß der Frieden nicht „so bedrückend und demütigend gemacht werden sollte, daß künftige deutsche Generationen bereit sein würden, in den Tod zu gehen, um ihn zu zerstören“; Illustrated London News, Bd. CCV, 11. 11. 1944. Ende Januar 1945, nachdem die Morgenthau-Pläne längst fallengelassen worden waren, argumentierte die Times noch immer gegen „die phantastisch extremen Maßnahmen, die Herrn Morgenthau zugeschrieben worden sind“, The Times 29. 1. 1945.

<sup>112</sup> Tatsächlich scheinen die Russen nicht sehr sicher gewesen zu sein, welche Linie sie einschlagen sollten; L. Kochan, L'URSS et la partage de l'Allemagne en zones d'occupation, in: Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale, Nr. 46 (April 1962), S. 13ff. Am 10. November schrieb das Außenministerium, die Russen wollten nicht die Demontage der Industrie, sondern forderten umfassende soziale und politische Reformen; Yalta Papers, S. 167–169. Aber am 20. Januar sagte Maisky in Moskau zu Harriman, daß Deutschland geteilt und die deutsche Schwerindustrie streng reduziert werden sollte; Yalta Papers, S. 175–178.

<sup>113</sup> Dieses Memorandum ist in den Yalta Papers, S. 142. Eine Zusammenfassung bei Hull, a. a. O., S. 1616f.

strich sein Argument, als er mit dem Präsidenten einige Tage später sprach: der Morgenthau-Plan sei untragbar. Nur 60% der Deutschen könnten sich landwirtschaftlich ernähren, die anderen 40% würden sterben<sup>114</sup>.

Roosevelt begann nachzugeben. Hull zufolge wies er darauf hin, daß er nicht an den Plan gebunden sei<sup>115</sup>. Nach einem Telefongespräch mit dem Präsidenten am 27. September glaubte Stimson, Roosevelt sei zu der Überzeugung gekommen, er habe einen Fehler gemacht, und versuche nun, sich herauszureden<sup>116</sup>.

Das Trommelfeuer hielt an. Am 29. September schickte Hull dem Präsidenten eine weitere Denkschrift<sup>117</sup>, in der er wiederholte, wie weit die interalliierten Verhandlungen über Deutschland, besonders im EAC, gediehen seien. Im Hinblick auf die Wirtschaftsmaßnahmen schlug Hull die Vernichtung solcher deutscher Fabriken vor, die nicht für friedliche Zwecke benutzt werden könnten. Die deutsche Wirtschaft solle nicht autark sein, sondern auf den Weltmarkt eingestellt werden. Die Macht der Großindustriellen und der Gutsbesitzer solle gebrochen und eine Kontrolle über Handel und Schlüsselindustrien eingerichtet werden, um eine Wiederaufrüstung zu verhindern.

Der Präsident war nun in vollem Rückzug. Am gleichen Tag antwortete er auf Hulls Memorandum vom 25. Diese Antwort war mehr oder weniger ein reines Defensivmanöver<sup>118</sup>. Niemand, so sagte der Präsident jetzt, wolle die völlige Ausmerzungen der Ruhr- und Saarproduktionskapazität. Die Gebiete sollten vielleicht total kontrolliert werden. Man dürfe nicht übersehen, daß die Deutschen vor dem Krieg genug Industrie gehabt hätten, um sowohl ihren Handel zu führen, als auch zugleich aufzurüsten. Amerika könne nun nicht dabeistehen und Großbritannien wirtschaftlich zusammenbrechen sehen, während Deutschland anfangs, sich für einen nächsten Krieg in 20 Jahren vorzubereiten. Er wolle auch nicht, daß irgend jemand – weder das Außenministerium noch ein anderes Amt – im Moment bei den Russen oder Briten sondiere. Auf jeden Fall nicht im EAC, „das in dieser Beziehung auf drittrangiger, nicht einmal zweitrangiger Ebene liegt“. Als Stimson den Präsidenten am 5. Oktober wieder sah, waren die Morgenthau-Pläne praktisch tot. „Der Präsident“, sagte Stimson, „grinste, machte ein dummes Gesicht und sagte: ‚Henry Morgenthau hat ‚nen ziemlichen Schnitzer gemacht‘.“ Als Stimson den Quebecer Absatz vorlas, der davon sprach, Deutschland in ein landwirtschaftliches Gebiet zu verwandeln, schien der Präsident ehrlich verblüfft und sagte, er habe keine Ahnung, wie er dieses hätte paraphieren können, und daß er es offensichtlich ohne viel Überlegung getan habe<sup>119</sup>.

Diese Erklärung kann nicht ernst genommen werden. Einfache Gedankenlosig-

<sup>114</sup> Hull, ebd.

<sup>115</sup> Hull, a. a. O., S. 1618.

<sup>116</sup> Stimson and Bundy, a. a. O., S. 580.

<sup>117</sup> Yalta Papers, S. 157 f.

<sup>118</sup> Yalta Papers, S. 155; Hull, a. a. O., S. 1619.

<sup>119</sup> Stimson and Bundy, a. a. O., S. 581. Vgl. auch Hull, der Stimson zitiert, Hull, a. a. O., S. 1621.

keit ist mit der Art und Weise, in der Roosevelt Morgenthau unterstützte und ermutigte und sich über jede Opposition in Washington, auch über Churchills Zweifel hinwegsetzte, völlig unvereinbar. Es mag sein, daß der Präsident über die Fundamente der Deutschland-Planung nicht genügend informiert war<sup>120</sup>. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß Roosevelt tatsächlich für eine kurze Zeit die Vorschläge als ein Mittel ansah, mehrere seiner unangenehmsten Probleme auf einmal zu lösen.

Als der Präsident den Plan fallenlassen mußte, traten ganz andere Überlegungen in den Vordergrund. Es wurde wichtig, sowohl für die Nation als auch für ihn selbst, daß das Ansehen des Präsidenten nicht litt. Der Fehlschlag bestätigte den Präsidenten in seiner alten Ansicht über die Gefahren eines Versuches, interalliierte Verabredungen über das Nachkriegsdeutschland herbeizuführen. Erst mußte gesiegt werden; bis dahin würden die Vorbedingungen für eine wirksame und brauchbare alliierte Entscheidung vielleicht gegeben sein. Am 20. Oktober schrieb Roosevelt an Hull, daß es keine Eile mit der Deutschlandplanung hätte. „Ich mache nicht gern detaillierte Pläne für ein Land, das wir noch nicht besetzt haben.“ Sogar über die Teilung Deutschlands sollte noch keine Entscheidung getroffen werden<sup>121</sup>. Wieder einmal blieb die Ansicht des Außenministeriums unberücksichtigt, daß, wenn Deutschland einmal besetzt sei, es zu spät sein würde, die Russen vertraglich festzulegen. Besonders dann – und diese Möglichkeit bestand durchaus –, wenn sie den bei weitem größten Teil Deutschlands besetzt hätten<sup>122</sup>. Einige Tage später befahl Roosevelt der Civil Affairs Division im Kriegsministerium, mit der Deutschlandplanung aufzuhören<sup>123</sup>. Mitte November sagte er zum amtierenden Außenminister Stettinius, daß einige Fragen auf eine spätere Entscheidung warten müßten, da man nicht wisse, wie die Zustände in Deutschland wirklich wären<sup>124</sup>. Am 4. Dezember schrieb er sogar, daß es Deutschland erlaubt sein solle, „sich industriell bis zur Selbstversorgung zu erholen; aber bis auf weiteres keine Ausfuhr zu betreiben“, und daß sich die Vereinigten Staaten gegen die Forderung von Reparationen einsetzen würden<sup>125</sup>.

Worin lag also die langfristige Bedeutung der Morgenthau-Vorschläge? Hull und Stimson und seither viele andere haben argumentiert, daß der Plan deutliche Merkmale in der Deutschlandplanung sowohl während des Krieges als auch später hinterlassen und auf deutscher Seite den Widerstand verstärkt habe. Die erste Schwierig-

<sup>120</sup> So Stimson and Bundy, a. a. O., S. 575. Noch viel später, kurz vor Yalta, hat sich Roosevelt nicht genügend über Deutschland orientiert. Außenministeriumsdokumente zur Lage wurden nicht richtig durchgelesen; Byrnes, a. a. O., S. 22f. Es gab jedes Mal wichtigere Probleme, die zur Entscheidung drängten.

<sup>121</sup> Yalta Papers, S. 158f.; Hull, a. a. O., S. 1621.

<sup>122</sup> Am Ende des Jahres nahm Hopkins die Sorge von Winant sehr ernst, daß, wenn die Zonengrenzen nicht bald festgelegt würden, die Russen nach Erreichen ihrer Zonengrenzen einfach weiter vorstoßen könnten; Stettinius, a. a. O., S. 60.

<sup>123</sup> Mosely, *The Occupation of Germany*, S. 596.

<sup>124</sup> Yalta Papers, S. 172.

<sup>125</sup> Yalta Papers, S. 174.

keit hier ist eine Frage der Terminologie. Der Ausdruck „Morgenthau-Plan“ mag an sich einen falschen Eindruck geben. Wenn das Wort „Plan“ einen besonderen, fest umrissenen Planungsvorschlag bedeutet, so hat es einen solchen nie gegeben. Denn insofern die Vorschläge des Finanzministeriums, die Morgenthau mit nach Quebec nahm, den Plan ausmachten, wurden diese Vorschläge weder in Washington noch in London akzeptiert. Und im paraphierten Quebec-Dokument fehlten viele der wichtigsten Punkte des „Planes“. Man muß auch zwischen den Vorschlägen Morgenthaus vom September 1944 und den Ansichten und Handlungen von Morgenthau selbst unterscheiden. Denn auch nachdem seine Vorschläge fallengelassen wurden, plädierte Morgenthau weiterhin für einen „harten“ Frieden<sup>128</sup>, und der Konflikt in Washington über die Grundlinien einer Deutschlandpolitik ging weiter. Der Morgenthau-Plan selbst beeindruckte Leute außerhalb des Finanzministeriums weniger als die allgemeine Stimmung für einen „harten“ Frieden und die Entschlossenheit des Präsidenten, hart zu sein. Beide Faktoren waren von den eigentlichen Morgenthau-Plänen unabhängig; sie wurden weder von ihnen hervorgerufen noch durch ihr Fallenlassen beseitigt<sup>127</sup>.

Die fortdauernden Meinungsverschiedenheiten in Washington spiegeln sich in den Diskussionen<sup>128</sup> über die politische Erklärung wider, die dem amerikanischen Oberbefehlshaber in der Verwaltung Deutschlands als Richtlinie dienen sollte. Diese Erklärung wurde als Dokument JCS 1067 bekannt<sup>129</sup>. Anfang September bestanden Hopkins und McCloy darauf, daß wenigstens vorläufige Richtlinien für den Fall eines plötzlichen deutschen Zusammenbruchs festgelegt würden<sup>130</sup>. Am 22. September legte McCloy einem interministeriellen Ausschuß einen Entwurf vor, den er im Benehmen mit dem Finanzministerium ausgearbeitet hatte<sup>131</sup>.

<sup>126</sup> Yalta Papers, S. 165. Im Januar sagte Morgenthau noch immer, daß Europa kein starkes industrielles Deutschland brauche; daß die Zerstörung der deutschen Waffenindustrie nicht von sich aus bedeuten müsse, Deutschland könne keinen neuen Krieg anfangen; daß ein milder Frieden nicht genügen würde, dem Aufbau einer Demokratie in Deutschland zu helfen; und daß die Verwandlung Deutschlands in ein landwirtschaftliches Gebiet nicht bedeute, die Deutschen hungern zu lassen; Yalta Papers, S. 176 ff. Als er nach dem Krieg seine Argumente der Öffentlichkeit vorlegte, wiederholte Morgenthau: „Deutschlands Weg zum Frieden führt über den Bauernhof“, Morgenthau, *Germany is Our Problem*, S. 48.

<sup>127</sup> „Hart mit den Deutschen zu sein, erschien vielen Amerikanern als militärische und patriotische Tugend“; Norbert Muhlen, *America and American Occupation in German Eyes*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 295 (Sept. 1954), S. 54. Vgl. auch John L. Chase, *Unconditional Surrender Reconsidered*, in: *Political Science Quarterly* 70 (1955/56), S. 258.

<sup>128</sup> Kurze Berichte hierüber sind zu finden bei Paul Y. Hammond, *Directives for the Occupation of Germany, The Washington Controversy*, in: Harold Stein (Hrsgb.), *American Civil-Military Decisions, a Book of Case Studies*, University of Alabama Press, 1965. Snell, a. a. O., S. 90 ff., S. 176–182; H. Feis, *Between War and Peace, The Potsdam Conference*, Princeton 1960, S. 56, Anm. 6.

<sup>129</sup> Geschäftsvermerk des Komitees der Stabschefs der drei Wehrmachtsteile (Joint Chiefs of Staff).

<sup>130</sup> Yalta Papers, S. 162.

<sup>131</sup> Der Text befindet sich in Yalta Papers, S. 143–154.

Harry White gab dem Entwurf seine volle Zustimmung<sup>132</sup>. Das Dokument ging am 27. September an Eisenhower als Oberbefehlshaber der alliierten Expeditionstreitkräfte. Im Laufe der folgenden Monate wurden jedoch nicht nur die eigentlichen Morgenthau-Pläne fallengelassen, sondern es wurde auch klar, daß ihre Einzelheiten nicht mehr Gegenstand der Tagesordnung bilden würden, besonders nicht jene, die Morgenthau eigenstem Denken entstammten, wie z. B. die Forderung einer Vernichtung der deutschen Industrie überhaupt sowie der Vorschlag der Re-Agrarisierung. Auf der Yalta-Konferenz wurden sich die Alliierten darüber einig, den Teil der deutschen Industrie, welcher der Waffenproduktion diene, zu vernichten oder zu kontrollieren; sie stimmten auch darin überein, daß alle Reparationsentnahmen aus dem deutschen nationalen Eigentum „hauptsächlich dazu dienen sollten, das deutsche Kriegspotential zu vernichten“<sup>133</sup>. Dies klang sehr anders als die Morgenthau-Pläne. JCS 1067 wurde neu entworfen und nach weiteren Besprechungen in seiner endgültigen Fassung endlich am 14. Mai Eisenhower übermittelt. Entmilitarisierung, industrielle Abrüstung, Reparationen, Entnazifizierung, dies alles blieb natürlich; aber das Dokument besagte auch, daß Wirtschaftskontrollen bezwecken sollten, die Produktion und die Instandhaltung von Wirtschaftswerten zu sichern, die zur Verhütung von Hunger und Seuche erforderlich wären. Über Einfuhren sagte die Denkschrift kurz und recht vage, daß sie „streng begrenzt“ werden sollten<sup>134</sup>. Beide Bestimmungen konnten positiv ausgelegt werden. Tatsächlich hatte sich die politische Linie seit September gründlich geändert. Als die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 zusammentraf, waren die Alliierten noch mehr von den Morgenthau-Vorschlägen abgerückt. Das Protokoll der Konferenz sprach von der Notwendigkeit, das deutsche Kriegspotential zu eliminieren, die Industrie zu dezentralisieren und die Produktion zu kontrollieren und zu begrenzen. Es wurde aber auch erklärt, daß Deutschland selbst nach der Zahlung von Reparationen in der Lage sein müßte, ohne auswärtige Hilfe zu existieren<sup>135</sup>.

<sup>132</sup> Yalta Papers, S. 140.

<sup>133</sup> Vgl. Yalta Communiqué (Yalta Papers, S. 968 ff. Dieses Communiqué wurde als Department of State Press Release 239 am 24. 3. 1947 veröffentlicht). Vgl. auch das Yalta-Protokoll, Yalta Papers, S. 975 ff. London: Cmd. 7088, 1947. In den vorherigen Diskussionen sprach nicht einmal Maisky (und die Russen nahmen zu dieser Zeit die radikalste Stellung in Reparationsfragen ein) davon, Deutschland in einen Agrarstaat zu verwandeln; Yalta Papers, S. 702 f., 707, 808 f.

<sup>134</sup> Der Text von JCS 1067 wurde am 17. 10. 1945 bekannt gegeben und ist im State Department Bulletin Bd. XIII (1945), S. 596–607 zu finden; Hajo Holborn, *American Military Government, Its Organization and Policies*, Washington 1947, Anhang VIII, S. 157–172; *The Axis in Defeat*, State Department, Washington 1946, S. 40–59. Auszüge dieses Dokumentes stehen in B. Ruhn v. Oppen, *Documents on Germany under Occupation 1945–1954*, Oxford 1955, S. 13–27. Die Klausel über begrenzte Einfuhren ist in JCS 1067 Absatz 21 zu finden. Vgl. auch Feis, *Between War and Peace*, S. 56, Anm. 6.

<sup>135</sup> Protocol of the Proceedings of the Berlin Conference, *Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Potsdam Conference*, Bd. II, Dokument 1383, S. 1478 ff.; State Department Press Release 238 vom 24. 3. 1947; London, Cmd. 7087, 1947; besonders Abschnitt II, Absatz 19.

Sogar die Teilung Deutschlands war in Vorschläge zur politischen Dezentralisierung abgemildert worden<sup>136</sup>. Das Dokument JCS 1779, am 11. Juli herausgegeben, wiederholte die mildere Linie. Der amerikanische Oberbefehlshaber wurde wie folgt beauftragt: „Sie werden weiterhin die Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen in Deutschland fördern.“<sup>137</sup>

Morgenthau Bemühungen waren auch außerhalb Washingtons nicht erfolgreicher. Im November übte er z. B. scharfe Kritik an britischen Vorschlägen zur Kontrolle Deutschlands<sup>138</sup>. In Besatzungsfragen warf er den Engländern unter anderem vor, sie ließen sich in der Bequemlichkeit ihrer Verwaltung nicht durch Fragen höheren Prinzips stören. Obgleich Churchill von Morgenthau Vorstellungen beeindruckt war, wurde der Finanzminister kurz abgefertigt. Das Foreign Office und das Londoner Kriegsministerium erklärten, seine Kritik sei unbegründet und unverschämte, und die ganze Sache gehe auf jeden Fall den amerikanischen Finanzminister nichts an<sup>139</sup>.

Eine andere Frage ist, ob die Morgenthau-Vorschläge die Deutschen zu einer letzten verzweifelten Verteidigung angespornt haben. Es trifft zu, daß die Vorschläge ein Geschenk für Goebbels waren. Die Tatsache, daß Morgenthau ein Jude war, ließ sich besonders gut verwerten<sup>140</sup>. Im Oktober ergoß sich eine Flut von Rundfunksendungen über Deutschland, die darauf hinwiesen, daß die Kapitulation eine Verwirklichung des Morgenthau-Plans bedeuten würde<sup>141</sup>. Hitler selbst stellte in seiner Rundfunkansprache zum neuen Jahre für den Fall eines alliierten Sieges ein völliges Auseinanderreißen des Deutschen Reiches, den Abtransport von 15–20 Millionen Deutschen ins Ausland, die Versklavung des Volkes, den Verfall der deutschen Jugend, namentlich aber ein Verhungern der Massen in Aussicht<sup>142</sup>.

Aber keines dieser Zeugnisse beweist, daß, wenn der Morgenthau-Plan nie veröffentlicht worden wäre, Deutschland früher kapituliert hätte. Goebbels hatte schon seit Monaten und Jahren ein düsteres Bild von dem Schicksal gemalt, das den Deutschen beschieden sein würde, wenn der Krieg verlorengehe. Die bedingungslose Kapitulationserklärung von Casablanca, Anfang 1943, wurde als Beweis der alliierten Absicht, Deutschland völlig zu zerstören, aufgenommen<sup>143</sup>.

Es war jedoch schon lange vor Morgenthau klar, daß für Hitler keine Kapitula-

<sup>136</sup> Potsdam Protokoll, Abschnitt II, Absatz 9.

<sup>137</sup> Germany 1947–1949, The Story in Documents, Washington 1950, S. 35 ff.

<sup>138</sup> Yalta Papers, S. 163–165.

<sup>139</sup> Woodward, a. a. O., S. 474.

<sup>140</sup> Der Berliner Funk erklärte: „Der Jude Morgenthau singt das gleiche Lied wie die Juden im Kreml,“ zitiert von A. Bullock in Hitler, A Study in Tyranny, London 1952, S. 693 f. „Morgenthau übertrifft Clemenceau“, sagt der Völkische Beobachter, „40 Millionen Deutsche zu viel!“, „Roosevelt und Churchill stimmen in Quebec mit dem jüdischen Mordplan überein“, Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe Nr. 268 vom 28. 9. 1944.

<sup>141</sup> Byrnes, a. a. O., S. 181.

<sup>142</sup> Völkischer Beobachter, Münchner Ausgabe vom 2. 1. 1945; auch Goebbels in: Das Reich, vom 21. 10. 1944.

<sup>143</sup> Vgl. A. Armstrong, Unconditional Surrender, S. 160; auch F. Federan, Die Deutschlandpolitik des Auslandes in den Jahren 1933–1945, in: Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 1119.

tion in Frage kam. Nach der Invasion im Westen am 17. Juni 1944 schlugen ihm die Feldmarschälle v. Rundstedt und Rommel taktvoll die Möglichkeit eines Waffenstillstandes vor. Hitler war wütend<sup>144</sup>. Am 31. August wiederholte er seine Absicht einigen seiner Generale gegenüber. „Unter allen Umständen werden wir diesen Kampf weiterführen, bis, wie Friedrich der Große sagte, einer unserer verdamnten Feinde zu müde ist weiterzukämpfen.“<sup>145</sup> Am 17. September, bevor die Nachricht über den Morgenthau-Plan bekannt wurde, betonte Hitler noch einmal, daß der Krieg eine Sache von Leben oder Tod sei<sup>146</sup>. Er brauchte den Morgenthau-Plan nicht, um seine Entschlossenheit zu festigen. Auch in der Ansprache vom 28. Dezember, die sich in ähnlichen Wendungen erging, wurde Morgenthau nicht erwähnt. Hitler fügte hinzu, daß er selber die Bedeutung des Wortes „Kapitulation“ nicht kenne<sup>147</sup>. Detailfragen wie der Morgenthau-Plan erschienen fast belanglos neben der friderizianischen Parallele und den wagnerischen Träumen, in denen Hitlers Geist jetzt Zuflucht suchte.

Es gibt auch keine überzeugenden Beweise dafür, daß Hitler seinen Einfluß auf das deutsche Volk im Herbst 1944 eingebüßt hätte. Im Gegenteil, im Laufe des Sommers neigten die Truppen, besonders die Soldaten der Ostfront, die durch russische Vorstöße zurückgedrängt wurden, dazu, in der Führung Hitlers ihre einzige Hoffnung zu sehen<sup>148</sup>. Nach dem Fehlschlag des 20. Juli verschwand die letzte Möglichkeit eines erfolgreichen internen Aufstandes gegen Hitler. Der Terror wurde so verstärkt, daß ein Witz den Tod bringen konnte<sup>149</sup>. Wenn die Deutschen im Herbst 1944 Angst vor dem Westen hatten, so wurde diese Angst durch die alliierte Luftoffensive verstärkt<sup>150</sup>. Es war nicht nötig, Morgenthau zu Hilfe zu rufen, um sie zum Weiterkampf anzuspornen; es gab auch niemanden, der Hitler daran hindern konnte, bis zum bitteren Ende zu kämpfen.

<sup>144</sup> Desmond Young, *Rommel, the Desert Fox*, New York 1951, S. 182f.; Hans Speidel, *Invasion 1944*, Tübingen 1949, S. 114ff.

<sup>145</sup> P. E. Schramm (Hrsg.), *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab)*, Bd. IV, 1. 1. 1944–22. 5. 1945, Frankfurt a. Main 1961, S. 63; für einen kurzen Bericht über Hitlers konsequentes Beharren, den Krieg so lange wie möglich zu führen, vgl. Schramms Einleitung zu diesem Band, Abschnitt III, Unter-Abschnitt 4. Eine englische Version dieses Dokuments findet sich in Felix Gilbert (Hrsg.), *Hitler Directs his War, The Secret Records of his daily Military Conferences*, Oxford 1950, S. 106.

<sup>146</sup> H. Heiber (Hrsg.), *Hitlers Lagebesprechungen, die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945*, Stuttgart 1962, S. 665.

<sup>147</sup> Heiber, a. a. O., S. 738ff.

<sup>148</sup> Görnitz, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2, S. 454.

<sup>149</sup> Dahms, a. a. O., S. 501.

<sup>150</sup> Kurt von Tippelskirch, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bonn 1954, S. 361; Dahms, a. a. O., S. 500. Hitler warnte in seiner Ansprache vom 28. 12. 1944, die Alliierten hofften, weitere 6–7 Millionen Deutsche durch Luftangriffe vor Kriegsende umzubringen; Heiber, a. a. O., S. 739f. Die Behörden der Bundesrepublik haben kalkuliert, daß etwa 593 000 Menschen in alliierten Luftangriffen während des Krieges umgekommen und 403 000 Wohnungen zerstört worden sind. Von diesen Wohnungen sollen 175 000 in den letzten 7 Monaten, also der grausamsten Periode der strategischen Luftoffensive, zerstört worden sein; *The Times*, 6. 4. 1962.

Es bleibt die Frage, wie weit Spuren des Morgenthau-Planes bei der Militärregierung zu finden sind. Es ist wahr, daß viele Amerikaner, lange nach der Ablehnung des Morgenthau-Planes, den Wert der Deutschlandpolitik nach ihrer Strenge beurteilten<sup>151</sup>. Amerikanische Truppen auf dem Weg nach Deutschland bekamen gedruckte Anweisungen, wie sie sich zu benehmen hatten. Einer dieser Ratschläge lautete: „Mach niemals Platz. Jede Gefälligkeit wird vom Deutschen als ihm zustehend angesehen, und er wird anschließend das Doppelte verlangen. Er denkt, daß ‚Fair Play‘ Feigheit ist. Die einzige Möglichkeit, mit den Deutschen umzugehen, ist, sie zu zwingen, Respekt vor Dir zu haben und sie die Hand des Gebieters fühlen zu lassen.“<sup>152</sup> Militärregierungen sind im Prinzip undemokratisch. Es überrascht nicht, daß nach Eisenhowers Worten die Amerikaner als Sieger nach Deutschland kamen, nicht als Befreier. Zu erwähnen ist dabei immerhin, daß viele der Zivil- und Militärbeamten, die Verwaltungsposten in der amerikanischen Zone übernahmen, ehemalige Angestellte des Finanzministeriums waren. Als die Politik der Vereinigten Staaten anfang milder zu werden, „... waren diese Beamten ein Gegengewicht gegen diejenigen, die entweder aus Angst vor der Sowjetunion oder aus anderen Gründen Deutschland wiederaufbauen wollten“<sup>153</sup>. Wir wissen auch, daß „Besatzungsbeamte in den ersten Jahren als Anti- oder Pro-Morgenthau“ klassifiziert wurden<sup>154</sup>. Aber die Tatsache, daß diese ehemaligen Finanzbeamten ihre Ansichten nicht nur nicht immer, sondern nur selten in die Praxis umsetzen konnten, ist mindestens genauso wichtig wie die Tatsache, daß sie überhaupt in Deutschland dienten. Es ist ebenfalls klar, daß Menschen nicht immer in ihren Ansichten konsequent sind. John McCloy, obwohl selbst kein Finanzbeamter, mag als ein Beispiel angeführt werden: er war der Verfasser des ersten und strengsten Entwurfes des JCS 1067, diente aber später als ein völlig „anti-Morgenthau“ gesinnter Hochkommissar in Deutschland.

Viel wichtiger als diese Einstellungen des Besatzungspersonals ist die Tatsache der mit Beginn der Besetzung einsetzenden Erkenntnis, daß überstrenge Maßnahmen einfach unzumutbar waren. Die Ideen Morgenthaus entsprachen der Lage des besiegten Deutschlands nicht<sup>155</sup>. Sehr bald erkannte man die Gefahr, die ein völliger Zusammenbruch selbst des elementarsten Wirtschaftslebens im kriegszerstörten Westdeutschland bedeutete<sup>156</sup>. Die Deutschen ihrerseits unterstrichen den Widerspruch zwischen alliierten Erklärungen, wie z. B. der Atlantik-Charta,

<sup>151</sup> John H. Hilldring, *What is our Purpose in Germany?* in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Bd. 255 (Jan. 1948), S. 77 ff.

<sup>152</sup> Carl J. Friedrich and Associates, a. a. O., S. 233. Dieser Text kam indessen nicht vom Finanzministerium. Es scheint nicht einmal davon gewußt zu haben. Der Verfasser war Emil Ludwig, der deutsche Schriftsteller, der nach Amerika ausgewandert war.

<sup>153</sup> Drew Middleton, *Struggle for Germany*, London 1950, S. 57.

<sup>154</sup> Middleton, a. a. O., S. 29.

<sup>155</sup> B. U. Ratchford and W. D. Ross, *Berlin Reparations Assignment, Round one of the German Peace Settlement*, Chapel Hill 1947, S. 34.

<sup>156</sup> Lucius Clay, *Decision in Germany*, London 1950, S. 18 f.

und der alliierten Praxis<sup>157</sup>. Der Begriff „Morgenthau“ wurde zu einer polemischen Waffe gegen alle einschneidenden Maßnahmen<sup>158</sup>. Wie erheblich war noch dazu der Unterschied zwischen dem, was in den Büros der Kontrollkommission und im Armeehauptquartier beschlossen, und dem, was an Ort und Stelle ausgeführt wurde, wo die Offiziere der Militärregierung, ohnehin zum größten Teil auf die Dienste ihres deutschen Personals angewiesen<sup>159</sup>, natürlich viel mehr mit der Wiederherstellung der Kanalisation und der Beseitigung von Trümmern beschäftigt waren als mit hoher Politik! „Was ist unser Plan in Deutschland?“, fragte man einen Offizier in Bayern. „Mensch, ich hab' keine Ahnung. Vielleicht können die hohen Tiere in Frankfurt das beantworten. Die beladen mich dauernd mit Papier. Wie soll ich das alles lesen, wenn ich 'zig verschiedene Dinge tun muß, um dieses Loch wieder auf die Beine zu kriegen.“<sup>160</sup> Die Befehlswege waren oft unklar, und es gab viel ärgerlichen passiven Widerstand gegen die Befehle höherer Instanzen. „In der Militärregierung wird eine Anweisung meistens nur als guter Rat behandelt“, und die Einheiten dieser Militärregierung neigten dazu, „alle Mitglieder höherer Behörden als Unruhestifter anzusehen“<sup>161</sup>.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Anziehungskraft der Morgenthauschen Ideen im Herbst 1944 darin lag, daß sie einen Teil der öffentlichen Meinung zu vertreten schienen. Morgenthau bestand eindeutig darauf, daß bestimmte Möglichkeiten des deutschen Lebens beseitigt oder doch umgestellt werden sollten, und er tat es in einer Art und Weise, die zum Teil den öffentlichen Leidenschaften folgte. Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß den Deutschen schwerwiegende Kontroll-, Einschränkungs- und Reparationsmaßnahmen auch dann aufgezwungen worden wären, wenn es die Morgenthau-Vorschläge nie gegeben hätte.

Auf der anderen Seite spiegelt Morgenthaus Einstellung eine der grundsätzlichen Schwächen der westlichen Deutschlandplanung wider: den Mangel an positiven

<sup>157</sup> Die Atlantik Charta, so fand Alfred Grosser, wird „überall in der Welt übersehen außer in Deutschland, wo sie dauernd zitiert wird, um zu zeigen, daß die Politik und das Benehmen der Alliierten Deutschland gegenüber ein Verrat ihrer Prinzipien sind“; *L'Allemagne et l'Occident 1945–1952*, Paris 1952, S. 35.

<sup>158</sup> Paul Weymar, Adenauer, London 1957, S. 223f. Über deutschen Widerstand gegen Demontage und Reparationen vgl. Michael Balfour and John Mair, *Four-Power Control in Germany and Austria 1945–1946*, London 1956, S. 168f. Zumindest in Marburg ermutigte man die Deutschen, zu glauben, daß die Sympathien der einzelnen Amerikaner bei denen seien, die sich der Politik der Militärregierung widersetzen. Vgl. eine Studie über die amerikanische Besatzung in der Praxis, John Gimbel, *A German Community under American Occupation*, Marburg 1945–1952, Stanford 1961, S. 203.

<sup>159</sup> Aus drei wichtigen Gründen: weil nur wenige Amerikaner da waren, weil diese Amerikaner die Zustände in Deutschland nicht gut verstanden (wenige von ihnen sprachen deutsch) und weil der schnelle Personalwechsel Konsequenz und Gründlichkeit unmöglich machte. Vgl. Gimbel, a. a. O., S. 7f., 38–43, 204. Dasselbe galt für den größten Teil der Militärregierung.

<sup>160</sup> Middleton, a. a. O., S. 33f.

<sup>161</sup> Office of Military Government for Regierungsbezirk Oberfranken und Mittelfranken, *Intelligence Report of 28. 5. 1946*, von Gimbel, a. a. O., S. 135, zitiert.

Vorschlägen. Morgenthau und die Amerikaner und Engländer im allgemeinen wußten, welche Art von Entwicklung sie in Deutschland nicht wünschten. Sie wußten aber nicht, was sie fördern sollten mit Ausnahme von allgemein gehaltenen Konzepten wie „Demokratie“. Als die Amerikaner nach Deutschland kamen, schienen sie zu glauben, daß eine Demokratie automatisch entstehen müßte, wenn man künstliche Hindernisse aus dem Weg geräumt hätte. Sie zogen es daher oft vor, im Streit zwischen verschiedenen deutschen Gruppen um die alliierte Gunst, und daher um die Macht, neutral zu bleiben, anstatt einen aktiven Anteil an der Förderung der einen oder der anderen Seite zu nehmen. Jede Verwaltung ist aber von Natur aus mehr damit beschäftigt, gewisse Dinge durchzusetzen, als bloß negativ zu handeln. Als dies den Verwaltungsbeamten an Ort und Stelle klarer wurde, schienen Morgenthaus Ideen noch weniger anwendbar.

Das Quebec-Memorandum hatte immerhin eine sofortige Wirkung von gewisser Bedeutung. Der Präsident stimmte in Quebec zu, daß Großbritannien die Nordwestzone Deutschlands erhalten sollte, anstatt der Südwestzone. Er entschied sich dafür aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt, weil die Engländer es sein sollten, die den Morgenthau-Plan im Ruhrgebiet ausführten<sup>162</sup>. Abgesehen davon entstammten die zwei wichtigsten Konsequenzen nicht so sehr den Plänen selbst als ihrer Ablehnung. Erstens führte die Reaktion des Präsidenten zu einer Unterbrechung jeder Deutschlandplanung auf mehrere Monate, und zwar in einer entscheidenden Periode. Sowohl die amerikanische als auch die englische Regierung mußte sich auf unilaterale Anweisungen an ihre eigenen militärischen Kommandeure beschränken<sup>163</sup>. Das Ergebnis war in jeder Hinsicht bedauerlich. Zweitens stellten die Morgenthau-Vorschläge sozusagen den radikalen linken Flügel der Deutschlandplanung dar. Hier lag eine Art Grenze, die niemand überquerte und der sich nur wenige näherten. Die Art der Morgenthauschen Formulierungen machte es vielen Leuten klar, wohin uneingeschränkte Härte führen konnte. Als man im besiegten Deutschland an die Arbeit gehen mußte und besonders als die praktischen Wirtschaftler sich geltend zu machen begannen, stellte es sich geradezu heraus, daß das tatsächliche Resultat des „Morgenthau-Plans“ geringere Strenge und nicht größere Härte war.

<sup>162</sup> Yalta Papers, S. 137.

<sup>163</sup> Das Foreign Office in London machte sich darüber Sorgen, daß eine Krise mit den Russen herbeigeführt werden könne, wenn die Deutschlandplanung ohne ein vorheriges interalliiertes Übereinkommen zu weit geführt würde; Woodward, a. a. O., S. LI.

RUTH KÖRNER

## DER WESTNEUGUINEA-KONFLIKT

Der Konflikt um Westneuguinea (Irian Barat) war die letzte Phase im Machtkampf des indonesischen Präsidenten Sukarno mit der niederländischen Regierung – nicht ursprünglich gegeben, sondern im Zuge dieses Kampfes entwickelt, mit jedem Erfolg der indonesisch-nationalen Revolution verschärft, nach jeder Vereinbarung zwischen den Niederlanden und ihrer einstigen Kolonie mehr in den Vordergrund getreten und schließlich durch die Weltlage zu einem internationalen Faktor geworden<sup>1</sup>.

Indonesien hatte an seinem Anspruch auf alle Gebiete des früheren Niederländisch-Ostindien von Anbeginn keinen Zweifel gelassen. Das erste jener fünf Postulate der indonesischen Politik, die Sukarno noch vor der Unabhängigkeitserklärung Indonesiens am 17. August 1945 verkündete, war die „Errichtung des nationalen Einheitsstaates auf dem ganzen indonesischen Territorium, von der Spitze Sumatras bis zur Grenze Irians“<sup>2</sup>. Artikel 1 der vom Freiheitskomitee am Tage nach der Unabhängigkeitsproklamation bestätigten Verfassung hieß: „Der indonesische Staat ist ein Einheitsstaat in Form einer Republik.“ Seine verwaltungstechnische Gliederung in acht Provinzen umfaßte das ganze niederländisch-indische Kolonialreich<sup>3</sup>.

Die Niederlande, die gegen Kriegsschluß mit einer Wiederherstellung ihres südostasiatischen Imperiums<sup>4</sup>, wenn auch auf neuen Grundlagen, gerechnet hatten, dachten bei dem unter britischem Druck mit der Republik Indonesien aufgenommenen Kontakt ebenfalls nicht daran, daß der von ihnen vorgesehene indonesische Staatenbund<sup>5</sup> andere Grenzen als jene Niederländisch-Ostindiens haben könnte. In

<sup>1</sup> Der amerikanische Historiker George McTurnan Kahin betont im Vorwort zu R. C. Bone, *The Dynamics of the Western New Guinea (West Irian) Problem*, Ithaca, N.Y. 1958, die erstaunliche Tatsache, daß dieser Konflikt trotz seiner außerordentlichen Bedeutung selbst in wissenschaftlichen Kreisen so wenig beachtet wird.

<sup>2</sup> Vgl. Russell H. Fifield, *The Diplomacy of South East Asia 1945–1958*, New York 1958. Sukarno stützte sich dabei auf die Resolution des Indonesischen Völkerkongresses vom Dezember 1939, wo Vertreter von neunzig politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen die Bildung eines einheitlichen und ungeteilten Indonesien forderten.

<sup>3</sup> Siebente Provinz waren die Molukken und Westneuguinea, die, außer von 1919 bis 1928, eine Verwaltungseinheit gebildet hatten und von 1938 bis zur japanischen Besetzung Indonesiens mit den anderen östlich von Java-Madura und Sumatra gelegenen Teilen des niederländischen Kolonialreichs zum Großen Osten zusammengefaßt waren. Faktischer Herrschaftsbereich der Republik war zunächst nur Java-Madura, dem sich im Dezember 1945 Sumatra anschloß.

<sup>4</sup> Gestützt auf eine Zusage Churchills (vgl. Djajadiningrat, *The Beginnings of Indonesian-Dutch Negotiations*, Ithaca, N.Y. 1958) und einen Vertrag mit den USA über die künftige Zusammenarbeit der amerikanischen Militärverwaltung und niederländischen Zivilverwaltung. Bereits im Oktober 1944 wurde eine in Brisbane (Australien) amtierende niederländisch-indische Exilregierung unter dem designierten Generalgouverneur van Mook gebildet.

<sup>5</sup> Föderative Pläne für Niederländisch-Indien reichen bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück, wurden gegen Ende der Zwanzigerjahre vom früheren Premierminister Hendrik

der Erklärung van Mooks vom 5. November 1945 und den niederländischen Vorschlägen vom 10. Februar 1946 wurde das „im Rahmen des Königreichs der Niederlande“ zu bildende Indonesien als territoriale Einheit betrachtet, und gegen die vom republikanischen Premierminister Sutan Sjahrir im Zuge der Verhandlungen gebrauchte Formulierung vom „indonesischen föderativen freien Staat, der alle Teile Niederländisch-Indiens einschließt“<sup>6</sup>, wurde kein niederländischer Einwand bekannt. Auf der Malino-Konferenz wurde die territoriale Einheit Indonesiens erneut bekräftigt<sup>7</sup>. Das Linggadjadi-Abkommen, das die niederländischen Militäraktionen gegen die Republik Indonesien beendete und die republikanische Regierung sowohl als Träger der faktischen Autorität auf Java, Madura und Sumatra wie als Vertreter aller indonesischen Landesteile bei künftigen Verhandlungen mit den Niederlanden anerkannte<sup>8</sup>, bestätigte in Artikel 3, daß „Die Vereinigten Staaten von Indonesien . . . das gesamte Gebiet Niederländisch-Indien umfassen“ werden.

Es geschah ohne Zutun der Niederlande, daß die Idee eines Sonderstatus für Westneuguinea auftauchte, und sie entwickelte sich zunächst unabhängig von politischen Überlegungen. Auf der noch vor der Paraphierung des Linggadjadi-Abkommens abgehaltenen zweiten großen Konferenz zur Vorbereitung des Bundesstaates, der Minderheitenkonferenz von Pangkalpinang<sup>9</sup>, hatten die eurasischen Delegierten mit unerwarteter Vehemenz Heimstätten auf der Inselhälfte gefordert und die Annahme einer Resolution erreicht, derzufolge das Territorium für die unbeschränkte Einwanderung von Niederländern und Eurasiern (Mischlingen zwischen Europäern und Asiaten) geöffnet werden und innerhalb der indonesischen Föderation eine Sonderstellung einnehmen sollte. In der Erläuterung des Ling-

Coljin erfolglos aufgegriffen, von Königin Wilhelmine in einer Botschaft aus dem Exil Ende 1942 und in ihrer Thronrede am 25. Juli 1946 erneut vertreten. Die Niederlande waren es jedoch selbst, die aus verschiedenen lokalen Verwaltungseinheiten das im Verwaltungsreformgesetz von 1922 und der Verfassungsänderung von 1935 verankerte einheitliche indonesische Staatsgebilde geschaffen hatten.

<sup>6</sup> Vgl. A. A. Schiller, *The Formation of Federal Indonesia 1945–1949*, Den Haag 1955, S. 20.

<sup>7</sup> Nach dem Scheitern der weiteren Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Republik Indonesien berief Generalgouverneur van Mook im Juli 1946 Delegierte der außerrepublikanischen indonesischen Landesteile zu Beratungen über die künftige politische Organisation Niederländisch-Indiens nach Malino (Celebes). Auf dieser Konferenz war formell auch Westneuguinea vertreten, das durch die Aufhebung der alliierten Militärverwaltung am 15. Juli wieder eine eigene Residentschaft geworden war. Der in Malino einstimmig gefaßte, entscheidende Beschluß besagte, Niederländisch-Indien solle eine Föderation unter dem Namen „Vereinigte Staaten von Indonesien“ sein, die „das ganze Indonesien . . . umfaßt . . . und aus vier Teilen, nämlich Java, Sumatra, Borneo und dem Großen Osten besteht“.

<sup>8</sup> Auf Grund dieses am 15. November 1946 paraphierten und am 25. März 1947 unterzeichneten Abkommens erklärte die Republik Indonesien alle Aktionen, Vereinbarungen und Gesetze zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Indonesien ohne republikanische Mitwirkung oder Zustimmung als unverbindlich für die Republik. Dies betraf auch die Absprachen über Westneuguinea bis zur Haager Round-Table-Konferenz 1949.

<sup>9</sup> Auf dieser Konferenz (1.–12. 10. 1946) war Westneuguinea auch nicht formell vertreten, da die Papuas von den Niederlanden nicht als nationale Gemeinschaft anerkannt wurden.

gadjati-Abkommens empfahlen die niederländischen Unterhändler einen eigenen Status für Westneuguinea, da die Papuas nicht in der Lage seien<sup>10</sup>, einen politischen Willen zu bekunden. Und auf der dritten Bundesstaatskonferenz in Den Pasar plädierte überraschenderweise auch Generalgouverneur van Mook für einen Sonderstatus des Territoriums<sup>11</sup>. Sein Argument, die Erschließung der riesigen Inselhälfte würde den jungen Bundesstaat Ost-Indonesien so schwer belasten, daß dessen eigene Entwicklung gefährdet wäre, war stichhaltig, aber zugleich die erste offizielle Erklärung zugunsten einer Separation Westneuguineas vom Großen Osten. Die Konferenzteilnehmer waren bestürzt. Indes interpretierten sie den Antrag van Mooks als Zwischenlösung bis zur Konsolidierung Ost-Indonesiens und beschlossen unter seinem großen persönlichen Einfluß, die Entscheidung über die Eingliederung Westneuguineas und seine Beziehungen zu Ost-Indonesien sowie dem künftigen indonesischen Bundesstaat aufzuschieben. Um jeder möglichen Mißdeutung dieses Beschlusses vorzubeugen, nahmen sie – mit 68 von 70 Stimmen – eine weitere Entschliebung an, den sogenannten Nadjamudin-Antrag, der feststellte, Westneuguinea sei eine von der Regierung des Großen Ostens verwaltete politische Einheit, territorial der bedeutendste Teil des Großen Ostens, und seine Eingliederung in Ost-Indonesien aus historischen<sup>12</sup>, politischen<sup>13</sup>, strategischen und wirtschaftlichen<sup>14</sup> Gründen nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Hierauf versicherte van Mook, die niederländische Regierung erstrebe keineswegs eine Trennung

<sup>10</sup> Nur etwa die Hälfte der auf 700 000 geschätzten Eingeborenen stand mit der niederländischen Verwaltung überhaupt in Verbindung.

<sup>11</sup> Die Den Pasar-Konferenz tagte vom 7.–24. 12. 1946 unter Ausschluß der Republik Indonesien und Westneuguineas, um die in Malino grundsätzlich beschlossene politische Umgestaltung Süd-Borneos und insbesondere des Großen Ostens zu Bundesstaaten durchzuführen. Überraschend war die Haltung van Mooks bezüglich Westneuguineas insofern, als er den in den Niederlanden begrüßten und selbst im niederländischen Parlament erörterten eurasischen Vorstoß sehr zurückhaltend aufgenommen hatte. – Von der eurasischen Forderung war später nicht mehr die Rede.

<sup>12</sup> Bereits zur Zeit des Madjapahit-Empire zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert gehörte, laut Überlieferung, Westneuguinea zum heutigen Indonesien. 1660 hatte die Niederländisch-Ostindische Handelsgesellschaft dem Sultan von Tidore in einem Vertrag die „papuanischen Inseln im allgemeinen“ zugeteilt. Dieser Besitz wurde dem Sultanat nach Auflösung der Handelsgesellschaft in den Verträgen mit der Krone bestätigt. 1861, 1872 und 1909 behielt die Krone sich allerdings das Recht vor, die Verwaltung des Sultanats oder eines seiner Teilgebiete zu übernehmen, wenn dies erwünscht oder erforderlich wäre. Im niederländischen Statistischen Taschenbuch für 1941 war Westneuguinea als Gebietsteil der Molukken angeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gaben die Niederlande dem Sultanat Tidore eine neue, vorbehaltlose Bestätigung seiner Herrschaft über Westneuguinea (vgl. Bone, a. a. O.).

<sup>13</sup> Im niederländischen Regentenbericht für 1947 meldete die politische Abteilung Revolten der von Javanern geführten Unabhängigkeitsbewegung in Westneuguinea. Dem Sekretariat der Niederländisch-Indonesischen Union zufolge wurden die politischen Unruhen in Westneuguinea, die Ende 1945 begonnen hatten, von der niederländischen Verwaltung so wirksam unterdrückt, daß sich ein Teil der über tausend Verhafteten noch 1950 in den Gefängnissen von Hollandia befand (vgl. Bone, a. a. O.).

<sup>14</sup> Der wirtschaftliche Wert Westneuguineas ist umstritten. Im Glauben an ungeheure Bodenschätze wurden in den Dreißigerjahren geologische Untersuchungen durchgeführt, die

Westneuguineas von Indonesien, sondern lediglich eine gründliche Prüfung der Form seines Einschlusses in den Bundesstaat; ihre Absicht sei, Westneuguinea innerhalb der Vereinigten Staaten von Indonesien zu erhalten<sup>15</sup>. Wenige Wochen nach der Den Pasar-Konferenz beteiligten sich die Niederlande jedoch an der Gründung der South Pacific Commission<sup>16</sup> zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Förderung aller nicht-autonomen Gebiete südlich des Äquators „von und einschließlich Niederländisch-Neuguineas im Westen“ bis zu den Pitcairn-Inseln im Osten. Damit war Westneuguinea de facto aus der künftigen indonesischen Staatengemeinschaft bereits ausgegliedert und sein noch unentschiedener politischer Status zugunsten der Niederlande präjudiziert.

Im Renville Agreement nach der ersten niederländischen sogenannten „Polizeiaktion“<sup>17</sup>, aus der Sukarno trotz schwerer Rückschläge als Sieger hervorging – die Niederlande hatten weder das republikanische Regime beseitigen noch die Republik durch Staaten Gründungen territorial verkleinern können<sup>18</sup> –, war Westneuguinea nicht erwähnt. Die Frage seines künftigen Status gehörte damals auch tatsächlich zum Interessenbereich der Föderalisten<sup>19</sup>, die seinen Einfluß in die Vereinigten

negativ verliefen. Neuerdings wird von bedeutenden Nickel-, Uran- und Kobaltvorkommen gesprochen. Unermeßlich reich ist Westneuguinea jedenfalls an Holz, die Regenwälder bedecken etwa 333 000 km<sup>2</sup> der insgesamt 416 000 km<sup>2</sup> des Territoriums. Wirtschaftliche Interessen waren für den indonesischen Anspruch jedoch nie bestimmend.

<sup>15</sup> Aus dem Tagungsprotokoll (siehe Bone, a. a. O., S. 36 f.). Ob Generalgouverneur van Mook im Auftrag seiner Regierung sprach, mit ihrem Einverständnis, aus persönlicher Überzeugung oder dem Wunsch, die Entwicklung zu lenken, ist unbeweisbar. Bone vermutet, in Den Pasar habe van Mook kein anderes Motiv als Sorge um die Zukunft Ost-Indonesiens gehabt. Im niederländischen Kabinett muß z. Z. der Den Pasar-Konferenz die Absicht einer Zurückbehaltung Westneuguineas aber schon weitgehend bestanden haben.

<sup>16</sup> Ihre Gründung erfolgte am 6. 2. 1947 in der australischen Bundeshauptstadt Canberra. Die anderen Mitglieder sind Australien, Neuseeland, Großbritannien, Frankreich und die USA.

<sup>17</sup> Die Aktion hatte am 21. 7. 1947 mit dem Einfallen niederländischer Truppen in das republikanische Hoheitsgebiet begonnen und wurde am 30. Juli von Australien und Indien als Friedensbruch bzw. Gefährdung des Friedens im Sinne der UNO-Charta, Art. 54–37 und 59, vor den Sicherheitsrat gebracht. Der am 1. 8. angenommene Kompromißvorschlag forderte die streitenden Parteien zu sofortigem Waffenstillstand und Beilegung des Konflikts auf friedlichem Wege auf. Da die Parteien diesen Beschluß nicht respektierten, wurde auf Anregung des Sicherheitsrats die sogenannte Konsular-Kommission in Batavia gebildet und kurz darauf das UN Committee of Good Offices (GOC) eingesetzt, in dem die Republik Indonesien durch Australien, die Niederlande durch Belgien und die USA als unparteiische Macht vertreten waren (Beschlüsse des Sicherheitsrats vom 25. 8., 3. 10. und 1. 11. 1947). Dem GOC gelang es schließlich, die Niederlande und die Republik auf neutralem Boden, dem amerikanischen Kriegsschiff Renville, zusammenzuführen und am 17. und 19. Dezember 1947 zur Unterzeichnung der 12 niederländischen Artikel und sechs Zusatzartikel des GOC zu veranlassen (vgl. McTurnan Kahin, *Nationalism and Revolution in Indonesia*, Ithaca, N.Y. 1952, S. 224 ff.).

<sup>18</sup> Vgl. A. M. Taylor, *Indonesian Independence and the United Nations*, London 1960, S. 293 u. a.

<sup>19</sup> Bezeichnung für die Repräsentanten der außer-republikanischen Gebiete. Im Renville Agreement war die Republik Indonesien nur noch als „ein Staat“ innerhalb der Vereinigten Staaten von Indonesien anerkannt.

Staaten von Indonesien seit Den Pasar bei jeder Gelegenheit forderten, nicht zuletzt auf der Bandunger Konferenz der Beratenden Bundesversammlung im Juli 1948<sup>20</sup>. Das Verfassungsgesetz zur Umgestaltung des niederländischen Königreiches<sup>21</sup>, dessen Indonesienbestimmungen den Bandunger Entwürfen weitgehend folgten, nannten Westneuguinea jedoch ausdrücklich als einen jener Landesteile, für welche die Möglichkeit eines Bestehens ausserhalb der Vereinigten Staaten von Indonesien vorgesehen wurde. Diese ostentative Mißachtung ihrer Forderung empörte die Föderalisten. Einen Protest unterließen sie – die Neuguinea-Frage stand in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Verfassungsgesetzes als der staatsrechtlichen Grundlage für die Bildung der indonesischen Föderation und Garantie für die Stellung der Föderalisten in der Zentralregierung.

Im Januar 1949 dekretierte der niederländische Kron-Repräsentant die Umwandlung des südlichen, von den Niederlanden direkt verwalteten kleinen Teiles Westneuguineas in ein autonomes Gebiet<sup>22</sup>. Anders als in den anderen autonomen Gebieten lag in diesem aber die ganze Macht beim niederländischen Residenten. Die ominöse Regelung wurde kaum beachtet im Chaos der zweiten „Polizeiaktion“, die nicht mehr nur gegen Sukarno und sein Regime gerichtet war, sondern gegen die Republik per se<sup>23</sup>. Mit der Besetzung Jogjakartas und der Verhaftung aller republikanischen Führer hatte sie praktisch aufgehört zu bestehen.

Sukarno ging aus der Niederlage abermals als Sieger hervor. Die öffentliche Meinung der Welt und der Sicherheitsrat hatten sich erstmals eindeutig gegen die

<sup>20</sup> Die Beratende Bundesversammlung war aus der von drei Premierministern indonesischer Staaten einberufenen Konferenz der Staats- und Gebietsführer hervorgegangen. Sie erarbeitete die Entwürfe für den Aufbau einer Übergangsregierung, die die bestehende Interimsregierung ablösen und bis zur Wahl der endgültigen indonesischen Bundesregierung amtierend sollte. Eine Beteiligung der Republik Indonesien an der Übergangsregierung war nicht vorgesehen. Diese Entwürfe wurden Mitte August 1948 vom niederländischen Kabinett ohne Konsultation des Generalgouverneurs und der indonesischen Interimsregierung bestätigt (vgl. Taylor, a. a. O., S. 133 f.).

<sup>21</sup> Der am 3. 9. 1948 in Kraft getretenen Ergänzung der niederländischen Verfassung zufolge bestand das Königreich nunmehr aus den Niederlanden, den Vereinigten Staaten von Indonesien, Surinam (früher Guayana) und den niederländischen Antillen (früher Curaçao). Andere wichtige Bestimmungen des Verfassungsgesetzes betrafen die Bildung der Niederländisch-Indonesischen Union und die künftig zur Annahme einer das Gefüge des Königreichs betreffenden Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit des Parlaments.

<sup>22</sup> Das Dekret stützte sich auf das Grundgesetz vom Februar 1946. Westneuguinea war das letzte Gebiet im Archipel, welches diesem Gesetz gemäß in eine der „oneigenlijke landshappen“ umgewandelt wurde.

<sup>23</sup> Die niederländischen Pläne zur Bildung der Vereinigten Staaten von Indonesien unter Ausschluß der Republik hatten die niederländisch-republikanischen Beziehungen äußerst verschlechtert. Am 17. 12. 1948 stellten die Niederlande der Republik ein Ultimatum zur Auflösung bzw. Auslieferung der republikanischen Streitkräfte. Einen Tag später proklamierten sie das (allerdings niemals angewandte) Gesetz betr. die Indonesische Regierung während der Übergangsperiode, das den Bundesstaat, ohne die Republik, für unbegrenzte Zeit unter niederländischer Herrschaft beließ. Noch während der GOC-Vermittlungsverhandlungen, in der Nacht zum 19. 12., kündigten sie das Renville Agreement und begannen im Morgengrauen die Aktion.

Niederlande gewandt, die Guerillakämpfe im republikanischen Gebiet das Treueverhältnis zwischen Bevölkerung und Regierung gefestigt, die Föderalisten zeigten Neigungen zum Gesinnungswandel und schließlich hatten die Niederlande unter dem Druck der USA und der Neu-Delhi-Konferenz sich den von ihnen monatelang ignorierten Beschlüssen des Sicherheitsrates<sup>24</sup> beugen müssen.

In den Waffenstillstandsverhandlungen und gleichzeitigen Beratungen über die Einberufung einer niederländisch-indonesischen Round-Table-Konferenz wurde die politische Zukunft Westneuguineas nicht erörtert. Rum, der Beauftragte Sukarnos, mochte sie freilich bedacht haben, als er die Teilnahme der Republik an einer solchen Konferenz unter der Voraussetzung zusagte, daß sie den „bedingungslosen, tatsächlichen und vollständigen Übergang der Souveränität von den Niederlanden auf die Vereinigten Staaten von Indonesien“ beschleunigt. Van Roijen bestätigte dies als Ziel der niederländischen Regierung<sup>25</sup>. Kaum war der Waffenstillstand vereinbart, der Konferenztermin festgesetzt, erklärte jedoch die niederländische Delegation, bei den Verhandlungen am Runden Tisch in Den Haag werde Westguinea eines der wichtigsten und schwierigsten Themen sein. Darauf veranlaßte die UNCI<sup>26</sup> seine gesonderte Aufnahme in die Tagesordnung. Van Roijens Antwort, dies ändere nichts an dem niederländischen Anspruch auf Zurückbehaltung der Inselhälfte, war die erste offizielle Enthüllung der niederländischen Westneuguinea-Politik. Die gleichlautende Forderung von Rum und Hamid<sup>27</sup>, das Territorium in die Vereinigten Staaten von Indonesien einzugliedern, war die erste direkte Beteiligung der Republik an der Westneuguinea-Frage.

Um auf der Round-Table-Konferenz ihren Anspruch legal vertreten und praktisch durchsetzen zu können, brauchten die Niederlande indes eine rechtliche Grundlage und ein technisches Hilfsmittel. Beides schufen sie sich durch das Dekret vom 9. Juli, das unter Berufung auf ihren Vertrag mit Tidore im Jahre 1909 die großen westlichen und nördlichen Teile Westneuguineas vom Sultanat Tidore trennte und mit dem südlichen Teil zum sogenannten autonomen Gebiet Neuguinea vereinigte<sup>28</sup>. Das Territorium war nunmehr von den in Bildung begriffenen Vereinigten Staaten von Indonesien vollständig losgelöst.

<sup>24</sup> Debatten und Beschlüsse vom Dezember 1948, Januar und März 1949 über die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, bedingungslose Freilassung der verhafteten republikanischen Führer, Rückkehr der republikanischen Regierung nach Jogjakarta und Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in voller Freiheit, Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Republik Indonesien zur Regelung der Souveränitäts-Übertragung bis spätestens 1. Juli 1950.

<sup>25</sup> Van Roijen-Rum-Erklärungen vom 7. Mai 1949.

<sup>26</sup> Das UN Good Offices Committee (GOC) wurde vom Sicherheitsrat am 28. 1. 1949 in die UN Commission for Indonesia (UNCI) umgewandelt.

<sup>27</sup> Sultan Hamid II, Vorsitzender der Beratenden Bundesversammlung, vertrat die Föderalisten in der Endphase der niederländisch-republikanischen Verhandlungen, die am 22. 6. 1949 in Batavia abgeschlossen wurden.

<sup>28</sup> Die für die neuen Selbstverwaltungsgebilde gebrauchte Bezeichnung „autonomes Gebiet“ wurde beibehalten, um „nicht aus dem Rahmen zu fallen“. Die Macht lag beim niederländischen Residenten und die Niederlande dachten zu dieser Zeit nicht daran, den Papuas Autonomie zu gewähren (vgl. Schiller, a. a. O., S. 111f.).

Der Verlauf der Den Haager Konferenz<sup>29</sup> vernichtete die Hoffnung der UNCI, daß nach der Einigung in so heiklen Fragen wie der Übernahme der Schuldenlast, der Rolle der Niederländisch-Indonesischen Union und der Rechte der Minderheiten eine Verständigung auch über Neuguinea erzielt werden würde. Beide Seiten waren auf den Anspruch festgelegt. Beide Seiten standen unter Druck: die Föderalisten unter dem Druck der Umstände, – in diesem Punkt härter als die Republikaner – sie mußten ihre enge Zusammenarbeit mit den Niederlanden in Indonesien durch eine nationale Großtat vergessen machen, ihr Prestige und territoriales Gewicht innerhalb der künftigen Bundesregierung erhöhen; die niederländischen Delegierten unter dem Druck der meisten Koalitionsparteien, gewisser Teile der Geschäftswelt und bedeutender kirchlicher Kreise<sup>30</sup>. Beide Seiten begründeten, aus entgegengesetzten Schlüssen, ihren Anspruch mit gleichen Argumenten, nämlich ethnischen, soziologischen, religiösen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die Indonesier beriefen sich überdies auf die Transferbestimmungen des Linggadjati-Abkommens und des Renville Agreement. Beide verbürgten sich, Westneuguinea in Einklang mit der UNO-Charta zu verwalten, zu entwickeln und auf die Selbstregierung vorzubereiten.

Die Konferenz drohte zu scheitern. Der Streit um die Zukunft Westneuguineas durfte jedoch die Machtübertragung an die Vereinigten Staaten von Indonesien nicht verzögern, geschweige denn verhindern<sup>31</sup>. So wurde im letzten Augenblick der Kompromißvorschlag des australischen UNCI-Mitglieds Critchley angenommen und als Artikel 2 in den Transfer-Vertrag eingebaut: „... daß der Status quo der Residentschaft Neuguinea erhalten bleibt mit der Auflage, daß binnen eines Jahres vom Datum des Souveränitäts-Transfers auf die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien die Frage des politischen Status Neuguineas durch Verhandlungen zwischen der Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien und dem Königreich der Niederlande entschieden wird“.

Dieser Lösung hatten die Niederlande zugestimmt, weil Westneuguinea aus dem allgemeinen Transfer ausgenommen war und beide Parteien in den bevorstehenden Verhandlungen ihren Standpunkt vollkommen frei vertreten konnten. Die indonesischen Delegationen hatten sie akzeptiert, weil nur die Aufrechterhaltung des Status quo *in* Westneuguinea, nicht aber eine Fortsetzung der niederländischen Herrschaft *über* Westneuguinea vorgesehen war. In einem anschließenden, später heiß umstrittenen Briefwechsel bestätigten die Leiter der niederländischen und der beiden indonesischen Delegationen, „Status quo ... erhalten“ bedeute „durch

<sup>29</sup> Die Konferenz begann am 22. 8. 1949 unter Teilnahme der UNCI und der Delegationen der Niederlande, der indonesischen Föderalisten und der Republik Indonesien.

<sup>30</sup> Analysen der Kräfteverhältnisse und Stimmung in den Niederlanden während der verschiedenen Phasen des Westneuguinea-Konflikts enthält Bone, a. a. O.

<sup>31</sup> Um die Machtübertragung zum vorgesehenen Termin durchführen zu können, mußte die Konferenz am 2. 11. beendet sein. Die knappe Mehrheit, mit welcher das niederländische Parlament dem Souveränitäts-Transfer zustimmte, bewies die Richtigkeit des niederländischen Arguments, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht würde, wenn auch Westneuguinea den Niederlanden verlorenginge.

Weiterbestehen der Autorität der Niederlande<sup>32</sup>. Doch wie immer die Formulierung damals verstanden oder nachträglich ausgelegt wurde und was immer Föderalisten im Haag gesagt haben mochten – die Indonesier betrachteten die Ausklammerung Westneuguineas aus dem Transfer von Anbeginn als territoriale Einschränkung der indonesischen Souveränität<sup>33</sup>.

Waren die Niederlande guten Willens, ihren Teil zu einer fairen Lösung des Neuguinea-Problems binnen Jahresfrist beizutragen, so machten sie es Indonesien schwer, daran zu glauben. Kaum achtundvierzig Stunden nach dem Souveränitäts-Transfer erließen sie für Westneuguinea ein bis zum Juli rückwirkendes, seinem Wesen nach keineswegs temporäres, bis zum Ende der niederländischen Ära in Südostasien wenig modifiziertes Dekret über den territorialen Verwaltungsaufbau. Diesem Dekret zufolge unterstand Westneuguinea einem von der Krone ernannten und allein der Krone verantwortlichen Generalgouverneur, unterstützt durch einen ausschließlich aus Niederländern gebildeten Rat der Staatssekretäre, dessen Funktion eine rein konsultative war und nur ausgeübt werden sollte, wenn es dem Generalgouverneur im Interesse der Niederlande oder Westneuguineas wünschenswert schien. Dieses Dekret – eine Rückkehr zum „autokratischen Kolonialismus“ (Bone) der niederländischen Verwaltung Ostindiens vor 1918 – war ein offenkundiger Verstoß gegen Artikel 2 des Transfer-Vertrages und kein ermutigender Auftakt für die in Djakarta Ende März 1950 auf der ersten Gesandten-Konferenz der Niederländisch-Indonesischen Union geführten Westneuguinea-Verhandlungen. Das Einzige, worüber die Konferenzteilnehmer sich einigten, war die Bildung einer paritätischen Kommission, die Westneuguinea bereisen sollte, um „belangreiche Faktoren für die Lösung der Neuguinea-Frage noch in Augenschein“ zu nehmen, „damit die beschränkte Untersuchung, die mit den Problemen der Neuguinea-Frage zusammenhängt, fortgesetzt und vollendet werden kann“<sup>34</sup>, und gemeinsame Empfehlungen auszuarbeiten, auf die eine spätere Konferenz ihre Beratungen stützen konnte. Die Informationen und Eindrücke der Konferenzmitglieder auf ihrer Reise von Mitte Mai bis Anfang Juni divergierten jedoch so sehr, daß die Niederländer und Indonesier schließlich getrennte Berichte vorlegten<sup>35</sup>.

<sup>32</sup> Vor dem Politischen Ausschuß der UNO erklärten im November 1954 die Indonesier, der Transfer-Vertrag habe die „Souveränität“ auf Indonesien übertragen und in den Briefen sei lediglich von „Autorität“, d. h. vorübergehenden Verwaltungs- und Aufsichtsrechten die Rede, während der niederländische Vertreter unter Berufung auf das Protokoll der Round-Table-Konferenz erklärte, die Föderalisten hätten zugegeben, Aufrechterhaltung des Status quo bedeute das Verbleiben Westneuguineas unter niederländischer Herrschaft. Das Protokoll wurde jedoch von den Niederlanden niemals vorgelegt (vgl. Bone, a. a. O.).

<sup>33</sup> Eine Erklärung in diesem Sinne gab der indonesische UNO-Vertreter Palar vor der Vollversammlung im Dezember 1949. Palar meinte, das Problem werde binnen Jahresfrist gelöst sein, Indonesien würde jedoch zur Überwindung der zweifellos großen Schwierigkeiten die weitere Hilfe der UNCI begrüßen. Namens der Niederlande sagte van Roijen, der beiderseits vorhandene gute Wille werde sicherlich eine befriedigende, termingerechte Regelung der Neuguinea-Frage ermöglichen (vgl. Bone, a. a. O.).

<sup>34</sup> Transfer-Vertrag, Artikel 2, Punkte c und d.

<sup>35</sup> Die umfangreichen Dokumente wurden vom Sekretariat der Niederländisch-Indonesi-

Während in den zuständigen Gremien das Neuguinea-Problem seiner Lösung keinen Schritt näher kam, begannen seine internationalen Weiterungen mit der offenen Unterstützung des indonesischen Anspruchs durch Indiens Ministerpräsident Nehru<sup>36</sup> und der australischen Intervention<sup>37</sup>. Inzwischen war es aber auch durch den neuen Triumph Sukarnos über die Niederlande, die restlose Beseitigung der oktroyierten föderativen Struktur Indonesiens<sup>38</sup>, zu einer Angelegenheit der Republik und damit Sukarnos persönlich geworden, der am Unabhängigkeitstag 1950 den indonesischen Standpunkt erstmals öffentlich<sup>39</sup> präziserte: Irian Barat sei ein Teil Indonesiens; Indonesien könne nicht hinnehmen, daß einer seiner Landesteile noch von niederländischen Truppen besetzt ist; die niederländische faktische Autorität in Irian Barat sei vertraglich nur während des am 27. Dezember endenden Jahres anerkannt, um die Streitfrage friedlich lösen zu können; werde innerhalb dieses Jahres keine Lösung erzielt, so seien die Vertragspartner nicht mehr gebunden und es werde ein schwerer Konflikt entstehen; Indonesien sei zum Kampf für die Heimkehr West-Irians bereit, sein Hoheitsgebiet reiche verfassungsgemäß „von Sabang bis Merauke“.

Die eigentliche Antwort auf diese Feststellungen Sukarnos gab nicht die niederländische Regierung, sondern der australische Außenminister Spender. Im Haag, wo er mit Drees und Stikker den künftigen Status Westneuguineas erörterte<sup>40</sup>, baute er aus niederländischen Vorstellungen und australischer Einstellung für die Welt das Image des „Falles Neuguinea“ auf. Indonesien, erklärte er, habe keine

---

schen Union im August 1950 veröffentlicht. Die Niederlande beriefen sich darin erstmals auf ihre Sorgspflicht für die Papuas, auf die Verträge mit Tidore und behaupteten, sie hätten das Linggadjadi-Abkommen nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung eines Sonderstatus Westneuguineas unterzeichnet. – Der frühere Generalgouverneur van Mook erklärte hingegen in einem Schreiben vom Juli 1949, „weder in Linggadjadi noch in Den Pasar war der Ausschluß von Neuguinea zur Bedingung gemacht worden“. (Vgl. Louis Fischer, Indonesien, Berlin 1960).

<sup>36</sup> Staatsbesuch des Pandit in Indonesien, Juni 1950.

<sup>37</sup> Der australische Botschafter in Djakarta wurde im Juni 1950 zur Erörterung der Neuguinea-Frage nach Canberra zurückberufen. Anschließend erklärte Außenminister Spender, die australische Regierung erachte jede Änderung des Status Westneuguineas ohne Berücksichtigung der australischen Interessen als unerwünscht.

<sup>38</sup> Nach dem Abschluß der Verhandlungen zwischen der republikanischen Regierung und den Staats- und Gebietsdelegierten im Mai 1950 wurde der Name „Republik Indonesien“ für das ganze Reich akzeptiert, Sukarno als Staatsoberhaupt bestätigt und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das gesamte Territorium des früheren Niederländisch-Indien begonnen.

<sup>39</sup> Bone, a. a. O., S. 86, bezeichnet dies als „first public statement of the Indonesian assertion that sovereignty *de jure* was transferred at the time of the Round Table Conference“ und daß Artikel 2 des Abkommens die faktische Autorität der Niederlande in Westneuguinea nur bis zum 27. Dezember 1950 bestätigt.

<sup>40</sup> Auf diesem Umweg erreichte Australien seine Einschaltung in die bevorstehende, den Auftrag des Transfer-Vertrages, Art. 2, erfüllende niederländisch-indonesische Westneuguinea-Konferenz. – Während der Konferenz bot Australien den Niederlanden finanzielle Hilfe zur Erschließung Westneuguineas und Zusammenarbeit auf der Insel an (vgl. L. Metzmaekers, The Western New Guinea Problem, in: Pacific Affairs, Juni 1951.)

gültigen Bindungen mit der westlichen Inselhälfte, die vielmehr mit der östlichen eine rassische, soziologische und kulturelle Einheit bilde. Geographisch sei diese Einheit Neuguinea, wenn überhaupt zuteilbar, zur austral-kontinentalen Gruppe gehörig. Strategisch wichtig sei sie nicht für Indonesien sondern für Australien. Die Übertragung Westneuguineas von den Niederlanden auf Indonesien würde die Papuas nur einer anderen Fremdherrschaft unterstellen, statt der Führung ihrer eigenen Repräsentanten, die zu bestimmen sie durch die Niederlande in langer geduldiger Schulungsarbeit vorbereitet werden. Habe Indonesien einmal den westlichen Teil der Insel erhalten, so werde es zwangsläufig über kurz oder lang auch den östlichen annektieren wollen, und im Gefolge Indonesiens werde der Kommunismus einziehen. Was aber die politische Begründung des indonesischen Anspruchs auf Westneuguinea betrifft, so sei sie „sinnlos, wertlos und gänzlich irrelevant“<sup>41</sup>.

Der politische Anspruch Indonesiens auf Westneuguinea beruhte indes auf der Tatsache, daß Indonesien durch die Übernahme der Schuldenlast und Verträge zum Rechtsnachfolger der Niederlande geworden war und die rechtliche Stellung Westneuguineas gegenüber einem unabhängigen Indonesien ursprünglich sich in nichts von der Stellung des Großen Ostens und Borneos unterschied, deren Einbeziehung in die Machtübergabe nie umstritten wurde<sup>41a</sup>. Die ethnische Einheit Neuguineas wurde selbst von niederländischen Anthropologen wie Lamars in Frage gestellt; Westneuguinea dürfte von den Molukken aus besiedelt worden sein, nur dort war der Islam eingedrungen, und in der jahrhundertelangen Verbindung mit Tidore hatten sich die West-Papuas dem indonesischen Lebensraum angepaßt, während die Ost-Papuas teils zu Australien, teils zur melanesischen Inselwelt tendierten. Die Kommunisten hielt Sukarno sehr energisch in ihren Schranken (Niederwerfung der Revolution von 1946 und 1948). Äußerungen Prof. Yamins über weitere indonesische Ansprüche waren Sukarno, Hatta und Rum sofort mit Nachdruck entgegengetreten.

Sukarno wollte den Konflikt mit den Niederlanden vermeiden. Auf der im Haag nach mehrmaliger Verschiebung<sup>42</sup> zusammengetretenen Konferenz ging Indonesien mit seinen Angeboten bis an die Grenze des Möglichen. Die Niederlande sollten als Gegenleistung für die Übergabe Westneuguineas so bedeutende Garantien erhalten wie Bevorzugung auf allen Wirtschaftsgebieten einschließlich einer Beteiligung an der Erschließung der Inselhälfte, Weiterverwendung der niederländischen Beamten mit vollem Pensionsrecht, freie Einwanderung für Niederländer, Bekenntnisfreiheit, Unterstützung der humanitären Tätigkeit der religiösen Missionen durch die Regierung und völlige Demokratisierung der Verwaltung bei progressiver Heranziehung von Papuas bis zu deren restloser Autonomie. Die detaillierte Ausarbeitung der Garantien sollte durch Aufschub der Übergabe bis zum 1. Juli 1951 ermöglicht werden. Indonesien war sogar bereit, nach Anerkennung seines Anspruchs auf Westneuguinea den Niederlanden die faktische Souveränität

<sup>41</sup> Presseerklärung und Interview mit dem Pariser Korrespondenten von Het Parool, August 1950.

<sup>41a</sup> Vgl. Taylor, a. a. O., S. 444f.

<sup>42</sup> Die Konferenz begann am 4. Dezember 1950, dem letztmöglichen Termin.

über das Territorium noch zehn bis fünfzehn Jahre zu belassen<sup>43</sup>. Die Niederlande verwarfen diese Angebote en bloc und machten ihrerseits Vorschläge zur Einsetzung eines paritätischen Neuguinea-Rates, der die niederländischen Jahresberichte<sup>44</sup> über Westneuguinea entgegennehmen und die Verwaltung lenken sollte, dessen Beschlüsse jedoch nur bei Einstimmigkeit durchgeführt würden, anderenfalls die Niederlande freie Hand erhielten, wie auch die Souveränität über den Inselteil bei den Niederlanden verbliebe. Diese Vorschläge nur zu erwägen, lehnten die Indonesier ab. Unannehmbar war für sie auch der niederländische Antrag, Westneuguinea der Niederländisch-Indonesischen Union als eine Art Kondominium zu unterstellen. Schließlich widersetzten sie sich der niederländischen Anregung, die Besprechungen unter Einschaltung der UNCI weiterzuführen<sup>45</sup>. In den getrennten Abschluß-Communiqués erklärten die Niederlande mit willkürlicher Auslegung des Transfer-Vertrages, Artikel 2, ihre Herrschaft über Westneuguinea bleibe erhalten, da innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einigung über den künftigen politischen Status des Territoriums erzielt wurde, während Indonesien bekanntgab, seinen Anspruch auf Irian Barat weiterhin verfechten zu wollen und dem Bestehen des Status quo, dem es seit der Haager Konferenz zugestimmt habe, nunmehr die Zustimmung zu versagen. Am 27. Dezember 1950, dem ersten Jahrestag des Souveränitäts-Transfers, war die Westneuguinea-Konferenz gescheitert.

Der Zusammenbruch der Konferenz schuf eine völlig neue Lage. In Indonesien forderten die Parteien, das Parlament und Premierminister Natsir eine grundsätzliche Änderung der Beziehungen zu den Niederlanden. Die Regierung ernannte eine vom Rechtsgelehrten Supomo geleitete Kommission zur Überprüfung der Round-Table-Abkommen. Sukarno erhob das West-Irian-Problem zur Frage der nationalen Sicherheit, die erst nach dem Abzug der Niederländer aus West-Irian gewährleistet sei. Eingedenk der beiden Polizeiaktionen, des Westerling-Handstreichs<sup>46</sup>, der Zwischenfälle in Makassar und Aufstände auf den Molukken vermutete er, die Niederlande würden das Territorium bei gegebener Gelegenheit als

<sup>43</sup> Vgl. Bone, a. a. O. und Bhatnagar, West New Guinea, in: Indian Quarterly, Vol. VII, 1951, Nr. 2.

<sup>44</sup> 1950 hatten die Niederlande begonnen, dem UNO-Generalsekretär gemäß Artikel 73e der Charta Jahresberichte über Westneuguinea vorzulegen.

<sup>45</sup> Diese Ablehnung begründeten die Indonesier damit, daß die Einmischung Dritter vertraglich nicht vorgesehen sei. Vermutlich hatten sie aber Bedenken gegen die UNCI, da ihre australischen Mitglieder dem anti-indonesischen Kurs der Menzies-Regierung nachgegeben hatten und Indonesien daher in der Kommission keine Freunde geblieben waren.

<sup>46</sup> ‚Turk‘ Westerling, früher Hauptmann der niederländisch-indischen Armee, eroberte im Januar 1950 Bandung, dementierte jedoch seine Zusammenarbeit mit der indonesisch-islamischen Kampforganisation Darul Islam und eine Absicht zur Errichtung eines mohammedanischen Staates. Bone, a. a. O., S. 90, berichtet in diesem Zusammenhang vom Plan einiger Föderalisten, die indonesischen Kabinettsmitglieder zu ermorden und die Regierung zu stürzen, und daß niederländische Reaktionäre sich begeistert als Drahtzieher der Unruhen in Indonesien bekannten. Nach dem Zusammenbruch der Revolte flüchtete Westerling in einem niederländischen Flugzeug nach Singapur.

Stützpunkt für militärische Vorstöße gegen die Republik verwenden oder von dort mindestens die subversiven Elemente innerhalb Indonesiens fördern. Neben dieser strategisch-praktischen Bedeutung hatte West-Irian für Indonesien aber auch hohen symbolischen Wert erhalten: es versinnbildlichte die Nichtvollendung der indonesischen nationalen Revolution.

In den Niederlanden stürzte das Drees-Kabinet. Die Zweite Kammer hatte die Regierung beschuldigt, mit dem Anerbieten, Westneuguinea der Niederländisch-Indonesischen Union zu unterstellen, ihre Vollmacht überschritten zu haben, und ihr erbittert vorgeworfen, nach dem Verlust des Empire, der Zerströrung der niederländischen Glorie nun durch ihre Verhandlungsbereitschaft gegenüber Indonesien auch die letzten niederländischen Chancen für die Zukunft aufs Spiel zu setzen<sup>47</sup>. Diese Chancen und der praktische Wert Westneuguineas für die Niederlande waren, daß sie durch seine Zurückbehaltung Pazifik-Macht mit einem Mitspracherecht in Südostasien-Ozeanien blieben, der symbolische Wert, daß sie dieses Gebiet als Stellvertreter ihres einstigen Kolonialreiches sahen.

Das nach 50 Tagen Regierungskrise gebildete zweite Drees-Kabinet verpflichtete sich zur Fortsetzung der Neuguinea-Politik. Die neue indonesische Regierung Sukiman<sup>48</sup> gelobte die Revision der Vereinbarungen mit den Niederlanden. Im August 1951 begannen im Haag informelle Beratungen über die Aufhebung des Union-Statuts und die Umwandlung der anderen Abkommen in internationale Verträge und wurden im Dezember als offizielle Verhandlungen unter Einbeziehung der Neuguinea-Frage fortgesetzt. Sie scheiterten im Februar 1952. Indonesien hatte den niederländischen Vorschlag verworfen, das Neuguinea-Problem durch den Internationalen Gerichtshof entscheiden zu lassen, die Niederlande ignorierten das indonesische Angebot einer „gemeinsamen Verantwortung“ für das Territorium<sup>49</sup>.

Die Niederlande machten Westneuguinea zu einem Teil ihres Reichsgebietes<sup>50</sup>. Das indonesische Parlament erklärte es zu einem republikanischen Wahlbezirk. Ein inoffizieller niederländisch-indonesischer Plan, Westneuguinea weitere 20 bis 25 Jahre von den Niederländern verwalten zu lassen, es während dieser Zeit der Kontrolle einer internationalen Kommission von Beauftragten der USA, der Niederlande, Indonesiens, Indiens und Australiens zu unterstellen und nach Ablauf der Frist die Papuas zur Abstimmung über ihren politischen Status aufzurufen, wurde von Indonesien ohne Vorbehalt angenommen, von den Niederlanden prinzipiell

<sup>47</sup> Tagung vom 17.–25. 1. 1951, die sich fast ausschließlich mit Westneuguinea befaßte.

<sup>48</sup> Die Natsir-Regierung war am 21. 5. 1951 aus innerpolitischen Gründen zurückgetreten. Bone, a. a. O., S. 100, führt ihren Sturz jedoch ebenfalls auf die Behandlung der Neuguinea-Frage zurück.

<sup>49</sup> Vgl. Bone, a. a. O., S. 114ff., auch für die anderen Gründe des Mißerfolges.

<sup>50</sup> Desungeachtet setzten sie die Vorlage der UNO-Jahresberichte fort. Diesen ungewöhnlichen Schritt erklärte der Bonner niederländische Botschaftsrat Hoogendoorn in einem Brief an den Autor damit, daß „die niederländische Regierung . . . ihren ernsthaften Willen . . . zeigen [möchte], die Bevölkerung von Niederländisch-Neuguinea zu emanzipieren und das Land zu einer möglichst großen wirtschaftlichen Entwicklung zu führen“. – Indonesien protestierte gegen die Vorlage dieser Berichte seit 1952.

gebilligt, doch die Führer der niederländischen Regierungsparteien wagten nicht, ihn öffentlich vorzulegen.

In den beiden folgenden Jahren war der Konflikt nicht mehr Gegenstand bilateraler Verhandlungen, sondern Ursache multilateraler politischer Entwicklungen. Die anglo-amerikanische Neutralitätserklärung in der Westneuguinea-Frage<sup>51</sup> belastete die Beziehungen Indonesiens zu London und Washington. Der vom Westen enttäuschte, auf Verbündete angewiesene Präsident Sukarno begann mit größerer Sympathie nach Moskau zu schauen, dem er seit der Kommunistenrevolte von 1948 trotz der russischen Anerkennung des indonesischen Anspruchs auf Westneuguinea reserviert gegenübergestanden hatte. In den afro-asiatischen Staaten verschärfte das Neuguinea-Problem den Gegensatz zur westlichen Welt. Die Niederlande und Australien begannen mit der Verwirklichung ihrer geplanten progressiven Zusammenarbeit auf der Insel. Die im Haag wiederaufgenommenen Verhandlungen über die Umgestaltung der niederländisch-indonesischen Beziehungen endeten im August 1954 mit der Unterzeichnung diesbezüglicher Protokolle, wobei die Niederlande ihre Zustimmung zur Auflösung der Union von der Regelung niederländischer Finanz- und Wirtschaftsinteressen abhängig machten, die indonesische Forderung auf anschließende Übergabe Westneuguineas aber ablehnten. Um aus der Sackgasse herauszukommen, brachte die Sastroamidjojo-Regierung<sup>52</sup> den Konflikt vor die UNO.

Viermal – von 1954 bis 1957 – beschäftigten sich der Politische Ausschuß und die Vollversammlung auf Wunsch Indonesiens mit Westneuguinea<sup>53</sup>. Den Debatten fehlte es nicht an Beteiligung oder Interesse, doch an Überparteilichkeit, Sachlichkeit, Glaubwürdigkeit. Die Niederlande verteidigten ihren Anspruch unter Berufung auf ihre erste humanitäre Sorge um die schutzbedürftigen Papuas, ihre Verpflichtung zur Wahrung des papuanischen Selbstbestimmungsrechts und auf die papuanischen Loyalitätsbekundungen. In hundertjähriger Oberhoheit hatten jedoch die Niederlande für Westneuguinea kaum mehr getan als einige Militärposten oder Verwaltungsstellen und das seit den Unabhängigkeitskämpfen von 1927 zu traurigem Ruhm gelangte Deportationslager Boven Digul errichtet<sup>54</sup>, hatten noch

<sup>51</sup> Großbritannien sympathisierte mit den Niederlanden und verzichtete bald auch offen auf Neutralität, die USA wünschten aufrichtig, einer Stellungnahme enthoben zu sein.

<sup>52</sup> Ali Sastroamidjojo hatte Premierminister Wilopo, den Nachfolger Sukimans, im Juli 1953 abgelöst. – Der indonesische Antrag auf Einbeziehung der Neuguinea-Frage in die Tagesordnung der 9. Vollversammlung wurde am 17. 8. 1954 vom indonesischen UNO-Vertreter Sudjarwo mit der Begründung gestellt, sie bedrohe den Frieden. Nach der Annahme des Antrags erklärte van Roijen, damals niederländischer Botschafter in Washington, die Niederlande würden jede UNO-Empfehlung zur Lösung der Neuguinea-Frage ignorieren (vgl. Bone, a. a. O., S. 123 f.).

<sup>53</sup> Die Neuguinea-Debatte der Vollversammlung im September 1961 erfolgte auf Antrag der Niederlande.

<sup>54</sup> Der niederländische Jahresbericht für 1960 enthält über die Entwicklung Westneuguineas u. a. folgende Angaben: Erhöhung der Anzahl praktizierender Ärzte und Zahnärzte auf 90, der staatlichen Schulen auf 20, der subventionierten Missionsschulen mit mehr als dreijähriger Unterrichtszeit auf 419, Erweiterung des Straßennetzes für motorisierten Ver-

1946 die Papuas nicht als nationale Gemeinschaft anerkannt und auch später von allen Beratungen über die Zukunft Westneuguineas ausgeschlossen, hatten noch 1949 im Falle der Republik Indonesien das Selbstbestimmungsrecht mißachtet und übersahen nun den Widerspruch, die Papuas als zu primitiv für politische Willensäußerungen zu bezeichnen und sich gleichzeitig auf Erklärungen papuanischer Führer zu stützen, „98 Prozent“ der Bevölkerung wünschten die Aufrechterhaltung der niederländischen Herrschaft<sup>55</sup>. Australien begründete seine Befürwortung des niederländischen Anspruchs mit der Bedeutung Neuguineas für die Verteidigung des Kontinents<sup>56</sup>. Neuseeland unterstützte Australien, abgesehen vom sachlichen Einverständnis, auf Grund des Abkommens von 1944 über eine gemeinsame Pazifik-Politik. Südafrika stand grundsätzlich auf der Seite des Weißen Mannes, Belgien auf jener der Kolonialmacht. Großbritannien erstrebte Stabilität in Südostasien, teils wegen Malaya und Britisch-Borneo, teils um den Erfolg der Genfer Ostasienkonferenz zu sichern. Frankreich wünschte wegen Neu-Kaledonien und anderen Inselbesitzungen Ruhe im Pazifischen Ozean. Die Sowjetunion und die Ostblockländer machten den Neuguinea-Konflikt zu einem Teil des Kalten Krieges, die afroasiatischen Staaten sahen ihn in Zusammenhang mit dem Kampf gegen den westlichen Imperialismus. Den südamerikanischen Republiken war Westneuguinea gleichgültig, nicht aber die Entwicklungshilfe und im allgemeinen gute Beziehungen zu den westlichen Mächten, so daß sie mit der westlichen Mehrheit stimmten. Die USA enthielten sich weiterhin beharrlich jeder Stellungnahme, denn sie waren den Niederlanden als NATO-Partner verpflichtet, Indonesien hingegen als Exponenten des asiatischen Nationalismus, den sie seit dem Zweiten Weltkrieg protegierten und dessen Wohlwollen sie bei den Spannungen oder gar bei einem Konflikt mit Rot-China vordringlich brauchten.

Nur einmal – 1955 – kam es zu einem einstimmigen Beschluß der UNO-Mitglieder bezüglich Westneuguineas. Die 10. Vollversammlung vertagte die Beratung dieses nach heftigen Kämpfen auf die Tagesordnung gesetzten Punktes, nachdem

kehr auf 750 km, Steigerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf 15 800 Hektar und des Rinderstandes auf 3300 Tiere; die industrielle Entwicklung war über eine kleine Werft und ein mechanisches Sägewerk in Manokwari kaum hinausgekommen, die Ernährung einer Familie kostete 50–60 Prozent des gesamten Familieneinkommens.

<sup>55</sup> Die niederländischen Mitglieder der paritätischen Kommission von 1950 hatten sich bereits auf papuanische Loyalitätserklärungen gestützt, sie wurden später – offenbar inspiriert von der Reformierten Kirche in Westneuguinea – zahlreicher und von den Niederlanden entsprechend verwertet. Auch auf der 11. UNO-Vollversammlung im Februar 1957 verlas der niederländische Chefdelegierte Schurmann, nach einem düsteren Bericht über die Papuas, ein Loyalitätstelegramm papuanischer Führer, in dem es hieß, es „sollte den Vereinten Nationen eindeutig klargemacht werden, daß die Anwesenheit der niederländischen Regierung den Wünschen von 98 Prozent der Papuas entspricht“ (vgl. Bone, a. a. O., S. 148 f.).

<sup>56</sup> Eine kaum geringere Rolle als die Landesverteidigung dürfte die Einwanderungsfrage für Australien gespielt haben. Durch eine gemeinsame Landgrenze mit einem asiatischen Staat sah es die hundert Jahre lang erfolgreich verteidigte White Australia Policy bedroht und mochte auch die illegale Einwanderung über die unkontrollierbare Grenze zwischen West- und Ostneuguinea gefürchtet haben.

sie die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen den Niederlanden und Indonesien zur Kenntnis genommen und ihre Erwartung eines erfolgreichen Verlaufes ausgedrückt hatte.

Diese Verhandlungen, hoffnungsvoll vorbereitet vom neuen niederlandfreundlichen Premierminister Harahap<sup>57</sup>, begünstigt durch die internationale Entwicklung<sup>58</sup>, begannen in Genf am 10. Dezember. Sie scheiterten am 11. Februar 1956 an den im Haager Protokoll einer späteren Regelung vorbehaltenen Wirtschaftsfragen. Indonesien reagierte binnen wenigen Tagen mit der Aufhebung der Union<sup>59</sup> und Kündigung der Wirtschafts- und Finanzverträge, der im August die Kündigung des Schuldenabkommens mit den Niederlanden und die Zahlungseinstellung folgte. Harahap stürzte. Sastroamidjojo, zum zweitenmal Premierminister, erneuerte den Kampf um Westneuguinea innenpolitisch<sup>60</sup>, Präsident Sukarno führte ihn auf seiner Weltreise werbend außenpolitisch<sup>61</sup>. Im Februar und November 1957 kam die Streitfrage wiederum vor die UNO.

Die Debatten brachten keine neuen Aspekte oder relevanten Details. Immerhin zeigte sich, daß dem Fall Westneuguinea ein analoger vorangegangen war: die Schan- und Wa-Staaten und das Karenni-Gebiet in Burma sowie die indischen Grenzstämme mit 19 Mill. Mitgliedern, die von Großbritannien seinerzeit ebenfalls

<sup>57</sup> Harahap hoffte, im Gegensatz zu Sukarno und der starken parlamentarischen Opposition, alle Streitfragen einschließlich Neuguinea lösen zu können. Wie unbegründet diese Hoffnung war, bewies die von Minister Kernkamp im niederländischen Parlament abgegebene Erklärung, er freue sich, in Zusammenhang mit den niederländisch-indonesischen Verhandlungen ausdrücklich versichern zu können, daß die niederländische Regierung unerschütterlich an ihrem Standpunkt festhalte, über Westneuguinea de jure und de facto zu herrschen und ihre Herrschaft bis zur Selbstbestimmung der Bevölkerung auszuüben (vgl. Bone, a. a. O., S. 141).

<sup>58</sup> Im Kalten Krieg war eine Entspannung eingetreten, die indonesienfreundliche Erklärung des australischen Außenministers Casey in seiner Jahresübersicht Ende 1954 deutete auf eine Modifikation der harten Haltung der Menzies-Regierung gegenüber Djakarta, Präsident Eisenhowers Zurückhaltung in der Frage der chinesischen Küsteninseln bewirkte eine Annäherung zwischen Peking und Washington, die Anerkennung des indonesischen Anspruchs auf Westneuguinea durch die Bandunger Konferenz im April 1955 bewies der niederländischen Regierung die Schwäche ihrer Position in der afro-asiatischen Welt, und in den Niederlanden selbst drängten neben der Arbeiterpartei nun auch kirchliche und Wirtschaftskreise auf eine Verständigung mit Indonesien.

<sup>59</sup> Die Niederländisch-Indonesische Union war wegen Westneuguinea tatsächlich nie zustande gekommen, sie besaß lediglich ein Sekretariat.

<sup>60</sup> Das indonesische Parlament billigte die Bildung einer autonomen Provinz Irian Barat und ernannte den regierenden Sultan von Tidore zu ihrem ersten Gouverneur. Sastroamidjojo proklamierte sein vom All-indonesischen Völkertag leidenschaftlich begrüßtes „Programm zur Befreiung West-Irians“: Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte in Indonesien, Mobilisierung aller anti-kolonialen Kräfte in der Welt, Ermutigung der indonesischen Mitbürger in West-Irian, das gemeinsame Streben unter einem Aktionsplan zu intensivieren.

<sup>61</sup> Charakteristisch für diese Kampagne war der West-Neuguinea-Passus in Sukarnos Ansprache an den amerikanischen Kongreß am 17. 5. 1956: „The return of West Irian is for us the remaining part of our national political aspiration. It is the final instalment on the colonial debt. We see our brothers still in chain, who joined with us in proclaiming our common independence, and so our own freedom is not yet complete.“ (Department of State Bulletin, Vol. XXXIV).

gesondert verwaltet wurden, und bei der Machtübertragung ohne Frage an die Nachfolgestaaten fielen<sup>62</sup>. Jenseits der UNO-Debatten aber geriet Westneuguinea immer tiefer in die internationale Verflechtung. Die Niederlande und Australien verbreiteten eine gemeinsame Erklärung<sup>63</sup> über die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit in Neuguinea, die künftig auch den politischen Sektor umfassen sollte und kein geringeres Ziel hatte als den Zusammenschluß der Inselteile zu einem nominell unabhängigen papuanischen Einheitsstaat, mögliches Kernstück einer angestrebten melanesischen Föderation<sup>64</sup>. Die Niederlande unterstrichen ihr Besitzrecht an „Niederländisch-Neuguinea“ mit der Durchsetzung seiner Aufnahme als koloniales Assoziierungsgebiet in die EWG. Staatspräsident Woroschilow bekräftigte nachdrücklich die sowjetische Unterstützung der Wiedervereinigung West-Irians mit Indonesien<sup>65</sup>. Rot-China wiederholte die von Tschou-En-lai nach der Bandunger Konferenz getroffene Feststellung, die chinesische Regierung betrachtet den Souveränitätsanspruch Indonesiens auf Irian Barat als gleichberechtigt mit dem Anspruch Rot-Chinas auf Taiwan (Formosa). In Indonesien manifestierten die Parteien, unpolitische Organisationen, die Verfassunggebende Versammlung und die Bevölkerung in Massendemonstrationen und dem viertägigen Boykott gegen niederländische Unternehmen ihre Entschlossenheit zum Kampf um West-Irian<sup>66</sup>, falls die UNO-Debatte wieder fruchtlos verlaufen sollte, Sukarno drohte mit dem Abbruch der Beziehungen zu den Niederlanden.

Dennoch verschloß sich die 12. UNO-Vollversammlung dem leidenschaftlichen Appell des indonesischen Außenministers Subandrio, die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur friedlichen Lösung des Neuguinea-Konflikts zwischen der Republik Indonesien und dem niederländischen Königreich zu veranlassen, denn es gehe nun nicht mehr um die Frage, ob Irian Barat bei den Niederlanden verbleiben oder zu Indonesien kommen solle, sondern um die Gefahr, daß der Konflikt in die Machtpolitik der Großstaaten eindringt und unabsehbare Folgen auslöst<sup>67</sup>. Bei der Abstimmung am 29. November 1957 erhielt das Anliegen Indonesiens abermals keine Zweidrittelmehrheit<sup>68</sup>. Nach diesem Ergebnis erklärte Subandrio, Indo-

<sup>62</sup> Erklärung des burmesischen Delegierten U Pe Kin, vgl. Bone, a. a. O.

<sup>63</sup> Veröffentlicht am 6. 11. 1957. Die indonesische UNO-Delegation drückte die Befürchtung ihrer Regierung aus, die niederländisch-australische Zusammenarbeit in Neuguinea könne die Basis einer Militärallianz sein oder werden; der australische Delegierte versicherte, die Vereinbarungen seien in keiner Weise mit der SEATO verbunden.

<sup>64</sup> Bone, a. a. O., S. 156, verweist in diesem Zusammenhang auf einen Mitte 1956 in „Wending“ erschienenen Artikel des niederländischen Kolonialexperten Baron van Asbeck und einen Bericht des indonesischen Nachrichtenbulletins Antara. Der gleiche Plan wurde dem Verfasser 1956/57 in Australien mehrmals angedeutet.

<sup>65</sup> Staatsbesuch Woroschilows in Indonesien, März 1957.

<sup>66</sup> Der verbreiteten Meinung, die indonesische Regierung habe die West-Irian-Frage zur Ablenkung von den inneren Schwierigkeiten hochgespielt, trat der Indonesien-Korrespondent des Melbourne Herald energisch entgegen (Melbourne Herald, 26. 11. 1957. Vgl. Bone, a. a. O., S. 154f.).

<sup>67</sup> UN-Bull. 1957.

<sup>68</sup> Die Zahl der Ja-Stimmen war auf 41 gestiegen, doch seit der 9. Vollversammlung im

nesien werde die Irianfrage nicht wieder vor die UNO bringen. In der afro-asiatischen Welt sank ihr Prestige auf den bis damals tiefsten Stand.

Die indonesische Bevölkerung und die Regierung beantworteten die Ablehnung ihrer Bemühungen um den Frieden unverzüglich, erbittert und umfassend. Das indonesische Personal niederländischer Unternehmen proklamierte einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik, die niederländischen Konsulate wurden geschlossen, die Fernmeldeverbindungen mit den Niederlanden unterbrochen, die niederländischen Zeitungen und anderen Nachrichtenmedien verboten, die Landrechte der Fluggesellschaft KLM widerrufen, niederländische Firmen beschlagnahmt oder unter Regierungskontrolle gestellt, die Rückzahlung des niederländischen Kredits von 1950 bis auf weiteres ausgesetzt. Diese Maßnahmen trafen die Niederlande indes weniger hart als Indonesien, das unter den Nachwirkungen seiner schwersten inneren Krise<sup>69</sup> litt, auf Celebes und Ambon neue Revolten bekämpfen mußte und außenpolitisch durch die Verschlechterung seiner Beziehungen zu den USA, denen es ihre indirekte Unterstützung der Niederlande durch Neutralität und die direktere der angeblich anti-kommunistischen Sumatra-Rebellen<sup>70</sup> vorwarf, beinahe völlig isoliert war.

Die Wende kam Mitte 1958. Sukarno hatte die innere Einheit weitgehend wiederhergestellt, sein System der „gelenkten Demokratie“ durchgesetzt und die wirtschaftliche Stabilisierung eingeleitet. Die amerikanische Bereitschaft zur Lieferung der im Vorjahr Indonesien verweigerten leichten Waffen war der Auftakt zu einem Einlenken Washingtons. In den Niederlanden wurden die Stimmen zugunsten Verhältnis zu den Gesamtstimmen von 55 auf 50,6 Prozent gefallen. Immer für Indonesien gestimmt hatten die afro-asiatischen Staaten (außer National-China), die Sowjetunion, die Ostblockländer und ein Teil der südamerikanischen Staaten. Dazu bemerkt Bone, a. a. O.: In the UN „Indonesia was to experience the frustration of seeing its cause supported by the representatives of nations which comprise the overwhelming majority of the world's population, and yet finding itself constantly defeated“.

<sup>69</sup> Im Dezember 1956 hatten auf Sumatra Aufstände begonnen und bis März 1957 auf die meisten anderen Inseln übergreifen. Die Sastroamidjojo-Regierung trat zurück, als ihre Autorität praktisch nur auf Java anerkannt wurde. Sukarno bildete das erste außerparlamentarische Expertenkabinett. Die Folgen der Aufstände: Exportverluste, Produktionsrückgang, Inflation, verschärften sich nach dem Erlass der antiniederländischen Maßnahmen. Die Erwerbslosenzahl stieg auf zwei Millionen, der Reispreis-Index auf 327 (im Juni 127), die Flucht der meisten im Inseidienst eingesetzten niederländischen Schiffe verschlechterte die Versorgungslage von Tag zu Tag.

<sup>70</sup> Im Februar 1958 war auf Sumatra die sogenannte Revolte der Obersten gegen Sukarnos „gelenkte Demokratie“ und seine Aufnahme von Kommunisten in die Regierung ausgebrochen und eine Gegenregierung gebildet worden. Außenminister Dulles unterstützte die Rebellen jedenfalls moralisch mit der Erklärung, die Sukarno-Regierung sei von Kommunisten beherrscht und die USA wünschten in Indonesien eine Regierung, die den wahren Interessen und Wünschen des indonesischen Volkes entspricht. Hatta hingegen warf den Amerikanern vor, die Stärkung des Kommunismus in Indonesien sei eine unmittelbare Folge der amerikanischen Neutralität in der Westneuguinea-Frage, da die Popularität der Kommunisten größtenteils auf ihrer leidenschaftlichen Unterstützung des indonesischen Anspruchs beruhe (vgl. M. Hatta, *Indonesia between the Power Blocs*, in: *Foreign Affairs*, April 1958).

einer Verständigung mit Indonesien lauter und zahlreicher. Australien erklärte erstmals offiziell, es würde einer auf friedlichem Wege vollzogenen Übergabe Westneuguineas an Indonesien nicht widersprechen<sup>71</sup>. Chruschtschow, auf Staatsbesuch in Djakarta, stützte Sukarno durch die Vereinbarung der Prinzipien und Formen der Ko-Existenz und Zusammenarbeit<sup>72</sup>. Die Bahn für den Entscheidungskampf um Westneuguinea war frei, und innerhalb der Niederlande wie zwischen den Niederlanden und Indonesien begann das paradoxe Wechselspiel der Aktionen und Gegenaktionen, Friedensversicherungen und Kriegsrüstungen, Kompromißangebote und -ablehnungen, verbindlichen Erklärungen und unverantwortlichen Äußerungen.

Der Verstaatlichung der in Indonesien unter Regierungskontrolle gestellten niederländischen Unternehmen folgte im März 1960 die Sperrung der indonesischen Häfen für die niederländische Schifffahrt. Die Niederlande sandten nach Neuguinea Düsenjäger, Truppen und schließlich den Flugzeugträger „Karel Doorman“ mit Zerstörerbegleitung. Sukarno brach die Beziehungen zu den Niederlanden ab. Die niederländische Regierung bezeichnete diesen Schritt als enttäuschend, nachdem sie stets um die Besserung ihres Verhältnisses zu Indonesien bemüht war<sup>73</sup>. Sukarnos wachsendes Prestige in Ostasien manifestierte sich in der auf seinen Wunsch von Japan verfügten Absage eines niederländischen Flottenbesuches, die Niederlande beantworteten die Demütigung mit der Bereitschaft zur Reversion fast ihrer ganzen bisherigen Westneuguinea-Politik: Ministerpräsident de Quay sprach von niederländischen Hoffnungen auf UNO-Vermittlung, Außenminister Luns plädierte für eine Internationalisierung des umstrittenen Territoriums. Die niederländische Zweite Kammer beschloß den Ankauf von 150 amerikanischen Kampfbombern zur teilweisen Stationierung auf Neuguinea, Indonesien kaufte schwere Waffen in Moskau<sup>74</sup>. Außenminister Luns warb in London für die Vereinigung West- und Ostneuguineas unter UNO-Treuhänderschaft, da eine Übergabe Westneuguineas an Indonesien wegen der niederländischen Verpflichtung gegenüber den Papuas nicht in Frage komme. Sukarno proklamierte den Abbruch auch der indirekten Beziehungen zu den Niederlanden.

<sup>71</sup> Feststellung der australischen Regierung in der gemeinsamen australisch-indonesischen Erklärung vom 15. 2. 1959 anlässlich des Besuchs Außenminister Subandrios in Canberra. Trotz Anerkennung des niederländischen Anspruchs betonte Außenminister Casey stets den australischen Wunsch „to live in harmony with our largest and closest neighbour“. (R. G. Casey, *Friends and Neighbours*, *Current Notes on International Affairs*, Canberra, Dezember 1954, *Times* v. 12. 12. 1957.) Das „agree to differ“ in der Westneuguinea-Frage wurde bereits im Abschluß-Communiqué zum Indonesienbesuch Caseys im November 1955 betont.

<sup>72</sup> Die Vereinbarungen vom 29. 2. 1960 betrafen den Meinungs austausch in internationalen Fragen, Zurückweisung äußerer Einmischung in die russisch-indonesischen Beziehungen, russische technische Hilfe und einen weiteren Kredit von 250 Millionen Dollars sowie die volle russische Unterstützung des indonesischen Anspruchs auf Westneuguinea. Den Wunsch Chruschtschows, die Aufnahme Rot-Chinas in die UNO zu befürworten und den amerikanisch-japanischen Vertrag über die Wiederaufrüstung zu verurteilen, lehnte Sukarno jedoch ab.

<sup>73</sup> Communiqué aus dem Büro des Ministerpräsidenten, Den Haag, 17. 8. 1960.

<sup>74</sup> Das im Januar 1961 unterzeichnete Abkommen soll russische Waffenlieferungen auf Kredit von 500–400 Millionen Dollars vorgesehen haben.

In diesen wachsenden Spannungen eröffnete am 5. April 1961 in Hollandia der Neuguinea-Rat<sup>76</sup> seine erste Sitzungsperiode. Er war nicht weniger als der Rohbau einer westpapuanischen Volksvertretung mit dem übergeordneten Zweck, in einer absehbaren Zeit zu einem neuguineischen und später melanesischen Parlament ausgebaut zu werden<sup>78</sup>. Bei seiner Inauguration waren alle Mitgliedsstaaten der South Pacific Commission vertreten, ausgenommen die USA. Präsident Kennedy hatte die Einladung ohne Begründung höflich abgelehnt.

Die Niederlande wehrten sich gegen diese bedeutungsvolle diplomatische Niederlage. Außenminister Luns flog nach Washington. Das Ergebnis seiner Mission blieb geheim. Wenige Tage nach ihm kam Sukarno in die amerikanische Bundeshauptstadt und brachte Präsident Kennedy den Gedanken einer Übertragung Irian Barats auf Indonesien nach längstens zweijähriger UNO-Verwaltung nahe<sup>77</sup>. Nach dem Empfang im Weißen Haus erklärte Außenminister Subandrio eine indonesische Invasion in Westneuguinea für keineswegs unmöglich.

Nun trat im Haag das Bürgertum auf den Plan<sup>78</sup>. Eine Wirtschaftsgruppe unter Führung der Direktoren Ryknes und Scholtens beschloß die Vorbereitung eines niederländisch-indonesischen „Sonderfriedens“. Ende Juni 1961 verhandelte für sie in Paris der einflußreiche katholische Politiker Duynstee mit dem besonders bevollmächtigten Verteidigungsminister Nasution<sup>79</sup>. Die niederländische Regierung unterstützte diese Verhandlungen nicht formell, verfolgte sie indes genau und höchst interessiert. Gleichzeitig aber führte sie in vierzig europäischen und überseeischen Hauptstädten vertrauliche Beratungen über die Lösung des Neuguinea-Problems unter Ausschaltung Indonesiens.

Die Pariser Gespräche verliefen im Sande. Die Beratungen fanden ihren Nieder-

<sup>76</sup> Der Rat bestand aus fünf Niederländern und 25 Papuas. Zunächst besaß er lediglich gewisse Mitspracherechte bei Gesetzen, Verordnungen und dem Entwurf des Budgets für Westneuguinea.

<sup>77</sup> In seiner Eröffnungsansprache legte der niederländische Staatssekretär Bot den Ratsmitgliedern besonders nahe, die völkerverbindenden Dienste der South Pacific Commission in Anspruch zu nehmen und bei der Prüfung der „verschiedenen Alternativen der Selbstbestimmung“ die „reale Möglichkeit“ zu beachten, die darin liegt, daß „die zunehmenden Kontakte zwischen den von melanesischen Völkergruppen mit ihren verwandten Zivilisationen, Entwicklungen und Bedürfnissen bewohnten Gebieten . . . zweifellos das Solidaritätsgefühl steigern und möglicherweise zu einer engeren Verbundenheit führen“. (Aus dem Text der Kgl. Niederländischen Botschaft, Bonn.)

<sup>78</sup> Im Communiqué vom 25. 4. 1961 wurde die „Erneuerung [der] Freundschaft“ und „Bekräftigung des Geistes der Zusammenarbeit und des Vertrauens“ besonders betont. Sukarno besuchte Washington auf seiner dritten Weltreise, in Begleitung Außenminister Subandrios.

<sup>79</sup> Die Opposition gegen die offizielle Westneuguinea-Politik hatte sich sehr verstärkt. Auch der Sturz der Koalitionsregierung de Quay im Dezember 1960 über ein Wohnungsbaugesetz wurde allgemein auf die wachsende Unzufriedenheit der Parlamentarier mit der Westneuguinea-Politik des Kabinetts zurückgeführt.

<sup>80</sup> In diesen Verhandlungen gab Nasution zu verstehen, im Falle einer niederländischen Unterstützung der indonesischen Westirian-Pläne würde Indonesien die diplomatischen Beziehungen zu den Niederlanden wiederaufnehmen und vollen Schadensersatz für die in Indonesien beschlagnahmten niederländischen Vermögen leisten (Süddeutsche Zeitung, 26. 6. 1961).

schlag in der Rede Außenministers Luns vor der 16. UNO-Vollversammlung<sup>80</sup>. Offiziell und ohne andere Bedingung als eine UNO-Garantie des papuanischen Selbstbestimmungsrechtes waren die Niederlande bereit, Westneuguinea der aktiven Aufsicht der Vereinten Nationen zu unterstellen, den niederländischen Jahresbeitrag zur Entwicklung des Territoriums in Höhe von 50 Mill. Dollars bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt weiterzuzahlen und ihre dreitausend Verwaltungsbeamten in Westneuguinea zur Fortsetzung ihrer Funktionen als internationale Beamte zu ersuchen. „Zwischenzeitliche und endgültige Termine . . . für die Selbstverwaltung und Übertragung von Befugnissen auf die Bevölkerung“ sollten nach Volksabstimmungen unter UNO-Kontrolle festgesetzt werden<sup>81</sup>. Im niederländischen Resolutionsentwurf war die Möglichkeit einer Entscheidung Westneuguineas auch für den Anschluß an Indonesien vorgesehen, doch ebenso eine Alternative zugunsten des melanesischen Bundes durch „Assoziation mit den anderen Teilen der Insel Neuguinea und anderen Inseln im Bereich des Stillen Ozeans“<sup>82</sup>. Außenminister Subandrio, der die niederländischen Anträge als ungeheure Provokation empfand, rief im Plenum, Indonesien werde, falls „die Niederlande mit der Trennung Westirians“ – einem Teil des indonesischen „nationalen Territoriums“ – „eine vollendete Tatsache schaffen, . . . gezwungen sein, alle [ihm] zur Verfügung stehenden Mittel zur Zerschlagung einer solchen Proklamation einzusetzen, selbst wenn dies Krieg mit den Niederlanden bedeutet“<sup>83</sup>.

In Jogjakarta mobilisierte Sukarno erst die Bevölkerung<sup>84</sup>, dann die ost-indonesischen Truppen.

Und nun begann eine Entwicklung, in deren Verlauf alle Beteiligten, außer Sukarno, genau das taten, was sie vorher vermeiden wollten oder mußten. Die Niederlande steckten immer weiter zurück: im Haag beriet das Kabinett den seinerzeit als abwegig verworfenen Gedanken an eine Mediation Australiens, Großbritanniens und sogar Indiens, de Quay bot Indonesien Verhandlungen ohne Vorbedingungen an<sup>85</sup>. Die USA mischten sich unmittelbar, zugunsten Indonesiens, in

<sup>80</sup> Rede vom 26. 9. 1961.

<sup>81</sup> Text der Kgl. Niederländischen Botschaft, Bonn.

<sup>82</sup> Dieser Resolutionsentwurf wurde zurückgezogen, nachdem sein Schicksal durch die Ablehnung der Kompromissvorschläge Indiens und der Brazzaville-Gruppe besiegelt war und die Niederlande eine offene Niederlage vermeiden wollten.

<sup>83</sup> UN-Bull. 1961.

<sup>84</sup> Im Appell zum 12. Jahrestag der zweiten niederländischen Polizeiaktion rief Sukarno den Versammelten zu: „Ich befehle euch, die holländischen Bemühungen zur Errichtung eines Papua-Marionettenstaates zunichte zu machen und die rot-weiße Fahne Indonesiens über Irian Barat zu hissen. Ich befehle die totale Mobilisierung des indonesischen Volkes zur Befreiung Westirians“. (Süddeutsche Zeitung, 20. 12. 1961)

<sup>85</sup> Regierungserklärung vom 2. 1. 1962 zur Eröffnung der Neuguinea-Debatte in der Zweiten Kammer. Allerdings äußerte de Quay auch die Erwartung, Sukarno werde den niederländischen Verzicht auf Indonesiens Anerkennung des papuanischen Selbstbestimmungsrechts durch den Verzicht auf die Vorbedingung der Übergabe Westneuguineas honorieren. In der gleichen Debatte erklärte Außenminister Luns, die Niederlande würden nicht vor indonesischen Gewaltdrohungen kapitulieren.

den Konflikt. Ministerpräsident Menzies sagte, Australien würde Indonesien im Falle eines Waffenganges um Westneuguinea selbstverständlich nicht den Krieg erklären, da sämtliche Nationen Asiens den indonesischen Anspruch anerkennen<sup>86</sup>. UNO-Generalsekretär U Thant übernahm die Vermittlerrolle, die 1957 die Vollversammlung dem Generalsekretär verweigert hatte.

Die Niederlande und Indonesien intensivierten indes ihre militärischen Vorbereitungen<sup>87</sup>. Das Seegefecht zwischen der niederländischen, von einem U-Boot-Jäger und Kampfflugzeugen begleiteten Fregatte „Kortenaer“ und der angeblichen oder wirklichen Vorhut einer indonesischen Invasionsflotte<sup>88</sup>, die Dschungelkämpfe indonesischer Fallschirmspringer gegen niederländische Einheiten<sup>89</sup> erhöhten die Kriegsgefahr. Die Hilfsangebote der Sowjetunion und Rot-Chinas an Indonesien, der von Tschou-En-lai übermittelte Wunsch gewisser afrikanischer und asiatischer Staaten, die indonesischen Streitkräfte durch Freiwillige zu verstärken<sup>90</sup>, verdeutlichten die Alternative, der Krieg würde entweder zu einer Niederlage des Weißen Mannes oder zu einem Weltbrand führen.

Beides mußten die westlichen und wollten die blockfreien Staaten verhindern. Den Niederlanden, die noch vor Jahresfrist auf britische, australische und selbst amerikanische Waffenhilfe gehofft haben mochten<sup>91</sup>, wurde von seinen Verbündeten keine militärische Unterstützung in Aussicht gestellt. Im Gegenteil: die USA, Indien und Japan verboten niederländischen Flugzeugen, die für Westneuguinea bestimmte Soldaten in Zivilkleidung beförderten<sup>92</sup>, die Zwischenlandung auf ihren Flughäfen. Die ägyptische Regierung ließ wissen, sie würde gegebenenfalls den

<sup>86</sup> Außerparlamentarische Erwiderung auf eine Kritik der Labour-Opposition an der Regierungspolitik im Februar 1962.

<sup>87</sup> In Westneuguinea wurden die Garnisonen laufend verstärkt, die Militärdienstzeit verlängert, aus Rotterdam lief die „Karel Doorman“ mit Zerstörern und dem U-Boot „Zeeleeuw“ in den Pazifik; Sukarno organisierte den obersten Stab der Irian-Armee, gab in den ost-indonesischen Hoheitsgewässern Schießeraubnis auf niederländische Schiffe und ließ zehntausende Freiwillige rekrutieren, die später z.T. auf die unmittelbar vor Westneuguinea gelegenen indonesischen Inseln gebracht wurden.

<sup>88</sup> Am Abend des 14. 1. 1962 versenkte die „Kortenaer“ das indonesische Torpedoboot „Mantjatutuk“ und schoß ein zweites in Brand. Der stellvertretende Stabschef Kommodore Sudargo und vierzig Matrosen ertranken. Nach niederländischer Version fand das Gefecht vor der Ortschaft Kaimana an der südlichen Landenge zwischen Westneuguinea und der Vogelkop-Halbinsel statt, nach indonesischer Version 30 km außerhalb der niederländischen Hoheitsgewässer.

<sup>89</sup> Konteradmiral Reeser, Oberbefehlshaber der niederländischen Truppen in Westneuguinea, erklärte im Juli 1962, daß seit der indonesischen Mobilisierung im Dezember 1961 nahezu tausend indonesische Soldaten in Westneuguinea gelandet seien.

<sup>90</sup> Tschou-En-lai in einem Gespräch mit dem indonesischen Gesandten in Peking, Anfang 1962.

<sup>91</sup> Im April 1961, als die Niederlande eine bewaffnete Intervention Indonesiens gegen den Zusammentritt des Neuguinea-Rats befürchteten, kursierten Gerüchte über eine mögliche Waffenhilfe Großbritanniens, Australiens und selbst der USA für die Niederlande.

<sup>92</sup> Diese verschleierte Truppentransporte wurden im Januar 1962 durch eine Haager Gerichtsentscheidung der Beschwerde eines Kaufmanns zugunsten seines Sohnes bekannt.

Suezkanal für niederländische Truppentransporte in den Indischen Ozean sperren<sup>93</sup>. Es wurde aber den Niederlanden in fiebriger diplomatischer Aktivität der Weg zum Rückzug geebnet, ohne daß sie ihr „Gesicht verloren“.

Die Stadien dieser Bemühungen sind noch immer nur im Umriß bekannt und in Stichwörtern darzustellen: Fühlungsnahme der Hauptvermittler; zwei- und mehrseitige direkte und indirekte geheime Beratungen zwischen den USA, Indonesien, den Niederlanden, der philippinischen Regierung und Generalsekretär U Thant; Gespräche des amerikanischen Justizministers Robert Kennedy in Djakarta und Den Haag<sup>94</sup>; Vorbesprechungen indonesischer und niederländischer Delegierter; gegen Ende März der Beginn der ersten unmittelbaren und verbindlichen Verhandlungen zwischen den Niederlanden und Indonesien über das Territorium seit dem Scheitern der Neuguinea-Gespräche im Februar 1952.

Diese Geheimverhandlungen an einem ungenannten Ort in der Nähe von Washington wurden nach wenigen Tagen unterbrochen. Sukarno beharrte auf der Übergabe Westneuguineas an Indonesien, die Niederlande auf der Bildung eines Papuastaates<sup>95</sup>. Einen Zusammenbruch der Vermittlungsversuche wollten aber die Niederlande ebenso wenig wie Sukarno verschulden. Die persönliche Intervention des amerikanischen Präsidenten<sup>96</sup>, die zunehmenden Dschungelkämpfe in Westneuguinea und Generalsekretär U Thants Ablehnung des niederländischen Antrags auf Entsendung von UNO-Beobachtern in das umstrittene Gebiet<sup>97</sup> zeigten den Niederlanden schließlich die Unhaltbarkeit ihrer Position. Mitte Juli wurden in den USA die niederländisch-indonesischen Verhandlungen im Beisein des amerikanischen Botschafters Bunker<sup>98</sup> wiederaufgenommen, Ende Juli die Vorvereinbarungen abgeschlossen. Die Unterzeichnung des endgültigen Abkommens mußte wegen niederländischer Einwände jedoch noch zweimal verschoben werden. Sie erfolgte am 15. August 1962 im Sitzungssaal des Weltsicherheitsrates in New York<sup>99</sup>.

Das aus 29 Artikeln bestehende Dokument sah eine Regelung in zwei Phasen vor

<sup>93</sup> Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des indonesischen Obersten Rates, Ruslan Abdulgani, nach einem Gespräch mit dem ägyptischen Vizepräsidenten Hakim Amer, Januar 1962.

<sup>94</sup> Januar und Februar 1962.

<sup>95</sup> In der Westneuguinea-Debatte der niederländischen Zweiten Kammer Anfang April 1962 wurde der Antrag der Arbeiterpartei, Westneuguinea an Indonesien abzutreten, verworfen und das papuanische Selbstbestimmungsrecht erneut bekräftigt. „Niederländisch-Neuguinea“ war Ende 1961 in „West-Papua“ umbenannt worden.

<sup>96</sup> Schreiben des Präsidenten Kennedy an Sukarno, überreicht von Botschafter Howard Jones Ende März 1962.

<sup>97</sup> In einem Antwortschreiben an Ministerpräsident de Quay hatte U Thant den niederländischen Antrag abgelehnt, solange Indonesien keinen gleichlautenden Antrag stellt. Das Schreiben wurde von den Niederlanden am 23. Mai 1962 veröffentlicht.

<sup>98</sup> Der Plan des früheren amerikanischen Botschafters in Indien, Ellsworth Bunker, bildete die erst von Indonesien, dann auch den Niederlanden akzeptierte Diskussionsgrundlage und die Grundlage des späteren Abkommens.

<sup>99</sup> Signatäre waren Außenminister Subandrio für Indonesien, Botschafter van Roijen und UNO-Delegationschef Schurmann für die Niederlande.

und bestimmte: Während der am 1. Oktober 1962 beginnenden ersten Phase wird die Verwaltung Westneuguineas von den Niederlanden an die vom UNO-Generalsekretär geschaffene und seiner Jurisdiktion unterstehende United Nations Temporary Executive Authority (UNTEA) abgetreten, das Territorium so rasch wie möglich von niederländischen Truppen geräumt, die UNTEA-Verwaltung eingerichtet (Artikel 2–11). Während der am 1. Mai 1963 beginnenden zweiten Phase kann die UNTEA jederzeit die Verwaltung teilweise oder ganz auf Indonesien übertragen, bei Übergabe der vollen Verwaltung endet UNTEA, die im Laufe der ersten Phase sukzessive durch indonesische Streitkräfte ersetzten UNO-Sicherheitskräfte werden abgezogen, die indonesischen nationalen Gesetze und Verordnungen werden im Territorium grundsätzlich anwendbar (Artikel 12–14). Die Freiheitsrechte, Menschenrechte, Zivilrechte und sonstigen Rechte der Papuabevölkerung werden von der UNTEA und Indonesien gewährleistet (Art. 15 und 22/1 u. 4). Das Selbstbestimmungsrecht wird vor Ende 1969 von allen papuanischen Männern und Frauen ausgeübt, die zu befragen sind, ob sie bei Indonesien verbleiben oder ihre Bindung an Indonesien lösen wollen. Dem Abstimmungsergebnis werden die Signatäre dieses Vertrages sich beugen (Art. 18–21). Bestehende Verpflichtungen der Niederlande aus Konzessionen und Besitzrechten im Territorium übernimmt die UNTEA, die spätere Regelung dieser Frage wird von den Niederlanden und Indonesien direkt vereinbart (Art. 22/2–3). Defizite im Budget des Territoriums während der UNTEA-Verwaltung sowie der UNO durch das Abkommen entstehende Kosten tragen zu gleichen Teilen Indonesien und die Niederlande (Art. 24). Das vorliegende Abkommen hat Vorrang vor allen früheren Abkommen des und über das Territorium (Art. 25) und tritt in Kraft, sobald die Vertragspartner es unterzeichnet und ratifiziert haben und die Vollversammlung der UNO es zur Kenntnis genommen und den Generalsekretär zur Durchführung der ihm in diesem Abkommen zugewiesenen Aufgaben autorisiert hat (Art. 1, 27 und 28).

Die Erfüllung des Vertrages erfolgte still, reibungslos<sup>100</sup> und termingerecht. Am 1. Mai 1963 wurde die UNO-Flagge von den öffentlichen Gebäuden in Irian Barat eingeholt. Die indonesischen Behörden erhielten die volle Verwaltungskontrolle. Sukarnos einstiger Kampftruf war realisiert – Indonesien reicht von Sabang bis Merauke.

<sup>100</sup> Die Papuas verhielten sich, entgegen niederländischen Prophezeiungen, beim Abzug der niederländischen Truppen vollkommen friedlich und den Indonesiern gegenüber loyal.

Miszelle

KARL LANGE

## DER TERMINUS „LEBENSRAUM“ IN HITLERS „MEIN KAMPF“

Man tut Hitler und dem Nationalsozialismus zuviel Ehre an, wenn man bei der Analyse des nationalsozialistischen Imperialismus das Wort Philosophie, nämlich in der Zusammensetzung „Lebensraumphilosophie“<sup>1</sup> verwendet. Hitler war kein Philosoph, und seine Gefolgsleute noch weniger. Wohl aber ist es möglich, von einer „Theorie vom Lebensraum“ zu sprechen, „auf der die nationalsozialistische Außenpolitik grundsätzlich beruhte“<sup>2</sup>.

Es ist auch richtig, daß die Theorie, welche militärpolitische, ernährungspolitische und rassenbiologische Tendenzen umschloß, schon zum Zeitpunkt der Machtergreifung „voll ausgebildet war“<sup>3</sup> und daß der Begriff „Lebensraum“ schon in Hitlers lange vor der Machtergreifung verfaßtem Buche „Mein Kampf“ „voll ausgebildet“ gewesen ist<sup>4</sup>. Es ist aber ein Irrtum zu sagen, „der Terminus“ (Lebensraum) sei in „Mein Kampf“ noch nicht verwendet<sup>5</sup>. Zwar gebraucht Hitler im Vergleich mit der Terminologie Ratzels und Haushofers – der schon, besonders von ausländischen Kritikern, Verschwommenheit und Mystik vorgeworfen wird<sup>6</sup>, der aber doch eine Bemühung um wissenschaftliche Präzisierung und Differenzierung nicht abgesprochen werden kann – in „Mein Kampf“ mit Vorliebe eine Anzahl grobschlächtiger Phrasen. Ein Lieblingswort ist vor allem „Grund und Boden“. Aber auch „Grundfläche eines Staates“, ferner „Siedlungsgebiet“, vorhandener „Boden“, „Bodenfläche“, „Grundfläche des Mutterlandes“, „Recht auf Erde“, „notwendige Scholle für unser deutsches Volk“, „ungerechte Bodenverteilung“ kehren häufig wieder<sup>7</sup>. Ausdrücke, die sich übrigens so oder ähnlich auch bei Ratzel und Haushofer finden. Indessen kommt doch auch, und zwar schon in der ersten Ausgabe von „Mein Kampf“ (1925 und 1927)<sup>8</sup> der Terminus „Lebensraum“ vor. Bei der Entwicklung der Gedanken über die Autarkie unter Zugrundelegung der bekannten Quadrat-kilometer-Arithmetik heißt es zwar noch: „Wenn diese Erde wirklich Raum zum

<sup>1</sup> So Karl Dietrich Bracher in: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln, Opladen, 2. Aufl. 1962, S. 226.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Besonders deutlich in: Mein Kampf, II. Band, 1927, S. 307.

<sup>4</sup> Gerhard Schulz in: Die nationalsozialistische Machtergreifung, a. a. O., S. 746, Anm. 6.

<sup>5</sup> Gerhard Schulz, a. a. O., wörtlich: „Der Terminus wird in ‚Mein Kampf‘ noch nicht verwendet, aber der Begriff ist bereits voll ausgebildet.“

<sup>6</sup> Vgl. besonders Hermann Beukema, in: Encyclopedia Americana, Artikel über Geopolitik, S. 472 e ff.

<sup>7</sup> Sowohl in der ersten Ausgabe von 1925/27 als auch in der von 1933 (39. Aufl.) und von 1937 (270.–274. Auflage).

<sup>8</sup> In der Bibliographie des oben genannten Werkes von Bracher, Sauer, Schulz (vgl. Anm. 1) zitiert Schulz die Volksausgabe, München 1933 (18. Aufl.). Ich habe auch die Ausgabe von 1933 (39. Auflage I. und II. Bd.) und die Erstausgabe (1925/27) sowie die Ausgabe von 1937 (270.–274. Auflage) nachgeprüft.

Leben hat, dann möge man uns also den uns zum Leben nötigen Boden geben.“<sup>9</sup> Der klare Ausdruck „Lebensraum“ findet sich dann aber zweimal im II. Band (1927). Bei der Erörterung des eigentlichen Sinnes einer für notwendig erklärten Auseinandersetzung mit Frankreich heißt es: „Sie [die Auseinandersetzung] kann und wird nur Sinn haben, wenn sie die Rückendeckung bildet für eine Vergrößerung des Lebensraumes unseres Volkes in Europa.“ Dieser soll bekanntlich im Osten gewonnen werden. Den Überschriften der Seiten 303 (Bedeutung der Grundfläche des Staates), 304 (Raumgröße und Weltmacht), 305 (französische und deutsche Kolonialpolitik) folgt die Überschrift der Seite 306 „Heraus aus der Enge des Lebensraumes!“ Auch der der Überschrift entsprechende Text enthält im Sperrdruck die Stelle: „Sie [die nationalsozialistische Bewegung] muß dann, ohne Rücksicht auf ‚Tradition‘ und Vorurteile, den Mut finden, unser Volk und seine Kraft zu sammeln zum Vormarsch auf jener Straße, die aus der heutigen Beengtheit des Lebensraumes dieses Volkes hinausführt zu neuem Grund und Boden und damit auch für immer von der Gefahr befreit, auf dieser Erde zu vergehen oder als Sklavenvolk die Dienste anderer besorgen zu müssen.“<sup>10</sup>

„Hitlers zweites Buch“, ein Dokument aus dem Jahre 1928, entwickelt dann „das Grundthema seiner Außenpolitik, die Lösung der ‚Raumnot‘ auf russischem Boden, mit einer Schärfe und einer Vielfalt der Variation, welche die bekannten Parallelstellen in ‚Mein Kampf‘ noch übertreffen.“<sup>11</sup> Es ist deshalb auch kaum ein Zufall, daß der Terminus ‚Lebensraum‘ im zweiten Buch häufiger erscheint,<sup>12</sup> allerdings auch hier, wie im ersten Buch, noch eingebettet in die früheren, wohl auch um der Abwechslung willen gewählten Phrasen wie „Grund und Boden“, „Grundfläche“, „Bodenfläche“, „Boden“, „Grund“, „Raum“ u. ä. In den entscheidenden Kapiteln (II bis VII, S. 53–105) findet sich der Terminus „Lebensraum“ elfmal. Daneben noch Varianten wie „nötiger Raum“, „ungenügende Raummenge“, „Weltraumverteilung“. Das Wort „Lebensraum“ gehörte also bereits lange vor der Machtergreifung zu Hitlers Wortschatz, so daß die Aufzeichnung des Generals der Inf. a.D. Liebmann „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“ durchaus eine wörtliche Wiedergabe eines von Hitler in der Ansprache an die Generäle vom 3. 2. 1933 gebrauchten Terminus enthalten kann<sup>12</sup>. Nun hat sich, seitdem der Abstand von der Person und den Ereignissen wächst, immer mehr die Erkenntnis verbreitet, wie wenig originär Hitler in seinen Gedanken und auch in deren Ausdruck ist. Es erhebt sich also die Frage, aus welcher Quelle die Rezeption des Terminus „Lebensraum“ relativ früh, d. h. noch in Hitlers Epoche der Abfassung von „Mein Kampf“ erfolgt sein kann. Wie bei der gesamten

<sup>9</sup> Mein Kampf, 1925, I. Band, S. 145.

<sup>10</sup> Mein Kampf, II. Band, 1927, S. 306. Verglichen wurden auch die Ausgaben von 1933 und 1957, wo sich die entsprechenden Stellen auf anderen Seiten finden.

<sup>11</sup> Hitlers zweites Buch, Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961; hier Geleitwort von Hans Rothfels, S. 9.

<sup>12</sup> Aufzeichnungen von General d. I. a. D. von Liebmann, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 435.

Frage nach Hitlers „Bildungsgut“, deren Beantwortung er im allgemeinen auswich, ist die Quellenlage auch in diesem Falle schlecht. Trotzdem läßt sich die Frage nach der Rezeption des Terminus „Lebensraum“ durch Hitler mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit beantworten.

Bismarck sprach noch davon, Preußen müsse „die für unsere politische Existenz notwendige Lebensluft erhalten“<sup>13</sup>. Er dürfte damit, dem gedanklichen und praktischen Charakter seiner preußisch-kleindeutschen Politik entsprechend, kaum mehr als eine dem europäischen Großmachtanspruch Preußens entsprechende Abrundung des Staatsgebietes im Sinne gehabt haben, wie sie auch in der gelegentlichen Äußerung, Preußen trage eine zu schwere Rüstung für seinen schmalen Leib, zum Ausdruck kommt, wobei noch keine ernährungspolitischen oder gar rassenbiologischen Tendenzen mitschwangen. Ganz anders verhält es sich schon mit dem alldeutschen Terminus „Ellbogenraum“ in einer programmatischen Erklärung des Alldeutschen Verbandes vom 7. Januar 1894. Hier ist in verblüffender „Nähe“ zu Hitlers Buch und zu seiner späteren praktischen Politik so vieles vorausgenommen, daß man die von Alfred Kruck erwähnte entscheidende Beeinflussung der NSDAP vor 1933 durch die Alldeutschen greifen zu können glaubt. Der mit G. K. gezeichnete Aufsatz „Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat“, der die bloße, selbstzufriedene und starre „Daseinspolitik“ des Kleindeutschen Reiches ablehnt, so sehr man den durch die Kolonialpolitik gegebenen Impuls zur Weltmacht anerkennen möge, äußert die stärksten Zweifel, ob dem deutschen Volke auf dem Wege über die überseeischen Kolonien geholfen werden könne. „Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden.“ Nur wenn es gelingt, nach Osten und Südosten „Ellbogenraum“ zu gewinnen, kann man der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen sichern, deren sie bedarf, „selbst wenn darüber solche minderwertigen Völker wie Tschechen, Slowenen und Slowaken“ ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten. Nur den „größeren Kulturvölkern“ steht das Recht der Nationalität zu. Aber nur „die nationale Zusammenfassung des gesamten deutschen Volkstums in Mitteleuropa, d. h. die schließliche Herstellung Großdeutschlands kann die angestrebte Weltmachtstellung ermöglichen, welche die Einbeziehung des Balkans bis zum Bosphorus in die deutsche Zielsetzung erfordert. Schutz gegen die panslawistische Gefahr bietet nicht die Defensive. Der kluge Mann baut vor. Und wer nicht Schwertstreiche empfangen will, der muß Schwertstreiche austeilen.“ Natürlich bedarf es der Vorbereitung des Volksgeistes und Volkswillens auf eine solche Politik, die dem „Bürger von Krähwinkel“ noch eine „Gänsehaut“ bereitet. Deshalb muß und wird „aus der ureigensten Kraft des deutschen Volkes ein Zwingherr zur Alldeutschtum hervorgehen, der das Gefühle und Ersehnte zu frischer Wirklichkeit und jugendstarkem Leben führt“. Der „Zwingherr zur Deutschtum“ (Bismarck) hat seine Schuldigkeit getan<sup>14</sup>.

<sup>13</sup> Bismarck zum Grafen Karolyi, 4. 12. 1862, in: Ges. Werke (Friedrichsruher Ausg.), Bd. 7, S. 71.

<sup>14</sup> Alldeutsche Blätter, 4. Jhg., No. 2, 7. Januar 1894.

Einem der Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes, Friedrich Ratzel, begeistertem Mitkämpfer der Reichsgründung, aber doch bewußtem Förderer des Übergangs von der kleindeutsch-europäischen Großmachtspolitik zur Weltpolitik der Jahrhundertwende, scheint nun, wenn nicht etwas anderes festgestellt wird, die Priorität bei der Verwendung des Terminus „Lebensraum“ zu gebühren. Auch im Falle Ratzel bedarf es allerdings einer Berichtigung. Der Terminus begegnet uns nicht, wie gesagt wird, „zum erstenmal“ in dem gleichnamigen Werk „Der Lebensraum“ von 1901<sup>15</sup>. Vielmehr findet er sich schon am Anfang der „Politischen Geographie“ von Ratzel aus dem Jahre 1897, wo es heißt: „... für die Biogeographie gibt es Lebensräume, Inseln des Lebens usw., und für sie ist auch der Staat der Menschen eine Form der Verbreitung des Lebens an der Erdoberfläche.“ Allerdings herrschen sonst, soweit ich feststellen konnte, in diesem umfangreichen Werk die Termini „Boden“, „Raum“, „Land“, „Landbedürfnis“, „Staatsgebiet“, „räumliches Wachstum“, „Raumbewältiger“ und ähnliche vor, und zwar zum Zwecke einer wissenschaftlichen Differenzierung und Nuancierung<sup>16</sup>. „Die biogeographische Studie“ vom Jahre 1901 freilich, die zuerst eine gute Aufnahme fand und drei Jahre später noch als selbständiges Buch erschien, machte den Terminus dann in der wissenschaftlichen Welt schon dadurch bekannt, daß er als Titel für einen Essay – so kann man trotz der 87 Seiten sagen – verwandt wurde<sup>17</sup>. Aber auch dem Inhalt nach mußte sie Aufsehen erregen, obwohl sie „beinahe unmittelbar nach ihrem Erscheinen in zwei gewichtigen und besonders auch für die sprachliche Ausdrucksweise maßgeblichen Gebieten überholt war“. „Ratzel war ja ursprünglich Zoologe und versuchte in dieser Schrift so etwas wie eine allgemeine Biogeographie zu konzipieren, wobei im Hintergrund ein starker Bezug zu der Migrationstheorie von Moritz Wagner steht.“<sup>18</sup> Der heutige Leser gewinnt einen zwiespältigen Eindruck. Auf der einen Seite scheint es, als ob bei der Interpretation des „Lebensraumes“ von Tier und Pflanze durchaus noch ein Nebeneinander der verschiedenen um den Raum kämpfenden Lebewesen möglich sei, auf der anderen Seite wird in ganz allgemeiner, d. h. auf die Anthropogeographie übertragenen Weise der Kampf um Lebensraum als das eigentliche Prinzip alles Lebens erklärt: „Der viel mißbrauchte und noch mehr mißverständene Ausdruck ‚Kampf ums Dasein‘ meint eigentlich zunächst Kampf um Raum. Denn Raum ist die allererste Lebensbedingung, und an dem Raum mißt sich das Maß anderer Lebensbedingungen, vor allem der Nahrung. Im Kampf ums Dasein ist dem Raum eine ähnliche Bedeutung zugewiesen wie in jenen entscheidenden Höhepunkten der Völkerkämpfe, die wir

<sup>15</sup> So Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, Einleitung, Anm. 1.

<sup>16</sup> Friedrich Ratzel, Politische Geographie, München und Berlin 1923, 5. Auflage mit der Vorrede zur 1. Auflage vom Spätsommer 1897.

<sup>17</sup> Friedrich Ratzel, Der Lebensraum, Eine biogeographische Studie, in: Festgaben für Albert Schäffle, Tübingen 1901.

<sup>18</sup> Ich entnehme diese Charakterisierung von Ratzels „Lebensraum“ dem mir zur Einsicht überlassenen Gutachten eines Sachkundigen, Prof. Dr. Schmitthüsen, vom 15. 3. 1963 aus Anlaß der Planung eines Neudrucks von Ratzels Schrift.

Schlachten nennen. Es handelt sich in beiden um die Gewinnung von Raum in vordringenden und zurückweichenden Bewegungen.“ Ratzel glaubte selbst ausdrücklich, über Darwin und seine Nachfolger mit dieser Schau des Problems hinausgekommen zu sein<sup>19</sup>.

Während man nun trotz der für uns bedeutungsvollen Einführung des Terminus bei der Lektüre des Essays „Lebensraum“ heute ganz unter dem Eindruck steht, daß es sich im Grunde doch nur um eine Untersuchung auf dem Gebiete der Zoologie und Botanik handelt, läßt die schon einige Jahre früher verfaßte „Politische Geographie“ keinen Zweifel, daß hier das Prinzip auf das Gebiet der Weltgeschichte ausgedehnt wird. Trotz der überwiegenden Verwendung des Terminus „Raum“ statt „Lebensraum“ finden sich, fast versteckt unter der Masse des geographischen, historischen und soziologischen Materials, Stellen, die keinen Zweifel lassen, daß auf politischem Gebiete das für rein biogeographische Verhältnisse noch mögliche Nebeneinander keine Gültigkeit haben soll. Denn die Rechte eines Staates auf dem Boden eines anderen vernichten nach Ratzel dessen Selbständigkeit. „Es ist nicht wie das Aufwachsen der Eiche, unter deren Krone noch so manches Gras und Kraut gedeiht. Der Staat kann ohne Schwächung seiner selbst keinen zweiten oder dritten auf seinem Boden dulden.“<sup>20</sup> Es war mir nicht möglich festzustellen, ob Hitler vor oder während der Abfassung von „Mein Kampf“ die Schrift „Der Lebensraum“ gelesen oder gekannt hat. Ich möchte es bei der Art dieser speziellen biogeographischen Untersuchung Ratzels bezweifeln. Sie soll auch wenige Jahre nach dem Erscheinen als selbständiges Buch schnell in den Hintergrund der Aufmerksamkeit getreten sein, „um schließlich nur noch mit einem gewissen Nimbus ab und zu erwähnt zu werden, zum Teil vielleicht von Personen, die die Schrift selbst nie richtig gelesen haben“<sup>21</sup>.

Sicher ist, daß 1924 „ein zerlesener Band der ‚Politischen Geographie‘ eines der wirkungsvollsten, viel verarbeiteten Stücke der mit heiliger Glut[!] gelesenen kleinen Bücherei des Festungsgefängnisses Landsberg bildete“<sup>22</sup>. Haushofer hat dem mit seiner Vernehmung Beauftragten der USA im Oktober 1945 gesagt, daß unter den Büchern, die er damals (in Landsberg) Hitler und Heß selbst brachte, sich Ratzels „Politische Geographie“ und das Werk von Clausewitz „Vom Kriege“ befanden. Er machte auch „Angaben über die Studentenzeit von Heß, seinen Besuch der Haushoferschen Vorlesungen, seine Festungshaft zusammen mit Hitler in Landsberg nach dem mißglückten Münchener Putsch von 1923 und Haushofers

<sup>19</sup> Friedrich Ratzel, *Der Lebensraum*, a. a. O., S. 153. Über den Sozialdarwinismus in Deutschland vgl. Hans-Günter Zmarzlik, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 246–273. Ratzel wird darin nicht berücksichtigt. Schäffle, dem Ratzels Essay als Festgabe galt, wird von Zmarzlik näher zu Hegel und Schelling als zu Darwin, Spencer oder Haeckel gerückt (a. a. O., S. 260).

<sup>20</sup> Friedrich Ratzel, *Politische Geographie*, a. a. O., S. 7.

<sup>21</sup> Gutachten von Prof. Schmitthüsen, a. a. O.

<sup>22</sup> Karl Haushofer in: *Einleitung zu Friedrich Ratzel, Erdenmacht und Völkerschicksal*, Stuttgart 1940, S. XXVI.

Besuch bei den beiden<sup>23</sup> während ihrer Strafzeit“. Mit Entrüstung bestritt er aber „jede Beteiligung an der Abfassung von ‚Mein Kampf‘, er habe den Text erst gesehen, als das Buch im Druck erschienen war, und selbst dann habe er eine Besprechung in seiner Zeitschrift [Geopolitik] abgelehnt, da er es als ein Propagandamachwerk angesehen habe“<sup>24</sup>. Das hat ihn nicht gehindert, noch 1940 „Bestimmung“ darin zu sehen, daß Ratzels Buch in die Hände Hitlers kam und eine höhere Fügung darin zu suchen, „daß ein Gedankengut, das noch 1904 wegen seiner mystischen Beimengungen, seines Anklangs der Rassengedanken in Kultur- und Volkspolitik von einer materialistischen Schule verspottet werden konnte, zwei Jahrzehnte später durch Adolf Hitler und die Seinen Einlaß ins Grundgemäuer eines neuen Staatsglaubens fand und weiterwirken konnte in der italienischen Geopolitik bei einer verbündeten Achsenmacht“<sup>25</sup>. Karl Dietrich Bracher hofft noch auf „eine neuere Gesamtdarstellung der historisch-politischen und ideologischen Erscheinungsformen des Phänomens“ der Beziehungen von Geopolitik und nationalsozialistischem Expansionswillen. Es kann aber schon heute kein Zweifel darüber bestehen, „daß die geopolitische Konzeption in ihrer Haushoferschen Fassung über Heß in ‚Mein Kampf‘ gleichberechtigt bzw. unterstützend neben die Rassendoktrin des Nationalsozialismus getreten ist“<sup>26</sup>.

Auf diesem Wege wird auch der Terminus „Lebensraum“ überliefert sein. Denn er gehört bereits in den Arbeiten des I. Jahrgangs der „Zeitschrift für Geopolitik“ vom Januar 1924 ab zu der Terminologie Haushofers und seiner Mitarbeiter, also zu einer Zeit, in der der Prozeß in München gegen Hitler (Februar bis März 1924) stattfand und der Besuch Haushofers in Landsberg noch bevorstand. Das wissenschaftliche Niveau der Aufsätze der Zeitschrift, etwa von Erich Obst „Das Problem Europa“, in dem die „Zellenstruktur des europäischen Lebensraumes“ auf die geologische Entwicklungsgeschichte Europas zurückgeführt und ein Zusammenschluß aller europäischen Staaten „zu einem freiwilligen – Europäischen Staatenbund“ als Ausweg gefordert wird, oder der von Haushofer „Geopolitische Einflüsse bei den Verkörperungsversuchen von nationalem Sozialismus und sozialer Aristokratie“ (am Beispiel Japans, Chinas und Indiens) ist gut, wenn man nicht der Geopolitik überhaupt den Charakter einer Wissenschaft absprechen will<sup>27</sup>. Haus-

<sup>23</sup> Konrad Heiden behauptet, Haushofer sei „viele Stunden“ bei Heß und Hitler gewesen. Konrad Heiden, Adolf Hitler, Zürich 1936, Bd. I, S. 208.

<sup>24</sup> Edmund A. Walsh SJ, Die Tragödie Karl Haushofers, Aus der Wochenschrift „Life“, Chicago, abgedruckt in „Neue Auslese“ 2 (1947), Heft 3, S. 22 und 26. Derselbe: Wahre, anstatt falsche Geopolitik für Deutschland, Frankfurt/M. 1946; darin: Karl Haushofer, Apologie der deutschen Geopolitik, S. 21 und 25.

<sup>25</sup> Karl Haushofer, Erdenmacht und Völkerschicksal, a. a. O., S. XXV und XXVI.

<sup>26</sup> Karl Dietrich Bracher, a. a. O., IV. Kap.: Das Dritte Reich zwischen Abschirmung und Expansion. S. 226ff. Über die problematische Rolle Haushofers vor und nach der Geburt des Dritten Reiches vgl. Encyclopedia Americana Artikel „Geopolitics“ S. 472c-474 von Hermann Beukema (United States Military Academy).

<sup>27</sup> Zeitschrift für Geopolitik, I. Jahrgang 1924, Heft 2 (für Obst), Heft 3, März 1924 (für Haushofer). Dazu Karl Haushofer, Weltpolitik von heute, Berlin 1936, Rudolf Heß und Eduard Hofweber gewidmet! Das Erscheinungsjahr 1911 in der Encyclopedia Americana muß ein

hofer hat selbst nach dem Ende des Weltkrieges von seinen Schriften gesagt: „Was nach 1933 geschrieben und gedruckt wurde, stand ‚under pressure‘ und muß dementsprechend beurteilt werden.“ So mag auch der Abstand seines Buches „Weltpolitik von heute“, das Rudolf Heß gewidmet und auf breite politische Wirkung im Sinne der expansiven Lebensraumpolitik berechnet ist und daher den Terminus „Lebensraum“ häufig verwendet, bis zu einem gewissen Grade seine Erklärung finden. Das Buch hat aber durch bestimmte Stellen seinen amerikanischen Kritiker Walsh dazu geführt, aufs schärfste die Behauptung Haushofers nach dem Zusammenbruch zu bestreiten, „daß Hitler und die Seinen die wissenschaftlich gültigen geographischen Teile“ seiner Lehre „gröblich entstellt und für ihre fanatischen Ziele verzerrt hätten. Im Dritten Reich fehlte es der an der Macht befindlichen Partei an einem amtlichen Organ, das für die Lehre der Geopolitik empfänglich gewesen wäre, oder sie verstanden hätte. Deshalb griffen sie nur Schlagworte heraus, die sie nicht verstanden und gaben ihnen eine irrtümliche Auslegung. Nur Rudolf Heß und der Außenminister von Neurath hatten ein gewisses Verständnis für Geopolitik, ohne jedoch imstande zu sein, sie mit Erfolg anzuwenden.“<sup>28</sup>

Was Haushofer hier für seine geopolitische Lehre und politische Wirksamkeit in Anspruch nimmt, dürfte auch, und zwar in weit höherem Grade auf Ratzels Raumtheorie zutreffen. Zwar lassen sich bei der Lektüre der „Politischen Geographie“ ohne Mühe eine Anzahl von Gedanken und Formulierungen nachweisen, die direkt an Stellen in Hitlers Buch erinnern, also auf eine mittelbare oder unmittelbare Entlehnung schließen lassen. Ich nenne nur Ratzels Gedanken über „Realpolitik“, deren Verwandtschaft mit Hitlers Ablehnung einer bloßen nationalen Revisionspolitik in „Mein Kampf“, wo diese geradezu als „Verbrechen“ bezeichnet wird<sup>29</sup>, sich aufdrängt: „Die Politik, die dem wachsenden Volke den unentbehrlichen Boden für die Zukunft sichert, weil sie die ferneren Ziele erkennt, denen der Staat zutreibt, ist eine echtere ‚Realpolitik‘ als die, die sich diesen Namen beilegt, weil sie nur das Greifbare vom Tag und für den Tag leistet.“<sup>30</sup> Auch der Gedanke der Erziehung des Volkes zum „großräumigen“ Denken muß auf Hitler gewirkt haben, der sich zweifellos in eine solche Erziehungsaufgabe hineingesteigert hat und, was Beukema schon von Ratzel behauptet, dem deutschen Volk das Gefühl „of mass claustrophobia“ suggerierte. Bei diesem massenpsychologischen Phänomen

---

Irrtum sein. Die früheste Auflage ließ sich für 1934 feststellen. Der von Bracher (a. a. O., S. 227) erwähnte Aufsatz „Deutschlands und Europas Schicksalsfrage“ [Zeitschrift für Geopolitik 3 (1926), S. 303–309], der als Ausweg für das „übevölkerte“ Deutschland nur „den Weg nach Osten“ sieht, wenn nicht eine zweite Explosion erfolgen soll, geht nicht auf Haushofers persönliches Konto, sondern stammt aus der Feder des Kölner „Lebensphilosophen“ Ernst Barthel, des Herausgebers der Zeitschrift „Antäus“. Erich Obst vermutete in einem Vorwort, daß der Aufsatz „sicherlich nicht ohne weiteres die Zustimmung der gesamten Leserschaft finden, hier und da vielleicht zu lebhaftem Widerspruch herausfordern wird“.

<sup>28</sup> Erklärung Haushofers vom 2. Nov., 1945, zit. nach Walsh, a. a. O.; dazu auch: Apologie der deutschen Geopolitik, a. a. O.

<sup>29</sup> Hitler, Mein Kampf, München 1937, S. 736 ff.

<sup>30</sup> Friedrich Ratzel, Politische Geographie, a. a. O., S. 7–8.

hat zweifellos außer der Geopolitik auch Hans Grimms politischer Roman „Volk ohne Raum“ mitgewirkt, der im Januar 1926 erschien und 1933 eine Gesamtauflage von 265 000 hatte. Die Parallelität zu „Mein Kampf“ kommt m. E. am stärksten darin zum Ausdruck, daß selbst der Kolonialdeutsche Grimm sagt: „Und auch mit einem Stücke Kolonie oder irgendeinem anderen pfliffigen Betruge wird die Enge niemals zum Raume.“<sup>30a</sup>

Trotzdem kann man von einer falsch verstandenen Geopolitik sprechen. Gerade ein sorgfältiges Studium der mit profundem Wissen gefüllten Schriften Ratzels, aber auch Haushofers, wenigstens vor der Machtübernahme, nach der er seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit verloren zu haben scheint<sup>31</sup>, hätte Gedankengänge finden lassen, die geradezu als eine Warnung auf Hitler hätten wirken müssen, vor allem als Warnung vor einer völlig überholten kontinental-europäischen Denkweise. Ratzel, der Verfasser einer besonderen Schrift mit erzieherischer Tendenz „Das Meer als Quelle der Völkergröße“<sup>32</sup>, war nach der Charakteristik, die Haushofer noch 1940 gab, „bei aller Heimatliebe und Erdverbundenheit ein bodenfreier und raumüberwindender Geist geblieben, dessen Denken mehr dem ozeanischen als dem kontinentalen Ausblick angepaßt war, wie er denn auch von dem Übergang von der Festlandverbindung an die Küste und dem Schritt auf das Meer hinaus und auf die Gegenküste zu behauptete, daß er das großartigste sei, was über einen einzelnen und eine Völkergruppe ausgesagt werden könnte“<sup>33</sup>. Ratzel selbst sagt denn auch: „Die enge territoriale Politik ist ihrem Wesen nach kurzsichtig; das weite Meer erweitert den Blick nicht bloß des Kaufmanns, sondern auch des Staatsmanns.“<sup>34</sup> Ja, „der Begriff ‚Großmacht‘ hat in der Anwendung auf Mächte, die nur Landmächte sind, schon heute etwas vollkommen Veraltetes“. Eine neue Epoche hat begonnen und zu der fast plötzlich allgemein gewordenen Einsicht geführt, daß auch beim Kampf um den Boden „das Meer eines der größten Machtmittel ist“<sup>35</sup>. Selbst Rom, dem Alexander-Reich, dem Perserreich, dem Deutschen Kaiserreich des Mittelalters kommen nach Ratzel, der um 1897 unter den 5 wahren Großraumnächten England, Rußland, China, USA und Brasilien eigentlich nur das Britische Reich als Weltmacht anerkennen will, nur eine relative, d. h. auf den engen Horizont ihrer Zeiten bezogene Weltstellung zu. Denn „wir können doch zu jeder Zeit nur die Macht eine Weltmacht nennen, die in allen Teilen der bekannten Erde und besonders auch an allen entscheidenden Stellen durch eigenen

<sup>30a</sup> Hans Grimm, *Volk ohne Raum*, Ausg. 1933, S. 1286.

<sup>31</sup> Vgl. Haushofers Bekenntnisse und Aussagen über seine Rolle nach 1933 bei Walsh, a. a. O., und vgl. *Encyclopedia Americana* (s. Anm. 26).

<sup>32</sup> Friedrich Ratzel, *Das Meer als Quelle der Völkergröße*, 1. Auflage 1900, 2. Auflage 1911, München.

<sup>33</sup> Karl Haushofer in Einleitung zu *Erdenmacht und Völkerschicksal*, München 1940, S. XIV.

<sup>34</sup> *Das Meer als Quelle . . .*, 1911, S. 40.

<sup>35</sup> Friedrich Ratzel, *Das Meer als Quelle . . .*, 1911, S. 71/72.

Besitz machtvoll vertreten ist<sup>36</sup>. Hitlers Konzeption war zweifellos trotz aller opportunistischen Züge seiner Politik ein Rückgriff in die deutsche Geschichte. Aber gerade davor warnte Ratzel: „Die Geschichte ist rückwärts gewandt und verliert daher leichter den Raummaßstab, der für die Gegenwart und die nächste Zukunft der wirkliche ist.“<sup>37</sup> Über den Versuch einer Beherrschung Europas heißt es: „Europas Zersplitterung ist nicht mehr durch *Eroberung* zu heilen, sondern kann nur auf Wegen gemildert werden, die den Interessen dieser wachsenden Massen entgegenkommen, also durch Verkehrserleichterungen.“<sup>38</sup> Die Stellen ließen sich häufen, in denen Ratzels Gedanken als Warnung für Hitler hätten dienen können. Ich nenne nur noch den Hinweis auf die Gefährlichkeit des Raumes für den Eroberer etwa im Falle Napoleons in Rußland und auf die Wahrscheinlichkeit des Verlustes der politischen Eigenart der Unterwerfenden, die noch dazu der aufsaugenden Macht der größeren Masse der Unterworfenen zu verfallen pflegen<sup>39</sup>. Trotz allem, was Haushofer an späterer Förderung der Nationalsozialisten nachgewiesen werden kann – die Motive sollen dem engsten persönlichen Schicksal entspringen sein –, man ist geneigt, ihm zu glauben, daß auch er sich mißverstanden fühlte<sup>40</sup>. Er teilt mit seinem verehrten Vorbild Ratzel die Kritik an der kontinentalen Denkweise der Deutschen, „von denen Tirpitz behauptet“, daß der Deutsche „das Verhältnis zum Meer überhaupt“ nicht verstanden habe. Denn „wie kontinental lasen sie [im I. Weltkrieg] ihre Kriegskarte, unter der im Grunde immer nur der von Mitteleuropa aus besetzte Raum verstanden wurde, während bei den ozeanischen Gegnern immer die Weltkarte als Ganzes gesehen worden ist“<sup>41</sup>. Der gesamte ideologische Trappfeiler des nationalsozialistischen Imperialismus, nämlich die biopolitische Rassenlehre, wird noch im Jahre 1931 durch Haushofers Bemerkung in Frage gestellt, daß die „letzte ganz große Reserve der reich bewässerten Tropenböden“ nur der entwickeln und pflegen kann, der sich bis jetzt diesen Böden anpassen konnte, „oder bestenfalls eine noch zu erlangende, zu züchtende Mischrasse, die gute Eigenschaften der gemäßigten Zone mit Arbeitsfähigkeit in den Tropen verbindet“. „Von diesem Standpunkt wird man wohl oder übel manche überseeische Rassenzusammensetzungs- und Wanderfragen mit anderen Augen im Lichte der künftigen Pan-Ideen sehen und sich sagen müssen: *absolute Ausschließlichkeit verurteilt zum Rassentod durch Inzucht* und schließt von weiten Erdräumen auf die Dauer aus.“<sup>42</sup> Was die Gestaltung von Hitlers Großreich und die Behandlung der eroberten Gebiete betrifft, lautete Haushofers Rat im Jahre 1931 noch so:

<sup>36</sup> Ratzel, Politische Geographie, a. a. O., S. 252.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 264.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 308.

<sup>39</sup> Politische Geographie, S. 308; über Napoleons Zug: S. 264/64.

<sup>40</sup> Walsh, a. a. O., vgl. auch Encyclopedia Americana, a. a. O.

<sup>41</sup> Karl Haushofer, Geopolitik der Pan-Ideen, Berlin 1931 (Weltpolitische Bücherei Bd. 21), S. 51. — Auch R. Kjellén meint, daß sich alle Vorstellungen um das Ziel bewegen, „Deutschlands kontinentale [!] Gebundenheit zu überwinden und ihm mehr Raum und Luft zu verschaffen“; in: Die Großmächte der Gegenwart, Leipzig 1915, S. 80.

<sup>42</sup> Karl Haushofer, a. a. O., S. 85, Sperrung vom Verfasser!

Die „Dauer räumlicher Bildungen“ wird nicht nur durch „tiefste pflegliche Verwurzelung“ in den ergriffenen Boden verbürgt, sondern „eine überragende Rolle“ spielt in diesem Zusammenhange die „Fähigkeit, andersartige Räume anzugliedern, zu williger Mitarbeit zu bringen, zu gemeinem Nutzen, wie eine Art Almende auszugestalten“. Die „uralte Herrenweisheit des Nahen Ostens“, die in dem Satze: „Du sollst dem Ochsen, der da drischtet, das Maul nicht verbinden“ gipfelt, liefert Haushofer „einen merkwürdig oft verkannten Schlüssel auch zu erfolgreicher Durchgestaltung von Pan-Ideen in ihren natürlichen und angegliederten Räumen“<sup>43</sup>. Die Streitfrage, ob zentralistischer oder föderalistischer Grundcharakter bei der Gestaltung von Pan-Ideen vorzuziehen sei, wird von Haushofer gegen den „Ideologen der Staatsvergottung“, der „Zentralist von Natur ist“, entschieden. Denn „die Tatsache besteht zu Recht, daß jedenfalls alle diese in der Raumausstattung planetarischen Bildungen (genannt werden Groß-China, USA, australische Gemeinwelt, Britischer Reichsverband) es für nötig hielten, sich föderalistisch zu gestalten, wie ja auch der Völkerbund und die Briandschen Anregungen für die Vereinigten Staaten von Europa ausgesprochen föderalistisch aufgebaut gedacht sind“<sup>44</sup>. Bei gutem Willen, meint der hier noch objektive Geopolitiker, ließe sich „ein großer Teil der Erfahrung der Menschheit mit der zentralistischen oder föderalistischen Ausgestaltung übernationaler Raumkörper . . . mit dem objektiven Mittel der Karte, der geographischen Erscheinung auf der Erdoberfläche erfassen“. Es ist aber „ein gemeinsamer Fehler der Ideologen und reinen Geisteswissenschaftler aller Zeiten, sich viel zu wenig prüfend an die geographisch erfassbare Erscheinung zu wenden“<sup>45</sup>. Ich bezweifle, daß der Vorwurf die „reinen Geisteswissenschaftler aller Zeiten“ trifft. Anders verhält es sich mit der Kritik an den Ideologen der Biopolitik und des Lebensraumes. Haushofer hat nach dem Zusammenbruch gestanden, daß er dem Außenminister des Dritten Reiches (Ribbentrop) „erst beibringen“ mußte, „wie man eine Karte liest“. Hitler selbst aber bezeichnete er demselben Amerikaner gegenüber „als einen Halbgebildeten, der die ihm durch Heß übermittelten Prinzipien der Geopolitik niemals richtig begriff“<sup>46</sup>. Er „vertrug keinen Widerspruch“ und ist seit der Abfassung seines ersten Buches, wenn auch verdeckt durch die rein taktisch zu wertenden Äußerungen und Handlungen als Politiker, bis in die Tage seines Unterganges, nach dem auch die Tragödie Haushofer ihren Abschluß finden sollte<sup>47</sup>, von dem Schlagworte „Lebensraum“ beherrscht geblieben.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 87.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 69. Noch im Jahre 1936 fordert Haushofer eine Kolonialpolitik ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Sie muß wie die friedliche Ausbreitung über Nachbarlandschaften „nur im Führungsgedanken ihre Rechtfertigung“ finden; Karl Haushofer, *Weltpolitik von heute*, Berlin 1936, S. 151.

<sup>45</sup> A. a. O., S. 68.

<sup>46</sup> Edmund A. Walsh, a. a. O., S. 22.

<sup>47</sup> Karl Haushofer war seit November 1938 nach einer scharfen Auseinandersetzung mit Hitler in Ungnade. Der Gedanke an einen Selbstmord hat ihn, jedenfalls von 1941 an, ständig beschäftigt. Das Jahr des Angriffs auf Rußland, der letzten Konsequenz von Hitlers Lebensraum-Politik, bedeutete auch für Albrecht Haushofer, Geopolitiker wie sein Vater, die Wende in seinen Beziehungen zum Regime; Walsh, a. a. O., S. 26ff.

So bezeichnet die Verwendung des Begriffes und des Terminus von Ratzel, der zu Unrecht von Haushofer in übertreibender Lyrik noch 1940 „weit mehr als Zeitgenosse des Dritten Reiches als ein solcher des Zweiten Reiches“ bezeichnet wird<sup>48</sup>, über Haushofer zu Hitler drei Phasen unseres politischen Denkens und Schicksals. Es war ein echtes Bedürfnis und Unterfangen, nach der Reichsgründung die Bedeutung des Raumes im Leben der Erde und der Völker zu untersuchen. Die „legitimen Aufgaben“ der Geopolitik, den Staatsmännern als Richtschnur nützliche und lehrreiche Kenntnisse für die Führung der inneren Politik und die Gestaltung der internationalen Beziehungen zu verschaffen, erkennt auch der amerikanische Kritiker Haushofers an<sup>49</sup>. Mit dem Entschluß, nicht nur Forscher zu sein, sondern den Anspruch, politischer Erzieher zu sein, zu erheben, verließ aber Ratzel bereits den Boden der reinen Wissenschaft und stieß als Kind des naturwissenschaftlichen Zeitalters zur sozialdarwinistischen Betrachtungsweise des Völkerlebens und zum alledutschen Imperialismus vor. Jenes Gefühl von „mass claustrophobia“ kam<sup>50</sup> seit ihm im deutschen Volke nicht mehr zur Ruhe. Nach der deutschen Tragödie von 1918 versuchte sein Schüler, der enttäuschte General des Ersten Weltkrieges, den Kampf gegen die deutsche „Raumenge“ mit den Mitteln der Geopolitik zu führen. Er begriff, „noch blind vom Traum der Macht“<sup>51</sup>, erst spät, wenn er damit ein Werkzeug geliefert hatte, und daß der mit Problematik geladene Begriff der Forscher zum groben Schlagwort im Munde des Gewaltmenschen entartet war.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkriege ist der Terminus „geradezu zu einem international gebrauchten Fremdwort“ geworden, unter dem man die nationalsozialistische Machtpolitik, darüber hinaus aber auch „geradezu die Quelle allen Übels bis zurück auf H. v. Treitschke und F. List zusammenfaßt“<sup>52</sup>. Trotz des schlechten Beigeschmacks, den er noch lange in der Welt behalten dürfte, scheint aber die Forschung mit einer Ausrottung oder Vermeidung des verhängnisvollen Wortes, das in den 30er Jahren selbst in die Kunstgeschichte<sup>53</sup> eingedrungen war, nicht zu rechnen. Das betrifft vor allem seine biogeographische Bedeutung in der modernen ökologischen Tier- und Pflanzengeographie<sup>54</sup>; aber auch seine kulturgeographische Verwendung. So hat sich z. B. Heinrich Schmitthenner im Vorwort seines 1938 zuerst veröffentlichten und 1951 wieder aufgelegten Werkes ausdrück-

<sup>48</sup> Karl Haushofer, *Einleitung zu Erdenmacht . . .*, a. a. O., S. XXV.

<sup>49</sup> Edmund A. Walsh, *Wahre anstatt falsche Geopolitik für Deutschland*, Frankfurt/M. 1946, S. 7 ff.

<sup>50</sup> Beukema, a. a. O.

<sup>51</sup> Albrecht Haushofer, *Acheron*, in: *Moabiter Sonette*, Berlin 1949.

<sup>52</sup> C. Troll, *Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1937 bis 1945*, in: *Erdkunde*, Jahrg. I, S. 9–10 u. S. 17 ff.

<sup>53</sup> Martin Wackernagel, *Der Lebensraum des Künstlers in der Florentinischen Renaissance*, Leipzig 1938. Bezeichnenderweise wird hier bei der Definition des Begriffes einmal von der „Biologie des Kunstgeschehens“ geredet (a. a. O., S. 213).

<sup>54</sup> C. Troll, a. a. O., S. 9. u. 10.

lich zu dem Terminus bekannt<sup>55</sup>. Auch die politische Geschichtsforschung verschmäht ihn nicht, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Ära<sup>56</sup>. Umsomehr sollte Vorsicht geboten sein. Schon 1939 hat Schmitthenner auf die Pflicht der Wissenschaft hingewiesen, darüber zu wachen, daß der von ihr erarbeitete wissenschaftliche Gehalt des „schönen, volltönenden“ Wortes sich nicht verliere<sup>57</sup>. Nach der Katastrophe von 1945 hat Peter Schöller in seiner umfassenden Abrechnung gezeigt, daß die geopolitische Entwicklung nicht allein eine „deutsche Krankheit“ gewesen ist. Umsomehr fordert er eine Bekämpfung des grundsätzlich falschen Ansatzes aller Geopolitik, den er in der Überbewertung der Naturfaktoren und dem Streben nach „Gesetzmäßigkeit“ und praktischen Richtlinien des politischen Handelns erblickt<sup>58</sup>. Es ist zu begrüßen, daß über die Gebiete der Fachwissenschaften hinaus auch die Philosophie sich um eine grundsätzliche Klärung aller in den Worten Raum, Lebensraum, Lebensspielraum liegenden Probleme bemüht und bei allem Eingeständnis, daß es ein rivalisierendes, ja feindliches Verhältnis der Menschen zueinander in der Frage des Lebensraums gibt, zu dem Ergebnis kommt, daß eine der Rivalität völlig entgegengesetzte Möglichkeit des räumlichen Miteinanders und der freundschaftlichen Zusammenarbeit dem Menschen gegeben ist<sup>59</sup>.

<sup>55</sup> Heinrich Schmitthenner, *Lebensräume im Kampf der Kulturen*, Heidelberg 1951. Vorwort zur 2. Aufl. Über die Bewertung des hier mit großer Vorsicht und wissenschaftlicher Unterscheidung (realer und virtueller Lebensraum) gebrauchten Terminus vgl. P. Schöller, *Wege und Irrwege der politischen Geographie und Geopolitik*, in: *Erdkunde*, Jahrg. XI, S. 15 ff.

<sup>56</sup> Dirk Oncken, *Das Problem des Lebensraumes in der deutschen Politik von 1941*, Ungeedr. Diss. Freiburg 1948.

<sup>57</sup> H. Schmitthenner: *Sinn und Wert des Wortes Raum in der geographischen Literatur von heute*, in: *Geogr. Ztschr.* 45 (1939), S. 41–51.

<sup>58</sup> Peter Schöller, a. a. O., S. 2, 5–6.

<sup>59</sup> Otto Fr. Bollnow, *Mensch und Raum*, Stuttgart 1963.

## Dokumentation

### ZUR SOZIOLOGIE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN REVOLUTION

Notizen aus dem Jahre 1934

#### *Vorbemerkung des Verfassers*

Die folgenden Betrachtungen fanden sich in einem Notizbuch aus den ersten Jahren des nationalsozialistischen Regimes. Sie sind vermutlich im Beginn des Jahres 1934, jedenfalls vor dem 30. Juni niedergeschrieben. Der Verfasser, von 1938–1963 Professor an der Louisiana State University, war von 1929–1938 Privatdozent an der Universität Kiel, die als Grenzlanduniversität in besonders starkem Maße der Nazifizierung ausgesetzt war. Die Beobachtungen des Verfassers beziehen sich im wesentlichen auf Vorgänge in Kiel. Sie dürften aber allgemeinen Erfahrungen entsprechen und deshalb als ein Zeitdokument auch heute noch von Interesse sein.

Die Ausdrucksweise ist offensichtlich vorsichtig, ja an manchen Stellen zweideutig. Der Verfasser war sich darüber klar, daß solche Notizen, wenn etwa von der Gestapo gefunden, gefährlich werden könnten. Es muß aber für den heutigen Leser gesagt werden, daß man einige Monate später solche Gedanken überhaupt nicht mehr zu Papier gebracht haben würde. Denn jede, noch so objektiv gehaltene Analyse erregte den Verdacht der Partei- und Staatsfeindlichkeit. *Rudolf Heberle*

#### Dokument

Es wäre sehr interessant, eine Soziologie und Sozialpsychologie der „deutschen“ Revolution zu schreiben, – vor allem über die Prozesse der Anpassung und Umstellung bei den früheren Gegnern der NS. Einige, die ehrlich, aber nicht sehr klardenkend sind, haben ganz bewußt das Opfer des Intellekts gebracht und sich entschlossen unter Bruch mit ihrem bisherigen Standpunkt zum neuen Regime bekannt; sie arbeiten aktiv mit, wo sie können, und versuchen, sich den Geist des NS zu eigen zu machen. Eine zweite Kategorie sind diejenigen, die im Herbst 1932 Hitler noch für den Gottseibeiuus hielten, seit dem 5. März<sup>1</sup> oder seit dem 1. Mai<sup>2</sup> aber behaupten, sie seien eigentlich schon immer innerlich nationalsozialistisch gewesen, sie hätten die Bewegung nur verkannt, es sei ja gerade das, was sie immer gewollt hätten. Bei einigen ist das glatter Selbstbetrug, bei anderen Lüge, bei einigen aber wirklich so: diese hatten in Hitler den Führer einer plebejischen, halb bolschewistischen Revolution gesehen, von der sie den Ruin der bürgerlichen Gesellschaft fürchteten, und nun erkannten sie mit einem Male, daß Hitler gerade

<sup>1</sup> Am 5. März 1933 fanden die letzten Reichstagswahlen mit mehreren Parteien statt.

<sup>2</sup> Im Jahre 1933 wurde der 1. Mai von der Hitler-Regierung zum nationalen Feiertag erklärt; es wurde angeordnet, daß alle „Volksgenossen“, nicht nur die Arbeiter, an den Demonstrations-Umzügen teilzunehmen hätten. So wurde der traditionelle Feiertag der internationalen sozialistischen Arbeiter-Bewegung zu einem Mittel der Kontrolle politischen Verhaltens.

die Erhaltung dieser bürgerlichen Gesellschaft bedeutete, daß die Nationalsozialisten „zugelernt“ hätten, daß sie keineswegs alles ruinieren. Das sind die Spießer, die besonders begeistert waren, als offiziell der Schluß der revolutionären Periode und der Beginn der Evolution erklärt wurden<sup>3</sup>: Demokraten, Zentrumsleute, Volksparteiler. –

Ehrliche Opportunisten, die offen erklären, man müsse eben mit den Wölfen heulen und sich keine Rechtfertigungsideologie machen, sind selten. Häufiger schon die stillen Oppositionellen, die sich von allen öffentlichen Angelegenheiten fernhalten und nur unter vier Augen einmal ihrem Herzen Luft machen. Dazu gehören viele Deutschnationale und Konservative.

Da diese zur Untätigkeit gezwungen sind, bleibt die Opposition unfruchtbar. Überdies geht ihre grundsätzliche Sympathie mit dem neuen Regime so weit, daß ihre Kritik an den Einzelheiten und an sekundären Erscheinungen haftet: sie „meckern“. Besonders schimpfen sie über die mangelnde Qualität der *homines novi*, über die egalitären Züge, über die Unterdrückung des freien Wortes und was dergleichen bürgerlich-liberale Gesichtspunkte<sup>4</sup> mehr sind.

Wirklicher Widerstandswille, wenn auch nur in Form passiven Widerstandes, scheint sich nur in der Arbeiterklasse gezeigt zu haben. Wer noch etwas zu verlieren hatte, war dank der absoluten ökonomischen Abhängigkeit aller von den politischen Machthabern, die sofort hergestellt wurde, bei Gefahr des Verhungerns genötigt, sich zu fügen.

Am eifrigsten in der Beteuerung ihrer nationalsozialistischen Gesinnung waren die politisch vorbelasteten „Märzgefallenen“<sup>5</sup>; alte Pgs verhielten sich vielen neuen Erscheinungen und Maßnahmen gegenüber viel kritischer und benahmen sich auch denen, die nicht geschwenkt waren, gegenüber geschmack- und taktvoller.

Der lebendige Sinn für Symbolik, der die Nationalsozialisten kennzeichnet, ermöglichte eine weitgehende Kontrolle der Gesinnungen. Zum Beispiel der Hitlergruß – ich habe ihn erst angewandt, als es allgemein für Beamte befohlen wurde, und habe oft beobachtet, daß alte nationalsozialistische Studenten mich im Institut<sup>6</sup> mit Kopfnicken oder Verbeugung grüßten, während frischgebackene Nazis mich

<sup>3</sup> Worauf sich die Textstelle bezieht, ist nicht mehr festzustellen, vielleicht auf Hitlers Aufruf an die NSDAP vom 10. März 1933, worin es heißt: „Mit dem heutigen Tag hat die nationale Regierung die vollziehende Gewalt in den Händen. Damit wird der weitere Vollzug der nationalen Erhebung ein von oben geleiteter planmäßiger sein.“ Siehe auch Hitler-Rede vom September 1933: „... Ende März war die nationalsozialistische Revolution äußerlich abgeschlossen.“

<sup>4</sup> Der Verfasser bedient sich hier jener zweideutigen Sprache, die im Dritten Reich in der Opposition allgemein üblich wurde.

<sup>5</sup> Ursprünglich die in der Märzrevolution 1848 gefallenen Berliner Arbeiter. Die Sozialdemokraten wandten den Ausdruck ironisierend auf die im März 1933 politisch Umgefallenen an. Die Bezeichnung war schließlich weit verbreitet.

<sup>6</sup> Gemeint ist das Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Der von den Nationalsozialisten eingesetzte Direktor, Professor Jens Jessen (er wurde nach dem 20. Juli 1944 hingerichtet wegen Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler), hatte einen kleinen Stab von Parteigenossen ins Institut gebracht, unter anderen den späteren SS-Führer Otto Ohlendorf.

mit „Heil Hitler“ begrüßten. Die Anpassung an all diese neuen Konventionen bedeutet für Leute mit einigem Rückgrat eine fortdauernde Serie von Demütigungen.

Dazu kam die Gleichschaltung der verschiedenartigsten Organisationen, vom Interessenverband bis zum Turnverein, die ebenfalls oft in Formen vollzogen wurde, die für den unterliegenden Teil schwere Demütigungen mit sich brachte. Zumal fast überall die langjährigen und oft sehr erfahrenen und verdienstvollen Organträger unter Umgehung der „nächsten“ Generation durch ganz junge unerfahrene Leute ersetzt wurden, deren einziges Befähigungszeugnis die Tatsache der Pgschaft war.

In vielen Fällen hat sich an diesen jungen Leuten, die sehr oft der Nachkriegsgeneration angehörten (Jahrgang 1900 und folg.), das Sprichwort bewahrt: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.“ (Aber damit ist das Unrecht und die Kränkung gegen die Abgesetzten und Übergangenen nicht kompensiert – doch kann man hier sagen „c'est la guerre“.)

Mit sicherem politischen Instinkt haben die Nationalsozialisten erkannt, daß Politik Kampf ist und daß es in der Revolution keine Schonung für den Gegner gibt<sup>7</sup>. Gewalttat, Mißhandlung, Konzentrationslager und einfache Einschüchterung sind daher angewandt worden, um jeden Widerstand zu brechen. Daß die Nationalsozialisten oft Leute von zweifelhafter Gesinnungstreue in ihre Reihen aufgenommen haben, brauchte sie nicht zu beunruhigen, denn sie haben ein vollkommenes System der Kontrolle über jeden Pg. und SA-Mann, so daß gerade diese Elemente nichts riskieren konnten.

Andererseits waren sie in der Lage, ihre Anhänger zu belohnen durch Posten: bei der Polizei, im Dauerbetrieb der SA und SS; durch Privilegierung der Pgs bei Vergebung von Arbeitsstellen in privaten Unternehmungen und Säuberung der Betriebe von „Marxisten“, die durch Nationalsozialisten ersetzt wurden. Das Gefühl der Unsicherheit des Lebens, das die Gegner im Anfang beherrschte und lähmte, wich mit dem Nachlassen des physischen Terrors dem Gefühl der Ohnmacht, des ständig Überwachtseins, wobei das Mißtrauen gegen den lieben Nächsten eine große Rolle spielte. Kritische Bemerkungen, die durchaus konstruktiv gemeint waren, wurden oft mit der Bemerkung geschlossen: „Sie werden mich doch nicht anzeigen“ oder „Man darf das ja eigentlich nicht sagen.“

Das Mißbehagen machte sich bald in einer Fülle von Witzen Luft: wenigen über Hitler, vielen über Goebbels, besonders aber über Göring, dessen Prunkliebe dem Volksempfinden die Zielscheibe zu vielen guten Witzen gab.

Die Wirtschaftskrise ist nicht nur eine wesentliche Bedingung für das Entstehen, sondern auch für den Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung gewesen. Hätte nicht jedermann um den Verlust seiner Stellung gezittert, so würde sich viel mehr Widerstand erhoben haben, wie er sich in der protestantischen Kirche denn auch unter dem teilweisen Schutz durch die Deutschnationalen erhoben hatte gegen die „Deutschen Christen“.

<sup>7</sup> Siehe Anmerkung 4.

Aber auch dieses Moment wäre den Nationalsozialisten nicht so zugute gekommen, wenn sie nicht in alle Betriebe, Organisationen und Behörden ihre Vertrauensleute delegiert hätten und wenn nicht die innige Einbeziehung jedes Individuums in den Gesamtzusammenhang der modernen Volkswirtschaft es selbst dem sonst so unabhängigen Bauern und dem kleinen Unternehmer unmöglich gemacht hätte, wider den Stachel zu lücken.

Immerhin: gegen „Übergriffe“ untergeordneter Organe hat energisches Beharren auf dem eigenen Recht und persönlicher Mut in vielen Fällen sich als wirksam erwiesen. Aber das ändert nichts an dem Wesen der Sache. Die Diktatur der NSDAP war jedenfalls Ende des Sommers<sup>8</sup> vollkommen, sie vollendete sich mit der Unterstellung des Stahlhelm unter die Oberste SA-Führung. Denn der Stahlhelm war an vielen Orten zu einem Sammelbecken aller Gegner des Nationalsozialismus geworden, von den Deutschnationalen bis zur SPD. Nur die ehemaligen KPD-Leute haben offenbar den Eintritt in die SA vorgezogen und auch leichter dort Aufnahme gefunden, wie z. B. die Braunschweiger Konflikte zwischen St. und SA zeigten.

Die NSDAP war natürlich der Gefahr der Verwässerung ausgesetzt. Daher die häufigen Aufnahmesperren, die Einführung einer langen Probezeit für neue Mitglieder. Schließlich gegen Ende des Jahres 1933 die Trennung zwischen PO und den angegliederten Organisationen, welche es ermöglicht, der NSDAP den Charakter des politischen Ordens zu bewahren, ohne in den wirtschaftlichen und kulturellen Fachorganisationen auf die Mitwirkung erfahrener Leute aus anderen Lagern verzichten zu müssen.

Ein Beispiel für die Einschüchterung politischer Gegner: Vor dem Plebiszit im November 1933<sup>9</sup> hatte sich das begriffliche Gerücht verbreitet, die Stimmabgabe werde kontrolliert werden, d. h. es werde nicht nur Stimmzwang ausgeübt werden, wie es wirklich geschah, sondern auch nachgeprüft werden, wer gegen die Regierung gestimmt habe. Das wurde natürlich von der Regierung dementiert, und in Wirklichkeit ist auch nicht versucht worden, das Wahlgeheimnis zu verletzen. Dafür sprachen die zum Teil recht hohen Anteile der Nein-Stimmen, bzw. die Differenzen zwischen Volksentscheid und Reichstagswahl. Aber die Furcht, es könne geschehen, hat einige von meinen persönlichen Bekannten, die ausgesprochene Gegner des Nationalsozialismus sind, veranlaßt, mit „Ja“ zu stimmen und auch bei der Reichstagswahl ihre Stimme für Hitler abzugeben.

Die Einschränkung der Pressefreiheit hat zu einer Subtilisierung des Stils geführt, die den Leser nötigt, zwischen den Zeilen zu lesen. Diese Kunst hat sich überhaupt sehr entwickelt; denn da wichtigste Maßnahmen ohne Kommentar angekündigt wurden, oft in die Geheimsprache einer harmlos scheinenden Verordnung gekleidet, so muß, wer sich auf dem Laufenden halten will, verstehen, den wirklichen Sinn einer Anordnung von dem scheinbaren zu unterscheiden<sup>10</sup> oder aus

<sup>8</sup> Ende des Sommers 1933.

<sup>9</sup> Reichstagswahlen und Volksentscheid vom 12. XI. 1933.

<sup>10</sup> Z. B. wurde die Verleihung des Kriegsteilnehmer-Kreuzes, die man bei der örtlichen

dem Wortlaut von Parteibefehlen auf die Tatbestände zu schließen, die dadurch geregelt werden sollen.

Die Monopolisierung der öffentlichen Meinung durch die NSDAP und die Regierung bewirkte das Entstehen von Latrinenparolen, die Ausbildung einer Agitation von Mund zu Mund unter den Proletariern, die Hinwendung der Gebildeten zu ausländischen Zeitungen und zum ausländischen Radiosender; doch kann das wegen der Kosten an Zeit und Geld und der Sprachschwierigkeiten quantitativ nicht sehr viel ausmachen. Immerhin sieht man schweizerische, englische, skandinavische und französische, ja sogar amerikanische Zeitungen an den Zeitungsständen in der Stadt, während sie früher nur am Bahnhof zu haben waren. Quantitativ bedeutsamer ist der Absatzrückgang bei den großen Tageszeitungen und bei der Generalanzeigerpresse.

Dem Informationsbedürfnis sucht die Zusammenstellung von Pressestimmen des „Blick in die Zeit“ abzuwehren. Eine vorsichtige immanente Kritik erlaubt sich die von Fr. Klein herausgegebene „Deutsche Zukunft“, die eigentlich Vergangenheit heißen sollte, da sie im wesentlichen für das Wertvolle und Dauernde am Liberalismus zu Felde zieht.

Ein sehr wirksames Mittel der Massensuggestion seitens der NS ist, die von der neuen Regierung ergriffenen Maßnahmen als vollkommen neu, als originäres Gedankengut der NS hinzustellen, auch wenn es sich um Dinge handelt, zu denen die Pläne schon in den Schiebläden der Brüning-Regierung lagen und die erst im Sommer 33 tatref geworden waren, wie z. B. die Eider-Regulierung, oder um Maßnahmen, die in ähnlicher Weise auch früher schon getroffen waren, wie z. B. die Winterhilfe.

Oder es werden Ziele als spezifisch nationalsozialistisch verkündet, die andere Völker unter liberaler Ideologie längst verwirklicht haben: z. B. jene erzieherische Wirkung der SA, die zu einer weitgehenden Aufhebung des Standes- oder Klassendünkels führt und zu einem tätigen Kameradschaftsgeist – was bewirkt sie anderes als die Achtung vor jedem Mann ohne Ansehen seiner sozialen Stellung, die bei den Amerikanern selbstverständlich ist (bis zu auch bei uns nicht aufhebbaren Grenzen plutokratischer Art)<sup>11</sup>, und den team spirit des amerikanischen Collegeboys oder Angestellten?

Ohne die Leistungen des Nationalsozialismus zu verkleinern, kann man doch konstatieren, daß dieser Kunstgriff die wichtige gegenrevolutionäre Funktion hat, die Aufmerksamkeit der Menge von all dem abzulenken, was auf eine Stabilisierung der Herrschaft des Großkapitals hinzielt.

Auch die Symbolik dient vielfach einer Ablenkung vom Wesentlichen, z. B. wenn in der Hitler-Jugend „radikale“ Opposition sich über das Abzeichenwesen empört, so ist das zwar Symptom einer bestimmten anti-bürgerlichen oder jeden-

Polizeistelle beantragen mußte, zugleich Grundlage für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

<sup>11</sup> Gemeint ist wohl die Aufstellung von Sonder-Einheiten wie Reiter-SA und Motor-SA, denen nur wohlhabende Leute beitreten konnten.

falls philisterfeindlichen Haltung, lenkt aber gleichzeitig die Kräfte ab von dem Kampf gegen die Zinsknechtschaft, von der energischen Durchführung der Ostsiedlung und anderen Zielen, welche den entschiedenen revolutionären Nationalsozialisten vorschweben.

Eine solche Funktion hat ja auch der Antisemitismus. Übrigens ist dieser, z. T. infolge schwerer Fehler auf jüdischer Seite, so weit verbreitet, daß man sich kaum vorstellen kann, daß in diesem Punkte jemals eine Umkehr erfolgen wird. Selbst Leute, welche die Art und Weise, wie man diese Frage zu lösen unternommen hat, verurteilen, offenbaren sich als ganz tief gefühlsmäßige Antisemiten, und wenn man andererseits das Verhalten der Juden in der Revolution beobachtet hat, so kann man es verstehen. Wenige sind so mutig gewesen wie der junge Sp., der am Tage nach der Ermordung seines Vaters an der Wahlurne erschien<sup>12</sup>.

Da die Ideologie des Nationalsozialismus in der Zeit des Kampfes um die Macht weitgehend ad hoc ausgebildet worden ist und die Schöpfer dieser Ideologie zum Teil nur durch die gegenrevolutionäre Front verbunden waren, so mußten nach der Machtergreifung sich Diskrepanzen zwischen Ideologie und Handeln herausstellen, neben den Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Willensrichtungen innerhalb der Bewegung, und natürlich Meinungsverschiedenheiten über den Sinn bestimmter Maximen der Ideologie.

Mit am konsequentesten ist die Ideologie verwirklicht in der Agrargesetzgebung – aber nun zeigte sich schnell, daß die Bauern diese Ideologie gar nicht so ernst genommen hatten und die Verwirklichung zum Teil sehr unbequem fanden. Diese Unbestimmtheit der Ideologie ist natürlich ein „realpolitischer“ Vorzug, verleiht dem System eine große Elastizität.

Zu dieser Freiheit von dogmatischen Bindungen kommt für die oberste Führung die Freiheit von Kontrollinstanzen, der Besitz der absoluten Staatsgewalt. Sie ermöglicht Schnelligkeit und Folgerichtigkeit der Regierungstätigkeit – keine Kompromisse mehr mit Opposition und Koalitionsgenossen – und gestattet, Mängel und unvorhergesehene Nebenfolgen schnell zu korrigieren (z. B. die Doppelverdienerfrage!).

Die Aufhebung der Trennung von Legislative und Exekutive erweist sich in Krisenzeiten als ein Vorzug, der die Nachteile: Mangel an Öffentlichkeit, ungenügende Durchdachtheit der Maßnahmen, zum großen Teil aufwiegt<sup>13</sup>.

Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß Interessenkämpfe, die sich früher in der Öffentlichkeit abspielten, jetzt hinter den Kulissen sich vollziehen, wobei nun die Verquickung von „sachlichen“ Gegensätzen mit persönlichen Rivalitäten sehr viel schwerer aufgedeckt werden kann.

Da von der Hitlerjugend aufwärts überall ein neuer Stand von Berufspolitikern und Berufs-Funktionären entstanden ist, die auf Gedeih und Verderb mit den

<sup>12</sup> Der politisch tätige, als Gegner der Nazis bekannte Rechtsanwalt Spiegel war in der Nacht vor den Märzahlen in seiner Wohnung von unbekanntem Tätern erschossen worden.

<sup>13</sup> Siehe Anm. 4.

Posten, die sie bekleiden, verbunden sind, liegt es sehr nahe, daß sachliche Gegensätze zu persönlichen Existenzfragen werden.

Die charismatische Gefolgschaft, als welche die nächste Umgebung des Führers in der Reichsregierung angesehen werden muß, reicht noch nicht bis in alle provinziellen Parteistellen hinein und wird es auch niemals tun.

Daß andererseits die jüngere Generation, besonders die Frontgeneration<sup>14</sup>, in sehr hohem Maße zur Gefolgschaftsbildung und zu genossenschaftlicher Gemeinschaftsbildung befähigt ist, scheint mir durch die Erfahrung, z. B. in der Universität, erwiesen. Man reagiert zum Beispiel sehr sauer auf persönliche Empfindlichkeit usw.

Psychologische Nebeneffekte: Existenzangst, allgemeine Erkenntnis der Unsicherheit aller sozialen Verhältnisse – daher z. T. männlich-stoisches dem Schicksal ins Auge schauen, z. T. Wunsch nach Sicherheit *à tout prix* bei den Besitzenden (was für den weiteren Verlauf der Revolution sehr gefährlich), z. T. begünstigt durch den Willen zum Aufbau und die Furcht vor der Alternative der Anarchie und des Bolschewismus<sup>15</sup>.

Der Mensch ist außerordentlich erfinderisch, wenn es gilt, seinen Verstand zu beruhigen: wer vor dem März geglaubt hatte, Hitler werde wie ein Zauberer mit einem Schlage alle wirtschaftlichen Nöte beheben, versüßt sich seine Enttäuschung mit der an sich sehr richtigen Wahrheit: „Hitler kann sich doch nicht zerreißen“<sup>16</sup>; oder: man beschuldigt die französische Rüstungsindustrie, daß sie die Verständigung und Abrüstung verhindere, aber man sieht nicht das Vorhandensein entsprechender Kräfte im eigenen Lande.

Man weiß genau, daß der radikale vollkommene Nationalsozialismus, wie alle Kulturgüter des Liberalismus, auch die Freiheit der Wissenschaft negiert, aber man macht sich vor, daß die Freiheit der Wissenschaft von den „vernünftigen Nationalsozialisten“ geschützt werden werde (wobei ich die Frage offen lassen will, ob nicht auch der Nationalsozialismus in the long run Freiheit der Wissenschaft [auch der Sozialwissenschaft] braucht). Außer sofern die Lehre gegen das Interesse der Nation verstoße – ohne zu bedenken, daß die erste Entscheidung darüber, ob dies der Fall sei, eben nicht den Gelehrten selbst überlassen bleibt, ja daß überhaupt ein ganzes System von Siebungen<sup>17</sup> erdacht ist, durch das ermöglicht wird, bestimmte Menschen von unliebsamer Gedankenrichtung überhaupt von wissenschaftlicher Tätigkeit auszuschließen.

Das sei immer der Fall gewesen, sagt man – vergißt aber, daß früher der von wissenschaftlicher Betätigung im Staatsdienst ausgeschlossene Oppositionelle immer noch die Möglichkeit privater Forschung und Schriftstellerei hatte, was heute nicht mehr der Fall ist.

<sup>14</sup> Soll heißen: Frontkämpfer-Generation.

<sup>15</sup> Verfasser nimmt hier an, daß eine weitere Radikalisierung des Regimes möglich sei; dies läßt darauf schließen, daß die Notizen vor dem 30. Juni 1934 geschrieben sind.

<sup>16</sup> Ausspruch einer mit dem Parteiabzeichen geschmückten Klosettwärterin in Laboe im Sommer 1933, auf die Frage, ob denn nun alles besser sei.

<sup>17</sup> z. B. die Schulungslager für Privatdozenten, Referendare, Studienreferendare u. a.

Ich kritisiere nicht die Haltung der nationalsozialistischen Regierung<sup>18</sup>, sondern, daß man die Konsequenzen nicht zugibt, die aus dem Regime eines politischen Ordens erwachsen, obwohl Rußland und Italien Erfahrungsmaterial genug bieten. Der Nationalsozialismus ist nicht nur für viele seiner Anhänger, psychologisch gesehen, ein Religionsersatz, wie z. B. bei L. L., was sich u. a. in dem häufigen Gebrauch biblischer Phraseologie in nationalsozialistischen Reden zeigt – sondern die NSDAP beansprucht für das Gebiet der Öffentlichen Meinung genau dieselbe Stellung, die die römische Kirche für das Gebiet des Glaubens in Anspruch nimmt.

Sie kann daher wissenschaftliche Forschung nicht dulden, wenn sie zu Ergebnissen führt, welche mit den Dogmen des Nationalsozialismus in absolutem Widerspruch stehen.

Eine gewisse Freiheit ergibt sich daraus, daß von diesen Dogmen noch nicht viele „theologisch“ fixiert sind.

Während die Katholische Kirche vor allem mit den Naturwissenschaften in Konflikt geraten mußte, werden diese (abgesehen von der Vererbungs- und Rassenlehre) von der nationalsozialistischen Dogmatik nicht beengt, sondern die Gefahr droht allein den Sozialwissenschaften einschließlich der Sozialphilosophie – auch die Ethik wird etwas berührt und die Geschichte.

Am meisten bedroht ist die Rechtsphilosophie, die Staatslehre und die Soziologie. Die letztere wird namentlich dort „gefährlich“, wo sie genötigt ist, Ideologien zu analysieren und zu enthüllen.

---

<sup>18</sup> Siehe Anm. 4.

## DAS ENDE DES „STAHLHELM“

### *Vorbemerkung*

Anfang November 1935 wurde der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, aufgelöst. Damit fand die Selbstliquidierung eines der einflußreichsten Wehrverbände der Weimarer Republik ihren Abschluß, ein Prozeß, der bereits im Jahre 1932 begonnen hatte. Über die Umstände der Auflösung scheinen allerdings noch einige Unklarheiten zu bestehen. So wird die Verantwortung für das Scheitern des Bundes immer wieder dem damaligen Bundesführer Franz Seldte allein angelastet. Nun mag es zwar schwierig sein, über Seldte, der bis 1945 im Hitler-Kabinett blieb, viel Lobenswertes zu sagen, aber der „Verräter des Stahlhelm“, den man nach dem Kriege aus ihm gemacht hat<sup>1</sup>, ist er nicht gewesen. Als solcher erscheint er nur aus der Rückschau und über die Trümmer der „deutschen Katastrophe“ hinweg.

Dabei wird zunächst immer übersehen, daß vom Standpunkt des Jahres 1933 aus die Unterstellung des Bundes unter die Führung des „Dritten Reiches“, wie sie von Seldte vollzogen wurde, sich ganz folgerichtig aus der Geschichte des Stahlhelm ergab. Alle Mitglieder hatten jahrelang die Weimarer Republik bekämpft und sich für eine „Erneuerung Deutschlands“ eingesetzt. Weiterhin hatte der Bund seit dem Sommer 1932 eigenständige politische Ziele aufgegeben und erstrebte anstatt der Macht im Staate nur noch einen machtvollen Staat. Und am 30. Januar 1933 hatte die Bundesführung schließlich geschlossen ihren Beitrag zu diesem Ziele geleistet, als sie sich für die Bildung des Hitler-Kabinetts aussprach.<sup>2</sup>

Wie Millionen andere Deutsche blickte seitdem auch die große Mehrheit der Stahlhelmer hoffnungsvoll auf den jahrelang geforderten und jetzt endlich erschienenen Diktator. Nur einer entdeckte sofort einen Unterschied zwischen Hitlers Vorstellungen von einem „Dritten Reich“ und seinen eigenen: der Zweite Bundesführer Theodor Duesterberg. Seine politische Vergangenheit machte es ihm jedoch unmöglich, offen gegen die neue Regierung aufzutreten. Er opponierte daher hinter den Kulissen und wollte sich mit dem Platz, den Seldte für den Stahlhelm innerhalb der „nationalen Revolution“ erhandeln konnte, nicht zufrieden geben.

So sah sich Seldte schließlich mit zwei Alternativen konfrontiert: Entweder er setzte sich über Duesterberg hinweg und machte damit den Weg für eine Einigung mit dem „Führer“ frei; oder er gab Duesterberg gegenüber nach mit dem Erfolg, daß ein Verbot des Bundes als staatsfeindliche Organisation nur noch eine Frage der Zeit gewesen wäre. Nach langem Zögern entschloß sich Seldte zur gewaltsamen Absetzung des Zweiten Bundesführers. Das war, milde gesagt, eine grobe Unkameradschaftlichkeit. Aber gegen Duesterberg stand nicht nur die „Logik“ der seit Jahren gerade auch von ihm formulierten Politik des Bundes, sondern auch, daß er Seldte während der zwanziger Jahre nicht viel besser behandelt hatte<sup>3</sup>. Jetzt hatte

<sup>1</sup> Siehe z. B. Theodor Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, Wolfenbüttel, Hannover 1949.

<sup>2</sup> Siehe hierzu Kapitel VI meiner Dissertation „Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918–1935“.

<sup>3</sup> Duesterberg hatte damals wiederholt versucht, Seldte abzusetzen.

sich das Blatt gegen ihn gewendet. Schließlich ist noch zu beachten, daß Seldte im Frühjahr 1933 unter starkem Druck von außen stand. Dieser Druck wurde nicht nur von Hitler ausgeübt, sondern gerade auch von seinen Kabinettskollegen Franz von Papen und Werner von Blomberg. Dabei scheint Blomberg in erhitzten Auseinandersetzungen sogar angedroht zu haben, dem Stahlhelm die Unterstützung der Reichswehr zu entziehen, sollte infolge der Hartnäckigkeit Duesterbergs keine Einigung mit Hitler zustandekommen<sup>4</sup>.

Ebensowenig wie für das Jahr 1933 ist Seldtes Alleinverantwortung für die endgültige Auflösung des Bundes im Jahre 1935 klar festzulegen. Mag er zunächst noch eigene Pläne gehabt haben<sup>5</sup>, er mußte bald einsehen, daß er, wie so viele andere Bürgerliche, die Nationalsozialisten unterschätzt hatte. Als schließlich immer neue Nachrichten von nationalsozialistischen Schikanen in seinem Büro eingingen, erwog er bereits die Selbstauflösung. An der endgültigen Entschlußfassung jedoch hatte – wie im April 1933 – wieder die Armee einen nicht unerheblichen Anteil.

Schon im Winter 1934/35 hatte Seldte vergeblich versucht, die noch nicht in die SA eingegliederten Teile seiner Organisation enger an die Reichswehr zu binden. Damals lehnte General Werner von Fritsch es ab, dem Stahlhelm eine Aufgabe im Rahmen der Landesverteidigung zu geben<sup>6</sup>. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 brachte einen erneuten Rückschlag. Am 27. Juli hatte Seldte an Fritsch geschrieben in der Hoffnung, seine Anhänger doch noch in der Zivilverteidigung unterbringen zu können. Fritsch antwortete ihm drei Tage später<sup>7</sup>:

„ . . . . .

1) Ich bin nicht in der Lage, dem NSDFB (Stahlhelm) irgendwie geartete Sonderaufgaben, wie z.B. Luftschutz oder dergl. im Rahmen der Landesverteidigung anzuweisen. . . . Jetzt nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ist Gott sei Dank für diese Arbeit des Heeres die klare gesetzmäßige Grundlage geschaffen. Eine irgendwie geartete Mitwirkung der Verbände kommt hierbei um so weniger in Frage, als die Erfahrung zeigt, daß bei voller Anerkennung besten Willens die Tätigkeit der Verbände in dieser Richtung mehr störend und hemmend als fördernd gewirkt hat.

2) An einer Beibehaltung des Stahlhelms als einer der Vertretungen der Frontsoldaten der alten Armee ist das Heer heute nicht mehr interessiert! Ich verkenne in keiner Weise die großen Verdienste und die große Bedeutung, die die Arbeit des Stahlhelms in der Vergangenheit gehabt hat. Mit der Wiedereinführung der allge-

<sup>4</sup> Document Center Berlin, Miscellaneous Non-Biographical Material, 471, Rundschreiben Stephanis, 27. 4. 1933.

<sup>5</sup> Lutz Graf Schwerin von Krosigk (Es geschah in Deutschland, Stuttgart, Tübingen 1951, S. 181) zufolge versuchte Seldte, „durch freiwilligen Übertritt des Stahlhelm einen Masseneinbruch in die SA zu erreichen, um diese in ein Stahlhelmunternehmen zu verwandeln“.

<sup>6</sup> Siehe auch Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, Va., No. 34, Washington, 1962, S. 49, roll 50, auf der aufgenommen ist „a circular by the Artillerieführer VII of January 30, 1935, indicating that the NSDFB (Stahlhelm) is denied any participation in ‚A-Vorarbeiten‘ (mobilization).“

<sup>7</sup> Bundesarchiv Koblenz, Stahlhelm-Akten, R 72/2, Fritsch an Seldte, 30. 7. 1935.

meinen Wehrpflicht und dem vom Führer festgesetzten Aufbau des Heeres ist das erreicht, wofür auch der Stahlhelm in zäher, oft entsagungsvoller Arbeit in der Vergangenheit gekämpft hat. Den Endsieg hat der Nationalsozialismus gebracht.

.....“

Wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck dieses Briefes reichte Seldte Anfang August seinen Rücktritt vom Kabinett ein. Hitlers Reaktion darauf bestand in einer Einladung zu einer Aussprache, von der das folgende Protokoll erhalten ist<sup>8</sup>.

*Volker R. Berghahn*

## Dokument

### Aufzeichnung

über die am 12. August 1935 im Hause Wachenfeld stattgehabte Unterredung des Führers und Reichskanzlers mit dem Bundesführer des N.S.D.F.B. (Stahlhelm) Reichsminister Seldte, betreffend die Zukunft des Stahlhelm.

*Der Führer:* Von Ihrem Brief habe ich Kenntnis genommen. Was ich darin nicht billigen kann, ist, daß Sie mir Ihr Amt zur Verfügung stellen. Das steht nicht zur Diskussion.

*Seldte:* Ich bin durch die Entwicklung der Dinge in eine Lage gekommen, in der ich zu der Auffassung gelangt bin, daß es staatsmännisch nicht so weiter geht. Ich will deshalb versuchen, die Lage dadurch zu lösen, daß ich meine Person zurückziehe. Ich habe eine Versöhnungsaktion gemacht und in Verständigung mit Dr. Ley im Westen vor Arbeitsfront und PO. gesprochen, anschließend daran vor der Industrie und schließlich vor meinen eigenen Leuten, und es ist mir gelungen, die Leute zusammenzubekommen<sup>9</sup>.

Ich habe wiederholt auf Fragen und Angriffe geantwortet, daß der Stahlhelm nicht zur Reaktion gehört. Ich habe dann in gleichem Sinne einen Aufsatz über schwebende Fragen geschrieben, der wurde meiner Presse verboten; ebenso wurde ein versöhnender Aufsatz, der auf einen großen Frontsoldatenbund und das Aufgehen des Stahlhelm in einem solchen hinzielte<sup>10</sup>, verboten. Auf meine Beschwerde [über diese Verbote] hat Herr Dr. Goebbels nicht einmal geantwortet.

Ich habe dann mit Ministerpräsident Göring gesprochen und ihm gesagt, ich sei bereit, in eine große Linie einzuschwenken, und ihm ausgeführt, daß 90 % aller Klagen und Beschwerden über den Stahlhelm nicht stimmten. Göring blieb dabei, daß der Stahlhelm sich überlebt habe. Ich habe ihm geantwortet, er möge mir Gelegenheit geben, den Stahlhelm honorig aufzulösen oder zu überführen; ich sei bereit, dies zu tun. – Ich will also durchaus mitmachen, aber ich werde abgelehnt. Es muß aber<sup>11</sup> Klarheit geschaffen werden.

Wenn meine Person ein Hindernis ist, so bin ich bereit auszuscheiden; in diesem Sinne habe ich Ihnen meine Demission eingereicht. Wenn Sie das nicht wünschen, mein Führer, so bitte ich Sie, diese Klarheit auf anderem Wege zu schaffen. Ich bitte

<sup>8</sup> Foreign Office Library London, Adjutantur des Führers, 3648H, frames E 032938–46.

<sup>9</sup> Hierzu scheinen keine Dokumente vorhanden zu sein. „PO.“ dürfte wohl „Politische Organisation“ bedeuten.

<sup>10</sup> Dazu die Denkschrift des Reichskriegsopferführers Hanns Oberlindober „Grundlagen eines deutschen Soldatenbundes“ vom 26. 11. 1934 in Document Center Berlin, Miscellaneous Non-Biographical Material, 247.

<sup>11</sup> Im Original gestrichen.

den Führer, die Form zu bestimmten [sic] wie der Stahlhelm aufgelöst werden soll. Nach der Auflösung des Stahlhelm würde ich dann gern ins Privatleben zurückkehren, um meine persönlichen Dinge in Ordnung zu bringen. Meine 21 Landesverbandsführer sind derselben Auffassung wie ich. Ich bitte den Führer nur, uns ein honoriges Ende zu ermöglichen und entweder zu bestimmen, daß der Stahlhelm in anständiger Weise aufgelöst wird oder daß er in einen großen Soldatenbund überführt wird. Meine Leute sind keine politischen Menschen, sondern alte Soldaten, die es nicht verstehen, daß sie so behandelt werden. Daher bitte ich Sie, mein Führer, bestimmen Sie, was geschehen soll.

*Der Führer:* Das[s] es so weit gekommen ist, ist nicht mein Wunsch und Wille. Die gesamte deutsche Entwicklung muß auf eine Einheitlichkeit hinausgehen. Die Zukunft erfordert, daß alles vermieden wird, was später einmal das deutsche Volk zersplittern kann. Für die Zukunft muß durchgesetzt werden, daß es nur eine einzige Richtung, einen einzigen Gedanken gibt. Man kann nicht ein Bekenntnis und verschiedene Organisationen haben<sup>12</sup>.

Ich habe meinen Weg bisher gemacht mit einer Reihe anderer Organisationen, darunter auch den [sic] Stahlhelm. Die anderen Organisationen sind allmählich in der Bewegung aufgegangen, wie die völkische, die deutschsoziale Partei. Beim Stahlhelm ist das schwieriger, einmal, weil er aus einer rückblickenden soldatischen Auffassung kommt, dann auch, weil die frühere gemeinsame Führung Seldte-Duesterberg nicht einheitlich war; Sie haben den Weg zu uns gefunden, Duesterberg stand uns stark ablehnend gegenüber. Dazu kommen drittens auch Gründe der Tradition und eines längeren Eigenlebens; deshalb konnte nicht die volle Assimilierung des Stahlhelm erreicht werden. Ein Teil des Stahlhelm hat sich mit uns gut eingelebt, ein anderer Teil aber nicht.

Ich hätte nichts dagegen gehabt, daß der Stahlhelm mit der Frontgeneration ausklingt; ich habe aber verlangt, daß der Stahlhelm keine jungen Leute mehr einstellt. Das ist doch geschehen, es sind – die Beweise liegen trotz Ihres Bestreitens vor – in großem Umfange junge Leute eingestellt worden. Es ist nicht möglich, daß man dieses Ausklingen künstlich verlängert durch Hineinnahme der Jugend.

Ich muß mich auch dagegen wenden, daß zwischen „alter“ Armee und „neuer“ Armee ein Unterschied gemacht wird; es gibt keine alte Armee mehr, es gibt nur noch die deutsche Armee. Beide sind miteinander verschmolzen, genau wie früher jeder neue Jahrgang die Fortsetzung der Armee war. Die Tradition der „alten“ Armee wird in der Armee fortgesetzt; wir tragen in uns unser persönliches Front- und Soldatenerlebnis, aber nicht die Tradition der alten Armee, wenigstens nicht mehr seit dem 16. März 1935. Die Pflege der Erinnerung an die alte Armee ist ausschließlich dieser Armee anvertraut; die politische Jugenderziehung wird von der Partei besorgt, die militärische von der Armee; das sind eiserne Gesetze. Dadurch, daß der Stahlhelm immer noch Jugend aufgenommen und bei ihr geworben hat, hat er gegen diesen Grundsatz verstoßen.

*Seldte:* Darf ich darauf aufmerksam machen, daß es im Stahlhelm eine Jugend gibt, nämlich die vor dem 30. Januar 1933 eingetretene, die durch das Abkommen mit der SA genehmigt worden ist. Für diese Jugend gibt es auch eine Doppelmitgliedschaft im Stahlhelm und in der SA. Hierüber hinaus ist nach den mir zugegangenen Berichten keine Jugend mehr aufgenommen worden.

*Der Führer:* Dann haben die Landesführer Ihnen Unwahres berichtet. Es liegen mir die unanfechtbaren Beweise vor, daß nach dem 30. Januar 1933 immer noch in der Jugend geworben worden ist.

<sup>12</sup> Diese, wie auch die folgenden gesperrt gesetzten Wörter sind im Original ebenfalls gesperrt.

*Seldte*: Aber gegen meinen Willen.

*Der Führer*: Ich bin überzeugt, daß Sie nach Ihrem besten Wissen mir Ihre Angaben gemacht haben und machen. Aber diese stimmen nicht, dafür habe ich unwiderlegbare Beweise. Es ist für mich unmöglich, einen Verband, der eine gewisse retrospektive Aufgabe hat, der Jugend zu überlassen, um die bestehenden Gegensätze in die Zukunft tragen zu lassen. Uns, die lebende Generation, verbindet noch die Frontkameradschaft, die Jugend hat diese Einheitswurzel nicht und würde später ein Eigenleben führen. Wir können für die deutsche Zukunft nicht wünschen, daß zwei Eigenleben im deutschen Volke nebeneinander geführt werden.

Der zweite Punkt ist, daß der Stahlhelm nach dem 30. Januar 1933 Leute hineingenommen hat und diese nicht in unsere gemeinsame Front einzugliedern vermochte. Es wäre besser gewesen, der Stahlhelm hätte am 30. Januar 33 jede Aufnahme gesperrt. So hat der Stahlhelm Zufluß von Obstruktions-Elementen erhalten. Daher wird der Stahlhelm vielfach als eine Oppositionszelle gegen den jetzigen Staat angesehen. Es wird im Lande draußen vielfach Wühlarbeit getrieben von Leuten mit Stahlhelm-Abzeichen, angefangen von einzelnen Prinzen wie dem Prinzen Eitel Friedrich. Durch das alles hat sich eine Empörung aufgespeichert, die auszulösen eine Kleinigkeit genügt. Reichskriegsminister von Blomberg wie General von Fritsch sind wie ich der Auffassung, daß die Auflösung des Stahlhelm auch im Interesse der Wehrmacht notwendig ist. –

Zwei Dinge kann ich nicht dulden; einmal, daß sich für die Zukunft eine mehrfache Operationsbasis bildet, und zweitens, daß das jetzige Regime von einer Seite ständig angegriffen oder einer ständigen Kritik ausgesetzt wird. Das Richtige wäre gewesen, daß der Stahlhelm sich auf eine reine Erinnerungsgemeinschaft beschränkte. Das ist nun nicht mehr möglich, weil große Teile des Stahlhelm dies gar nicht wollen, weil sie gegen die Bewegung eingestellt sind.

*Seldte*: Auch ich muß zugeben, daß der Gedanke dieser Lösung überlebt und überholt ist.

*Der Führer*: Es gibt also nur noch die Lösung, daß der gute Teil des Stahlhelm die Möglichkeit erhält, am heutigen Staat lebendig Anteil zu nehmen, der andere Teil aber in einen vorhandenen Verband alter Soldaten überführt wird, insbesondere in den Kyffhäuser-Bund<sup>13</sup>.

Der Soldatenbund, von dem in letzter Zeit gesprochen worden ist, kommt für diese Übernahme nicht in Frage, weil er nur die Angehörigen der neuen Wehrmacht umfassen und auf die Regimenter aufgebaut werden soll; denn die Regimenter sind sozusagen die „Ortsgruppen“ der Soldaten.

*Seldte*: Mein persönliches Bestreben geht auf demselben Gleise wie Ihre Ausführungen, mein Führer. Für den Grundstock meiner Leute kann ich eintreten und muß ich eintreten. An dem Prinzen liegt mir nicht viel, meine Bewegung ist ja auch aus den einfachen Frontsoldaten entstanden, die Prinzen usw. sind erst später gekommen. Was macht man nun mit diesem guten Kern, der sich in die Bewegung eingliedern will und der noch nicht zum alten Eisen gehört? Gerade für diesen Teil fühle ich mich verpflichtet einzutreten und zu sorgen, damit sie nicht als Reaktionäre beschimpft und beiseite gestoßen werden.

Der Stahlhelm ist zurzeit noch rund 500 000 Mann stark, etwa 100 000 würden abgehen, wenn ich die nach dem Januar 33 Eingetretenen ausscheide. Kann man nicht – nach genauer Prüfung und Sortierung – einen Teil meiner Leute in die Bewegung eingliedern und die<sup>14</sup> übrigen nach Ausscheiden der Ungeeigneten die

<sup>13</sup> Der Kyffhäuserbund (SA-Reserve II) bestand bis 1943.

<sup>14</sup> Soll wohl heißen: im (übrigen).

übrig bleibende Masse in einen Soldatenbund der alten Armee überführen, in dem auch Kyffhäuser-Bund, Waffenringe usw. aufgehen?

Dann würde erreicht, daß nicht Hunderttausende als Einzelgänger verbissen und verbittert abseits stehen. Vor der Übernahme in den neuen Bund müßte noch einmal gesäubert und jeder Reaktionsär beseitigt werden. Eventuell könnte man auch den Kyffhäuserbund und die anderen Verbände sämtlich auflösen und dann seine Teile und Mitglieder zu einem neuen großen Soldatenbund zusammenschließen, der nur noch soziale Aufgaben hätte. Ich mache auch noch darauf aufmerksam, daß gerade der Stahlhelm viele Hilfseinrichtungen, Sterbekassen usw. mit großen Vermögen enthält, die ordnungsmäßig liquidiert und neu eingegliedert werden müssen.

*Der Führer:* Eine Auflösung der alten Verbände, insbesondere des Kyffhäuserbundes, ist wohl nicht notwendig, es genügt ja eine Vereinigung des Stahlhelm mit dem Kyffhäuserbund.

*Seldte:* Ich bin bereit, eine Liquidation des Stahlhelm durchzuführen und mit dem, was als Bundeseigentum bleibt, und nach dem Ausscheiden der ungeeigneten Elemente mich mit dem Kyffhäuserbund zu verschmelzen, der vielleicht in seinem Namen irgendeinen Zusatz bekommen könnte, als Zeichen, daß er nun auch eine Veränderung erfahren hat. Ich wäre auch persönlich bereit, diese Verschmelzung noch durchzuführen; nach Beendigung derselben und nach der Überführung des Stahlhelm in den Kyffhäuserbund würde ich aber ein Amt nicht mehr übernehmen.

*Der Führer:* Es würden also dann zwei Soldatenbünde bestehen: Der auf der neuen Wehrmacht und ihren Regimentern aufgebaute Bund der jetzigen und künftigen Soldaten und die im Kyffhäuserbund -- dieser Name kann ruhig bleiben -- zusammengefaßte Vereinigung der Kriegs- und Vorkriegssoldaten. Ich wäre auch bereit, den guten und brauchbaren Leuten aus dem Stahlhelm, die politisch tätig sein wollen, die Möglichkeit zu geben, sich der Partei anzuschließen.

*Seldte:* Ich würde hierfür sehr dankbar sein, denn es handelt sich doch um für den Staat und die Bewegung wertvolle Kräfte.

Auf eine Frage des Führers beziffert Seldte die Zahl der für einen Anschluß an die Partei in Frage kommenden Stahlhelmmitglieder auf 100–150 000 Mann und regt an, daß die Leute, die zwar nicht gediente Soldaten, aber vor dem Januar 33 militärisch ausgebildet sind, von der SA und SS übernommen würden.

*Der Führer:* Ich werde prüfen, ob die letzteren Leute als SA- und SS-Anwärter übernommen werden können nach Prüfung im Einzelfalle.

Ich will nun die in unserer Besprechung berührten Gedanken mir noch einmal durch den Kopf gehen lassen, auch noch mit einigen anderen Leuten besprechen und werde dann einen Vorschlag für die hier ins Auge gefaßte Auflösung des Stahlhelm und Überführung seiner Mitglieder ausarbeiten und Ihnen vorlegen.

Der Führer bestimmte alsdann, daß folgende Pressenotiz herausgehen soll:

„Der Führer und Reichskanzler empfang heute den Bundesführer des ‚Stahlhelm‘, Reichsminister Seldte, zu einer Besprechung über die Zukunft des ‚Stahlhelm‘.“

Für die Richtigkeit der  
Niederschrift

Unterschrift (Meissner)

- 3 Expl. dem Führer und Reichskanzler
- 1 „ Reichsminister Seldte
- 1 „ Reichskriegsminister von Blomberg
- 1 „ Staatssekretär Dr. Lammers
- 1 „ Präsidialkanzlei

MITARBEITER DIESES HEFTES

**Dr. Volker R. Berghahn**, St. Antony's College, Oxford, Großbritannien.

**Harry G. Gelber**, Lecturer in History, Dept. of History, Monash University, Clayton, Victoria, Australien.

**Dr. Rudolf Heberle**, Professor für Soziologie an der Louisiana State University, 1637 Cloverdale Ave., Baton Rouge, La., USA.

**Ruth Körner**, München 23, Blütenstr. 3.

**Dr. Karl Lange**, emer. apl. Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Braunschweig, Braunschweig, Lortzingstr. 2

**Dr. Reinhard Patemann**, Assistent am Historischen Seminar der Universität Mainz, Mainz-Gonsenheim, Ludwig-Schwamb-Str. 16.